



Landtag von Baden-Württemberg

22. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 7. März 2002 • Haus des Landtags

Beginn: 9:34 Uhr

Schluss: 19:22 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	1225	b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs – Drucksache 13/625	1243
Umbesetzung im Ständigen Ausschuss	1225	Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	1243, 1247
Antrag, die Punkte 1 und 5 der Tagesordnung zusammen zu beraten	1225	Abg. Boris Palmer GRÜNE	1244, 1247
Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung)	1225	Abg. Schebesta CDU	1245
Abg. Hauk CDU (zur Geschäftsordnung)	1226	Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD	1246
1. Regierungserklärung – Integration in Baden-Württemberg – und Aussprache	1226	Minister Müller	1249
Minister Dr. Schäuble	1226	Beschluss	1252
Abg. Theresia Bauer GRÜNE	1232	3. a) Aktuelle Debatte – Stellenwert des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg am Beispiel des Umgangs mit BSE-Tests – beantragt von der Fraktion GRÜNE	
Abg. Heinz CDU	1234	b) Antrag der Fraktion der SPD – Durchführung von BSE-Tests in Baden-Württemberg – Drucksache 13/746	1253
Abg. Inge Utzt SPD	1235, 1242	Abg. Walter GRÜNE	1253, 1259
Abg. Pfister FDP/DVP	1238	Abg. Teßmer SPD	1254, 1257
Abg. Wieser CDU	1240	Abg. Kiefl CDU	1255, 1260
2. a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Güterverkehrskonzept Baden-Württemberg; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt – Drucksache 13/241		Abg. Drautz FDP/DVP	1257, 1262
		Staatsrat Dr. Beyreuther	1263
		Minister Stächele	1264
		Beschluss	1267

<p>4. a) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Verhalten von Landesregierung und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbesondere bei der Firmengruppe FlowTex“ – Drucksache 13/808</p> <p>b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses 1268</p> <p>Abg. Maurer SPD 1268</p> <p>Abg. Heike Dederer GRÜNE 1272, 1279</p> <p>Abg. Dr. Reinhart CDU 1274</p> <p>Abg. Hofer FDP/DVP 1277</p> <p>Minister Stratthaus 1279</p> <p>Beschluss 1283</p> <p>5. Antrag der Fraktion der SPD – Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz – Drucksache 13/805</p> <p>– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO 1284</p> <p>Abg. Fischer SPD (zur Geschäftsordnung) 1284</p> <p>Abg. Birzele SPD 1285</p> <p>Abg. Heinz CDU 1287</p> <p>Abg. Dr. Noll FDP/DVP 1288</p> <p>Abg. Theresia Bauer GRÜNE 1289</p> <p>Minister Dr. Schäuble 1291</p> <p>Minister Dr. Döring 1295</p> <p>Beschluss 1296</p> <p>Abg. Dr. Noll FDP/DVP (zur Abstimmung) 1296</p> <p>6. Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zur Lkw-Maut – Drucksache 13/812</p> <p>– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO 1297</p> <p>Abg. Boris Palmer GRÜNE 1297, 1301</p> <p>Abg. Scheuermann CDU 1298, 1301</p> <p>Abg. Haller SPD 1299, 1306</p> <p>Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 1300, 1302</p> <p>Minister Müller 1303</p> <p>Beschluss 1306</p> <p>7. Antrag der Fraktion der SPD – Novellierung der Verpackungsverordnung – Stopp des dramatischen Absinkens der Mehrwegquote durch Einführung einer Pfandpflicht – Drucksache 13/813</p> <p>– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO 1306</p> <p>Abg. Staiger SPD 1306</p> <p>Abg. Scheuermann CDU 1307</p> <p>Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP 1308, 1311</p> <p>Abg. Walter GRÜNE 1309</p> <p>Minister Müller 1311</p> <p>Beschluss 1313</p>	<p>8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2002 – 13. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksachen 13/710, 13/773 1313</p> <p>Beschluss 1313</p> <p>9. Fragestunde – Drucksache 13/810</p> <p>Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Personalabbau der DB AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen 1267</p> <p>Abg. Gustav-Adolf Haas SPD 1267</p> <p>Minister Müller 1267, 1268</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Dezember 2001 – Zweiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 13/520, 13/780 1313</p> <p>Abg. Dr. Lasotta CDU 1314</p> <p>Abg. Wichmann SPD 1315</p> <p>Abg. Theurer FDP/DVP 1316</p> <p>Abg. Kretschmann GRÜNE 1317</p> <p>Minister Dr. Schäuble 1318</p> <p>Beschluss 1320</p> <p>11. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Mittelstand und Beschäftigung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/77 1320</p> <p>Beschluss 1320</p> <p>12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/642, 13/749, 13/750, 13/792, 13/793, 13/794, 13/795, 13/796 1320</p> <p>Beschluss 1320</p> <p>13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/616 1320</p> <p>Beschluss 1320</p> <p>Nächste Sitzung 1320</p> <p>Anlage</p> <p>Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Verhalten von Landesregierung und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbesondere bei der Firmengruppe FlowTex“ 1321</p>
--	---

Protokoll

über die 22. Sitzung vom 7. März 2002

Beginn: 9:34 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Gall, Mappus und Schneider erteilt.

Krank gemeldet ist Herr Abg. Bebber.

Dienstlich verhindert ist Herr Staatssekretär Rückert.

Meine Damen und Herren, die Fraktion GRÜNE bittet um folgende Umbesetzung im Ständigen Ausschuss: Herr Abg. Thomas Oelmayer scheidet als stellvertretendes Mitglied aus. Für ihn tritt Herr Abg. Jürgen Walter als stellvertretendes Mitglied ein. – Ich darf feststellen, dass Sie dieser Umbesetzung zustimmen.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Auch das ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 12. Februar 2002 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 2000 bis 2003 – Drucksache 13/736

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Finanzministeriums vom 26. Februar 2002 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2001 – Drucksache 13/779

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung der Landesregierung vom 5. März 2002 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“; berichtigte Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2002 – Drucksache 13/816

Überweisung an den Ausschuss für Ländlichen Raum und Landwirtschaft, federführend an den Finanzausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Das Wort zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantrage für die SPD-Fraktion gemäß § 78 Abs. 4 der Geschäftsordnung, Tagesordnungspunkt 5 – unseren Antrag auf Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz, Drucksache 13/805 – und Tagesordnungspunkt 1 – Regierungserklärung zur Integration in Baden-Württemberg – gemeinsam unter Punkt 1 der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Integration und Zuwanderung stehen in einem untrennbaren Sachzusammenhang. Dies muss bei der Reihenfolge der heutigen Beratungsgegenstände

(Abg. Wieser CDU: Das habt ihr im Präsidium verbockt!)

unbedingt berücksichtigt werden. Über das vom Bundestag am vergangenen Freitag beschlossene Zuwanderungsgesetz wird am 22. März dieses Jahres im Bundesrat abschließend abgestimmt. Wir stehen deshalb unmittelbar vor der Chance, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie die Integration der hier dauerhaft lebenden Ausländerinnen und Ausländer in einem neuen Gesetz sinnvoll zu regeln. Heute ist die letzte Plenarsitzung des Landtags von Baden-Württemberg vor dieser entscheidenden Bundesratssitzung, in der auch die Landesregierung ihr Votum abgeben wird.

Das Zuwanderungsgesetz regelt die Konzeption und den Umfang der Integration im Ausländerrecht,

(Zurufe von der CDU)

gerade weil sich die Zuwanderung nach der neuen Gesetzesregelung künftig auch an der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft orientieren soll.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Oettinger: Freie Rede, Herr Kollege!)

– Ich rede schon frei.

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen betonen diesen Zusammenhang bei allen sich bietenden Gelegenheiten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Fischer, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung. Im Moment reden Sie zur Sache.

(Abg. Drexler SPD: Er begründet das!)

Abg. Fischer SPD: Okay.

(Heiterkeit)

– Ich habe begründet, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Präsident, warum wir es für notwendig halten, die Tagesordnungspunkte 5 und 1 zusammenzulegen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht wollen Sie das nicht. Trotzdem ist die Begründung nach unserer Meinung und nach meiner Meinung schlüssig.

Der Herr Innenminister wird nachher

(Zurufe)

– das ist frei, lieber Kollege Hauk – in seiner Regierungserklärung auch zur Zuwanderung Ausführungen machen. Wenn wir der Gewichtung von Zuwanderung und Integration den richtigen Stellenwert beimessen, halten wir es für sinnvoll, beide Punkte als Punkt 1 zusammenzufassen. Damit würden wir diese beiden Problempunkte entsprechend ihrer Gewichtung hier zusammen beraten. Deshalb beantrage ich namens der SPD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 5 mit Tagesordnungspunkt 1 gemeinsam zu behandeln, und ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es verwundert mich schon sehr, Herr Kollege Fischer, dass Sie jetzt mit diesem Antrag kommen.

(Abg. Oettinger CDU: Präsidium! – Abg. Wieser CDU zur SPD: Habt ihr das nicht im Präsidium gebracht?)

Das Präsidium hat die Tagesordnung einvernehmlich aufgestellt.

(Abg. Drexler SPD: Im Präsidium war es gar nicht! Der Antrag ist am Freitag eingegangen! Keine Ahnung! – Abg. Birzele SPD: Das war doch gar nicht im Präsidium!)

– Langsam. Im Präsidium wurde die Tagesordnung einvernehmlich aufgestellt. Die Regierungserklärung, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, stand bei der Sitzung des Präsidiums bereits fest.

(Abg. Drexler SPD: Schlafen Sie im Präsidium, oder was?)

Sie haben jetzt einen Dringlichen Antrag eingebracht.

(Abg. Drexler SPD: Eben!)

Ich sehe zunächst einmal in der Begründung mit Freude, dass Sie mittlerweile den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Integration erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja auch eine neue Erkenntnis.

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Das ist ja nur billig!)

Wenn Sie die Regierungserklärung mit ihrem Titel sehen, merken Sie, dass es hierbei in erster Linie um die gelungene Integration in Baden-Württemberg geht. Davon gehe ich jedenfalls aus. Dabei mag das Thema Zuwanderung am Rande eine Rolle spielen. Das will ich gar nicht ausschließen. Ich weiß nicht, was die Regierung nachher in der Regierungserklärung zur Sprache bringen wird. Nur, eines ist klar: Das Thema „Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz“ ist deshalb dringlich, weil die Bundesratsabstimmung bevorsteht. Sie haben in der Vergangenheit bewusst Wert darauf gelegt, dies auch getrennt zu beurteilen.

(Abg. Birzele SPD: Was? Das ist unwahr!)

Wir sehen deshalb keinen Anlass, jetzt diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Döpper CDU: So ist es!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD abstimmen, die Behandlung des Tagesordnungspunkts 5 mit der des Tagesordnungspunkts 1 zu verbinden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe dann **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung – Integration in Baden-Württemberg – und Aussprache

Das Wort zur Regierungserklärung erteile ich Herrn Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Integration von Ausländern und Spätaussiedlern in Baden-Württemberg und auch in der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den Schwerpunkten unserer Regierungsarbeit in Baden-Württemberg und ist darüber hinaus eine nationale Herausforderung.

Lassen Sie mich die Ausgangslage skizzieren: In Deutschland leben ca. 7,3 Millionen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, in Baden-Württemberg rund 1,25 Millionen. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 8,9 % bundesweit und von ca. 12 % für Baden-Württemberg. Viele von ihnen, nämlich rund 49 %, halten sich schon seit zehn Jahren oder länger hier auf, rund 30 % im Bund bzw. 33 % in Baden-Württemberg sogar 20 Jahre und länger.

Mitte der Fünfzigerjahre hatten wir in Baden-Württemberg noch einen Ausländeranteil von unter einem Prozent. Die Veränderung bis zum heutigen Stand verlief nicht kontinuierlich, sondern in Wellen. Zu nennen sind hier insbeson-

(Minister Dr. Schäuble)

dere die so genannten Gastarbeiterzuzüge, vor allem aus Italien, Griechenland und dem früheren Jugoslawien.

Seit Mitte der Sechzigerjahre setzte der Zuzug türkischer Staatsangehöriger ein, der bis in die Neunzigerjahre anhält. Seit 1978 sind die Türken von allen fast 200 in Baden-Württemberg vertretenen Nationalitäten die größte Ausländergruppe. Ihr Anteil liegt heute bei 27 %, gefolgt von den italienischen Staatsangehörigen mit 15 % und den Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien mit 11 %.

Interessant ist in diesem Zusammenhang: Obwohl 1973 der Anwerbestopp erfolgte, stieg die Zahl der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch nach dem Anwerbestopp weiter an. Dies ist auf die zahlreichen Familiennachzüge und die relativ hohe Kinderzahl zurückzuführen.

Viele der Ausländer sind völlig problemlos in unsere Gesellschaft integriert. Sie leisten einen erheblichen Beitrag zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung und nehmen am bürgerschaftlichen Leben teil. Dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei vielen anderen gibt es aber auch Anlass zur Sorge. Zahlreiche, gerade auch junge Ausländer verfügen nur über mangelnde Sprachkenntnisse. Sie haben keine Perspektive am Arbeitsmarkt. Entsprechend überproportional hoch ist die Zahl von Sozialhilfeempfängern: in Baden-Württemberg als Beispiel 1,67 % Deutsche als Sozialhilfeempfänger und 4,3 % Ausländer. Dies zeigt übrigens auch, dass die ausländischen Arbeitslosen am Arbeitsmarkt genauso wenig bereit sind wie Deutsche, unattraktive Tätigkeiten, die angeboten werden, anzunehmen.

Die Gettobildung in den Städten nimmt zu. Es gibt viele Gruppen, die sich abschotten, unsere Gesellschaft und ihre Normen ablehnen und sich ausschließlich an den kulturellen und religiösen Werten ihrer Herkunftsgesellschaft orientieren.

Interessant ist auch noch ein Blick auf die Entwicklung der Zahlen der Ausländer einerseits und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten andererseits. Die Zahl der Ausländer in Deutschland – ich spreche jetzt von Deutschland; aber entsprechend verhält es sich in Baden-Württemberg – hat sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländer hingegen ist zurückgegangen. Wir hatten 1973 eine Arbeitslosenquote von 1,2 % und 4 Millionen Ausländer, davon rund 2,5 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Heute haben wir eine Arbeitslosenquote von 9 % und 7,3 Millionen Ausländer, davon nur noch rund 2 Millionen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das heißt, die Zahl der Ausländer ist insgesamt um 85 % angestiegen, der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dagegen um 19 % gesunken. Das sollte man wissen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist doch klar: Familiennachzug!)

Bei dem Thema Integration, Herr Kollege Palmer, dürfen wir den Blick aber nicht nur auf die Ausländer richten, sondern müssen wir auch die heute kommenden Spätaussiedler im Auge haben. Auch hier ist wahr: Die Eingliederung der

Vertriebenen und Aussiedler ist in den letzten Jahrzehnten nach einem gemeinsamen Kraftakt in hervorragender Weise gelungen. Sie sind eine große Bereicherung für unser Land. Wir sind froh, dass so tüchtige Landsleute zu uns gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Genauso ist aber auch wahr, dass die Integration der heute kommenden Spätaussiedler und ihrer Familienmitglieder ungleich schwieriger ist als früher. Sie wird nicht selten von persönlichen Problemen und sozialen Konfliktsituationen begleitet. Die Folgen liegen auf der Hand und sind unübersehbar.

Dies alles, meine Damen und Herren, verursacht sozialen und politischen Sprengstoff. Wir müssen gegensteuern und Fehlentwicklungen stoppen; sonst werden sie uns überrollen. Statt Parallelgesellschaften brauchen wir ein gedeihliches Miteinander. Wir wollen keine Assimilation; wir müssen aber aufeinander zugehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sosehr daher gegenseitiges Verständnis und Toleranz notwendig sind, ist aber auch unverzichtbar, dass unsere Rechtsordnung und unsere Werte akzeptiert werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sind die Grundvoraussetzungen für ein gedeihliches und friedliches Zusammenleben, und dazu müssen alle Beteiligten ihre Anstrengungen verstärken. Nicht nur der Staat und die Gesellschaft, sondern auch die Ausländer und Spätaussiedler sind gefordert. Es ist wirklich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und nur mit einer Bündelung aller dafür erforderlichen Kräfte können wir diese gewaltige Herausforderung bestehen.

Bevor wir noch mehr Menschen nach Deutschland kommen lassen, sollten wir erst diejenigen, die schon hier sind, besser integrieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will die bereits laufenden Integrationsmaßnahmen darstellen. Wir fangen bei diesem Thema nicht bei null an. Schon in der Vergangenheit wurden zahlreiche Integrationshilfen angeboten, die es vielen erleichtert haben, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Nur als Beispiel ist auf die vielfältigen Integrationshilfen in den Schulen hinzuweisen. Auch die Kommunen des Landes, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und viele private Einrichtungen und Personen leisten wesentliche und vielfältige Beiträge. Wir haben allen Grund, dafür von Herzen dankbar zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Auch das Land Baden-Württemberg unternimmt mit erheblichem finanziellem Aufwand zahlreiche Integrationsmaßnahmen. Dabei arbeiten wir vor allem zielgruppen- und problemorientiert.

(Minister Dr. Schäuble)

Die Fördermaßnahmen beginnen im vorschulischen Bereich, also im Kindergarten, und erstrecken sich über die Förderung von Schülern und Jugendlichen bis hin zu den Erwachsenen. Der Schwerpunkt liegt logischerweise bei der Sprachförderung.

Die wichtigsten Maßnahmen des Landes sind insoweit die folgenden: Das Sozialministerium fördert Maßnahmen der vor- und außerschulischen Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfen für ausländische Kinder und Spätaussiedlerkinder bereits im Kindergarten und in der Vorschule, aber auch in der Schule. Eine umfangreiche Förderung erfolgt durch das Kultusministerium vorrangig an Grund- und Hauptschulen durch Vorbereitungskurse bzw. Förderklassen, durch Förder- und Vorbereitungskurse, aber auch einzel-fallbezogen an Schulen mit hohem Anteil ausländischer und spätausgesiedelter Schülerinnen und Schüler. Schulische Sprachförderung wird auch an Realschulen und Gymnasien angeboten.

Jugendliche, die nach Beendigung der allgemeinen Schule keinen Ausbildungsplatz haben und noch nicht volljährig sind, erfahren eine Förderung mit dem Schwerpunkt „Erwerb von Deutschkenntnissen“ durch das Kultusministerium im Berufsvorbereitungsjahr und in der Berufsschule.

Über den Spracherwerb hinaus gibt es weitere vielfältige Fördermaßnahmen. Zu nennen sind hier Projekte des Innen- und des Kultusministeriums zur beruflichen und sozialen Integration von jugendlichen Spätaussiedlern und Ausländern sowie arbeitsmarktpolitische Projekte des Sozialministeriums und des Wirtschaftsministeriums, beispielsweise die Existenzgründungsinitiative II, die gezielt auf ausländische Existenzgründerinnen und Existenzgründer ausgerichtet ist.

Einen wichtigen Integrationsbeitrag leisten ferner die Ausländersozialberatungsstellen bzw. die Sozialdienste, die von den Trägern der freien Wohlfahrtspflege eingerichtet wurden und von Land und Bund gefördert werden. Für die soziale Beratung und Betreuung von Spätaussiedlern werden ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt. Der finanzielle Aufwand des Landes allein für Maßnahmen, die sich ausschließlich an Ausländer und/oder Spätaussiedler richten, beläuft sich auf mehr als 11 Millionen €. Hinzu kommen rund 32 Millionen € für Maßnahmen im Schulbereich. Grundlage: das Jahr 2000/2001.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Über diese speziellen Maßnahmen hinaus existieren –

(Unruhe)

– Auch hier, Herr Kollege Teßmer, ist der obligatorische Ländervergleich weiterführend.

(Unruhe)

Über diese speziellen Maßnahmen hinaus existieren weitere Förderinstrumente, an denen Spätaussiedler sowie Ausländer auch teilhaben können. Wir haben dies, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, im Rahmen unserer Antwort auf eine Anfrage der Frau Kollegin Utz noch

einmal näher in einer so genannten Bestandsaufnahme dargestellt. Ich darf an dieser Stelle für diese Arbeit, aber auch darüber hinaus für ihre hervorragende Arbeit und ihre außergewöhnlichen Leistungen meiner Abteilung im Innenministerium ganz herzlich danken – mit dem Abteilungsleiter Hellstern an der Spitze sowie den Referatsleitern Enkler, Scheel und Uricher. Herzlichen Dank für ihr großes Engagement!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung setzt aber ihre integrationspolitischen Bemühungen nicht nur fort, sondern wir steigern und verstärken sie auch. Neue Maßnahmen, überwiegend mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg finanziert, sind in die Wege geleitet. Auch daraus ersieht man die segenreiche Wirkung dieser Landesstiftung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Einzelnen sind dies:

Integrationskurse für bleibeberechtigte Ausländer. Das Innenministerium hat einen solchen Integrationskurs konzipiert. An diesem Projekt nehmen in diesem Jahr 27 Kommunen in Baden-Württemberg, teilweise mit weiteren Kooperationspartnern, teil. Dies bedeutet eine nahezu landesweite Abdeckung.

(Abg. Birzele SPD: Und wer zahlt?)

Der Integrationskurs besteht aus zwei Fördergesprächen und einem Orientierungskurs, der im Wesentlichen Kenntnisse der deutschen Sprache vermitteln soll, aber auch Kenntnisse zur Alltagsbewältigung und Kenntnisse über die Werteordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Württemberg hat es also nicht bei seinem Entwurf eines Integrationsgesetzes belassen, sondern auch bei der Realisierung von Integrationskursen Neuland betreten und bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Dies wird auch anerkannt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beispielsweise – darauf habe ich schon einmal hingewiesen – hat die ehemalige Ausländerbeauftragte des Bundes, Frau Schmalz-Jacobsen, bei der Sachverständigenanhörung zum Zuwanderungsgesetz am 16. Januar 2002 im Rahmen einer Innenausschusssitzung des Bundestags auf das Modell Baden-Württemberg ausdrücklich hingewiesen.

Da – dies nur am Rande – die Stadt Frankfurt nach einer dpa-Meldung vom Dezember letzten Jahres erklärt hat, als erste deutsche Kommune biete sie nun seit einigen Wochen kostenlose Integrationskurse an, ist dem bei allem Respekt vor der Stadt Frankfurt entgegenzuhalten, dass zu diesem Zeitpunkt die mit den Städten Stuttgart, Mannheim, Ulm und Schwäbisch Gmünd im April und Mai 2001 als Modellversuche gestarteten Integrationskurse schon kurz vor dem Abschluss standen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Wir wenden uns auch Integrationssprachkursen für Spätaussiedler zwischen dem 27. und 30. Lebensjahr zu. Hier ist es, Herr Kollege Birzele, was die Finanzierung angeht, so: Der Garantiefonds „Schul- und Berufsbildungsbereich“ des Bundes fördert in der Tat Sprachkurse für Spätaussiedler,

(Abg. Birzele SPD: Also!)

allerdings, wie Sie wissen, in der Regel nur bis zum Alter von 27 Jahren.

(Abg. Birzele SPD: Und, wie Sie wissen, von der Regierung Kohl drastisch gekürzt! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Und was tun Sie? – Die Erfahrungen haben gezeigt, dass besonders in der Altersgruppe ab 27 – eben nicht nur unter 27 – ein großer Bedarf an Sprachkursmaßnahmen und eine hohe Motivation besteht, die deutsche Sprache zu erlernen und eine qualifizierte Arbeit aufzunehmen. Das Innenministerium hat daher im Jahr 2002 für die 27- bis 30-jährigen Spätaussiedler in jedem Regierungsbezirk einen Integrationssprachkurs mit berufsorientierenden Bestandteilen realisiert.

In diesem Jahr wird auch in jedem Regierungsbezirk ein Modellprojekt „Eingliederungslotse und Eingliederungsvereinbarung für Spätaussiedler“ mit einer Laufzeit von zweieinhalb bis drei Jahren gestartet. Die Projektträger-schaft für die einzelnen Modellprojekte nimmt jeweils eine untere Eingliederungsbehörde im Namen des Landes wahr. Mit der konkreten Durchführung werden als Kooperationspartner Wohlfahrtsverbände und Kommunen beauftragt. Die Entscheidung über die Standorte und die Kooperationspartner – das ist hier für das hohe Haus sicherlich interessant – wird Ende März/Anfang April, also demnächst, fallen, nach Abschluss des derzeit laufenden Projektauswahlverfahrens.

Eine erfolgreiche Eingliederungsarbeit für jugendliche Spätaussiedler muss besonderen Problemen, die bei einer schwierigen oder sogar fehlgeschlagenen Eingliederung auftreten, begegnen und auf diese Probleme

(Abg. Stickelberger SPD: Integration!)

– völlig richtig – im präventiven Bereich eine Antwort geben. Dies gilt besonders hinsichtlich der Bekämpfung der Abhängigkeit von Drogen – von illegalen Drogen und anderen Drogen. Auch diese Maßnahme ist konkret in Vorbereitung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Jahr 2000 – um einen anderen Punkt anzusprechen – lief das Modellprojekt „Vorkurse für schwächere Hauptschüler vor Ausbildungsbeginn“ aus, das damals aus Mitteln der Zukunftsoffensive Junge Generation finanziert wurde. Im Mittelpunkt der Kurse, deren Teilnehmer zu einem großen Teil Jugendliche ausländischer Herkunft waren, stand vor allem die Berufsinformation und Berufsorientierung bis hin zum Bewerbertraining und zur konkreten Suche nach geeigneten Lehrstellen. Das Wirtschaftsminis-

terium wird die Kurse weiterführen, die nun aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln gefördert werden sollen.

Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt darüber hinaus, ein Gutachten „Entwicklung der Ausbildungsbeteiligung junger Ausländer und Handlungsempfehlungen“ in Auftrag zu geben, das aus Mitteln der Zukunftsoffensive III finanziert werden soll.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Die Qualifizierung von ausländischen Existenzgründern und -gründerinnen in Seminaren und Workshops ist als Schwerpunkt einer Existenzgründungsinitiative III vorgesehen, die auch noch in diesem Jahr starten soll.

Ich darf einige Maßnahmen des Ausländerbeauftragten der Landesregierung erwähnen. Neben der Fortführung von erfolgreichen Eingliederungsmaßnahmen beabsichtigt der Ausländerbeauftragte der Landesregierung insbesondere die Ausschreibung eines Integrationspreises, die Erarbeitung von Informationsbroschüren und regelmäßigen Publikationen sowie den Ausbau der Internetpräsentation.

Die Zusammenarbeit mit den kommunalen Ausländervertretungen und Ausländerbeauftragten soll weiter intensiviert werden. Ferner wird die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen auch künftig umfangreich unterstützt. Im Jahr 2002, also in diesem Jahr, soll außerdem ein Wissenschaftsforum „Migration und Integration“ gegründet werden.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zur PISA-Studie. Nach den ersten veröffentlichten Ergebnissen der PISA-Studie ist nicht auszuschließen, dass auch bestehende Maßnahmen zur Integration überdacht oder neue Maßnahmen in die Wege geleitet werden müssen. Das Kultusministerium wurde deshalb gebeten, nach Auswertung der landesspezifischen Befunde und der thematischen Analysen der PISA-Studie dem Ministerrat hierüber zu berichten. Dies gilt gleichermaßen in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium für die Themen „gleiche Bildungschancen für Schüler unterschiedlicher sozialer Schichten“ und „vorschulische Bildung“. Das Innenministerium wurde beauftragt, die Integrationsvoraussetzungen jener Länder zu erheben, deren Schüler in der Untersuchung bessere Ergebnisse als die deutschen Schüler aufweisen und die eine ähnliche Zuwanderungsstruktur wie wir haben.

Aber, meine Damen und Herren – und damit komme ich zu dem mir wichtigsten Punkt in dieser Regierungserklärung –, allein das Füllhorn mit Steuermitteln auszuschütten reicht nicht aus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Das Füllhorn! Klägliches Rinnsal!)

Noch hat niemand in Deutschland das Know-how, wie Integration gerade auch für Menschen aus anderen Kulturen wirklich gelingen kann. Wie gesagt: Geld allein wird nicht ausreichen. Deshalb treibt uns die Sorge um: Wie schaffen wir es, dass der jetzige und künftige, in der Tat erhebliche

(Minister Dr. Schäuble)

Aufwand, den wir für die Integration betreiben müssen, auch zum gewünschten Erfolg führt? Das ist die zentrale Frage.

In organisatorischer Hinsicht müssen wir ein optimales Zusammenwirken gewährleisten. Deshalb hat der Ministerrat eine Koordinierungsrunde der mit Integrationsmaßnahmen befassten Ressorts eingesetzt, der ferner der Landesbeauftragte für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie der Ausländerbeauftragte der Landesregierung angehören. Genauso müssen diejenigen, die vor Ort die Integrationsarbeit leisten, noch stärker einbezogen werden. Dies erfolgt im Landesarbeitskreis Integration, in dem vor allem die kommunale Seite sowie Institutionen und Verbände, die mit der Integration von Ausländern und Spätaussiedlern befasst sind, vertreten sein werden.

Zu einer wirklichen und spürbaren Verbesserung kommen wir aber nur, wenn wir auch inhaltliche Vorgaben für die Integration machen. Deshalb hat der Ministerrat am 26. Februar 2002, vor wenigen Wochen, 13 Leitlinien beschlossen, von denen ich die wichtigsten anspreche.

Ein Punkt ist: Der Schlüsselfaktor für eine erfolgreiche Integration sind deutsche Sprachkenntnisse. Mit der sprachlichen Integration wird eine wesentliche Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration geschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deutsche Sprachkenntnisse sind entscheidend für den erfolgreichen Abschluss von Schule und Berufsausbildung, die erfolgreiche Bewerbung um einen Arbeitsplatz, das vollwertige Ausfüllen des Arbeitsplatzes und letztlich die Teilnahme am täglichen Leben. Auf den Spracherwerb gerichtete Integrationsmaßnahmen stehen deshalb im Vordergrund. Es gilt, diese Angebote anzunehmen und auf ihnen aufbauend die Sprachkenntnisse weiter zu verbessern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich weise aber auch darauf hin: Bei allen Integrationsmaßnahmen ist grundsätzlich nur auf ein auf Dauer angelegtes Bleiberecht abzustellen. Nach Auffassung der Landesregierung wäre es verfehlt, bei Asylbewerbern mit Integrationsmaßnahmen anzusetzen, weil diese im Falle eines erfolglosen Verfahrens das Land wieder verlassen müssen. Bereits erfolgte Integrationsmaßnahmen wären im Hinblick auf die Aufenthaltsbeendigung kontraproduktiv.

Ein anderes Problem, meine Damen und Herren: Viele Menschen halten sich schon lange in Deutschland auf und sind trotzdem nicht integriert, beispielsweise weil sie nach wie vor über unzureichende Sprachkenntnisse verfügen oder unsere Rechts- und Werteordnung generell ablehnen. Deshalb dürfen wir unsere Bemühungen keinesfalls nur auf neu einreisende Ausländer beziehen. Fatal ist es daher, dass nach den gerade im Deutschen Bundestag beschlossenen Änderungsanträgen von Rot-Grün zum Zuwanderungsgesetz die Teilnahmeverpflichtung an Integrationskursen nur noch für neu Einreisende bestehen soll. Das heißt im Klartext: Diejenigen, die trotz langer Anwesenheit immer noch nicht integriert sind, sollen durch den Bund nicht da-

zu verpflichtet werden, sich endlich verstärkt um ihre Integration zu bemühen.

(Abg. Wieser CDU: Das ist ja unglaublich! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das kann so nicht hingenommen werden und muss dringend korrigiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Damit bin ich auch bei der migrationspolitischen Verantwortung des Bundes. Integration ist schon eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Schon heute tragen die Länder und die Kommunen die Hauptlast der Integrationskosten: nach dem so genannten Süßmuth-Bericht der Bund rund ein Drittel, die Länder zwei Drittel – wobei die Kommunen gar nicht beziffert sind.

Diese Ausgangslage wird bei den Neuregelungen zur Integration im Zuwanderungsgesetz nicht ausreichend berücksichtigt. Bei den neu Einreisenden will der Bund nur die Kosten für den Basissprachkurs und den Orientierungskurs übernehmen, während die Kosten für den Aufbausprachkurs den Ländern anheim fallen sollen. Vor allem aber hätten die Länder die Kosten der Integrationsmaßnahmen für sich bereits hier aufhaltende Personen allein zu tragen,

(Abg. Wieser CDU: Wer bestellt, zahlt!)

soweit diese nicht im Rahmen noch freier Plätze berücksichtigt werden können. Der Bund muss sich daher auch an diesen Kosten stärker beteiligen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Wie war das bei Kohl?)

Im Übrigen werden wir uns, meine Damen und Herren, künftig verstärkt darum bemühen, bereits integrierte Personen – etwa Brückenlehrer – in die Integrationsarbeit mit ihren Landsleuten einzubeziehen. Probleme bei der sprachlichen Verständigung sind damit von vornherein ausgeräumt. Der Zugang zu dem anzusprechenden Personenkreis dürfte zumeist einfacher und ohne Ressentiments möglich sein. Die konkreten Möglichkeiten werden wir in dem neuen Landesarbeitskreis Integration erörtern und dann auch realisieren.

Aber, meine Damen und Herren, ich will auch heute zum wiederholten Mal klar sagen, worüber in diesem Haus, wie ich denke, Konsens besteht oder bestehen sollte: Integration ist auch eine Bringschuld,

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

denn ohne den Willen und die Bereitschaft der Ausländer und Spätaussiedler zur Integration kann die Integration nicht gelingen. Wer auf Dauer bei uns leben will, muss ein Mindestmaß an Integrationsbereitschaft mitbringen. Integration ist, wie gesagt, keine Einbahnstraße. Vielmehr müssen die Betroffenen auch selbst bereit sein, sich den Anforderungen der Integration zu stellen und diese aktiv zu unterstützen.

(Minister Dr. Schäuble)

Wer dies grundsätzlich anders sieht, ist aufgefordert, seine Situation selbstkritisch zu reflektieren. Es kann nicht gut gehen, in einem Staat auf Dauer leben zu wollen und gleichzeitig alle oder nahezu alle Merkmale sowie Normen abzulehnen, die diese Bevölkerung und diesen Staat kennzeichnen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Hier muss von den Betroffenen umgedacht werden. Es gilt, über Gruppeninteressen hinweg aufeinander zuzugehen, gegenseitiges Verständnis aufzubringen und unsere Rechts- und Werteordnung zu akzeptieren. Beispielsweise muss die Bereitschaft bestehen, die Grundrechte zu beachten und die nach Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes festgelegte gleichberechtigte Stellung der Frau zu respektieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Inge
Utzt SPD: Da muss die CDU natürlich klatschen!)

– Die Grundrechte, meine Damen und Herren von der SPD, sind keine allgemeinen Programmsätze, sondern sie bestimmen auch den täglichen Umgang miteinander und sind Vorgaben an Deutsche und Ausländer gleichermaßen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich kann es, wenn Sie wollen, auch anders ausdrücken: Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass jemand auf Dauer bei uns bleiben will, dem unsere Rechts- und Werteordnung nicht passt und der sie daher nicht akzeptieren kann oder gar bekämpft. So einfach ist das.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU zur
SPD: Das ist doch wohl klar! Da müsst ihr doch
auch klatschen! Das ist doch eine Binsenweisheit!)

In diesem Sinne sehe ich es als einen Schritt in die richtige Richtung an, dass der Zentralrat der Muslime als einer von mehreren islamischen Spitzenverbänden in einer „Islamischen Charta“ vom 20. Februar 2002 – ich zitiere – „die vom Grundgesetz garantierte, gewaltenteilige, rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau sowie der Religionsfreiheit“ bejaht und ferner erklärt hat, dass er nicht auf die Herstellung eines klerikalen Gottesstaates abzielt und das deutsche Ehe-, Erb- und Prozessrecht anerkennt.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch schon mal et-
was!)

Im Übrigen ist nach Auffassung der Landesregierung der Aspekt der verpflichtenden Anforderung im Sinne der Maxime „Fördern und fordern“ im Entwurf des Zuwanderungsgesetzes nicht ausreichend berücksichtigt. Eine Verpflichtung zur Teilnahme an einem Integrationskurs geht doch ins Leere, meine Damen und Herren, wenn sie nicht mit wirksamen Sanktionen verbunden ist.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Ein Beratungsgespräch als „Streicheleinheit“, wie es der Regierungsentwurf vorsieht, wird die Betroffenen doch in

der Regel gar nicht zur Teilnahme bewegen. Die Regelungen sind auch in vielerlei Hinsicht zu unpräzise. Was soll es denn bedeuten – darüber haben wir hier in diesem hohen Hause schon diskutiert –, wenn ein Verstoß gegen die Teilnahmepflicht am Integrationskurs bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis – so der Gesetzeswortlaut – „berücksichtigt“ werden soll? Die Sanktionen müssen vielmehr eindeutig benannt werden, und zwar bis hin zur Aufenthaltsbeendigung als letzte Konsequenz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In diesem Zusammenhang ist an den von der Landesregierung bereits im Oktober 2000 im Bundesrat eingebrachten Entwurf eines Integrationsgesetzes zu erinnern, mit dem wir bundesweit erneut eine Vorreiterrolle eingenommen und erstmals gesetzliche Regelungen zur Integration, insbesondere zu Integrationskosten, vorgeschlagen haben. Dieser Entwurf sieht entsprechende Regelungen, auch was Sanktionen angeht, vor. Ich darf mit einer gewissen Genugtuung vermerken, dass andere, expressis verbis Nordrhein-Westfalen, sich diesem Weg inzwischen angeschlossen haben. Warum schließt sich die Bundesregierung diesem erfolgreichen Weg nicht an?

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU zur SPD
und zu den Grünen: Das müsst ihr mal erklären!)

Wie wichtig echte Sanktionen sind, wird doch deutlich durch die Bewertung, zu der eine im Februar 2002, also vor wenigen Wochen, vorgelegte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Situation der Türken in Deutschland kommt. Der Vorsitzende des „Deutsch-Türkischen Forums“ Nordrhein-Westfalen, Bülent Arslan, hat dazu angemerkt, der wichtigste Faktor bei der Integration sei die Sprache. In der Freizeit verwendeten noch nicht einmal ein Fünftel der Türken die deutsche Sprache, etwa ein Drittel spreche außerhalb der Arbeit beide Sprachen gleichwertig, und das, obwohl die überwältigende Mehrheit seit über zehn Jahren hier lebe. Falls positive Anreize nicht ausreichen, so diese Studie, müsse es eben zur Pflicht gemacht werden, die deutsche Sprache zu erlernen, wobei das allerdings nicht das alleinige Heilmittel sei.

(Abg. Wieser CDU: Die Voraussetzung! – Abg.
Theresia Bauer GRÜNE: Aber Pflicht und Sankti-
on ist ein Unterschied!)

Aber es muss eine klare Verpflichtung mit Sanktionen zum Erlernen der deutschen Sprache geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU)

Hier sind alle gefordert. Wir müssen auch das Menschenmögliche für die Integration tun. Unter dieser Voraussetzung stellt die Landesregierung aber auch fest: Wer trotz aller mit erheblichem finanziellem Aufwand erfolgten Hilfen und angebotenen Hilfen nicht integrierbar ist, wer unsere Lebensordnung nicht akzeptiert, wer gar zum Straftäter wird, den müssen empfindliche Sanktionen treffen, und er kann, soweit rechtlich möglich, nicht auf Dauer in Deutschland bleiben.

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Schäuble)

Ich darf festhalten: Das Land hat schon in der Vergangenheit vielfältige Integrationsangebote bereitgestellt. Jetzt, in diesem Jahr, werden wir die Integrationsmaßnahmen noch erheblich intensivieren und ausbauen. Eines ist allerdings klar: Der von uns im Jahr 2002 erreichte Stand kann nicht bedeuten, dass keine weiteren Maßnahmen in Betracht kommen. Dies wird schon aus den vom Ministerrat am 26. Februar 2002 erteilten Aufträgen deutlich. Uns geht es vielmehr um Folgendes:

Wir betreten auch mit diesen neuen Maßnahmen vielfach Neuland. Wie gesagt: Noch niemand in Deutschland hat eigentlich das Know-how, wie die Integration gelingen kann. Das gilt auch für die Integrationskurse. Wir wollen und müssen deshalb Schritt für Schritt vorgehen und fortlaufend prüfen, ob die neuen Ansätze erfolgreich sind, und möglichst dann, wenn dies der Fall ist, zu einer Ausdehnung kommen. Insofern sind wir also mit möglichen Integrationsmaßnahmen nicht am Ende angelangt, sondern stehen mitten in einem Prozess, der ständig neu bewertet werden muss und auch fortlaufenden Änderungen, sprich Verbesserungen, zugänglich ist.

Die Landesregierung lädt alle ein, diesen aufgezeigten Weg mitzugehen. Wir sind uns sicher: Es gibt zu ihm keine vernünftige Alternative.

Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Nach § 83 a Abs. 3 unserer Geschäftsordnung erteile ich Frau Abg. Bauer das Wort.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Regierungserklärung zur Integrationspolitik in Baden-Württemberg stimmt mich trotz vieler altbekannter Töne insgesamt hoffnungsvoll.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Schön! – Abg. Wieser CDU: Hoffnung ist immer gut!)

Ich will einmal versuchen, die Geschichte positiv zu lesen,

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

bevor ich – ich komme nicht umhin – auch ein paar kritische Anmerkungen mache.

Herr Innenminister Schäuble, Sie haben am Anfang Ihrer Ausführungen eine Bestandsaufnahme gemacht und haben gesagt, der Ausländeranteil der Bevölkerung in Baden-Württemberg sei seit den Fünfzigerjahren von unter 1 % auf inzwischen 12 % gestiegen. Diese Zahlen belegen einen mehr oder weniger kontinuierlichen Wachstumsprozess über fünf Jahrzehnte hinweg.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Diese Zahlen stehen dafür, dass wir de facto ein Einwanderungsland sind. Auch wenn kein beabsichtigter Prozess da-

hinter gestanden hat, dauerhafte Zuwanderung zu organisieren, ist es im Resultat eben so gekommen. Inzwischen sind 40 % der Ausländer in Baden-Württemberg dauerhaft hier im Land angesiedelt.

(Abg. Pfisterer CDU: Aber nicht beschäftigt!)

Das sind Angaben des Statistischen Landesamts.

Viele wollten diese Entwicklung bis vor kurzem nicht wahrhaben und zogen sich auf Vogel-Strauß-Politik zurück. Sie haben ganz einfach vor den Tatsachen den Kopf in den Sand gesteckt. Von daher sehen wir, dass Sie mit der heutigen Regierungserklärung durchaus einen Schritt vorangegangen sind.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion ist eine Herausforderung für alle Beteiligten, sowohl für die Einheimischen als auch für die Zugewanderten. Es verlangt Veränderungen von allen Seiten. Ohne Zweifel verlangt es eine größere Anstrengung von denen, die sich in der neuen Umgebung zurechtfinden müssen.

Aber das interkulturelle Zusammenleben ist auch Bereicherung und Horizonterweiterung. Gerade heute, in einer globalisierten Welt, wird ein gelungener Umgang mit kultureller Verschiedenheit geradezu zur Schlüsselqualifikation.

Hierzulande klopft man sich wegen unserer Spitzenposition in Technologie und Wissenschaft und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ja gern auf die Schulter. Untrennbar dazu gehört aber auch ein welttoffenes Klima ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Der Weg zur Einwanderungsgesellschaft muss deshalb von der Politik unterstützt und begleitet werden. Versäumte Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte – besonders im Hinblick auf Bildung – wirft Folgeprobleme auf, die mit der Zeit umso schwerer zu bewältigen sind. Die Ergebnisse der PISA-Studie müssen auch in diesem Licht bewertet werden.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Dass dies als eine gemeinsam zu bewältigende Herausforderung zu begreifen ist, habe ich der heutigen Regierungserklärung entnommen. Ich halte das für einen guten Schritt nach vorn.

Ich freue mich zum Beispiel darüber, dass Sie über Ausländer und Aussiedler in Baden-Württemberg nicht mehr in fein säuberlich voneinander getrennten unterschiedlichen Kategorien sprechen, sondern unabhängig von einem vorliegenden Pass den Handlungsbedarf dort definieren, wo Integrationsprobleme auftreten. Wenn sich diese Haltung auch in einer entsprechenden Angleichung der finanziellen Anstrengungen niederschlägt, wird es noch besser.

Es ist wichtig, Ausländer nicht nur als Zumutung und Quelle von Problemen anzusehen, sondern ihren Beitrag zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wahrzunehmen. Besondere Verantwortung kommt der

(Theresia Bauer)

Politik in diesem Zusammenhang zu, nicht die einfachen Weltbilder und Emotionen zu bedienen.

Aus diesem Grund begrüße ich es, dass Sie heute die „Islamische Charta“ des Zentralrats der Muslime in Deutschland – eine Grundsatzerklärung vom 20. Februar dieses Jahres – über die Beziehung der Muslime zur Gesellschaft und zum Staat angesprochen haben. Sie beinhaltet auch als Folge des 11. September das Bekenntnis zum Grundgesetz und zu den Menschenrechten.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Sie fordert die hiesige muslimische Bevölkerung auf, Deutschland nicht nur als Lebensmittelpunkt, sondern auch als Mittelpunkt ihres Interesses und ihrer Aktivität zu begreifen. Sie setzt sich für die Integration der muslimischen Bevölkerung in die Gesellschaft ein – unter Bewahrung ihrer islamischen Identität –, und sie unterstützt alle Bemühungen, die in Richtung Sprachförderung und Einbürgerung gehen.

Dies hat ohne Zweifel Signalwirkung in die muslimischen Gemeinschaften und in die bundesdeutsche Öffentlichkeit hinein. Das sollte umgekehrt aber auch uns ermutigen, die Einführung von islamischem Religionsunterricht in deutscher Sprache an unseren Schulen nicht länger auf die lange Bank zu schieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir schlagen außerdem vor, einen Lehrstuhl für islamische Theologie an einer baden-württembergischen Universität auszuschreiben, um die Herausbildung einer eigenen muslimischen Identität in Europa zu unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Bekenntnis der Landesregierung, Integrationspolitik als ressortübergreifende Aufgabe zu begreifen, wurde heute mit der Aufzählung von vielen, vielen Einzelmaßnahmen untermauert. Diese Projekte und Aktivitäten wurden aus dem Sozialministerium, dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, dem Kultusministerium und vom Ausländerbeauftragten zusammengetragen.

Die Unübersichtlichkeit dieser Einzelmaßnahmen ist ein nachdrücklicher Beleg dafür, dass es höchste Zeit ist, Integrationspolitik aus einem Guss zu konzipieren und systematisch weiterzuentwickeln. Sie wollen hierfür eine Koordinierungsrunde der mit Integrationsmaßnahmen befassten Ressorts etablieren, und Sie haben einen Landesarbeitskreis Integration angekündigt, um die kommunale Seite sowie Institutionen und Verbände einzubeziehen. Schön! Jetzt fehlt nur noch, dass Sie auch das Parlament einbeziehen. Wir Grüne fordern deshalb einen regelmäßigen Integrationsbericht der Landesregierung, der mehr ist als eine lange Liste von Aktivitäten. Spannend wird es doch erst dann, wenn die systematische Fortschreibung sichergestellt ist, wenn integrationspolitische Ziele definiert werden und geeignete Maßnahmen zu deren Umsetzung gesucht werden.

(Abg. Wieser CDU: Und sich die Bundesregierung daran hält!)

Außerdem empfehlen wir dringend, Migranten und deren Organisationen an der Weiterentwicklung der Arbeit direkt zu beteiligen. Denn dort sind sehr viel Erfahrung und Engagement abzuholen. Die Teilhabe am sozialen, politischen und kulturellen Leben sollte nicht nur proklamiert werden. Hier haben Sie einen konkreten Ansatzpunkt dazu.

Die Liste der heute vorgestellten Maßnahmen ist im Einzelnen allerdings enttäuschend. Sie sind fast ausnahmslos altbekannt und Fortschreibungen früherer Aktivitäten. Ausnahmen bilden lediglich die Integrationskurse und das Modellprojekt „Eingliederungslotse und Eingliederungsvereinbarung für Spätaussiedler“. Es gibt vier dieser Projekte im Land, und zwar nur für Spätaussiedler. Warum eigentlich nicht auch für die anderen?

(Abg. Inge Utzt SPD: Genau!)

Der finanzielle Aufwand mit 11 Millionen € im Jahr 2001 bleibt angesichts der Größe der Herausforderung eher ein Nasenwasser. Im neuen Doppelhaushalt haben Sie die Mittel für integrationspolitische Maßnahmen nicht ausgeweitet, sondern gekürzt. Besonders zu erwähnen sind die sachlich nicht zu begründenden Kürzungen für die Ausländersozialberatung um 20 %. Die bescheidenen Mittelzuwächse, die existieren, gehen sämtlich auf das Konto der Landesstiftung. Das bedeutet aber, dass die Fortführung der Maßnahmen und ihre Überführung in eine Daueraufgabe der Landespolitik keineswegs gesichert sind. Gerade die Integrationskurse, die ja bei weitem noch nicht flächendeckend angeboten werden, müssen als Daueraufgabe begriffen werden, wenn sie denn Wirkung entfalten sollen.

Wenn Sie es damit ernst meinen, Integrationskurse verpflichtend und flächendeckend einzuführen, kann ich nur raten, Ihre Blockadehaltung gegen das Zuwanderungsgesetz aufzugeben und im Bundesrat dem vorgeschlagenen Kompromiss zuzustimmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nur so wird der Weg frei gemacht für einen gesetzlichen Anspruch auf Integration, und das heißt auch für einen finanziellen Einstieg des Bundes in die allgemeine Sprachförderung.

Ehrliche Integrationspolitik darf sich nicht darauf beschränken, vordergründig zu präsentieren: Schaut her, was wir schon alles gemacht haben. Sie muss sich auch etwas vornehmen, und sie braucht auch den Mut, Schwächen ins Auge zu sehen und daran zu arbeiten. Hierzu will ich zwei Stichworte nennen.

Zum einen: PISA. Unabhängig von der noch ausstehenden bundeslandspezifischen Auswertung steht ein Ergebnis schon fest, und dieses ist sehr bedenklich: Der Anteil der Schüler mit Leistungen unterhalb der untersten Kompetenzstufe ist in Deutschland besonders groß. Offensichtlich gelingt es uns in Deutschland besonders schlecht, Schüler mit schlechten sozialen Voraussetzungen gut zu fördern, und wir wissen alle, dass Migranten in dieser Gruppe einen großen Anteil ausmachen. PISA hat auch gezeigt, dass das nicht der zwangsläufige Preis ist, den ein Einwanderungsland zahlen muss; denn gerade klassische Einwanderungsländer wie Kanada oder Australien, aber auch neue Ein-

(Theresia Bauer)

wanderungsländer wie England, Frankreich oder Österreich haben bessere Ergebnisse vorzuzeigen.

Deshalb brauchen wir größeres Engagement bei der frühen Sprachförderung schon im Kindergarten und am besten unter Einbeziehung der Mütter. Ihr Engagement an dieser Stelle hat, wenn man den finanziellen Aufwand anschaut, eher die Funktion einer Beruhigungspille oder ist der Versuch, homöopathische Dosierungen auf politische Programme anzuwenden.

(Beifall bei den Grünen)

Zur Erinnerung: Im Doppelhaushalt haben die Grünen einen Antrag zur Förderung von Sprachkursen im vorschulischen Bereich und zur Integration von Müttern eingebracht, der hier keine Mehrheit fand.

Es zeigt sich auch, dass es für die Sprachentwicklung von Migrantenkindern wichtig ist, sich einen großen Teil des Tages in einem Raum zu bewegen, in dem sie Anregungen in deutscher Sprache erhalten und selbst deutsch sprechen können, wie etwa in einer echten Halbtagschule, in der nicht nur unterrichtet wird, sondern auch Zeit für soziale Kontakte und Sprechsituationen bleibt. Dies ist gerade für Migrantenkinder unverzichtbar. Deshalb sind Ganztagsangebote auch unter dem Gesichtspunkt der Sprachförderung so wichtig.

(Abg. Wieser CDU: Die Ganztagschule ist das Allheilmittel für alles!)

Ein zweiter Aspekt: Ausbildungsqualität. Der Landeshandwerkspräsident Klaus Hackert, den Sie sicher kennen, trat kürzlich vor die Presse und warnte vor einem weiteren Rückgang der Quote ausländischer Auszubildender in Baden-Württemberg. Seit 1994, als die Quote noch bei fast 20 % lag, ist sie inzwischen auf 14,7 % gefallen, und das bei einer erheblichen Zahl offener Lehrstellen. Als Grund nannte er neben Informationsmängeln auch Bildungsdefizite und warb für mehr Engagement in Sachen Sprachförderung.

Die Politik steht am Anfang, ihre betont passive Haltung in Sachen Integrationspolitik aufzugeben. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass erst einmal eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut wird, die die geforderte Verbindlichkeit ermöglicht. Sie haben alle eingeladen, den Weg der Integrationspolitik mitzugehen. Wir sind dabei, wenn es ein ehrlich gemeintes Angebot ist, wenn die Politik ehrlich gemacht wird und leistungsorientiert ist, das heißt, wenn sie sich am tatsächlichen Erfolg ihrer Maßnahmen orientiert und nicht am Verkaufswert in Wahlkämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Integration, Qualifizierung und Weiterbildung der hier lebenden Menschen hat Vorrang vor einer Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen.

(Beifall bei der CDU)

So steht es in der Begründung des Antrags der SPD-Fraktion, Drucksache 13/432, vom 8. November 2001.

(Lachen bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Die klatschen noch nicht einmal beim eigenen Antrag! Schade!)

Da hätten Sie klatschen sollen; Sie wissen das. – Dieser Aussage kann ich für die CDU-Fraktion uneingeschränkt zustimmen. Baden-Württemberg hat auch in der Vergangenheit zahlreiche Integrationshilfen angeboten, die es vielen Ausländern und Spätaussiedlern erleichtert haben, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden. Auch die Kommunen, die Wohlfahrtsorganisationen und auch Private leisten hier wichtige Beiträge.

Der Minister hat es angesprochen: Wir haben als erstes Bundesland im Jahr 2000 im Bundesrat ein Integrationsgesetz eingebracht, in dem allerdings klar zum Ausdruck kam, dass Ausländer, die berechtigterweise einreisen und auch einen Daueraufenthalt erlangen, grundsätzlich verpflichtet werden, an einem Integrationskurs teilzunehmen, ganz nach der Maxime „Fördern und fordern“. Leider hat dieser Gesetzentwurf im Bundesrat keine Mehrheit erhalten.

(Zuruf von der SPD: Zu Recht!)

Die CDU-Fraktion unterstützt die Landesregierung in ihrem Bemühen, die Integration von bleibeberechtigten Ausländern und die Eingliederung von Aussiedlern weiter zu verbessern. Wir begrüßen die Einrichtung eines Landesarbeitskreises Integration. Wir erfüllen damit auch einen Wunsch der Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Ich finde, es ist richtig, dass wir die Fachkompetenz der einzelnen zuständigen Ministerien, den Landesbeauftragten für Spätaussiedler, den Ausländerbeauftragten, die kommunale Seite und die Verbände der Wohlfahrtspflege bündeln mit dem Ziel, innovative Lösungen zur Integration voranzubringen.

Auf die Leitlinien, die der Minister angesprochen hat, will ich nicht näher eingehen. Eines ist jedoch klar: Integration braucht Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration, nicht nur für die alltägliche Kommunikation – denken Sie auch an die Schul- und Berufsausbildung, den Erfolg am Arbeitsplatz und letztendlich an die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die katastrophalen Folgen unzureichender Deutschkenntnisse wurden durch die PISA-Studie eindrucksvoll dargestellt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Man hat fast den Eindruck, dass ohne angemessene Deutschkenntnisse nicht nur die Integration der Migranten zu scheitern droht, sondern dass in der Generationenfolge das Niveau der Deutschkenntnisse aller Schulabgänger sinkt, was uns sehr nachdenklich stimmen muss.

Klar ist auch, dass die Maßnahmen viel Geld kosten. Aus dem Etat des Landes kommen dafür 11,6 Millionen und aus dem des Kultusministeriums noch einmal rund 31 Millionen. Ich nenne auch die neuen Projekte, die vom Innenministerium angedacht worden sind und die sogar Sie, Frau

(Heinz)

Bauer, als innovativ bezeichnen; Stichworte: Eingliederungslotse, Eingliederungsvereinbarung für Spätaussiedler. Ich könnte auch die Sucht- und Gewaltprävention bei jugendlichen Spätaussiedlern nennen, wo man dringend etwas tun muss, spezielle Projekte für Mädchen und Frauen, Sprachkurse für Aussiedler von 27 bis 30 Jahren, Integrationskurse, die wir für Ausländer in 27 Kommunen im Land anbieten.

Mich ärgert jedoch, dass der Bund die große Aufgabe der Integration und der Vermittlung der deutschen Sprache weitgehend den Ländern und den Kommunen überlässt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wieser CDU: Bestellen und nicht bezahlen!)

Ich empfinde es als sehr trickreich, zu verkünden, dass die Geschichte mit dem neuen Zuwanderungsgesetz gesetzlich geregelt wird. Das haben Sie ja toll herausgestellt, und das hört sich auch gut an: gesetzlich geregelt. Wenn man jedoch genauer hinschaut, was zugegebenermaßen nicht viele tun, dann stellt man fest, dass die Integrationsmaßnahmen für den neu hinzugekommenen Personenkreis durch entsprechende Kürzungen bei den bisherigen Personengruppen – bei Spätaussiedlern, Kontingentflüchtlingen, Asylberechtigten und seit über drei Jahren in Deutschland lebenden Ausländern – finanziert werden.

(Abg. Kübler CDU: Aha! Das ist ja toll!)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Die Jugendlichen, die bisher einjährige Kurse mit 35 bis 40 Wochenstunden zur Vorbereitung für eine Berufsausbildung bekommen, bekommen jetzt nur noch halbjährige Kurse mit 25 Wochenstunden.

(Abg. Wieser CDU: Ein Skandal ist das!)

Dadurch werden die sprachlichen Voraussetzungen für deutsche Schulabschlüsse und qualifizierende Berufsausbildungen nicht mehr vermittelt. Bisher wurden Computer-, Berufskunde- und Mathematikunterricht gefördert, jetzt nicht mehr. Berufsorientierende Sprachkurse wurden gestrichen. Die bisher gewährte Übernahme der Kosten für die erforderlichen Lehrbücher und Lernmittel und der Fahrtkosten zum Unterricht ist nicht mehr vorgesehen. Das alles ergibt sich aus dem Zuwanderungsgesetz. Haben Sie das nicht gewusst? Doch! Sie schweigen so.

(Abg. Inge Utzt SPD: Ich komme noch darauf zurück, Herr Heinz! Keine Sorge!)

Der Bundestag hat ein Zuwanderungsgesetz verabschiedet, das hinsichtlich der Integration viel schlechter ist als der bisherige Entwurf dieses Gesetzes.

(Abg. Birzele SPD: So reden Sie über das Zuwanderungssteuerungsgesetz! Das gehört doch gar nicht zum Tagesordnungspunkt! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Herr Abg. Heinz hat das Wort, nicht der Kollege Birzele! – Abg. Birzele SPD: Oder der Herr Wieser!)

Der Umfang der Sprachförderung ist nur noch auf dem Verordnungswege festzulegen, also quasi dem Rotstift des Finanzministers unterworfen.

Liebe Frau Utzt, Sie haben Recht, wenn Sie am Schluss der Begründung zu Ihrem Antrag vom 8. November 2001 schreiben:

Qualifizierung, Zuwanderung und Integration müssen in einem Zusammenhang betrachtet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat dies beim Zuwanderungsgesetz leider nicht getan. Man hat die Zuwanderung erleichtert und gleichzeitig die Mittel für die Integration gekürzt. Sauber!

(Abg. Birzele SPD: Wir reden doch über die Regierungserklärung, Herr Kollege!)

Diese Integrationspolitik wird wohl kaum zu den Ergebnissen, die Sie sich in der Begründung Ihres Antrags wünschen,

(Abg. Birzele SPD: Sie haben doch die Verbindung vorhin abgelehnt!)

und wohl auch nicht zu der von Ihnen gewünschten breiten Akzeptanz in der Bevölkerung führen.

(Abg. Birzele SPD: Das ist die Rede zum Tagesordnungspunkt 5! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie müssen nachher wiederkommen; Sie haben sich zu früh gemeldet!)

Aber vielleicht haben die Berliner Zuwanderungsexperten der SPD und der Grünen auch gedacht: Den Rest werden schon die Länder und Kommunen machen. Allein dieser Verschiebepark wäre schon Grund genug, das Zuwanderungsgesetz abzulehnen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst danke ich Ihnen, Herr Innenminister, dafür, dass Sie die Leistung unserer Mitbürger ohne deutschen Pass und ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes würdigen.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das war selbstverständlich!)

Aber ich muss doch etwas zu Ihrer Bemerkung über den Sozialhilfebezug sagen. Sie war statistisch unsauber, weil sie nicht die vergleichbare Bevölkerungsgruppe berücksichtigt, sondern von den absoluten Zahlen ausgeht. Lassen Sie sich das einmal von einem richtigen Statistiker erklären!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Capezzuto SPD: Unerhört! – Abg. Wieser CDU: Jetzt erklären Sie uns das doch bitte, damit wir es endlich wissen! – Abg. Drexler SPD: Wieser! – Abg. Wieser CDU: Erklären Sie uns das doch!)

– In einer zweiten Runde können wir darauf vielleicht zurückkommen, Herr Wieser.

(Abg. Birzele SPD: Man muss auch lernfähig sein! – Abg. Wieser CDU: Jawohl, ich bin bereit!)

(Inge Utzt)

Übrigens bin ich, Herr Wieser, eine Verehrerin von Michel de Montaigne. Er hat gesagt: Die ersten Plätze sind nicht immer mit den hellen Köpfen besetzt.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP zu Abg. Drexler SPD: Warum klatscht du da jetzt? – Abg. Drexler SPD: Bei uns stimmt das nicht! – Abg. Wieser CDU: Wer keine Antwort weiß und nur mit Angriffen reagiert, hat ein Problem! – Abg. Drexler SPD: „Nicht immer“! – Abg. Seimetz CDU: Drexler, Birzele! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Herr Innenminister, Sie erkennen die Notwendigkeit von Integrationsmaßnahmen an. Bis hierhin sind wir noch einer Meinung. Wir erkennen die Integrationsbemühungen der Landesregierung durchaus an und begrüßen sie nachdrücklich.

Aber – hier beginnen die Unterschiede – wir tragen die Verantwortung nicht nur für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir zu tun unterlassen, sagt ein schwedisches Sprichwort. Tun wir wirklich das Notwendige?

Im Bericht der „Zukunftskommission Gesellschaft 2000“ wird gefordert, Baden-Württemberg zu einer Modellregion des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Herkunft zu gestalten. Bei dem, was Sie uns vorgetragen haben, ist der Modellcharakter nur in Ansätzen vorhanden. Sie wollen gegensteuern und Fehlentwicklungen stoppen, weil Sie sozialen und politischen Sprengstoff befürchten. Sie wollen keine Modellregion schaffen.

In der Koalitionsvereinbarung haben sich die Regierungsfaktionen ausdrücklich das Miteinander der Menschen verschiedener Herkunft auf die Fahne geschrieben. Da ist es schon verwunderlich, dass Sie erst heute, und zwar nach mehreren Anträgen aus den Fraktionen, die Integration zum Thema einer Regierungserklärung machen.

Wir begrüßen übrigens auch Ihren Ansatz, Spätaussiedler und Ausländer bei dem Thema Integration gemeinsam ins Auge zu fassen; die SPD-Fraktion verfolgt dies seit geraumer Zeit. Gemeinsam ist beiden die Migrationserfahrung, die wichtiger ist als der Pass.

Sie, Herr Innenminister, sagen: Statt Parallelgesellschaften brauchen wir ein gedeihliches Miteinander. Wir wollen keine Assimilation, wir müssen aufeinander zugehen. Integration ist keine Einbahnstraße.

So sehen wir es auch. Aber wer Integration einfordert, muss auch Integrationsangebote machen. Wir müssen ein Klima schaffen, in dem alle Menschen, gleich welcher Herkunft, sich aufgenommen und akzeptiert fühlen.

Ist es denn so schwer, die Bereicherung anzuerkennen, die wir durch unsere ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen erfahren haben, statt stets von einer Belastung zu sprechen? Für denjenigen, der als gesellschaftliche Belastung verstanden wird, ist es nur ein kleiner Schritt, tatsächlich dazu zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Pfeiffer-Studie, die sich mit der Delinquenz Jugendlicher auseinandergesetzt hat, belegt eindeutig, dass diejenigen, die sich von der Gesellschaft, in der sie leben, nicht akzeptiert fühlen, die Normen dieser Gesellschaft auch nicht anerkennen. Eine gescheiterte Integration fördert Gewalt.

Gestern Abend hat sich der Internationale Ausschuss der Landeshauptstadt Stuttgart wieder einmal mit der so genannten Kriminalität von Ausländern befasst, und der Tenor war, dass sie keine Frage der Herkunft ist, sondern der Integration bzw. der mangelnden Integration.

In Ihrer Presseerklärung vom 26. Februar – nebenbei, Herr Innenminister: wo war da eigentlich der Ausländerbeauftragte der Landesregierung? –

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer soll das sein?)

haben Sie Leitlinien vorgelegt, die Sie auch heute wieder vorgetragen haben. Die sind alle hehr und begrüßenswert. Nur hätte ich das gerne etwas konkreter: Was passiert wann, wo, mit welchem Partner? Wer finanziert es? Wo bleibt das Gesamtkonzept Integration, das sich an der projektierten Modellregion ausrichtet und nicht an einem Reparaturbetrieb?

Mit Recht haben Sie die Schlüsselstellung der deutschen Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Integration hervorgehoben. Wie steht es aber konkret mit der vorschulischen Vermittlung der deutschen Sprache? Wie werden die Erzieherinnen in die Lage versetzt, diese Aufgabe zu erfüllen?

Uns ist durchaus bekannt, dass von den Kindergartenträgern und ihren Dachverbänden Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden. Aber wie können – insbesondere in den Ballungsgebieten – diese Angebote überhaupt wahrgenommen werden?

Wie so oft im Leben kommt es bei der Integration auf die Frauen an, die Mütter. Das Innenministerium hat einen Integrationskurs für bleibeberechtigte Ausländer konzipiert. Vielen Dank dafür. In der Landeshauptstadt wird er niederschwellig angeboten, das heißt vor Ort. Er wird nicht nur angenommen, sondern quasi überrannt. Er ist bei weitem nicht ausreichend. Dass die finanzielle Unterstützung des Landes auch nicht allzu üppig ist, wollen wir in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen – hier schmücken Sie sich mit fremden Federn – und auch, dass er eigentlich unzureichend ist. Er findet statt, wird mehr als angenommen, ist ausbaufähig und der Beweis dafür, dass die von der CDU geforderten Sanktionen für so genannte Integrationsunwillige überflüssig sind. Wenn Angebote da sind, werden sie auch wahrgenommen.

(Abg. Heinz CDU: Das glauben Sie ja selber nicht!)

In aller Munde ist die PISA-Studie. Herr Heinz, es ist billig, die schlechten Ergebnisse bei PISA den ausländischen Schülern zuzuschreiben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Hat er auch gar nicht getan! Er hat ja differenziert! Sie müssen zuhören! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

(Inge Utz)

– Ich habe sehr wohl zugehört. – Wie sieht es denn in den Gymnasien aus? Da war das Ergebnis genauso schlecht.

Herr Innenminister, nach den ersten veröffentlichten Ergebnissen haben Sie laut Ihren Aussagen auch bestehende Maßnahmen zur Integration überdacht oder neu in die Wege geleitet. Nun ist uns zufällig der neue Organisationserlass des Kultusministeriums in die Hände gefallen, und wir haben ihn mit dem alten verglichen. Dabei sind wir zu einem erstaunlichen Ergebnis gekommen: Die zusätzliche eine Lehrerstunde je vier ausländische bzw. ausgesiedelte Schüler an Grund- und Hauptschulen und die 20 zusätzlichen Lehrerdeputate in Mannheim – Ausländeranteil knapp über 20 % – und in Stuttgart – 30 Deputate waren das, Ausländeranteil knapp unter 25 % – wegen der besonderen pädagogischen Situation erscheinen nicht mehr. Dagegen werden den Staatlichen Schulämtern zwei Lehrerwochenstunden pro Regelklasse zugewiesen. Aus diesem Pool weisen die Staatlichen Schulämter gezielt aufgrund örtlicher Besonderheiten

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

zur Einrichtung zusätzlicher Unterrichtsangebote und für die Lehrerreserve Lehrerwochenstunden zu. Das heißt nach meiner Einschätzung: Zum Beispiel Waldshut-Tiengen profitiert davon. Es sei ihnen gegönnt. Aber die Städte mit einem hohen Ausländeranteil verlieren. Ist das die Steigerung der segensreichen Integrationsbemühungen des Landes, Herr Innenminister?

(Beifall bei der SPD – Abg. Christine Rudolf SPD:
Im Gegenteil!)

Ihr Ansatz, einen Eingliederungslotsen für Spätaussiedler zu installieren, ist ausgesprochen positiv und innovativ. Aber warum nur für Spätaussiedler und nicht für alle Migranten

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

– wir haben das in unserem Antrag übrigens gefordert –, nachdem Sie ja ausdrücklich die Notwendigkeit der Integration sowohl bei zugewanderten Ausländern als auch bei Spätaussiedlern anerkennen? Hier könnten übrigens die Migrationsvereine und Selbsthilfegruppen eine tragende Rolle spielen.

Sie, Herr Minister, verweisen auf die integrationspolitische Verantwortung des Bundes und monieren, dass die Länder die Kosten für Integrationsmaßnahmen für sich bereits hier aufhaltende Ausländer allein zu tragen hätten. Ich vermute, dass Sie – mit Verlaub, Herr Minister – die letzte Änderung im Zuwanderungsgesetz, die am 1. März im Bundestag beschlossen worden ist, nicht zur Kenntnis genommen haben. Denn da ist § 43 dahin gehend geändert worden, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Basiskurs und den Orientierungskurs für alle Ausländer durchführt, also auch für Ausländer, die sich beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits im Bundesgebiet aufhalten.

(Abg. Wieser CDU: Sagen Sie doch mal ein kräftiges Wort über die Haushaltsmittel!)

Sie kritisieren, dass das Zuwanderungsgesetz zu wenig Sanktionen für den Fall vorsehe, dass die Betroffenen ihren Integrationsverpflichtungen nicht nachkämen. Auch hier hätte ein sorgfältiges Lesen des Textes zu einer anderen Aussage geführt. § 45 Abs. 4 regelt für den Fall, dass, wenn ein Ausländer seiner Teilnahmepflicht aus von ihm zu vertretenden Gründen nicht nachkommt, mit diesem ein Gespräch geführt wird, und – jetzt passen Sie auf – nach § 8 Abs. 3 soll die Nichtteilnahme an einem Integrationskurs trotz bestehender Verpflichtung bei der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis berücksichtigt werden.

(Abg. Heinz CDU: Das hat doch der Minister gesagt!)

Alles Weitere kann durch Verwaltungsvorschriften konkretisiert werden.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch ein Schweizer Käse! – Weitere Zurufe von der CDU – Gegenruf des Abg. Drexler SPD)

Sie, Herr Minister, beziehen sich da auf eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung als Beweis dafür, wie wichtig Sanktionen bei mangelndem Integrationswillen sind – meiner Ansicht nach genau das Beispiel dafür, dass Sanktionen eigentlich überflüssig sind. Die Studie kommt nämlich zu dem Schluss, dass der Pass bei der Integration am wichtigsten ist. Diese Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat ergeben, dass die deutschen Staatsbürger türkischer Herkunft als Integrationsvorbild dienen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD zur CDU: Lesen Sie doch mal die Papiere Ihrer eigenen Stiftung! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das ist doch unbestritten; das ist doch wirklich eine Binsenweisheit!)

Da wir uns sicher des Öfteren mit der Integration befassen werden, möchte ich jetzt nicht auf weitere Einzelheiten eingehen. Ich denke, wir werden sowohl im Plenum als auch im Innenausschuss dieses Thema noch öfter behandeln müssen.

Allerdings möchte ich die Finanzierung einiger örtlicher Projekte durch die Landesstiftung doch kritisch beleuchten; Frau Bauer hat es ja auch bereits getan. Wie lange sind es Modellversuche? Wie sieht es mit der fortlaufenden Finanzierung aus, und wie geht es weiter, wenn die Projekte nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes Pflichtaufgaben geworden sind? Sie, Herr Minister, haben mehr Fragen hervorgerufen als beantwortet. Wir werden im Gespräch und am Ball bleiben. Ob Ihr heutiges Bekenntnis zur Integration ein Lippenbekenntnis ist, ob Integration für Sie tatsächlich ein Miteinander bedeutet oder ob dieser Begriff als Keule gegen vermeintlich Integrationsunwillige benutzt wird, wird sich bald herausstellen.

Sie haben uns eingeladen, den Integrationsweg mit zu beschreiten. Herr Innenminister, die SPD ist dabei. Wir haben Vorschläge gemacht. Ich erinnere an unsere Anträge, auch die aus dieser Legislaturperiode. Wir werden weitere Vorschläge einbringen und werden sehen, wie Sie damit umgehen, und wir begrüßen es ausdrücklich, dass Ihre heutige

(Inge Utzt)

Regierungserklärung mit exakt den gleichen Worten beginnt wie die entsprechende Homepage der SPD.

Vielen Dank.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Migration und Zuwanderung sind seit 50 Jahren nicht nur in Mitteleuropa, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Baden-Württemberg eigentlich an der Tagesordnung und fast Normalität. In der Zukunft wird es aus den bekannten Gründen allerdings insbesondere um eine Steuerung der Zuwanderung gehen. Ich will eigentlich nur in zwei Sätzen auf das Zuwanderungsgesetz eingehen, weil es heute Nachmittag noch auf der Tagesordnung steht.

(Zuruf von der SPD: Tagesordnungspunkt 5! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Wozu reden Sie? – Abg. Birzele SPD: Thema verfehlt!)

– Ich rede zum Thema Integration und will nur mit zwei Sätzen auf das eigentliche Zuwanderungsgesetz eingehen.

(Zuruf von der CDU: Birzele wäre besser Oberlehrer geworden!)

Das wird ja heute Nachmittag noch eine Rolle spielen.

Damit klar ist: Es bleibt bei der Auffassung der FDP/DVP-Fraktion, dass wir in der Bundesrepublik Deutschland aus den verschiedensten Gründen ein modernes, ein steuerndes und begrenzendes Zuwanderungsgesetz brauchen. Dabei bleibt es selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es bleibt auch dabei, dass es auch heute noch, wo die politische Gemengelage einigermaßen kompliziert und schwierig ist, darum geht, alle Chancen, die es gibt und die uns auch die Verfassung bietet, zu nutzen, um noch rechtzeitig zu einem solchen Gesetz zu kommen. Meine Damen und Herren, wir haben nach wie vor eine historische Chance, zu einem Zuwanderungsgesetz zu kommen, und ich warne davor, sie leichtfertig zu verspielen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der SPD: Das geht an die CDU!)

Bei der etwas komplizierten politischen Gemengelage reicht ein Blick in die Verfassung und in die Geschäftsordnungen, um zu sehen, dass wir jetzt eine realistische Chance haben. Diese Chance besteht darin, dass wir in der Bundesratsitzung am 22. März nicht einfach Nein sagen, sondern im Bundesrat die Möglichkeit nutzen, auf ein Vermittlungsverfahren hinzuwirken, das heißt, in den Vermittlungsausschuss zwischen Bundesrat und Bundestag zu gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist sogar erreichbar. Meine Damen und Herren, ich rufe in Erinnerung, dass immerhin die Bundesvorsitzende der CDU in Berlin erklärt, sie wolle ein solches Vermittlungsverfahren, sie wolle den Weg in den Vermittlungsausschuss.

(Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch nicht das Thema! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz, erklärt, er wolle ein solches Vermittlungsverfahren. Meine Damen und Herren, gestern hat die hessische Landesregierung entschieden, in dieser Frage den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das heißt, dass es für diesen Gedanken zunehmend Sympathie gibt. Voraussetzung für ein Funktionieren ist allerdings, dass Rot-Grün seine bisher erkennbare Blockadepolitik in dieser Frage aufgibt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Lachen bei der SPD – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD – Abg. Birzele SPD: Sie reden bisher nur zum Zuwanderungsgesetz und haben vorhin die Verbindung der Debatte abgelehnt!)

Meine Damen und Herren, wer Zuwanderung will – jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt –, der muss wissen, dass Voraussetzungen dafür die Integrationsfähigkeit und die Integrationskraft eines Landes sind. Das ist eine der entscheidenden Messlatten für die Zuwanderung. Wenn es darum geht, Herr Innenminister, dann will ich sagen, dass Baden-Württemberg in der Vergangenheit hier Erhebliches geleistet hat, jedenfalls mehr als andere Bundesländer.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Aber unabhängig davon, Herr Kollege Birzele, wie das Schicksal des Zuwanderungsgesetzes im Einzelnen auch aussehen wird, ist die Integration ein ganz wesentlicher Baustein für ein friedliches Zusammenleben der Generationen und der Menschen in Deutschland. Wenn ich mir die Ausführungen des Herrn Innenministers, die ich in großen Teilen wirklich unterstreiche, anhöre, stelle ich fest: Wenn das eine so wichtige Aufgabe ist – und es ist eine wichtige Aufgabe –, spräche eigentlich auch einiges dafür, das Thema Integration als Zukunftsaufgabe dieses Jahrhunderts zum Beispiel auch als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen, um auf diese Art und Weise die Wichtigkeit der Integration zu demonstrieren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Nach meiner Überzeugung muss eine moderne Integrationspolitik folgende Ziele verfolgen: erstens die Schaffung einer gemeinsamen Identifikation von Deutschen und Nichtdeutschen, zweitens die Ermöglichung eines sozialen Aufstiegs des Zugewanderten und drittens die Bewerkstelligung eines Dialogs und Austauschs zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Anders ausgedrückt: Wir brauchen die Teilhabe von Nichtdeutschen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Dies muss gewährleistet sein.

(Pfister)

Für die FDP/DVP-Fraktion ist wichtig, dass es nicht nur um neu einreisende Migrantinnen und Migranten geht, sondern dass es selbstverständlich und sogar in erster Linie auch um die bereits in Deutschland lebenden Ausländer geht, natürlich auch um die neue Generation von Kindern und Jugendlichen zum Beispiel aus Aussiedlerfamilien.

Meine Damen und Herren, genau an dieser Stelle hinterlässt das Zuwanderungsgesetz im Augenblick noch einen zwiespältigen –

(Abg. Birzele SPD: Sie sind schon wieder beim Zuwanderungsgesetz!)

– Herr Kollege Birzele, jetzt halten Sie einmal Ihren Mund.

(Abg. Birzele SPD: Das tue ich nicht! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Ich rede, worüber ich will – damit das klar ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Birzele SPD: Aber vorhin abgelehnt!)

Jedenfalls wird es ja wohl noch gestattet sein, Herr Kollege Birzele, zu sagen, dass innerhalb der Thematik der Zuwanderung auch Integrationsmaßnahmen geleistet werden müssen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Die Integration von bestimmten Abgeordneten ist auch schwierig! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie wollten sagen: Sie reden themenunabhängig! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Man wird ja wohl auch noch sagen dürfen, dass Integration auch zwei Mark fünfzig kostet. Es ist bis zur Stunde eben noch nicht geklärt, wer diese Integrationsmaßnahmen zu bezahlen hat.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

Der Bund entzieht sich bis zum heutigen Tag seiner Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ach, hören Sie doch auf mit dem Geschwätz! Keine Ahnung! Wie bei den Vergütungen! – Zuruf des Abg. Bebber SPD – Unruhe)

– Was ist denn heute Morgen los?

Integration – Sie haben es gesagt, Herr Innenminister – ist keine Einbahnstraße.

(Abg. Drexler SPD: Das ist schön!)

Integration ist ein Geben und Nehmen, Integration ist Fördern, aber auch Einfordern. Das unterstreiche ich voll.

(Abg. Drexler SPD: Ja, schön!)

Deshalb erwarten wir natürlich von unseren Zuwanderern, von den Nichtdeutschen, die zu uns kommen, erstens die Bereitschaft und den Willen,

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was hat das mit dem Geld zu tun?)

sich auf diese Gesellschaft einzulassen, das heißt auch, dazugehören zu wollen. Das ist keine Assimilation, das ist völlig richtig.

(Abg. Drexler SPD: Was will jetzt die FDP/DVP? Hat er das schon gesagt?)

Aber sie müssen sich in dieser Gesellschaft zurechtfinden.

Zweitens ist die Bereitschaft erforderlich, die Grundregeln und Grundwerte unserer Staatsordnung anzuerkennen und sich selbstverständlich auch die deutsche Sprache anzueignen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das kostet doch gar nichts! Was kostet denn das? – Abg. Kretschmann GRÜNE: Wollen Sie eine Integrationssteuer?)

Ich halte es für sinnvoll,

(Abg. Drexler SPD: Eine Steuer einzuführen?)

dass diejenigen, die zum Beispiel an Sprachkursen teilnehmen, um Sprachfähigkeit zu erwerben und damit eine Voraussetzung zur Integration zu erfüllen, auch an den Kosten von Sprachkursen beteiligt werden sollen, selbstverständlich.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht das Problem! Wollen Sie eine Steuer?)

Ich halte auch eine Pflicht zur Teilnahme an Integrationskursen für wünschenswert. Nur, meine Damen und Herren: Wer Ja sagt zu einer Pflicht zur Integration und zur Teilnahme an sprachlichen Maßnahmen,

(Abg. Drexler SPD: Der muss auch B sagen!)

der muss auch die Möglichkeit zu Sanktionen haben. In Fällen, in denen diese sprachlichen Fähigkeiten nicht erworben werden,

(Abg. Drexler SPD: Ausweisen!)

bewusst nicht erworben werden,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Die schicken Sie wieder zurück!)

müssen natürlich auch Sanktionen erfolgen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ganz konkret heißt das, dass diejenigen –

(Abg. Drexler SPD: Das steht doch im Gesetz! Das steht doch drin!)

– Dann ist es ja in Ordnung. Aber das muss bedeuten, Herr Kollege, dass derjenige, der sich in besonderer Weise anstrengt, diese Angebote anzunehmen und sie zu verwirklichen, zum Beispiel einen Bonus erhalten kann, etwa indem

(Pfister)

sein Aufenthaltsstatus schneller verfestigt wird als bei solchen, die das nicht tun. Das muss das Ziel sein.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wie wollen Sie denn das machen? Das sind doch vollkommene Fantasereien! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Pfister FDP/DVP: Also gut, Herr Birzele. Bitte, Herr Birzele.

(Heiterkeit)

Präsident Straub: Bitte schön.

Abg. Pfister FDP/DVP: Aber nicht zur Zuwanderung.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wieser CDU: Der hat Integrationsprobleme!)

Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Pfister, unter Beachtung der Mehrheitsentscheidung, nicht zum Zuwanderungsgesetz zu sprechen, frage ich Sie: Ist es richtig, dass in dem Gesetzentwurf, den diese Landesregierung im Bundesrat eingebracht hat, bei den Integrationskursen jede Kostenbeteiligung des Landes abgelehnt wurde?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, das ist nicht richtig, Herr Kollege.

(Abg. Birzele SPD und Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Doch!)

– Nein. Richtig ist, dass dieser Gesetzentwurf unter anderem – über diese Gesichtspunkte will ich jetzt nicht sprechen; wir sprechen nicht über Zuwanderung, haben wir miteinander ausgemacht – darunter leidet, dass es eine klare Kostenaufteilung für Integrationsmaßnahmen nicht gibt. Dies bleibt im Nebel, und das ist ein Schwachpunkt dieses Gesetzes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Er redet nur, über was er will!)

Ich freue mich darüber, dass die FDP/DVP-Fraktion im Dezember letzten Jahres ein umfangreiches Integrationskonzept auf den Weg gebracht hat, und ich freue mich darüber, Herr Innenminister, dass ein großer Teil dieser Anregungen, dieser Ideen, dieser Gedanken in den Katalog der Landesregierung aufgenommen worden ist. Die Punkte sind im Einzelnen genannt worden. Dazu gehört die überragende Bedeutung unserer schulischen Einrichtungen. Das beginnt beim Kindergarten, bei der Frage des Spracherwerbs, bei der Frage der Vermittlung von interkultureller Kompetenz. Das geht weiter bis zur Schule. Auch dort sind Sprachentwicklung und Sprachförderung zentrale Bestandteile. Das geht weiter bis zur Verstärkung der Schulsozialarbeit. Sie wissen, dass wir in unserem Betreuungskonzept einiges auf den Weg gebracht haben. Das ist alles richtig. Das sind wichtige Maßnahmen, die wir in der Zukunft fortführen wollen.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Integration kostet auch Geld. Das muss man wissen. Aber ich glaube, dass

die Kosten infolge von Versäumnissen auf diesem Feld wesentlich größer wären.

Die „Stuttgarter Zeitung“ titelt am 4. März dieses Jahres: „Ausländerkriminalität: Keine Frage der Herkunft, sondern der Integration“.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Das ist völlig richtig. Das kann ich voll unterstreichen.

(Abg. Drexler SPD: Das hat doch die Kollegin Utzt vorhin gesagt!)

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir uns wirklich darauf einigen, dass auf allen Ebenen die Anstrengungen noch verstärkt werden müssen. Ich bin der Meinung, dass diejenigen, die ein Interesse daran haben – übrigens auch die Wirtschaft –, auch ihren Beitrag zur Finanzierung von Zuwanderung leisten müssen.

Die „Frankfurter Rundschau“ titelt am 1. März dieses Jahres: „Rot-Grün hat für Integration neuerdings nicht mehr viel übrig“. Meine Damen und Herren, so kann es natürlich auch nicht sein. Ich sage es noch einmal: So werden wir eine sprachliche Integration nicht erreichen. Auch der Bund darf sich nicht zurückziehen. Er darf sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen. Er muss in der Zukunft mehr tun. Sonst wird dieses Problem nicht gelöst werden können.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU)

Ich will abschließend sagen, Herr Innenminister, dass ich das Konzept der Landesregierung insgesamt positiv beurteile. Wie gesagt, viele unserer Überlegungen sind da eingeflossen. Ich will das jetzt im Detail gar nicht mehr wiederholen. Vieles ist gerade auch in Baden-Württemberg getan worden. Das muss man der Landesregierung anerkennend attestieren.

(Abg. Drexler SPD: Nachzugsalter drei Jahre!)

Weitere Anstrengungen werden notwendig sein; das wissen wir.

Ich möchte deshalb zum Schluss all denen danken, die in der Vergangenheit diese zum Teil mühevollen Integrationsaufgabe wahrgenommen, angegangen und auch tatsächlich geleistet haben. All denen gilt unser Dank, und an uns ergeht die Aufforderung, in diesen Anstrengungen nicht nachzulassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Nachzugsalter drei Jahre!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wieser.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Jetzt kommt etwas Gescheites!)

Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte besonders meine Kollegin Utzt in der ersten Reihe begrüßen und sie auch auf ihr Zitat verweisen.

(Wieser)

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Schauen Sie mal zur Regierung hin!)

Ich habe nur Angst, dass Ihr Vorzensor auch in dieser Frage besserwisserisch etwas hineinsagt.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das wollte ich vermeiden, meine Damen und Herren.

Gestatten Sie mir eine zweite Vorbemerkung. Ich möchte nichts wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben, weil vieles davon richtig ist, insbesondere das, was der Herr Innenminister vorgetragen hat, und auch weite Teile von dem, was die Kollegin Bauer und natürlich mein Kollege Heinz vorgetragen haben.

(Abg. Drexler SPD: Dann ist ja gut!)

Ich beziehe mich auf meine 15-jährige Tätigkeit als Leiter der Beruflichen Schulen in Bretten mit über 1 000 Schülern

(Abg. Schmiedel und Abg. Drexler SPD: Ist das ein Vollzeitjob oder ein Teilzeitjob?)

mit einem Ausländeranteil zwischen 15 und 25 % im Laufe der Jahre.

(Abg. Drexler SPD: Das kann ja sein! Ja, wo jetzt?)

In manchen Klassen gibt es über 50 % Ausländer. Wenn ich diese Erfahrungen zusammennehme, dann kann ich Ihnen berichten – was viele wissen –, dass wir bei der Facharbeiterausbildung und der schulischen Ausbildung von Ausländern hervorragende Ergebnisse haben.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Die hervorragenden und guten Ergebnisse stehen denen deutscher Absolventen in keiner Weise nach, und zwar auch im Fach Deutsch. Wir haben nicht selten Ausländer, die den Deutschpreis erringen.

Aber fast alle diese Ausländer haben gemeinsam, dass sie bei uns in einem Kindergarten waren, dass sie in der Grundschule waren, dass sie in der Hauptschule waren. Viele von ihnen waren auch schon in der Realschule und einige im Gymnasium. Integration gelingt, wenn alle Beteiligten die notwendige Toleranz üben: bei der Kleidung, bei der Kopfbedeckung, beim Körpergeruch, bei der Achtung von unterschiedlichen kulturellen und sozialen Traditionen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Ja. Ich will sagen, Herr Minister Dr. Repnik, dass viele Leute in Bezug auf die unterschiedlichen Speisekarten der verschiedenen Nationen tolerant sind, aber nicht in Bezug auf die Art, wie die Angehörigen der jeweiligen Nationalitäten sich kleiden und sich geben.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das ist die Grundbedingung: Ohne Toleranz und Achtung auch des Andersartigen ist keine Integration möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Zeller SPD)

Zweitens: Integration gelingt, wenn Ausländer die Bereitschaft, die Einstellung und die Fähigkeit zur Integration mitbringen. Bei den Fähigkeiten – das ist wiederholt gesagt worden – kommt es als Schlüsselfunktion entscheidend auf die deutsche Sprache an. Ausländer müssen über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen oder zumindest die Bereitschaft mitbringen, sie so schnell wie möglich zu erwerben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sehr richtig!)

Herr Minister Dr. Schäuble hat die vielen Stütz- und Fördermaßnahmen des Staates in den Kindergärten und in den Schulen

(Abg. Theurer FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Theresia Bauer GRÜNE.)

– Herr Oberbürgermeister, auch in Ihrer Gemeinde Horb

(Abg. Theurer FDP/DVP: Vor allem Horb!)

und in vielen anderen Orten – und auch im ehrenamtlichen Bereich erwähnt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Das möchte ich nicht wiederholen. Aber ohne diese Aktivitäten wäre Integration gar nicht möglich.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Dann gelingt Integration.

Es gibt aber auch integrationsgefährdende Momente, die genauso beachtet werden müssen. Wir müssen darauf bestehen, dass Ausländer, die sich hier aufhalten, unsere Wertordnung so, wie sie im Grundgesetz und vor allem in den Menschenrechten und auch im Verhältnis zwischen Männern und Frauen zu finden ist, aber auch unsere Bürgerrechte und -pflichten achten.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Machen Sie das auch?)

Es geht aber nicht nur darum, dies zu achten. Es gibt auch emotionale Probleme, die integrationsfeindlich sind.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Kleidervorschriften in der Verfassung gibt es Gott sei Dank nicht!)

– Bitte?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Kleidervorschriften stehen Gott sei Dank nicht in der Verfassung! – Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

– Das habe ich ja, Herr Kollege – wenn Sie sich daran erinnern –, unter beifälliger Begleitung Ihrer Fraktion eingangs gesagt. Ich freue mich, dass Sie jetzt mit Ihren Gedanken aufschließen.

(Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen)

Es gibt auch emotionale Integrationshemmnisse. Gestatten Sie mir, dass ich das jetzt sage – ich weiß, dass das nicht

(Wieser)

ungefährlich ist, aber es muss gesagt werden –: Schächten ohne Betäubung der Tiere ist für mich ein emotionaler GAU, der gegen Integration spricht.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Es gibt ein anderes Integrationshemmnis: wenn das zahlenmäßige Verhältnis in einer Klasse so ungünstig wird, dass die Kommunikationssprache nicht mehr Deutsch ist.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Dadurch haben wir katastrophale Situationen: Schüler melden sich ab von Klassen, von Schularten und von Schulen mit der Folge, dass sich Gettos und Gruppen bilden, die sich dann bis hin zur Kriminalität verfestigen. Das heißt, wer Integration will, muss Bedingungen schaffen, damit es in Klassen, Orten und im ganzen Land auch zu tragfähigen Zahlen kommt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Das ist bemerkenswert!)

Es gibt auch Bedingungen – Herr Kollege Birzele, erlauben Sie, dass ich hier Bezug auf das Zuwanderungsgesetz nehme –, die – –

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch vorhin dagegen gestimmt! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, ich spreche nur von Hemmnissen der Integration. Wenn Arbeitnehmer in einem Betrieb Angst vor dem nächsten Kündigungstermin haben, weil sie die Sorge haben, dass sie durch preiswerter arbeitende Arbeitnehmer aus dem Ausland ersetzt werden, dann ist das integrations-schädlich.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Birzele SPD: Richtig! Aber das sieht das Zuwanderungsgesetz nicht vor! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU)

– Jetzt komme ich darauf. Wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland aufgrund der wirtschaftlichen Lage sinkt, wenn es im europäischen Vergleich am niedrigsten ist, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, wenn die Kosten für die Sozialkassen steigen,

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Explodieren!)

wenn die Sozialhilfekosten, wie der Innenminister gesagt hat, so steigen, dass große Teile unserer Gemeinden und Kreise schon Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Dann muss man halt eine Wirtschaftspolitik machen!)

dann muss man überlegen, ob es klimatisch richtig ist, in dieser Zeit Zuwanderung zu erleichtern oder den Faktor der Begrenzung stärker zu betonen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Rüeck CDU: Hervorragend!)

Hier kommen wir zu dem vorgelegten Zuwanderungsgesetz, Frau Kollegin Bauer. Ich glaube, wir bekommen Zustimmung in allen Fraktionen dieses Hauses über die dort formulierten Ziele. Das Problem besteht darin, dass fast alle Bestimmungen so wachsw weich formuliert und mit so vielen Ausnahmetatbeständen versehen sind, dass sie das Gegenteil von Begrenzung und Steuerung bewirken. Das ist unsere Sorge.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Herr Kollege Wieser trifft den Punkt!)

Deswegen fasse ich zusammen: Wer sich wie die Landesregierung um Integration bemüht – sie will diese Bemühungen in Zukunft auch noch erweitern –,

(Abg. Alfred Haas CDU: Vorbildlich!)

muss eine wirtschafts- und sozialpolitische Lage schaffen, damit die Integration in gutem Sinne möglich ist. Die Bundesregierung und der Bundeskanzler haben hier noch viel zu arbeiten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gute Rede!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Utzt.

Abg. Inge Utzt SPD: Herr Weiser, wir haben in unseren Reihen den Abgeordneten – –

(Zurufe von der CDU: Wieser! – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Reinhart: Herr Weiser ist nicht mehr im Parlament! – Abg. Drexler SPD: Er sieht so aus wie Herr Weiser! Dafür kann er nichts! – Beifall des Abg. Sakellariou SPD)

– Entschuldigung, Herr Kollege Wieser, vielleicht habe ich Sie jetzt als weise betrachtet –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU)

aber nur mit einem großen Fragezeichen. – In unseren Reihen ist der Kollege Mario Capezzuto. Dieser ist mit acht Jahren nach Deutschland gekommen. Wir haben in unseren Reihen den Kollegen Nik Sakellariou. Dieser war im Kindergarten, aber in einem griechischen.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Lasotta!)

Ich finde Ihren Ansatz, Kinder in den Kindergarten zu schicken, natürlich ausgezeichnet. Von Bewährungshelfern wird inzwischen – übrigens im Zusammenhang mit dem Artikel, den Sie vorhin zitiert haben, Herr Kollege – eine Kindergartenpflicht gefordert. Das wagen wir gar nicht zu fordern, weil wir uns über die Kosten im Klaren sind. Fordern Sie es doch. Das ist ein vernünftiger Ansatz. Fordern Sie eine Kindergartenpflicht.

(Abg. Drexler SPD zur CDU: Machen Sie es doch!)

Dann wäre das Problem gelöst.

Herr Kollege, Sie reden von Selbstverständlichkeiten.

(Inge Utzt)

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie brauchen doch die Kinder nicht den Eltern wegzunehmen, wenn diese ihre Kinder selbst erziehen wollen!)

Ich habe den Eindruck, dass Sie sich an Selbstverständlichkeiten hochziehen. Für uns ist die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau kein Problem. Auch für die so genannten Ausländer, von denen wir reden, ist das kein Problem. Sie sollten einmal die neueste Veröffentlichung des Zentralrats der Muslime lesen und hier nicht in irgendwelchen nebulösen Bedingungen herumstochern.

Sie haben natürlich Recht: Auch wir sehen – ich rede jetzt von mir –, auch ich sehe das Schächten von Tieren als ziemlich kritisch an. Aber genauso kritisch sehe ich den stundenlangen Transport von Tieren über die Autobahn. Wir sollten nicht das eine gegen das andere aufrechnen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie sprechen jetzt vom Tierschutz! Sie sollen auf die Integration eingehen!)

– Natürlich, und Herr Wieser hat das Schächten in diesen Zusammenhang gesetzt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist integrationshemmend!)

Ich denke, wir sollten insgesamt darüber reden, wie wir mit Minderheiten, mit Schwachen hier im Lande umgehen. Ich meine, Sie sollten wirklich anerkennen, dass es Integrationsbemühungen vonseiten der Mitbürger ohne deutschen Pass gibt. Diese Anerkennung wird von Ihrer Seite verweigert.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU: – Abg. Alfred Haas CDU: So ein Quatsch!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Güterverkehrskonzept Baden-Württemberg; hier: Förderung des Schienengüterverkehrs und der Binnenschifffahrt – Drucksache 13/241

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Konzeption zur landesweiten Sicherung des Schienengüterverkehrs – Drucksache 13/625

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: je fünf Minuten für die Begründung der Anträge, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Beschäftigung mit der Thematik „Förderung von Schienengüterverkehr und Binnenschifffahrt“ ist ebenso wichtig wie dringlich, weil die Engpässe im Gütertransport auf der Straße heute schon so gravierend

geworden sind, dass dadurch der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg gefährdet ist. Es steht fest: Zur Umsetzung des im Generalverkehrsplan für Baden-Württemberg dargestellten Güterverkehrskonzepts, das als Hauptziel eine Verlagerung von der Straße auf die Schiene und die Bundeswasserstraße vorsieht, bedarf es erheblicher Anstrengungen, zusätzlich zu dem, was bereits stattfindet. Aber der größere Teil kann leider nicht von uns geleistet werden.

Diese Anstrengungen braucht man vor allem deshalb, weil die DB AG mit ihrem neuen Konzept MORA C den Schienengüterverkehr künftig ganz eindeutig auf den noch aufkommensstarken und lukrativen Langstreckenverkehr konzentrieren will und wird. Ich bin sicher, dass sie das tut, solange Herr Mehdorn den Bundeskanzler hinter sich weiß, weil der Bundesverkehrsminister in dieser Frage ja keine Rolle spielt. Die DB AG sucht sich die Rosinen heraus und merkt gar nicht, dass sie sich damit langfristig selber schadet.

Dies bedeutet die Fortsetzung des schon eingeleiteten massiven Rückzugs der Bahn aus der Fläche und, nur als Beispiel, die Schließung von bald 80 Güterverkehrsstellen. Hinzu kommt die um sich greifende Kündigung von Gleisanschlüssen bei Unternehmen. Allein in Oberkirch bedeutet die Schließung eines solchen Gleisanschlusses 4 500 Lastkraftwagen mehr.

Die Bahn AG agiert restriktiv anstatt expansiv. Sogar die Eisenbahngewerkschaft kritisiert dies inzwischen heftig.

(Zuruf des Abg. Döpfer CDU)

Das Land muss darauf im Rahmen seiner Möglichkeiten reagieren, es hat aber rechtlich gar keine großen Möglichkeiten des Einflusses auf die Strategie und die Entscheidungen der DB AG, weil die eben im Bundesbesitz ist.

Wir sehen darin allerdings auch eine Chance. Wir müssen dazu beitragen, dass andere, private Schienenverkehrsunternehmen Gütertransporte durchführen und damit auch Güterverkehrsstellen und Gleisanschlüsse übernehmen und reaktivieren. Es gilt allerdings, dringend darauf zu achten, dass diese Anschlüsse auch wirklich bestehen bleiben. Die Bahn hat dies zwar zugesagt, aber es gibt durchaus Meldungen, dass sie sich nicht unbedingt daran halten wird.

Dringend notwendig ist ferner die Trennung von Netz und Betrieb bei der Bahn.

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Erhöhung des Aufkommens an Gütertransporten auf dem Neckar. Trotz der Engpässe durch sanierungsbedürftige Schleusen sind dort noch Kapazitäten frei, die wir nutzen müssen.

Die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag zeigt, dass es gute Fortschritte bei der Umsetzung des Konzepts zur Errichtung von Zentren für überregionale Verkehre gibt. Das Landesförderprogramm zur Verlagerung von Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und die Binnenwasserstraße Neckar war und ist effektiv, bleibt aber ohne entsprechende Aktivitäten des Bundes Stückwerk.

(Heiderose Berroth)

Defizite und Probleme gibt es in zwei Bereichen. Regionale logistische Zentren können deshalb nicht entstehen oder werden viel zu wenig genutzt, weil es sich für die verladene Wirtschaft und die Speditionen nicht rechnet, dort Güter umzuschlagen. Auch die DB AG propagiert und nutzt inzwischen den Lkw und wird damit ihrer eigentlichen Aufgabe überhaupt nicht mehr gerecht. Außerdem unternimmt sie keine adäquaten Maßnahmen in Richtung ihrer eigentlichen Aufgabenstellung. Die DB Cargo macht für kleinere Transportmengen schon gar keine Angebote mehr.

Die Bahn behindert weiterhin wegen zögerlicher Haltung des Bundesgesetzgebers als Netzmonopolist immer noch erfolgreich einen breiten und gesicherten Zugang Privater zur Schiene. Ausnahmen gibt es nur, wenn diese einen Kooperationsvertrag schließen, wie dies zum Beispiel die Hohenzollerische Landesbahn oder die AVG – Albtalverkehrsgesellschaft – gemacht haben, aber auch dann ist immer noch der dicke Daumen der Deutschen Bahn AG drauf.

Der Bund gibt viel zu wenig Mittel für die Sanierung und die Modernisierung der 60 Jahre alten Schleusen im Neckar aus. In den letzten Jahren war es nur ein Drittel des erforderlichen Finanzvolumens, obwohl es sich hierbei um das unbestritten umweltfreundlichste Transportmittel handelt.

Beim grenzüberschreitenden Güterverkehr ist der Bund kaum aktiv. Die vertraglichen Voraussetzungen der Herstellung der Interoperabilität des Schienenverkehrs, die dringend notwendig wären, sind bisher nicht geschaffen worden. Insofern gibt es viel zu tun. Das wollen wir mit unserem Antrag anregen.

Der Rest folgt dann in der zweiten Runde.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stellungnahmen der Landesregierung sind in der Tat immer wieder Spitze. Ich lese etwa in der Stellungnahme zu unserem Antrag, dass der Bund die Verantwortung dafür trägt, dass der Straßenverkehr zunimmt, indem nämlich – wörtlich – seit Jahren nicht das Geld zur Verfügung gestellt wird, das die Bahn zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Ich bin immer wieder fasziniert.

Sie wissen ja wirklich, wer der Bahn über Jahre hinweg nicht das Geld zur Verfügung gestellt hat, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Der Bund!)

Das waren Sie, als Sie die Bundesregierung gestellt haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Theurer FDP/DVP:
Aber es war der Bund!)

Die von CDU/CSU und FDP getragene Bundesregierung hat die Investitionen in die Schiene zurückgefahren.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das war doch der Bund!)

Wir haben sie um 1,5 Milliarden € erhöht. Jetzt aber erheben Sie Vorwürfe gegenüber der amtierenden Bundesregierung. Es war der Bund, aber der Bund unter der alten Regierung. Die neue Regierung stellt das Geld jetzt zur Verfügung. Davon, dass dies früher gewesen sei, steht hier aber nichts. Das ist schon erstaunlich; das muss ich sagen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Immer wieder die gleiche Masche!)

Der Güterverkehr auf der Schiene ist chancenlos, wenn wir nicht die Rahmenbedingungen verändern. Wir sprechen nachher noch über die Lkw-Maut. Herrn Mehdorn zu zitieren ist im Moment vielleicht politisch nicht ganz korrekt.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Mannheim!)

Die Milchkannebeispiele lehnen wir alle als „Milchbubenrechnungen“ ab; davon ist nichts zu halten. Aber ein Beispiel, das Herr Mehdorn immer wieder zitiert, ist doch richtig: Während ein Lkw für die Kosten einer Jahresvignette 120 000 Kilometer fahren kann, kann die Bahn für dieselben Kosten gerade einmal von Mannheim nach Hannover fahren. Bei diesen Wettbewerbsbedingungen können wir im Land anstellen, was wir wollen; wir werden nie zum Ziel kommen. Passen Sie also auf, was Sie sagen, wenn wir nachher über die Lkw-Maut sprechen. Es kann gegen Sie verwendet werden, wenn wir erneut über den Güterverkehr sprechen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zur Entwicklung der letzten Jahre bei DB Cargo: Wir sind uns einig: MORA C ist ein kritisches Konzept; niemand hier im Landtag wird die Bahn dafür loben. Allerdings ist die Stellungnahme auch hier höchst unvollständig. Die Rahmensetzung der Bundesregierung – wir haben die Rahmenbedingungen für die Schiene durch die Investitionsmittel bereits verbessert – hat dazu geführt, dass wir im Jahr 2000 einen Zuwachs im Bereich des Schienengüterverkehrs von 13 % hatten. In Ihrer Stellungnahme werden irgendwelche Negativzahlen und Verluste in Teilsektoren herausgegriffen; über alles gesehen gab es jedoch einen Zuwachs von 13 %. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass diese Regierung die Verlagerung von der Straße auf die Schiene erfolgreich vorantreibt!

(Beifall bei den Grünen)

Das eigentliche Problem ist nicht einmal das Gesamtvolumen des Transports, sondern die Sicherung der Infrastruktur im ländlichen Raum. MORA C ist ein Angriff auf die Infrastruktur des ländlichen Raums. 70 Güterbahnhöfe in Baden-Württemberg hat die DB bereits abgegeben. In der Stellungnahme zu unserem Antrag werden 30 weitere Bahnhöfe genannt, die bedroht sind.

Die Landesaufgabe, die wir sehen und die wir mit unserem Antrag verfolgen, ist nun gerade die Sicherung der Infrastruktur. Sie können sich dabei nicht darauf hinausreden, dass das ausschließlich eine Bundesaufgabe sei. Wie sonst

(Boris Palmer)

erklären Sie sich, dass in Ihrem Haushalt bereits 4 Millionen € für den Güterverkehr vorgesehen sind? Da wird es erlaubt sein zu fragen, mit welchem Ziel dieses Geld eingesetzt wird, und es wird erlaubt sein zu fragen: Ist der Strukturaufrag erfüllt? Erreichen Sie damit tatsächlich die Sicherung der Infrastruktur?

Nebenbei bemerkt ist die Förderung, die Sie leisten – ich möchte das nicht näher ausführen –, nicht in jeder Hinsicht wettbewerbsrechtlich unbedenklich, weil sie einzelne Unternehmen bevorzugt. Auch wenn die Förderung in der Sache gut ist, müssen Sie sehr genau aufpassen, was Sie da anstellen.

Das eigentliche Problem ist unserer Ansicht nach in der Feinverteilung der Trassenpreise zu suchen. Wenn Sie einen einzelnen Güterwaggon transportieren wollen, zahlen Sie 2,5 € Wegekosten je Kilometer. Zum Vergleich: Der Lkw zahlt etwa einen Cent für einen Kilometer. Selbst wenn wir mit unserem anspruchsvollen Antrag zur Lkw-Maut im Bundesrat erfolgreich sind, sind es nur etwa 15 Cent je Kilometer. Die Bahn ist so einfach nicht konkurrenzfähig.

Deswegen haben wir beantragt, dass das Land hier einen Modellversuch startet und für die Feinverteilung gerade im ländlichen Raum die Trassenkosten übernimmt. Das wäre im Landshaushalt darstellbar, und es wäre ein Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen)

Zu den Rahmenbedingungen sage ich auch noch etwas ganz deutlich. Wenn Sie hier Klage führen über die Handlungen der Bundesregierung, dann seien Sie ehrlich. Wenn Sie noch ernsthaft für den Schienengüterverkehr eintreten wollen, können Sie nicht die Lkw-Maut ablehnen. Dann können Sie auch nicht dagegen polemisieren, dass Einnahmen aus der Lkw-Maut für den Schienenverkehr verwendet werden sollen. Sie wollen, dass das ganze Geld in den Straßenverkehr fließt, und gleichzeitig beklagen Sie sich darüber, dass der Schienengüterverkehr nicht ausreichend gefördert werde. Das ist ein Widerspruch in sich, das ist nicht korrekt.

Sie können auch nicht die Ökosteuern weiter bekämpfen und gleichzeitig verlangen, dass der Schienengüterverkehr gestärkt wird.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Sie können auch nicht weiterhin über schlechte Vorgaben im Landesentwicklungsplan daran mitwirken, dass Gewerbegebiete in großem Stil ohne jeden Gleisanschluss ausgewiesen werden. Solange Sie in diesem Bereich nicht aktiv werden, sind alle Klagen über den Rückgang des Schienengüterverkehrs reine Krokodilstränen, und ich kann Ihnen leider nicht die Arbeit abnehmen, sie abzuwischen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Land Baden-Württemberg hat mit dem Generalverkehrsplan von 1995 eine Konzeption für den Güterverkehr. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt diese Konzeption. Auch deshalb haben wir dem Landshaushalt zugestimmt, in dem Ansätze zur Förderung des Ausbaus der Infrastruktur bei Schiene und Binnenschifffahrt insbesondere für logistische Zentren im Jahr 2002 mit 1,3 Millionen € und im Jahr 2003 mit 2,6 Millionen € eingestellt sind. Wir reden nicht nur davon, Güter von der Straße auf Schiene und Wasserstraßen zu bekommen, sondern wir handeln auch entsprechend.

(Beifall bei der CDU)

Diese Förderungen sind aber nicht die einzigen Baustellen. Dem Frachtaufkommen im Straßengüterverkehr kommt zugute, dass innerhalb des Straßengüterverkehrs ein Preiskampf zu niedrigen Preisen geführt hat. Mich hat ein Gespräch mit einem Transport- und Logistikunternehmer nachdenklich gemacht. Wir alle wissen, dass der grenzüberschreitende Eisenbahngüterverkehr Zuwächse erfahren hat. Er hat gesagt, er könnte auf der Relation von seinem Standort in Baden-Württemberg nach Hamburg im Shuttleverkehr täglich 260 Lkw-Fahrten von den Bundesautobahnen herunter bekommen. Daran werde er aber nicht nur durch die Wettbewerbssituation und den Preis gehindert, sondern zum Beispiel auch durch die Leistungsfähigkeit der Netze – der Zeitfaktor spielt hier eine entscheidende Rolle – und die Überlastung der Netze.

In dieser Situation ist MORA C nicht nur ein kritisches Konzept, Herr Kollege Palmer, sondern auch ein falsches Signal. Frau Kollegin Berroth hat in ihrer Rede auch schon darauf hingewiesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Es ist nicht nur ein falsches Signal für die Verkehrspolitik, sondern gerade auch ein falsches Signal in der Strukturpolitik.

(Abg. Theurer FDP/DVP: So ist es!)

So wird jedenfalls das Ziel, mehr Fracht auf die Schiene zu bekommen, nicht erreicht werden.

Damit zum Beschlussteil des Antrags der Fraktion GRÜNE.

In Ziffer 1 des Beschlussteils formulieren Sie, es solle ein Netz von „dauerhaft zu sichernden Güterverkehrsbahnhöfen“ eingerichtet werden. Glauben Sie, dass eine starre planwirtschaftliche Vorgabe die richtige Antwort auf die Änderungen – zum Guten wie zum Schlechten – im Frachtgewerbe ist?

In Ihrem Beschlussteil verlangen Sie weiter, die Landesregierung zu ersuchen, zu erreichen – „zu erreichen“, wohl gemerkt –, dass keine Güterverkehrsstellen geschlossen werden, bis andere Betreiber diese übernehmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja, wollen Sie das, oder wollen Sie das nicht?)

(Schebesta)

Wenn die Welt so einfach wäre, dass wir hier im Landtag einen Beschluss fassen, und dann ist alles in Ordnung! Sie beschränken sich nicht darauf, nur Bemühungen zu fordern, sondern Sie verlangen gleich, dass das auch erreicht wird

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist aber doch logisch!)

und wir einen entsprechenden Beschluss fassen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Soll ich verlangen, dass wir das nicht erreichen?)

Dort, wo Bahn und Bund eine falsche Politik machen, wollen Sie auf diesem Weg die Landesregierung für schuldig erklären.

Mir ist klar, dass es Sie schmerzt, dass eine rot-grüne Regierung der Verantwortung des Bundes für den Güterverkehr, aber auch für den Schienenverkehr insgesamt – Milkannen sind ja inzwischen Personenverkehr – nicht gerecht wird. Wir reichen Ihnen jedenfalls zur Schmerzlinderung nicht die Hand für Ihre Ablenkungsmanöver.

Wir im Land haben die Hausaufgaben gemacht. Wir unterstützen alle Bemühungen, anderen bei der Erledigung ihrer Hausaufgaben zu helfen. Diese Hausaufgaben erledigen müssen aber diejenigen, denen sie aufgegeben sind. Deshalb lehnen wir den Beschlussteil Ihres Antrags ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Schmidt-Kühner.

Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion hat heute doch einige Dinge ergeben, die wir gemeinsam haben. Wir sollten anfangen, uns an den Gemeinsamkeiten zu orientieren und zu versuchen, diese Kuh „Güterverkehr auf die Schiene“ ein Stück weit vom Eis zu kriegen und dazu gemeinsame Initiativen zu entwickeln. Ich denke, es ist unsere Aufgabe als Landtag von Baden-Württemberg, dieses Ziel für unser Land zu erreichen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich denke, es besteht Einigkeit – das haben alle Vorredner gesagt – in dem Wunsch, dass insbesondere bei dem prognostizierten Zuwachs für den Güterverkehr bis zum Jahr 2015 von 64 % ein möglichst hoher Anteil auf die Schiene und auf die Wasserstraßen verlagert werden soll. Bei der Deklaration dieses Ziels besteht doch Einigkeit.

Im Flächenland Baden-Württemberg ist die Anbindung des ländlichen Raumes mit den vielen kleinen Mittelzentren möglich, damit auch die Wegeketten im Güterverkehr möglichst früh auf die Schiene wechseln kann bzw. – beim Zielverkehr – möglichst spät von der Schiene heruntergeht. Das muss doch genau das Ziel sein. Das bedeutet auch, dass wir die Verteilstellen in der Fläche weiterhin brauchen.

Weiter müssen wir erreichen, dass im grenzüberschreitenden Schienengüterverkehr in die Schweiz und nach Frankreich die Wachstumspotenziale ausgenutzt werden und die Abwicklung beispielsweise an den Grenzen deutlich beschleunigt wird. Das sind doch Dinge, bei denen wir uns absolut einig sind.

Die Frage ist jetzt: Wie können wir gemeinsam etwas erreichen, um da weiterzukommen? Ich denke, die Anmeldungen der Deutschen Bahn AG zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans mit 2 Milliarden € zum Ausbau des Streckennetzes für den Güterverkehr inklusive neuer Umschlagbahnhöfe sind da sicherlich ein erster Schritt in die richtige Richtung und sind zu begrüßen. Der Rekordansatz von 76 Millionen €, den die Deutsche Bahn AG für den kombinierten Verkehr im Bundeshaushalt hat, ist auch ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sollten anerkennen, dass es in dieser Richtung zumindest besser geworden ist und weitergegangen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Teßmer SPD: Ja-wohl!)

Andererseits wissen wir aber auch, dass 50 % des Umsatzes der DB Cargo im Einzelwagenverkehr anfällt und dass dort besondere Anstrengungen erforderlich sind und dazu noch mehr Fragen als Antworten für die Fläche existieren.

Wenn wir uns einmal den Schienengüterverkehr in der Fläche anschauen – das ist ja die Aufgabe, die wir als Landtag haben –, dann stellen wir fest – das hat die Stellungnahme zum Antrag der FDP/DVP auch gezeigt –, dass bei den regionalen logistischen Zentren, die im Generalverkehrsplan vorgesehen sind, immer noch viel Überzeugungsarbeit notwendig ist. Es ist also Überzeugungsarbeit bei denjenigen zu leisten, die im Schienengüterverkehr die Kunden sind.

Es ist unstrittig, dass das einer finanziellen Förderung bedarf. Das haben wir im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen auch noch einmal zusätzlich signalisiert. Aber wir wissen auch, dass die Wirtschaft erreicht werden muss, um überhaupt deren Bereitschaft zu wecken, ihre Güter auf die Bahn zu geben. Das bedeutet, dass wir in der Fläche gute und kostengünstige Angebote brauchen, damit dies erreicht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Dazu brauchen wir neue Anstrengungen, zusätzliche Anstrengungen.

Es nützt uns wenig, dass regionale logistische Zentren in der Fläche vorgesehen sind – beispielsweise Ravensburg oder Biberach –, wenn andererseits die Bahn genau diese Bahnbereiche im Blickwinkel hat, was das Aufkommen betrifft. Wenn dort nicht tatsächlich von der wirtschaftlichen Seite deutlich mehr Kraft für die Bahn entwickelt wird, dann sind diese Regionen in Gefahr. Das wissen wir auch. Das können wir auch gemeinsam konstatieren.

Also: Es kann nicht nur um Infrastrukturmaßnahmen gehen, sondern es muss in der Politik hier im Land auch darum gehen, wie wir mehr Kunden für den Schienengüterverkehr gewinnen können. Das ist letztendlich auch eine Sache der Wirtschaftspolitik in diesem Land.

(Regina Schmidt-Kühner)

Ich wollte noch einige Worte zu MORA C sagen, lasse diese aber weg, weil sie schon gesagt worden sind: von Herrn Palmer, auch von anderen hier. Wir können positiv festhalten, dass wir dort gute Regionalisierungsansätze im Schienengüterverkehr haben, wo die Hohenzollerische Landesbahn oder auch die AVG den Güterverkehr übernimmt. Es wäre anzuregen, zu überprüfen, ob das bei weiteren Nebenbahnen passieren könnte. Interessant wäre aus meiner Sicht auch eine Antwort auf die Frage, wie es zwischen SWEG und Deutscher Bahn AG aussieht und wie wir an dieser Stelle den Güterverkehr in der Fläche verbessern können.

Vielen Dank erst einmal.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Meine Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt, dass es verkehrspolitisch und volkswirtschaftlich zwingend notwendig ist, mehr Gütertransporte von der Straße auf die Schiene und auf Wasserstraßen zu bringen. Der für Deutschland prognostizierte Aufkommenszuwachs bis 2010 um etwa 60 %, auch durch stark wachsenden Transit bedingt, kann vom Fernstraßennetz nicht aufgenommen werden. Auch durch Telematik und modernes Flottenmanagement der Speditionsfirmen sind keine aufkommensadäquaten Effizienzsteigerungen zu erwarten. Nur durch Kapazitätserweiterungen bei der Schiene und eine größere Nutzung der Binnenwasserstraßen kann das sicher entstehende und stark wachsende Verkehrsaufkommen bewältigt werden.

Da die DB AG nicht in der Lage und auch nicht willens ist, ihre Kapazität zu erhöhen, gibt es eine Lösung nur mit neuen privaten Anbietern, deren Marktzutritt, ökonomische Bereitschaft und Fähigkeit auch vom Land durch Förderung unterstützt werden müssen. Der Bund muss endlich die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen diskriminierungsfreien Zugang für neue private Güterverkehrsunternehmen schaffen. Zur Erhöhung der Gütertransportmenge auf dem Neckar muss gleichfalls der Bund zum Beispiel den gewerblichen Schiffsunternehmen bei der Festsetzung der Höhe der Schifffahrtsabgaben einen Ausnahmetarif einräumen, damit sie neue Kunden gewinnen und ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. Er muss ferner im neuen Bundesverkehrswegeplan Investitionen zur Verlängerung der Schleusenkammern für das überlange Großmotorgüterschiff vorsehen und die Mittel dazu auch bereitstellen.

(Zuruf von der SPD: Wie viel ist das?)

EU-weit sind Wettbewerbsbedingungen in der Binnenschifffahrt zu harmonisieren; denn heute werden die Binnenschiffer zum Beispiel bei den Fiskallasten stark benachteiligt.

Bund und Bahn müssen bei der Herstellung der Interoperabilität der Bahnsysteme, damit Züge einfach über die Grenze fahren können – innerhalb Europas, insbesondere aber auch von und nach Frankreich –, viel aktiver werden als bisher geschehen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Das Land Baden-Württemberg – das ist unsere Bitte an die Landesregierung – sollte seinerseits gegenüber regionalen und örtlichen Planungsträgern moderierend darauf hinwirken, dass der Kontakt von Verladern und Spediteuren aufgenommen wird, damit die im Verkehrsplan vorgesehenen regionalen logistischen Zentren eingerichtet werden können. Das Land sollte dafür sorgen, dass eine kontinuierliche Fortsetzung der Förderung von Umschlaganlagen und Investitionen der nicht bundeseigenen Bahnen gesichert wird, damit diese in der Lage sind, Güterverkehre neu und verstärkt durchzuführen.

Das nachlassende Engagement der DB AG beim Schienengüterverkehr ist deshalb von besonderer Brisanz, weil wir auf der Straße an einem Endpunkt angekommen sind und weil unser Wirtschaftsstandort wirklich in Gefahr ist. Dadurch, dass sich die Bahn auf vordergründige Ertragsrosinen konzentriert und gleichzeitig verhindert, dass aufgegebene Strecken durch Wettbewerber übernommen werden, sägt sich die Bahn eigentlich selbst die Gleise ab, auf denen sie künftig mittelfristig Geld verdienen könnte. Denn klar ist doch: Wenn von den kleinen Strecken kein Zufluss mehr kommt, werden auch jetzt profitable Strecken auf lange Sicht unrentabel.

Die Grünen jammern herum und fordern vom Land einen enormen Geldeinsatz

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Keiner jammert!
Wir jammern nicht!)

für Dinge, für die Baden-Württemberg in keiner Weise zuständig ist. Sie sagen noch nicht einmal, woher das Geld kommen soll. Die einzige Antwort, die ich mir von Ihnen vorstellen kann, haben wir ja bei den Haushaltsberatungen gehört, nämlich beim Straßenbau zu streichen. Sagen Sie einmal, wie ein sowieso schon überlastetes und dringend modernisierungsbedürftiges Netz dann auch noch diese Minderung tragen soll. Nein, liebe Grüne, hauen Sie einmal in Berlin und vor allem im Aufsichtsrat der DB AG kräftig auf den Tisch und bewirken Sie dort Taten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das Potenzial der Binnenschifffahrt für Güterverkehre ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Ohne Modernisierungsinvestitionen des Bundes sind jedoch auch hier dem Land weitgehend die Hände gebunden. Ich will nicht unterstellen, dass es sich hier um ein gezieltes Programm der Bundesregierung zur Schwächung eines wirtschaftlich besonders erfolgreichen Landes handelt, aber ein solcher Effekt wird auf jeden Fall erreicht. Wenn die Anstrengungen des Landes richtig greifen sollen, muss auch die Bundesregierung ihre grundgesetzliche Verpflichtung einhalten. Unsere Opposition hier könnte das Ihre dazu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Kollegin Berroth, Sie hatten auch den zweiten Teil Ihrer Rede schon vorbereitet; Sie wussten also, was ich sagen würde.

(Boris Palmer)

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So gut kennen wir uns inzwischen, Herr Kollege!)

Ich gehe jetzt einmal direkt auf das ein, was Sie gesagt haben. Die FDP ist doch eigentlich die Partei der Marktwirtschaft. Ich finde es nicht korrekt – gerade von Ihrer Partei –, der Bahn AG in dieser Form Vorwürfe zu machen, wenn sie versucht, am Markt Gewinne zu erzielen. MORA C ist zwar schlecht für die Infrastruktur im ländlichen Raum, aber wenn ein Unternehmen 95 % seines Umsatzes mit 5 % der Verlader macht, hat es eine gewisse innere, marktwirtschaftliche Logik, sich zunächst einmal um den Großteil des Geschäfts zu kümmern. Wenn wir Infrastrukturaufgaben wahrnehmen wollen, hat die Politik die Verantwortung, zu fragen, wie das finanziert wird. Das ist nicht primär Aufgabe der DB.

(Abg. Teßmer SPD: Lehrstunde in Wirtschaftspolitik von den Grünen! Das tut der FDP/DVP ganz gut! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Berroth?

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Selbstverständlich.

Präsident Straub: Bitte schön, Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ich wollte nur sicherstellen, dass Sie mir wirklich zugehört haben.

(Abg. Teßmer SPD: Sie haben sich aber nicht vorbereitet!)

Haben Sie gehört, dass ich gesagt habe: „Sie gehen von kurzfristigen Ertragsoptimierungen aus, die langfristig aber umgekehrt wirken werden“? Das ist nämlich der wirkliche Sinn der Betriebswirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Hast du das verstanden, Teßmer? – Weitere Zurufe)

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Abg. Berroth, das habe ich sehr wohl gehört. Die DB ist aber der Ansicht, dass sie damit auch langfristig ganz gut fährt. Sie können sich ja einmal mit Vertretern der DB austauschen.

(Abg. Blenke CDU: Schwache Antwort!)

Nun ein zweites Thema: Trennung von Netz und Betrieb. Das scheint mir viel wichtiger zu sein. Ich erkläre Ihnen einmal, was die Bundesregierung gemacht hat. Sie haben noch nicht erkannt, dass es einen Unterschied zwischen Ziel und Mittel gibt. Die Trennung von Netz und Betrieb war immer nur ein Mittel und kein Ziel, nämlich ein Mittel zur Erreichung der Unabhängigkeit des Netzes und für den diskriminierungsfreien Trassenzugang. Diese beiden Ziele sind mit der von der Bundesregierung gewählten Lösung erreicht.

Diese Lösung hat drei Komponenten. Sie kennen sie vielleicht nicht, aber ich erkläre Ihnen jetzt, was das Wesentliche dieser Reform ist.

Erstens: ein Teilentherrschungsvertrag. Die DB Netz ist in Zukunft völlig unabhängig von dem, was Herr Mehdorn erzählt,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ihr Wort in Gottes Ohr!)

was wir nach der „Milchkannen“-Äußerung sicherlich alle befürworten werden.

Zweitens: Unabhängige Trassenmanager können direkt eingreifen, wenn die DB Netz in irgendeiner Weise diskriminierend auf den Trassenzugang wirkt.

Drittens erhält das Eisenbahnbundesamt eine proaktive Rolle, das heißt, das Eisenbahnbundesamt kann in Zukunft selbst ermitteln, wenn es einen Verdacht auf Diskriminierung hegt.

Das alles war in der Vergangenheit nicht möglich. Die Eisenbahnunternehmen der Konkurrenz bestätigen uns, dass sie den Zugang zu den Trassen mittlerweile nicht mehr als Problem ansehen. Das hat die Bundesregierung in der Tat gut gelöst.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber an andere Märchen glauben Sie nicht?)

– Das halte ich für nachlesbar, und ich rede mit den Menschen, die Güterverkehr organisieren. Gehen Sie einmal zu Rail 4 Chem, dort organisiert man mittlerweile den Güterverkehr selbst, und zwar sehr erfolgreich. Von dort hört man keine Klagen mehr über Zugangsbeschränkungen zu den Trassen. Das ist nicht mehr das Problem. Das ist gelöst.

Sie haben auch lange und ausführlich über die Schleusen im Neckar geredet. Dazu muss ich einmal ein bisschen finanzpolitischen Realitätssinn von Ihnen einfordern. Der Vollausbau des Neckars bis Stuttgart für die Containerschiffe hat zwei Probleme. Erstens müsste man die Heidelberger Brücke abreißen – was ich nicht für notwendig und für sinnvoll halte –, und zweitens müsste man 2 Milliarden € dafür aufbringen. Wenn ich 2 Milliarden € für Güterverkehr, egal auf welchem Verkehrsträger, einsetze, kann ich auf andere Art wesentlich bessere Ergebnisse erzielen als mit diesem unglaublich teuren und übrigens auch die Umwelt belastenden Eingriff in den Neckar. Das ist einfach nicht die richtige Lösung des Problems. So gerne wir das Güterschiff fördern: Der Rhein ist eben etwas anderes als der Neckar. Auf dem Rhein können größere Schiffe fahren. Das wird auch in Zukunft so sein und ist von der Geographie vorgegeben.

Eines noch, Herr Kollege Schebesta: Es spricht nicht sehr für die Durchsetzungskraft, die Sie Ihrer eigenen Landesregierung attestieren, wenn Sie sich darüber beklagen, dass wir von der Landesregierung in unseren Anträgen fordern, das auch zu erreichen, was wir vorschlagen. Es ist das Mindeste, dass wir die Landesregierung ersuchen, es wenigstens –

(Abg. Schebesta CDU: Das kann man aber nicht beschließen, dass man etwas erreicht!)

(Boris Palmer)

– Man kann es nicht beschließen, aber man kann die Landesregierung ersuchen, es zu erreichen. Wir haben leider ohnehin kein Recht, die Regierung zu verpflichten; ich hätte das sehr gern.

(Zuruf von der CDU: Wortklauberei! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Was, was?)

Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob man die Regierung verpflichten oder nur bitten darf. Sie sind vielleicht gern Bittsteller; aber ich würde es befürworten, wenn der Landtag der Regierung auch etwas vorschreiben könnte. Das hielte ich für richtig, Herr Kollege; das ist mein Selbstverständnis.

Zum Schluss, in den letzten 13 Sekunden: Ich stelle fest, dass über die Lkw-Maut nichts mehr gesagt worden ist. Das hat wahrscheinlich gute Gründe – ich hoffe den, dass Sie der Lkw-Maut voll und ganz zustimmen werden. Ohne die Lkw-Maut können Sie alles, was Sie heute über Güterverkehr auf der Schiene und auf der Wasserstraße gesagt haben, gleich wieder einpacken, ohne sie ist das völlig witzlos.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält der Herr Minister für Umwelt und Verkehr Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe ja gelegentlich den Ruf, gerade auch beim amtierenden Präsidenten, etwas lange und detailliert zu sprechen. Das führt dann immer zur Verlängerung von Redezeiten.

(Heiterkeit – Zurufe)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, Sie haben diesen Ruf schon mehrfach unter Beweis gestellt.

(Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Jawohl, ich habe das nicht bestritten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Versuchen Sie es doch einmal kurz und knapp! – Abg. Blenke CDU: Es kommt aber auf die Qualität dessen an, was er sagt! – Abg. Alfred Haas CDU: Einem guten Minister steht das auch zu! – Abg. Blenke CDU: Qualität braucht Zeit!)

Deswegen will ich jetzt meine Aussagen in zwei ganz einfachen Sätzen zusammenfassen. Erstens: Die Probleme des Güterverkehrs sind massiv. Und zweitens: Das Land ist nicht zuständig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Da erübrigt sich jede Diskussion! – Abg. Kübler CDU: Das war es doch! Das langt!)

Das war jetzt kurz. Jetzt will ich noch ein klein wenig dazu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit – Abg. Blenke CDU: Der Präsident war schon ganz enttäuscht! – Abg. Teßmer SPD: Der Teufel steckt im Detail!)

Wenn Sie mit diesen beiden Aussagen einverstanden sind, dann kann ich auch aufhören. Aber Sie wollen doch wahrscheinlich auch das Land irgendwo ins Spiel bringen.

Die Güterverkehrsthematik ist ein typisches Beispiel für ein Problem, bei dem wir sagen können: Es findet zwar in unserem Land statt, und wir beklagen es, aber wir haben keine Möglichkeiten, ihm abzuwehren.

Die Probleme sind massiv, meine Damen und Herren. Wir brauchen nur auf die Straßen zu schauen, so stellen wir fest, dass der Lkw-Güterverkehr und damit die Stauscheinungen, die physikalische Inanspruchnahme der Straße, die Lärmemissionen und die Abgasemissionen zunehmen. Im Übrigen kann man vielleicht bei der Frage, wie groß die Probleme sind, gleich dazusagen: Ein Trend, dass diese Probleme sich verändern würden, dass es also irgendwo einen Scheitelpunkt gibt und dass es besser wird, ist nicht erkennbar.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Das ist richtig! Das ist ein Riesenproblem!)

Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass es gerade so weitergehen wird wie bisher. Dabei darf man ruhig auch feststellen: Die relativen Emissionen des Lkw-Verkehrs sind gesunken, aber die absoluten haben zugenommen, weil die Verkehrsmengen so zugenommen haben. Man kann auch durchaus feststellen – das ist vielleicht eine bemerkenswerte Feststellung, weil sie nicht so bekannt ist –, dass die Ökobilanz eines Lkws gegenüber einem nicht ausgelasteten Zug gar nicht mehr so schlecht ist, weil die Auslastung der Lkws durch Routenplanung mit Computerunterstützung eher zugenommen hat. Aber das alles wird dadurch kompensiert oder überkompensiert, dass wir ein Mengenwachstum haben, das wirklich gewaltig ist.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber darüber sind wir uns doch einig, dass das ein Problem ist, Herr Minister!)

Das heißt, der einzelne Lkw wird besser, aber die Summe der Lkws ist das Problem, um es einmal ganz einfach zu sagen.

Man sollte bei der ganzen Diskussion auch eines klar zu erkennen geben: Wer arbeitsteilige Wirtschaft will, wer die Entwicklung der ländlichen Regionen will, wer Wachstum und Wohlstand will, kommt am Güterverkehr nicht vorbei. Das ist nicht etwas, was für sich genommen ein Problem ist, sondern die Konditionen, unter denen der Verkehr abgewickelt wird, sind das Problem.

Deswegen will ich einmal eine kühne und vielleicht ungewöhnliche These aufstellen. Diese heißt: Wir werden diesen Trend nicht brechen, und wir sollten uns dazu bekennen. Das Ziel, das wir angenommen haben, übrigens auch noch im alten Bundesverkehrswegeplan von 1992, dass wir wesentliche Anteile oder wenigstens das Wachstum des Güterverkehrs auf die Schiene verlagern können, ist nicht

(Minister Müller)

haltbar. Die Fakten sagen uns schlicht etwas anderes. Ich halte es für witzlos, an Zielen festzuhalten, die nicht realisierbar sind.

Ich würde aber daraus eine ganz andere Konsequenz ableiten als die, die Sie vielleicht vermuten. Ich sage nicht: Ich lege deswegen die Hände in den Schoß. Ich nenne gleich die Konsequenz. Man muss sich nur zunächst darüber im Klaren sein: Wollen wir die Fiktion überhaupt noch aufrechterhalten, die DB oder welches Eisenbahnunternehmen auch immer stärker ins Geschäft zu bringen? Stärker ja, aber nicht in dem Sinne, dass wir die Verkehrsanteile wirklich verlagern könnten oder dass wir erreichen könnten, dass wenigstens das Wachstum über die Schiene abgewickelt wird. Ich sage das jetzt einmal in Zahlen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ja, bitte.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Minister Müller, Ihre Aussage, dass der Trend nicht zu brechen ist, hat mich insofern überrascht, als ich aus der Schweiz gegenteilige Zahlen kenne.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich frage Sie: Glauben Sie nicht, dass der Trend durch eine Übernahme des Modells der Schweiz, das heißt einer sehr hohen Lkw-Maut, kombiniert mit einer vollständigen Investition der Erlöse in den Ausbau der Schieneninfrastruktur, zu brechen wäre?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Man kann sich immer politische Maßnahmen vorstellen, die ein solches Ziel erreichen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha!)

Das ist gar keine Frage. Ich kann das irgendwie erreichen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aha!)

Aber ich erreiche es dann mit Nebenwirkungen, die wir, glaube ich, alle miteinander nicht wollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Schweiz will sie!)

Das muss man einfach sehen. Außerdem haben wir natürlich wesentliche strukturelle Unterschiede zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik.

(Abg. Teßmer SPD: Sind wir in Gallien, oder was?)

Jetzt nenne ich einmal nur die Zahlen. Man muss das einfach einmal auf sich wirken lassen. Im Jahr 1992 ist der Bundesverkehrswegeplan aufgestellt worden. Damals haben wir aus einer Mischung von Prognose und Zielsetzung – es ist immer schlecht, wenn man diese beiden miteinan-

der vermischt; man sollte an sich einerseits sagen, was wohl kommt, und andererseits sagen, was man will; wenn man das aber kombiniert, dann macht man sich selbst etwas vor – gesagt, dass wir im Jahr 2010 einen Straßenverkehrsanteil von 238 Milliarden Tonnenkilometern haben werden. Im Jahr 2000 – also zehn Jahre zuvor; das haben wir schon hinter uns – lagen wir bereits bei 349 Milliarden Tonnenkilometern. 238 Milliarden Tonnenkilometer sind für 2010 prognostiziert, und tatsächlich hatten wir bereits im Jahr 2000 349 Milliarden Tonnenkilometer.

Bei der Schiene war es genau umgekehrt. Prognostiziert waren 194 Milliarden Tonnenkilometer, und tatsächlich sind im Jahr 2000 gerade 76 Milliarden Tonnenkilometer erreicht worden, das heißt, weniger als die Hälfte.

(Abg. Teßmer SPD: Ja, man hat es ja gar nicht mehr gewollt!)

Diesen brutalen Wahrheiten muss man schlicht einmal ins Auge blicken, um dann von daher festzustellen: Diesen Trend werden wir nicht stoppen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mit Ihrer Politik nicht, da haben Sie Recht!)

Ich schließe daraus aber jetzt etwas ganz anderes. Natürlich freue ich mich über jede Tonne, die auf die Schiene kommt. Das ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Teßmer SPD: Das reicht aber nicht! Ihre Freude reicht noch nicht ganz!)

– Das ist nicht nur eine Frage der Freude, sondern das beinhaltet auch, dass man etwas dafür tun muss.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Freie Fahrt für freie Brummis will der!)

Aber die andere Konsequenz, die ich ableite, heißt: Wir müssen den Lkw-Verkehr, wenn wir ihn schon nicht stoppen können, verträglich machen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das erzählen Sie jetzt mal in der Ortsdurchfahrt von Unterjesingen!)

Das ist die eigentliche Zielsetzung, vor der wir heute stehen, glaube ich. Wir müssen das verträglich machen, und zwar durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die dem Speditionsgewerbe, soweit es auf den Lkw setzt, natürlich samt und sonders nicht sonderlich schmecken. Das ist völlig klar. Aber ich muss an der Realität ansetzen.

Jetzt sage ich Ihnen einmal: Das gilt in Bezug auf Normen und Vorgaben, und zwar auf europäische und deutsche Vorgaben im Hinblick auf den Kraftstoffverbrauch, im Hinblick auf die Schadstoffemissionen, auf die Lärmemissionen. Das gilt natürlich auch bezüglich eines grundsätzlichen Ja zur Lkw-Maut. Dies hat schon Wissmann vertreten; dies haben wir nie anders gesehen.

Das gilt für relativ scharfe Kontrollen. Das gilt für die Forderung, keine Tonnenerhöhung auf den Straßen zuzulassen, weil die Straßenkörper unglaublich belastet werden. Das gilt auch für verkehrslenkende Maßnahmen. Es gilt zum Teil für Verkehrsverbote, und es gilt mit Blick auf

(Minister Müller)

Überholverbote auf den Autobahnen. Das alles sind restriktive Maßnahmen, die ich vornehmen muss, um die Explosion des Lkw-Verkehrs noch in irgendeiner Weise verträglich zu bewältigen.

Das gilt übrigens auch für positive Angebote. Ich nenne einmal die Citylogistik. Das gilt für die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen, damit wenigstens moderne Lkws in Deutschland fahren und nicht die Schrottlaster, die zum Teil aus anderen Ländern bei uns unterwegs sind. Das gilt für die Verbesserung der Auslastung der Lkws durch entsprechende logistische Systeme.

Für die meisten dieser Maßnahmen ist der Bund zuständig, das Land kaum.

(Abg. Teßmer SPD: Aha! „Kaum“!)

Es bleibt uns also eine ganz nüchterne Feststellung: Wir brechen den Trend nicht. Wir müssen mit dem Trend leben und müssen versuchen, den Trend abzuarbeiten und verträglich zu machen.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Jetzt komme ich zu den Verantwortlichkeiten, was den Schienengüterverkehr anbelangt. Sie liegen auf der Hand. Man kann sie im Grundgesetz nachlesen. Ich sage Ihnen einmal ganz simpel: Für den Schienengüterverkehr, für die Schieneninfrastruktur, für die Bundeswasserstraßen und für die Binnenschifffahrt ist nach den Artikeln 87 e und 89 des Grundgesetzes der Bund zuständig.

Daneben gibt es natürlich das Kind des Bundes, sprich das zu 100 % im Eigentum des Bundes befindliche Unternehmen DB. Dessen Geschäftspolitik kommt dazu. Wir wissen, welche Geschäftspolitik die DB macht: MORA C. Das heißt: marktorientiertes Angebot – „C“ steht für Cargo – in Bezug auf den Güterverkehr. Hier wird massiv gestrichen. Darauf haben wir keinen Einfluss.

Die Vernachlässigung der Schieneninfrastruktur im ländlichen Raum kommt dazu.

Wenn ich an den Ausbau der Bundeswasserstraße Neckar denke, dann muss ich feststellen: Da geschieht verdammt wenig.

(Abg. Teßmer SPD: Doch! Die Schleusen sind Tag und Nacht offen!)

Die Güterverkehrspolitik der Deutschen Bahn genügt ausschließlich betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Jetzt kann man sagen: „Das ist der Fluch der Tat, die ihr in Gang gesetzt habt. Wer das Unternehmen in die Privatwirtschaft entlässt, darf sich nicht wundern, dass es im Anschluss an diese Maßnahme privatwirtschaftlich handelt.“ Das ist ein Stück weit richtig.

Aber ich greife da schon den Gedanken, den Frau Berroth genannt hat, auf und drücke das einmal in einer sehr pointierten politischen These aus. Sie lautet: Ich halte es für einen Fehler, dass sich die Deutsche Bahn vornimmt, innerhalb weniger Jahre börsenfähig zu werden. Es ist ein Unterschied, ob ich langfristig Unrentables abbaue oder ob ich kurzfristig zu erreichen versuche, börsenfähig zu wer-

den, das heißt so zu wirtschaften, dass sich eine durchschnittliche Rendite ergibt, die für den Aktienkäufer von Interesse ist.

Wenn ich dieses Ziel verfolge, muss ich restriktiv vorgehen. Das heißt, ich muss Kosten abbauen. Ich gehe nicht offensiv vor, indem ich ein sich erst langfristig lohnendes Angebot ausbaue. Vielmehr muss ich versuchen, Kosten abzubauen und nur noch das zu tun, was sich kurzfristig lohnt. Das ist der Fehler der Geschäftspolitik der Deutschen Bahn. Er könnte vom Bund als Eigentümer korrigiert werden. Das geschieht aber nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Bund könnte auch seiner Infrastrukturverpflichtung nach dem Grundgesetz Genüge leisten. Auch das tut er nicht.

Jetzt kann man sagen: „Nachdem ihr die DB aber in die Privatwirtschaft entlassen habt, ist das die automatische Folge.“ Aber die Väter der Bahnreform, zu denen übrigens auch die SPD gehörte – ich weiß nicht, wie es bei den Grünen seinerzeit war –, haben dieses Problem ja erkannt. Sie wussten schon, dass es eine Bahnpolitik gibt, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnet. Deswegen gibt es Artikel 87 e des Grundgesetzes, nach dem es sinngemäß heißt: Wenn verkehrliche Notwendigkeiten bestehen, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen, dann soll der Bund der Bahn Geld zur Verfügung stellen.

Ich will eine letzte Bemerkung zu den ordnungspolitischen Fragen machen und einmal Folgendes feststellen:

Wenn ich mir überlege, welche Probleme wir im Personenverkehr haben und welche unglaubliche Höhe an Geldern Bund, Länder und Gemeinden zusammen für den ÖPNV ausgeben, und wenn ich die Probleme im Güterverkehr vergleiche und mir überlege, was dafür ausgegeben wird, dann muss ich sagen: Es besteht ein wahnsinniges Missverhältnis zwischen der Größe des Problems auf der einen Seite und dem, was wir zur Lösung des Problems aufwenden, auf der anderen Seite. Hier wird man sich etwas überlegen müssen.

Ich komme schon zum letzten Block, Herr Präsident, nämlich der Frage

(Abg. Stichelberger SPD: Was, schon?)

– bitte wachen Sie nicht zu früh auf –: Was bleibt dem Land in dieser Situation zu tun, gemessen an der Größe und der Unumkehrbarkeit des Problems und gemessen an den Zuständigkeiten bezüglich der DB und des Bundes?

Das Land kann sich auf der einen Seite konzeptionell überlegen, was es im Prinzip für richtig hält. Mit dem Generalverkehrsplan wurde das gemacht. Daran wird schon erkennbar, dass wir nur punktuell handeln können. Wir tun das im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten.

Wir können auf der anderen Seite finanziell etwas tun. Es gab einmal die Zukunftsoffensive I – das war schon vor fünf, sechs Jahren; heute reden wir von der Zukunftsoffensive III –, aus der wir für den Schienengüterverkehr einma-

(Minister Müller)

lig immerhin 20 Millionen DM zur Verfügung gestellt haben. Damit wurde eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die auch im Generalverkehrsplan ausgewiesen waren. So wurden entsprechende Güterverkehrszentren in Stuttgart, in Mannheim, in Karlsruhe, in Weil am Rhein mit gefördert.

Wir haben übrigens besonders auf die Verknüpfung zwischen Straße und Schiene auf der einen Seite, zwischen Straße und Wasserstraße auf der anderen Seite und zwischen Wasserstraße und Schiene zum Dritten gesetzt. Damit haben wir also gerade die Übergänge gefördert.

Was den aktuellen Haushalt anbelangt, so haben wir zugelegt. Ich will das doch einmal unterstreichen. In einem Haushalt, in dem wir 80 Millionen bzw. 90 Millionen DM einzusparen hatten, haben wir diesen Bereich, obwohl es sich um eine Freiwilligkeitsleistung handelt, ausgebaut. Wir hätten also keine Mark ausgeben müssen. Das gereicht uns dann zum Vorwurf. Sie sagen: „Wenn Sie einmal etwas tun, dann tun Sie auch etwas Richtiges.“ Hätten wir also nichts getan, könnten Sie diesen Vorwurf nicht erheben. Wir haben in einer Zeit, in der wir sparen, eine Freiwilligkeitsleistung ausgebaut. Wir stellen jetzt für den Güterverkehr aus unterschiedlichen Haushaltstiteln insgesamt ungefähr 8 Millionen DM im Jahr 2002 und 10 Millionen DM im Jahr 2003 zur Verfügung.

Wir tun damit deutlich mehr als in den Vorjahren. Dieses Geld wird vermutlich sogar ausreichen, um alle Wünsche und Anträge, die es zur Förderung von Güterverkehrszentren und dergleichen mehr im Einzelnen gibt, tatsächlich bedienen zu können. Das ist immerhin schon eine Leistung.

Im Unterschied zur Zukunftsoffensive, bei der es sich um einen einmaligen Block gehandelt hat, ist dies eine Ausgabe – wenn sie einmal in den Haushalt eingestellt ist –, die sich hoffentlich verlängert und die in dieser Größenordnung von Jahr zu Jahr zur Verfügung gestellt werden kann.

Nur, eines muss ich auch sagen, meine Damen und Herren: MORA C heißt, dass Bahnhöfe ohne Ende für den Güterverkehr geschlossen werden – diesen Trend werden wir nicht stoppen können. Wir werden mit den paar „Kröten“, die wir da zur Verfügung stellen, nicht erreichen, dass alles das erhalten bleibt, woraus sich die Bahn zurückzieht. Dahinter steht übrigens auch ein Gedanke, den man immer wieder einmal ansprechen muss: Die Spielregel und die Kompetenzverteilung, dass alles, was rote Zahlen schreibt, plötzlich zum Problem und zur Aufgabe des Landes wird, sei es in der Infrastruktur, sei es beim Fernverkehr – Interregio –, sei es beim Nahverkehr, sei es beim Güterverkehr, und alles, was schwarze Zahlen schreibt, Sache der DB und des Bundes ist, gibt es nun wirklich nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben im Übrigen bei uns in Baden-Württemberg ein Instrumentarium, um das uns andere Länder eigentlich nur beneiden, nämlich die nicht bundeseigenen Bahnen, also beispielsweise HzL oder WEG und andere. Die können in eine schmale Nische gehen. Die haben nämlich nicht Artikel 87 e des Grundgesetzes als Helfer sozusagen im Hintergrund. Die müssen betriebswirtschaftlich handeln. Sie kön-

nen sich solche Güterverkehre herausuchen, die für sie betriebswirtschaftlich gerade noch interessant sind, aber für die DB aufgrund deren Größe und Overhead-Kosten nicht. Mit diesem Instrument der nicht bundeseigenen Bahnen haben wir in Baden-Württemberg einiges beim Abbau, den die DB vorgenommen hat, auffangen können. Genau dahin gehen auch unsere Fördergelder.

Die Grenzen unserer Aktivität sind schnell beschrieben. Wir haben keinen Einfluss auf die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft, weder auf die der Verkehrsunternehmen noch auf die der verladenden Wirtschaft. Wir haben keinen Einfluss auf das, was die Deutsche Bahn tut. Wir haben nur einen sehr, sehr begrenzten Einfluss auf das, was der Bund tut. Wir wollen nicht als Betreiber oder Investor auftreten. Wir wollen nicht in die laufenden Kosten gehen. Das können wir nicht anfangen. Das wäre ein Fass ohne Boden. Wir können auch nicht die Orte, an denen beispielsweise Güterverkehrszentren entstehen, beeinflussen. Um es einmal in einem Wortspiel zu sagen: Wir geben das Geld dorthin, wo etwas passiert; aber wir können mit Geld nicht etwas an einer bestimmten Stelle bewirken. Es passiert da, wo wir Geld hingeben, nichts, sondern wir müssen warten, wo es privatwirtschaftliche Initiativen gibt. Da schießen wir dann 30 % für die Güterverkehrszentren zu.

Kurz und klein, meine Damen und Herren, ich habe eine neue Rekordzeit aufgestellt: 17 Minuten und 8 Sekunden.

(Beifall)

Ich bemühe mich, mich zu bessern.

Man kann sagen: Gemessen an der Größe des Problems und an der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern wird das Thema Güterverkehr eine der großen Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode des Bundestages sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Da sich der Herr Minister bemüht hat, will ich dieses Bemühen unterstützen und gestehe deshalb keine weitere Redezeit für die Fraktionen zu.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge. Der Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/241, ist ein Berichtsantrag. Er ist durch die Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/625, ist in Abschnitt I ein Berichtsantrag. Der ist erledigt. – Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Was begehren Sie zu Abschnitt II?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Abstimmung!)

– Abstimmung. Wer für die Annahme des Abschnitts II des Antrags Drucksache 13/625 ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Alfred Haas CDU: Vier Stimmen!)

(Stellv. Präsident Birzele)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit abgelehnt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Aktuelle Debatte – Stellenwert des Verbraucherschutzes in Baden-Württemberg am Beispiel des Umgangs mit BSE-Tests – beantragt von der Fraktion GRÜNE

b) Antrag der Fraktion der SPD – Durchführung von BSE-Tests in Baden-Württemberg – Drucksache 13/746

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Walter, Sie erhalten das Wort.

Ich weise noch darauf hin, dass die üblichen Regeln der Aktuellen Debatte gelten.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate müssen wir uns mit einem Problem beschäftigen, das ein schlechtes Licht auf den Verbraucherschutz in Baden-Württemberg wirft.

Es gibt Parallelen: Jedes Mal kamen die Anstöße von außen. Beim Bodensee waren es anonyme Hinweise. Damals kam noch erschwerend hinzu, dass sich der Minister diesem Kartell des Schweigens, das es zwischen dem Bauernverband, den Betroffenen und eben auch der CDU gab, angeschlossen hat.

(Unruhe bei der CDU)

– Das hören Sie nicht gerne, aber so war es halt.

Jetzt haben wir, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, das Problem, dass Sie erst einmal einen Anstoß von Frau Künast bekommen mussten,

(Lachen bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Ich glaube, Herr Walter hat BSE!)

diese Testlabors ordentlich zu prüfen. Es ist doch auffallend, meine Damen und Herren, dass Sie erst fündig geworden sind, nachdem Frau Künast Sie aufgefordert hatte, diese Labors einmal richtig zu hinterfragen. Da frage ich Sie, Herr Kollege Seimetz – –

(Abg. Dr. Birk CDU: Dem wachsen ja schon Hörnle!)

– Herr Kollege Birk, seien Sie hier wenigstens ruhig, wenn Sie ausnahmsweise einmal nicht Lobbyarbeit bei der EnBW machen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Was hat EnBW mit BSE zu tun? Nur das B!)

– Vielleicht haben dort welche BSE nach dem, was für eine Atompolitik ihr macht. Aber jetzt einmal ganz ruhig bleiben!

Das soll der berühmte Zufall sein, Herr Birk. Sollen wir etwa glauben, dass im September, Oktober, als geprüft wur-

de, bei diesen Labors alles in Ordnung war und plötzlich, als die Direktive aus Berlin kam, dem nicht mehr so war? An solche Zufälle glauben vielleicht Sie. Dann muss man aber auch an den Weihnachtsmann glauben. Ich jedenfalls glaube nicht daran.

(Abg. Dr. Birk CDU: Künast tut doch nichts für die Landwirtschaft im Land! Das ist doch der Skandal!)

Ich frage Sie daher ernsthaft: Wie wurde denn im letzten Herbst getestet? Wurde damals wirklich alles gemacht, was hätte getan werden sollen?

Im Ausschuss wurde uns gesagt, man hätte einen Katalog mit 40 Punkten erstellt, um die Labors richtig zu überprüfen. Aber offensichtlich waren die entscheidenden Fragen in diesen 40 Punkten nicht enthalten. Uns wurde dann gesagt, man hätte ja nicht annehmen können, dass diese Tests nicht ordnungsgemäß durchgeführt würden. Dazu, meine Damen und Herren, muss ich fragen: Wie naiv darf eine Landesregierung sein? Aber das ist nicht mehr nur naiv, sondern das ist grob fahrlässig. So hätte man mit diesen Tests nicht verfahren dürfen.

(Beifall bei den Grünen)

Ich kann nur sagen: Man hat versucht, die Tests schneller zu machen. Es gab einen enormen Preisdruck. Die Tests sind plötzlich immer billiger geworden, was natürlich auch mit der Massenproduktion zu tun hatte. Aber es gab einen Druck, und es wurde versucht, noch schneller zu arbeiten, um dadurch Geld zu sparen.

Jetzt lese ich Ihnen einmal vor, was der Herr Minister im Vorwort zum Bericht zu seinem Haushalt gesagt hat, was eigentlich die Alternative gewesen wäre. Er sagte:

Die BSE-Krise hat das Vertrauen der Menschen in die Qualität und die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel stark beeinträchtigt. Dieses Vertrauen gilt es zurückzugewinnen.

Das ist völlig richtig, Herr Stächele. Da sind wir uns völlig einig: Genau das hätte getan werden müssen. Aber dann hätten auch Sie mit diesem Problem anders umgehen müssen.

Ich kann Ihnen nur wieder sagen: Die von Ihnen oft und heftig gescholtene Frau Künast hätte einmal wieder zum Vorbild für Sie werden können. Wir hatten vor einigen Wochen das Problem mit verunreinigten Shrimps, die als Futtermittel hätten verwendet werden sollen. Was hat Frau Künast gemacht? Sie hat zunächst einmal in ihrem Haus aufgeräumt und hat dann alle anderen Termine abgesagt, die Bundespressekonferenz einberufen und die Öffentlichkeit informiert.

(Abg. Hauk CDU: Dafür wird sie bezahlt, Herr Kollege Walter! Das ist ihr Geschäft!)

– Moment, ausreden lassen! Ganz ruhig bleiben! Das ist tatsächlich ihr Job. Aber sie hat das gemacht. Wo war denn Herr Stächele? Wenn das der Job des Ministers ist, wie Sie selber sagen, ist der Minister seinem Job nicht nachgekommen. Das ist das Problem.

(Walter)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben ihn nicht gesehen, als die Diskussion wirklich Wellen schlug. Deswegen gab es in der „Stuttgarter Zeitung“ auch den Kommentar: BSE-Krisenmanagement – Fall Stächele. Genau darum geht es.

(Abg. Hauk CDU: Was haben jetzt die Shrimps mit BSE zu tun? Das sollten Sie mal erklären!)

– Da müssen Sie halt keine Zwischenrufe machen, sondern zuhören und die Logik begreifen; dann geht das alles.

Das Resultat des Krisenmanagements von Frau Künast ist, dass sie trotz all dieser Hetze, die über sie hereinbricht – vom Bauernverband, von Funktionären, von der CDU, von der FDP –, mittlerweile auf der Beliebtheitskala in der Bundesrepublik nach Joschka Fischer an zweiter Stelle steht.

(Lachen bei der CDU – Beifall bei den Grünen)

Das ist das Ergebnis einer Umfrage von Infratest dimap aus der letzten Woche. Sie können diese Umfrage anzweifeln, aber die gibt es.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Deswegen – werde nicht nervös! – sage ich nur eines: Ohne die Intervention von Frau Künast wären die Labors in Baden-Württemberg bis zum heutigen Tag nicht richtig überprüft worden. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme gleich zum Ende, Herr Präsident. – Es gibt noch eine zweite Runde. Ihr könnt ganz ruhig bleiben; ihr müsst mich schon noch einmal ertragen. Es gibt noch einiges andere.

Herr Minister, in der „Stuttgarter Zeitung“ lesen wir:

Um große Worte über die Bedeutung des Verbraucherschutzes, den er

– also Sie –

als erster Hausherr im Titel führt, ist der Badener nie verlegen. Seine Taten indes sprechen eine andere Sprache.

Auf das, was wir als Alternative dazu sehen, komme ich in der zweiten Runde zu sprechen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Rüeck CDU: Oje, da kommt noch einer, der nichts davon versteht! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Der soll ganz ruhig sein da hinten!)

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ziel dieser Debatte muss es eigentlich sein – dieses

Ziel sollten wir wenigstens gemeinsam haben –, dass wir das Vertrauen der Verbraucher zurückgewinnen und dass wir deutlich machen: Die Kontrollorgane haben versagt – so ist es –, und jetzt müssen wir den Schaden mindern. Wir müssen meiner Ansicht nach auch ein klares Kontrollkonzept vorlegen.

Da aber komme ich leider nicht darum herum, dem Herrn Staatsrat, der deutlich sagt, er sei kein BSE-Staatsrat, doch einen kleinen Teil der Schuld zuzuschieben.

(Abg. Kiefl CDU: Was?)

Er ist ein anerkannter Wissenschaftler, und ich wundere mich, was er sich alles bieten lässt. Vor einem Jahr hat er noch gesagt: Die Tests sind eigentlich nicht nötig. Aber die Bauern sollen ihre Kühe gut angucken. Wenn sie etwas Verdächtiges merken, sei das zuverlässiger als ein Test. Na ja! Machen Sie das einmal, wenn Sie eine größere Anzahl von Kühen haben. Das ist gar nicht so einfach.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Er hat nur eine!)

Aber das war ein guter Ratschlag; das kann ich verstehen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Dann haben wir noch gehört, dass der Aufsichtsbehörde in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres keinerlei Hinweise auf die jetzt festgestellten Mängel vorgelegen haben. Das hätten Spezialisten festgestellt. Da muss ich mich fragen: Was sind denn das für Spezialisten? Entweder hatten sie drei schwarze Punkte auf dem Arm, oder sie wollten nichts finden. Das ist nämlich schon eigenartig.

Dann lese ich, dass der Herr Staatsrat sagt, seine Aufgabe sei es, sich um den Lebens- und Gesundheitsschutz zu kümmern. Warum hat er dann wohl nichts gemacht? Denn das gehört dazu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Da reicht es eben nicht, lieber Herr Kollege, dass er zwei oder drei MDs einlädt, mit ihnen ein Küchengespräch führt und einen Ukas herausgibt. Das ist zu wenig.

Tatsache ist: Wir haben nicht gemerkt, was von dem von Herrn Teufel eingesetzten Beauftragten für Gesundheitsschutz unserer Bevölkerung überhaupt ausgegangen ist. Da ist nichts ausgegangen. Er hat zugegeben – das ist auch gut so –, dass ein Teil der Fehler auf Nachlässigkeiten der Mitarbeiter zurückgeführt werden müsse und dass es auch sein könne, dass die unkorrekten Tests Geld hätten einsparen sollen. Das ist wenigstens ein Grund, den ich verstehe. Aber das kann man durch Kontrollen beseitigen. – Jetzt sagen Sie nichts; das wundert mich nicht.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Natürlich sage ich etwas!)

Dann hat es auch geheißen, Aufgabe des Herrn Staatsrats sei es, dem Kabinett Maßnahmen zu empfehlen, die sinnvoll sind. Ja, wenn er nichts empfiehlt,

(Abg. Drexler SPD: Dann ist auch nichts sinnvoll!)

(Teßmer)

ist nicht nur nichts sinnvoll – richtig! –, sondern dann frage ich mich auch, ob er sich nicht im Vorfeld zu wenig informiert hat und seine Aufgabe, für Gesundheit zu sorgen, nicht sträflich vernachlässigt hat.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wofür gibt es ihn überhaupt? – Abg. Dr. Lasotta CDU: Wo liegt denn jetzt Ihrer Meinung nach der Fehler, den die Landesregierung gemacht hat?)

Wir haben gehört, jetzt hat auch das Ministerium kontrolliert.

(Abg. Hauk CDU: Wo liegt jetzt der konkrete Grund?)

– Nur Geduld! Wir haben zwei Runden, Herr Kollege. Wenn ich immer warte, bis Sie etwas Schlaues sagen, reicht die Zeit gar nicht.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Lassen Sie die Katze immer erst in der zweiten Runde aus dem Sack?)

Jetzt wird gesagt, man habe – man achte auf die Wortwahl – bei den vier staatlichen Instituten „intensiv beraten“ und bei den privaten Labors „auf die Notwendigkeit der Kontrolle hingewiesen“. Das hat Herr Beyreuther laut Zeitung gesagt. Das muss ja ein weicher Hinweis gewesen sein.

Dann wird den Landwirten, die jetzt – gerade war BSE einigermassen weg – schon wieder geplagt sind, etwas ganz Liebes gesagt. Ihnen wird gesagt – ich zitiere die Zeitung –: „Ich kann gut verstehen, dass die Verbraucher verunsichert sind.“ Aber das reicht nicht. Da brauchen wir schon etwas mehr als nur Verständnis.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was macht Herr Professor Beyreuther? – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sie tragen mit Ihrer Rede zu noch mehr Verunsicherung bei! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Oje! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Ich darf deutlich machen: Der Landesgeschäftsführer der Fleischerinnung hat ganz klar gesagt – und dazu stehe ich durchaus –: „Von Rindfleisch geht kein Risiko aus.“ Das stimmt. Er hätte eigentlich noch dazusagen müssen: „Wohl aber vom Herrn Staatsrat.“

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Unverschämt! Das ist eine Beleidigung!)

– Ja, ich begründe das. – Herr Staatsrat, wir haben gehört, dass Sie – bei all Ihren wissenschaftlichen Fähigkeiten – als Spezialist in diesem Bereich entweder nicht kompetent waren – dann brauchen Sie diese Aufgabe nicht – oder zwar kompetent waren, aber nicht genug gemacht haben. In diesem Fall hätten Sie versagt.

Ich hätte jetzt gerne gesagt, Sie müssten eigentlich zurücktreten. Aber Sie können ja nur von etwas zurücktreten, was Ihre Aufgabe war. Wenn das aber nicht Ihre Aufgabe war, dann sind Sie in diesem Bereich schlichtweg überflüssig. Sparen Sie dem Haushalt 70 000 DM, oder nehmen Sie Ihre Aufgabe ernst.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

(Abg. Rück CDU: Oh, einer, der etwas versteht! – Abg. Kübler CDU: Jetzt kommt Qualität!)

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! BSE ist nach wie vor ein Thema, das schon seriös behandelt werden und bei dem man kühlen Kopf behalten sollte, das sich absolut nicht dazu eignet, die Verbraucher irgendwie aufzuwühlen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Wer hat denn aufgewühlt, Herr Kollege? – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Nach wie vor wird BSE von allen ernst genommen: von den Landwirten, von den Verbrauchern, von den Tierärzten, von der Fleischwirtschaft. Natürlich hängt sehr viel an diesem Thema. Aus diesem Grunde sind im Interesse des Verbrauchers eine lückenlose Kontrolle und durchgängige Transparenz vonnöten. Das ist selbstverständlich, muss aber heute nochmals betont werden.

(Abg. Teßmer SPD: Das war halt leider nicht selbstverständlich!)

Das ist gar keine Frage.

Im Hinblick auf die aufgedeckten Schlampereien und auch auf die Missachtung der Anwendungsregeln – so würde ich das einmal bezeichnen, wenn man sich dies genau ansieht – ist festzustellen, dass das Kontrollsystem – das übrigens, Kollege Walter, schon lange, bevor Frau Künast dies sagte, kontrolliert wurde, nämlich schon seit Sommer vergangenen Jahres –

(Abg. Walter GRÜNE: Aber ihr habt nichts gefunden!)

– Langsam! Frau Künast hat sich erst Anfang dieses Jahres geäußert.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na, na!)

Das Kontrollsystem wurde zugegebenermaßen damals schnell aus dem Boden gestampft, aber es war wissenschaftlich durchgecheckt und auch abgesichert. Trotzdem müssen wir den jetzigen Erfahrungen Rechnung tragen; das ist gar keine Frage. Das heißt, es muss ein Kontrollsystem her, zu dem vorausgehend bundeseinheitliche Standards und Normen festgelegt werden müssen. Dann muss natürlich bei einer Missachtung der Verstoß ganz streng geahndet werden.

Darum fordere ich jetzt Folgendes – und dabei komme ich auch auf das Krisenmanagement von Frau Künast zu sprechen –:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Erstens – dabei will ich gar nichts unterstellen – fordere ich bundeseinheitliche Normen und Standards, und zwar für alle Labors, auch für die privaten. Ich halte nichts davon, zu sagen, nur staatliche könnten oder sollten diese Tests durchführen; denn die privaten Institute machen genauso gut Aidstests, und dabei steht auch nicht jedes Mal ein

(Kiefl)

Kontrolleur dahinter und prüft, ob dies richtig oder falsch gemacht wird.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Zweitens: Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ist für den Schutz der Verbraucher unabdingbar? Dabei sollte und darf es keinerlei Kompromisse geben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das ist die Beseitigung des Risikomaterials.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Dabei muss die Kontrolle so lückenhaft sein, wie sie jetzt Gott sei Dank ist.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Teßmer SPD: Lückenhaft? Sie haben die Wahrheit beschrieben! Sigmund Freud lässt grüßen! – Abg. Dr. Caroli SPD: Da hat Freud zugeschlagen! – Weitere Zurufe)

– So lückenlos! Verzeihung!

(Zurufe von der SPD)

– Das kommt jetzt gleich. – Sie sollte so lückenlos sein, weil der Tierarzt die Fleischschau bis zur Hausschlachtung hin macht, weil pausenlos Tierärzte dabeistehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn dies gesichert ist, können Sie theoretisch und praktisch Fleisch, Muskelfleisch von einem BSE-infizierten Tier essen.

(Beifall des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Nur macht das niemand; das ist mir klar. Ich esse kein Fleisch von einem kranken Tier. Aber wenn dies gesichert ist, könnten Sie das theoretisch und praktisch. Also: Hier darf es keinerlei Kompromisse geben.

Zum Dritten: Wenn das funktioniert, Kollege Teßmer, dann brauchen wir uns bei den Tests nicht zu überschlagen, wie wir das jetzt tun. Niemand in der EU leistet sich wie wir den Luxus, ab 24 Monaten zu testen, obwohl es eigentlich – wollen wir es hart sagen – unsinnig ist. Wir leisten uns diesen Luxus, geben einen Haufen Geld dafür aus – erst ab 30 Monaten ist das Ganze einigermaßen gesichert –, und kein Mensch sagt, dass wir im Grunde genommen in Deutschland – in Baden-Württemberg sogar noch mehr – zwischen 65 und 70 %

(Abg. Teßmer SPD: Und deswegen dürfen wir dann ungenau kontrollieren?)

des Fleisches von Tieren, die unter 18 Monate alt sind, konsumieren, weil die Bullen einfach nicht älter werden. Das ist ja ganz klar.

Also wir brauchten uns nicht zu überschlagen. Da haben wir nämlich keinen kühlen Kopf behalten, Herr Teßmer.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wir könnten uns ruhig den EU-Standards anpassen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt komme ich – passen Sie auf! – zum Künast-Krisenmanagement. Völlig unsinnig – um nicht zu sagen: blödsinnig – wird es, wenn wir wissen, dass die Bundesrepublik Deutschland Standards vorgibt und sagt, wir müssen das Darmpaket entsorgen, wir aber gleichzeitig Därme aus Staaten einführen, die nachweislich nicht testen:

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

aus Neuseeland, aus Australien, aus Chile, von weiß der Teufel woher.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber am Thema vorbei, Herr Kollege!)

– Moment, das ist nicht am Thema vorbei, sondern das ist der gleiche Schwachsinn wie bei den Äpfeln.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Bei uns verbietet man es, aber gleichzeitig führt man es ein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie lenken ab! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich lenke nicht ab. Denn das ist Unsinn hoch zehn, Herr Teßmer, und das ärgert Sie natürlich.

(Abg. Teßmer SPD: Deshalb brauchen Kontrollen nicht zu stimmen?)

– Passen Sie auf! – Auf die Verbraucher kommt es an.

(Abg. Teßmer SPD: Eben! Richtig!)

Die müssen es kapiert haben, nicht Sie.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

An den Verbraucher geht die Botschaft;

(Beifall bei der CDU)

der muss wissen, was er von der Sicherheit zu halten hat und was nicht.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, was der Verbraucher absolut nicht kapiert – das wird Sie auch reizen –: Unser Tiermehlverwertungsverbot – das sage ich ausdrücklich, damit es kein Missverständnis gibt –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie lenken wieder ab!)

– Nein; das ist BSE-Programm. – Sie können niemandem, der nur für 5 Pfennig gesunden Menschenverstand hat, erklären, dass die eine Hälfte des Tieres, das für den menschlichen Verzehr zugelassen ist, vom Menschen gegessen werden darf und die andere Hälfte des Tieres Sondermüll ist. „Also balla balla“, kann ich da nur sagen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

All dies leisten wir uns.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren!

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kiefl!

Abg. Kiefl CDU: Passen Sie auf – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kiefl, einen Moment!

Abg. Kiefl CDU: Ja.

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kiefl, kommen Sie bitte zum Ende. Sie müssen auch noch etwas in der zweiten Runde sagen können.

Abg. Kiefl CDU: In der zweiten Runde. Okay. Dann werde ich in der zweiten Runde mit diesen Beispielen fortfahren, bei denen wir bei BSE keinen kühlen Kopf behalten, wo wir aber im Interesse des Verbrauchers kompromisslos sein müssen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Würden Sie auch noch etwas zu den Tests sagen?)

– Ich gehe nachher noch einmal auf die Tests ein, wenn Sie es wollen, auch im Detail. Es gibt ja Gott sei Dank eine zweite Runde.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das war halt das Thema!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 400 000 BSE-Tests in Baden-Württemberg – so viel wie in keinem anderen Bundesland –, und davon 80 000 bei privaten Labors. Die Zahlen sprechen für sich selbst. Ich finde es richtig, dass das Landwirtschaftsministerium BSE-Tests in privaten Labors zugelassen hat. Denn man muss auf der anderen Seite sehen, dass, wenn es um die Humanmedizin geht, wenn es um Menschen geht, wenn es um Untersuchungen von Blut oder unseres wichtigsten Lebensmittels Wasser geht, private Labors tätig sind. Entscheidend ist die Frage, um die es heute geht: Wie werden diese privaten Labors, die BSE-Tests durchführen, kontrolliert?

(Abg. Teßmer SPD: Das war die Frage von heute! Jawohl!)

Dies ist die Kernfrage, und dazu muss man eines klar sagen: Als das Land Baden-Württemberg als Vorreiter die BSE-Tests eingeführt hat, hat man von der Bundesregierung gefordert, dass bundesweit einheitliche Regelungen für Labors für die Tests und die Überprüfungen festgelegt werden. Diese Regelungen, meine Damen und Herren, stehen aber bis zum heutigen Tag noch aus.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Quatsch!)

Dies muss man ganz klar sehen.

(Zuruf von der CDU: Das ist Chefsache!)

Bei den Tests ist es so: Die Hersteller der verwendeten Tests haben zwei Positivproben und vier Negativproben

vorgeschrieben. Die Bundesforschungsanstalt, die früher in Tübingen war und jetzt auf der Insel Riems ist, hat jetzt, nachdem die Labors auffällig waren, geprüft, ob drei Negativproben ausreichen oder ob vier Negativproben erforderlich sind, und festgestellt, dass im Normalfall drei Negativproben ausreichen. Eines ist natürlich klar: Ein Hersteller von BSE-Tests will möglichst viele Negativproben; denn je mehr Proben gemacht werden müssen, desto mehr von seinem Teststoff kann er verkaufen. Dies muss man generell sehen.

Herr Teßmer, auch wenn Ihnen das nicht gefallen hat, meine ich trotzdem: Wenn man schon die Bundesforschungsanstalt auf Riems hat, sollte auch offiziell die Aussage für die Bevölkerung gemacht werden, dass den Wissenschaftlern von Riems normalerweise drei Negativtests ausreichen.

(Abg. Teßmer SPD: Das wissen wir doch erst seit Januar, lieber Herr Kollege!)

– Das wissen wir erst jetzt, aber wo ist dann der Schaden, der entstanden ist? Ihnen geht es in der Diskussion doch nur darum, den Minister und den Staatsrat zu beschädigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Reine Polemik, Verunsicherung der Bevölkerung!)

Eine schöne Arbeitsteilung: Die Grünen nehmen sich Stächele vor, und die SPD nimmt sich Beyreuther vor. Nur darum geht es Ihnen in dieser Debatte, nachdem feststeht, dass drei Proben für Riems ausreichen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Sie haben doch für heute eine Aktuelle Debatte beantragt. Wir befinden uns in einer Aktuellen Debatte. Sie fragen: Seit wann denn? Wenn das schon klar gewesen wäre, hätte ich keine Aktuelle Debatte beantragt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das muss man doch einmal sehen, Herr Kollege Teßmer.

(Abg. Teßmer SPD: Die habe nicht ich beantragt!)

– Ich weiß, dass die Grünen sie beantragt haben.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben ja in den Jubel mit eingestimmt. Für mich ist es eindeutig klar: Ihnen geht es hier nur um das Personal und sonst um gar nichts.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, wünschen Sie das Wort? – Herr Abg. Teßmer, Sie erhalten das Wort.

Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Drautz, ganz kurz, damit das wenigstens klar ist: Wir haben damit kein Problem. Übrigens: Mit Jubel ist hier nichts; das wissen Sie selber. Aber eines ist doch klar: Wenn es eine ganz klare Herstelleranleitung für vier Negativtests gibt, dann müssen diese auch durchgeführt werden. Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Die Tests

(Teßmer)

waren nach den so genannten SOP, den Standard Operation Procedures, genehmigt. Daran muss man sich halten. Wenn dann ein halbes Jahr später, nämlich am Anfang dieses Jahres, herauskommt, dass statt vier auch drei Proben genügen, dann wurde im vorigen Jahr trotzdem gegen die Herstelleranleitung verstoßen. Dies haben wir kritisiert, und dies hätte man bei einer Kontrolle herausfinden müssen. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Dies ärgert uns. Dann darf der Minister nicht noch im Januar, bevor Riems kam, sagen, die Labors hätten gute Arbeit geleistet, es sei nichts festgestellt worden. Damals wusste er es eben noch nicht. Das kann ihm schon passieren, aber dann ist er schlecht beraten worden. Deshalb kann ich ihn doch nicht loben.

Damit eines klar ist: Hier geht es nicht um eine Diskussion über die Frage private oder staatliche Labors. Ich habe überhaupt nichts gegen private Labors. Ein Test macht aber nur Sinn, wenn das, was der Testhersteller vorschreibt, auch zu hundert Prozent eingehalten wird. Wenn man damit Geld sparen kann – das hat das Ministerium nicht ausräumen können –, dann macht man dies vielleicht. Dazu muss man aber sagen: Das geht nicht. Dies hätten eben der Herr Staatsrat oder das Ministerium herausfinden müssen, bevor sie den Ukas oder wie Sie das nennen aus Berlin erhalten haben. Das haben sie aber nicht.

Ich muss jetzt noch sagen: Tatsächlich geht es doch gar nicht darum, wer schuldig oder unschuldig ist. Wir haben die ohnehin schon geschädigten Landwirte durch völlig unnötige Dinge erneut geschädigt. Es geht nicht um die Gesundheitsschädigung; da hat Herr Kollege Kiefl völlig Recht. Wenn ich sage: „Wir testen freiwillig so viel wie möglich“, dann geht der Verbraucher davon aus, dass die Tests alle so ausgeführt werden, wie es vorgeschrieben ist. Dann darf man doch nicht sagen: „Es ist doch nichts passiert; was wollt ihr denn?“ Das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Man gibt es ja zu. Jetzt sagt der Minister laut Zeitungsberichten, man müsse jetzt ein Qualitätssicherheitskonzept aufstellen und die Kontrollen verschärfen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hätte längst passiert sein müssen!)

Also waren die Kontrollen nicht scharf, sondern zu lässig. Da können wir uns doch nicht hinstellen und loben. Sie sagen, wir wollten den Minister demontieren. Nein – aber Herr Stächele hat seit Beginn seiner Amtszeit nicht gerade immer eine goldige Hand gehabt. Das kann ich Ihnen leider nicht bestätigen. Wir würden ihn auch loben; aber da gab es nichts zu loben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Kübler CDU)

Wissen Sie, man muss dem Minister klar sagen: Als der Schaden entstanden war, hat er den Ausschuss sehr intensiv informiert. Das ist auch in Ordnung. Nur war der Schaden für die Landwirte, die Metzger und die Verbraucher da schon entstanden. Die Diskussion und die Aktuelle Debatte

müssen zum Ziel haben: „Das darf nie wieder passieren,“ – das will ich nachher vom Minister hören – „dann wird lieber einmal zu viel kontrolliert als einmal zu wenig.“ Das Vertrauen ist verloren gegangen. Wer soll denn kontrollieren? Die Opposition? Wir machen, so viel wir können.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

– Der Satz stammt nicht von mir. – Aber wenn es heißt, die Spezialisten hätten nichts festgestellt, dann arbeiten die Spezialisten fehlerhaft und müssen ausgetauscht werden, oder wir müssen permanent streng kontrollieren. Beides haben wir gefordert; nichts anderes ist wichtig.

Ich finde, man kann in einer Aktuellen Debatte doch sagen: Herr Minister, Sie haben da gefehlt, Ihr Haus war nicht gut. Entschuldigen Sie sich bitte ganz schnell bei den Landwirten, denn sie haben den Schaden. Machen Sie, soweit möglich, den Schaden regressfähig, und sorgen Sie dafür, dass der Schaden beseitigt wird. Erwarten Sie aber kein Lob von uns, wenn Ihr Haus irgendetwas nicht richtig kontrolliert hat. Wir werden Sie auch loben, wenn das einmal nötig oder möglich ist. Ich hoffe, ich werde einmal dazu kommen; aber bis jetzt sehe ich noch keinen Anlass.

Herr Kollege Drautz, eines nehme ich Ihnen ein bisschen übel. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. Der Verbraucher – ganz egal, wen er wählt – gewinnt das Gefühl, staatliche Kontrollen seien nicht zuverlässig – etwas Furchtbares! Das darf doch nicht passieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Darum geht es uns. Es ist Tatsache, dass Frau Künast – Sie können sie mögen oder nicht – dafür gesorgt hat, dass die Kontrollen kontrolliert werden; und sie ist fündig geworden.

Herr Minister, noch einen Satz zum Schluss: Wiegen Sie nicht ab, wenn es falsch ist. In der Vorlage steht, „überwiegend“ seien die Tests in Ordnung. Wenn von zwölf Labors sieben fehlerhaft arbeiten – ich kann noch rechnen; vielleicht sind Sie mengenlehrengeschädigt –,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: PISA!)

dann ist das keine Minderheit.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wenn wir das verniedlichen, glaubt mancher diesem Land, diesem Staat und diesem Parlament nichts mehr.

Auf Fehler und Mängel hinzuweisen ist unsere Aufgabe, die wir heute wahrnehmen wollten. Ich hoffe, Sie sprechen nachher nicht dauernd von Berlin, sondern Sie sagen: Wir sorgen gemeinsam dafür, dass das Vertrauen der Verbraucher wieder hergestellt wird und dass unsere Rindermäster und unsere Metzger endlich wieder sagen können: „Sie können beruhigt Fleisch essen; wir sorgen dafür. Es ist alles korrekt gelaufen.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Reichardt CDU: Machen wir jeden Tag! – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Würde die Rede des Herrn Kollegen Drautz einmal im „Literarischen Quartett“ besprochen, würde sicherlich am Ende die Frage stehen: Was wollte uns der Autor damit sagen? Das ist wirklich unklar geblieben. Ich weiß nicht, was diese Rede eigentlich sollte. Wir reden hier darüber, wie es um den vorbeugenden Verbraucherschutz in Baden-Württemberg steht.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Die Rede war einfach und deutlich! – Abg. Drautz FDP/DVP: Die Mehrheit hat es verstanden!)

Es geht nicht darum, einen Minister oder einen Staatsrat – von dem ich gar nichts gesagt habe – zu schädigen. Es geht auch nicht darum, Sie zu schädigen, sondern es geht darum, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder zurückzugewinnen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Jetzt erst!)

Herr Kollege Kiefl sagte: „Da werden die Menschen jetzt aufgewühlt.“ Was hätten wir denn tun sollen? Hätten wir alles unter den Teppich kehren sollen, wie man es zunächst am Bodensee versucht hat? Oder was hätten wir sonst tun sollen?

(Abg. Reichardt CDU: Nicht immer alles dramatisieren! Realistisch bleiben!)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind aufgewühlt, weil sie den Eindruck haben, dass hier nicht richtig getestet wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Lasotta CDU: Nicht überziehen!)

– Wir überziehen überhaupt nicht. Wenn ich Ihren Cannabis-Antrag lese, dann frage ich mich wirklich, wer überzieht.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

– Nein, ich verharmlose gar nichts. Jetzt kümmern Sie sich mal um das Problem Alkohol, und dann kommen Sie wieder.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Lasotta CDU: Da haben Sie schon wieder keine Ahnung! – Abg. Reichardt CDU: Außer Trinken keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, das Problem ist doch – der Kollege Teßmer hat darauf hingewiesen –: Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind verunsichert,

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie sind gerade dabei, die Verunsicherung weiterzutreiben!)

und unsere Landwirte haben wieder den Schaden. Genau das gilt es doch zu vermeiden.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das Gegenteil machen Sie doch gerade!)

Da nützt es auch nichts, ständig öffentlich Rindfleisch zu essen, sondern die Tests müssen ordentlich durchgeführt werden. Kollege Drautz, der Herr Minister hat doch im Ausschuss dargelegt: Es war ja nicht nur so, dass nur dreimal getestet wurde, sondern teilweise wurden nur zwei Negativtests gemacht. Davon ist bei Ihnen immer noch nicht die Rede. Das heißt, selbst nach den neuesten Richtlinien wurde ein Teil der Tests nicht richtig durchgeführt. Das gilt es in Zukunft zu vermeiden.

Jetzt nehme ich dem Herrn Minister ab, dass er zusammen mit Herrn Beyreuther diesen 40-Punkte-Katalog um das erweitert, was jetzt an Lücken aufgefallen ist. Ich glaube nicht, dass er schon nächsten Monat eine solche Debatte wieder führen oder den nächsten Skandal erleben möchte.

Deswegen stellt sich auch jetzt in der zweiten Runde eine weitere Frage. Wir hatten beim HQZ das Problem, dass offensichtlich nicht genügend kontrolliert wurde. Jetzt wird das gemacht. Wir hatten bei der Schweinemast Probleme. Jetzt wird da offensichtlich auch besser kontrolliert. Jetzt hatten wir das Problem bei den BSE-Labors. Die ganze Fleischproduktion ist sozusagen eine Schwachstelle. Dort wird oft Schmu getrieben. Deswegen stellt sich für mich die Frage – und darauf hätte ich jetzt gern eine Antwort vom Minister, denn wir wollen ja nicht immer nur zurückblicken, sondern wir wollen vorausschauen –, was er jetzt zusammen mit dem Herrn Beyreuther und den Mitarbeitern in seiner neuen Abteilung, die ich ja bekanntlich sehr begrüße, unternimmt, um solche Fälle zukünftig zu vermeiden. Ich denke, das ist die Aufgabe, die der Minister und das Ministerium haben und worin wir ihn gern unterstützen.

Denn es geht nicht darum – Herr Drautz, da liegen Sie völlig falsch –, den Minister zu beschädigen, sondern es geht darum, die Produkte der Landwirte in Baden-Württemberg sicher zu machen und zukünftig solche Debatten zu vermeiden.

(Abg. Hauk CDU: Seien Sie doch nicht so scheinheilig!)

– Auch Ihnen, Herr Kollege Hauk, wollen wir sie gern ersparen.

Deswegen auch die Frage: Wie geht es denn mit dem HQZ weiter? Da wurde nach der Debatte über den HQZ-Skandal beim Obstbau im Herbst angekündigt: „Jetzt gibt es neue Richtlinien; das wird alles verschärft.“ Davon haben wir bisher nichts mehr gehört. Da würde uns interessieren: Wie geht es jetzt in der Debatte weiter? Was ist beispielsweise mit Arzneimittelrückständen bei der Fleischproduktion? Was ist mit Leistungsförderern? Auf all diese Fragen wollen wir jetzt Antworten, damit solche Probleme zukünftig nicht mehr vorkommen.

Jetzt zum Schluss noch eine Bemerkung, Herr Kollege Drautz, weil Sie gesagt haben, es gehe uns hier um Personen und wir wollten die Leute schädigen. Es ist doch ganz klar: Es ist unser verfassungsgemäßer Auftrag, dass wir die Regierung zu kontrollieren haben. Wenn es offensichtliche Mängel in der Kontrollarbeit der Regierung gibt,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann muss Herr Drautz auch kontrollieren!)

(Walter)

dann wären wir eine sehr schwache Opposition, wenn wir diese Kontrolle nicht ausüben würden.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es ist auch die Aufgabe von Herrn Drautz, die Regierung zu kontrollieren!)

– Herr Drautz müsste die Regierung natürlich auch kontrollieren. Das hat er in den letzten sechs Jahren verlernt. Aber vielleicht hat er schon in der nächsten Legislaturperiode Gelegenheit, das alles nachzuholen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Teßmer SPD: Der wird es auch noch einmal lernen! – Abg. Drautz FDP/DVP: Märchenerzähler!)

– Nein, da geht es nicht um Märchen.

Meine Damen und Herren, BSE ist ein höchst sensibles Thema. Da hat der Kollege Kiefl vollkommen Recht gehabt. Wir können uns nicht erlauben, dass diese Diskussionen weiterhin hochkommen. Deswegen müssen die Tests besser kontrolliert werden. Die Kontrolle muss verschärft werden.

(Abg. Teßmer SPD: Leider! Es ist leider so!)

Dazu gibt es doch gar keine Alternative. Da hätte mich mal interessiert – der Herr Kiefl hat es wenigstens teilweise ausgeführt, aber von Ihnen habe ich nichts gehört, Herr Kollege Drautz –: Was wollen Sie eigentlich? Wie soll es jetzt weitergehen? Es geht uns auch nicht darum, einen Kleinkrieg zwischen privaten und staatlichen Labors zu führen. Das wäre völlig falsch, zumal – das geht aus der Antwort des Herrn Ministers ja hervor – die staatlichen Labors in Zeiten, wo wirklich sehr viele Tests durchgeführt werden müssen, offensichtlich nicht in der Lage sind, diese alle durchzuführen. Dann muss der Minister ja auf private Labors ausweichen; es bleibt ihm ja nichts anderes übrig. Aber diese Labors müssen dann so kontrolliert werden – das ist wieder die Aufgabe des Staates –, dass solche Vorfälle nicht mehr passieren.

(Glocke des Präsidenten)

– Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.

Nicht realistisch ist der Vorschlag des Kollegen Pfister, der sagt: „Dann nehmen wir halt Kontrolleure aus den staatlichen Labors heraus, und die sollen dann die privaten Labors kontrollieren.“ Das ist wirklich ein Vorschlag, mit dem Sie dem Minister unnötig Leute wegnehmen würden. Wie will er denn dann zukünftig überhaupt noch Kontrollen in staatlichen Labors durchführen? Das war der absurdeste Vorschlag in der ganzen Diskussion. Man ist bei Ihnen halt immer wieder geneigt, zu sagen: Alles wird privatisiert, und dann wird es besser.

Stellv. Präsident Birzele: „Noch einen Satz“, hatten Sie gesagt.

Abg. Walter GRÜNE: Man kann auch einmal ohne Punkt und Komma reden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Deswegen, Herr Pfister: Nicht immer nur an Privatisierung denken, sondern auch daran, wie man einen effektiven Verbraucherschutz gewährleisten kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Mal sehen, was unser Kollege Kiefl zu sagen hat!)

Abg. Kiefl CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man ein bisschen cool an dieses Geschäft herangeht, dann stellen sich doch mehr Gemeinsamkeiten heraus, als es zunächst den Anschein hatte.

Noch einmal, Frau Kipfer – damit ich keine Antwort schuldig bleibe –, wie ich schon gesagt habe:

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Zum Thema!)

Die Diskussion muss nach vorn schauen. Sie muss der Sicherheit des Verbrauchers und der Beruhigung des Verbrauchers dienen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie?)

Darum noch einmal zu den Tests, obwohl sie für mich erst an zweiter Stelle kommen. Das sage ich ganz klar. 70 % der Tests wurden immerhin richtig durchgeführt. Aber das entschuldigt nicht die Schlamperei und die Missachtung der Anwendungsregeln. Deswegen sage ich noch einmal: Wir brauchen bundeseinheitliche Normen und Standards und dann ein Kontrollsystem, das auch diesen 40 Punkten – wo sitzt der Kollege Walter? –

(Abg. Walter GRÜNE: Hier!)

– aha, da sitzt er – Rechnung trägt, über die wir ja bereits diskutiert haben.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Gut!)

Wenn dies der Fall ist, dann ist die Forderung Nummer 1 erfüllt.

(Abg. Teßmer SPD: Darf ich dazu eine Frage stellen?)

– Im Anschluss, damit es von der Zeit her geht. Aber ich bleibe dann schon da.

(Abg. Teßmer SPD: Ich mache es ganz kurz!)

Zweitens, noch einmal: Wir müssten uns überlegen, ob wir uns den Luxus leisten, Tests ab einem Alter von 24 Monaten durchzuführen, wenn diese nur eine sehr bedingte Aussagekraft haben.

Drittens: „Verbraucher aufwühlen“, Herr Kollege Walter und Herr Teßmer. Das möchte ich schon noch einmal ansprechen. Wissen Sie, wie das passiert?

(Abg. Teßmer SPD: Wir haben die nicht aufgewühlt!)

(Kiefl)

Ich sage das jetzt aus der Praxis. Wir alle sollten davon lernen. Ich war in einer Metzgerei. Da hat einer hinten an die Wand ein Schild genagelt, auf dem ein Zitat von Verbraucherministerin Künast stand, vom Fleisch gehe keine gesundheitliche Gefahr aus und es sei keine solche Gefahr zu befürchten – oder wie die juristische Formulierung dafür heißt. Eine Verbraucherin, also eine Einkäuferin, stand dabei und hat gefragt: „Was heißt denn das? Gibt es Probleme?“ – „Nein, es gibt keine Probleme.“ – „Warum ist denn dann dein Fleisch im Kühlraum beschlagnahmt?“ Darauf sagte der Metzger: „Das weiß ich auch nicht. Weil sie alle blöd sind und nichts verstehen.“

(Abg. Teßmer SPD: Er sagt: „Weil die Tests noch nicht zurück sind“!)

Jetzt passen Sie auf. Jetzt kommt Folgendes: Das ist nicht logisch. Das ist nicht nachvollziehbar. Das heißt so viel: Wir müssen uns wirklich dieser zugegeben schwierigen Aufgabe unterziehen und im Verbraucherschutz insgesamt endlich einmal so weit kommen, dass wir das, was im deutschen Verbraucherschutzrecht bei der Fülle der Gesetze eigentlich selbstverständlich ist, berücksichtigen. Wir haben Grenzwerte und Höchstwerte. Wir haben überall Pufferzonen eingebaut. Der Grenzwert gibt ja im Grunde nichts anderes wieder als eine analytische Möglichkeit. Da steuern wir ja praktisch überall die Nullwerte an. Darüber sind wir uns alle einig. Das ist völlig in Ordnung. Erst nach einer Weile kommt der Höchstwert, bei dessen Überschreitung dann gesundheitliche Gefahren beginnen.

Jetzt passen Sie auf: Ich bin dafür, dass schon im Bereich der Pufferzone zwischen dem Grenzwert und dem Höchstwert informiert wird. Das muss dann aber mit der wissenschaftlichen Aussage geschehen, dass hier noch keinerlei gesundheitliche Gefahren zu befürchten sind, weil der Höchstwert ja noch nicht überschritten ist.

Jetzt sagen mir die Verbraucher: Was ist denn das für eine wissenschaftliche Aussage: „Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass ...“? Das ist doch keine wissenschaftliche Aussage. Das kann meine Großmutter auch erzählen. Damit kann niemand etwas anfangen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Lebt die noch? – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Wenn sie noch lebte, Herr Kleinmann. – Da fühlen sich manche sogar verarscht

(Abg. Teßmer SPD: Oh! Hohes Haus, bitte!)

– hohes Haus, jawohl; Entschuldigung –, weil sie sagen: „Einerseits sperren sie dem Metzger den Kühlraum zu und wird das Fleisch beschlagnahmt, und andererseits ist hier nichts zu besorgen.“ Das begreift ein normaler Mensch nicht, meine Damen und Herren.

Wenn wir ein stimmiges, schlüssiges Konzept haben wollen, das wirklich dem Schutz der Verbraucher dient, dann müssen wir das, was eine rein hysterische Reaktion auf das Auftreten von BSE ist – ich lasse mir das nicht nehmen –, ordnungsgemäß untersuchen – wollen wir das, oder wollen wir das nicht? –, müssen aber dort, wo es wirklich darauf

ankommt, nämlich bei den Tests, sagen, sie müssen fehlerfrei sein. Auch müssen wir bei der Entfernung des Risikomaterials wirklich kompromisslos sein und sagen: „Pass auf, deine Existenz ist gefährdet, deine Lizenz wird dir entzogen“, oder was auch immer.

Dann kann und wird das von den Verbrauchern begriffen werden. Dann bejahen sie das und gehen auch mit den Informationen, die sich auf diese Pufferzone zwischen Grenzwert und Höchstwert beziehen, vernünftig um. Dann hat auch die blöde Panikmacherei ein Ende. Ich unterstelle niemandem, dass er bewusst eine solche Panikmache will.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben wir auch nicht gemacht!)

Aber sie entsteht oft zwangsläufig, wenn die Menschen nicht mehr durchblicken und letztlich sagen: Es sind ohnehin alle meschugge.

(Beifall bei der CDU – Der Redner will sich wieder zu seinem Abgeordnetenplatz begeben. – Abg. Teßmer SPD: Halt, halt! Hier bleiben!)

– Entschuldigung.

Stellv. Präsident Birzele: Bitte schön, Herr Abg. Teßmer.

Abg. Teßmer SPD: Herr Kiefl, ich will nur die Frage noch einmal deutlich stellen. Sie haben immer gesagt, man brauche eine Richtlinie oder etwas Derartiges.

Abg. Kiefl CDU: Normen.

Abg. Teßmer SPD: Stimmen Sie mir zu, dass nur Tests durchgeführt werden durften, die zuvor zugelassen waren? Stimmen Sie mir zweitens zu, dass die Kontrolle von Lebensmitteln Ländersache ist?

Abg. Kiefl CDU: Ich stimme beidem zu.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Also, gut! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Langsam. Es gibt ja nicht nur ein Ja oder ein Nein, ein Schwarz oder ein Weiß.

Ich stimme Ihnen zu, dass die Lebensmittelkontrolle Ländersache ist. Das soll auch so bleiben. Dagegen hat niemand etwas. Aber sie sollte auf der Basis bundeseinheitlicher Normen erfolgen. Denn – jetzt kommt das –

(Abg. Teßmer SPD: Die Tests waren bundeseinheitlich zugelassen!)

– Moment! – Es gibt, glaube ich, zwei Systeme. Diese sind bundeseinheitlich zugelassen. Aber wenn etwas zugelassen ist, sollte der wissenschaftliche Streit bereits beendet sein. Auf ihn will ich jetzt nicht eingehen. Aber darüber hat man in der Presse immer lesen können.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Der Streit geht zum Beispiel über die Frage: Sind zwei oder sind vier Negativproben notwendig? Wir hier können das, wenn wir wollen, auswürfeln. Da muss ich sagen: Die Wissenschaftler müssen diese Frage angehen und zum Beispiel sagen, ob zwei oder ob sechs Proben notwendig sind.

(Kiefl)

(Abg. Teßmer SPD: Aber solange das nicht so ist, geht Sicherheit vor! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Okay, solange das nicht so ist – ich brauche mich nicht zum dritten Mal zu wiederholen –, handelt es sich um eine Missachtung der derzeitigen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden Anwendungsregeln.

Sie selbst haben gesagt, wir sollten nach vorn schauen. Darum sage ich: Lassen Sie uns in diesem Punkt nach vorn schauen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Der Minister!)

– Natürlich. Das tut der Minister ja auch. Denn er hat im Sommer angefangen – das muss man fairerweise sagen – zu kontrollieren.

(Abg. Teßmer SPD: Aber es ist nichts gefunden worden!)

Zur damaligen Zeit hat aber Frau Künast von dieser Geschichte noch gar nichts gewusst. Anfang dieses Jahres ist sie in die Bütt gegangen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kiefl, Sie haben die Frage beantwortet. Ich wollte gerade daran erinnern, dass die Frage natürlich beantwortet werden kann, dass aber keine neuen Ausführungen gemacht werden dürfen.

(Abg. Sieber CDU: Aber wenn die Frage so kompliziert ist!)

Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss eines feststellen: Das, was ich in der ersten Runde gesagt habe, war gut.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Birgit Kipfer SPD: Was? – Zuruf des Abg. Rüeck CDU)

Denn in der zweiten Runde sind die Grünen und die SPD auf einmal sachlich geworden. Deshalb war das gut so.

(Abg. Teßmer SPD: Dann fangen Sie auch einmal damit an! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Jetzt kommen Sie zur Sache!)

Deshalb war es hervorragend, dass wir jetzt einmal von Personen weggekommen sind und zur Sache gesprochen haben.

Ich habe zu den BSE-Tests ganz klar – Herr Teßmer, damit auch Ihnen das klar ist: Natürlich müssen Tests so durchgeführt werden, wie sie vorgeschrieben sind. Aber ich bin auch der Meinung – genauso, wie es Kollege Kiefl auf Ihre abschließende Frage gesagt hat –: Es war unsinnig, dass wir, während sich die Wissenschaft noch streitet,

(Abg. Teßmer SPD: Das war ein Zeitproblem!)

die Tests auf Empfehlungen vonseiten der Industrie durchgeführt haben.

Klar ist aber auch, dass Labors entsprechend kontrolliert und Kontrollmechanismen aufgebaut werden müssen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Und dass das Ländersache ist!)

– Das ist Ländersache, genau.

Zum MLR muss ich eines sagen: Klar ist, dass ein 40-Punkte-Katalog aufgebaut wurde. Man war davon überzeugt, dass man mit diesem Katalog das Menschenmögliche in diesem Bereich getan hat. Allerdings hat sich jetzt herausgestellt – durch das Bundesministerium von Frau Künast, das ist richtig –,

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

dass bei der Kontrolle – das räume ich auch ein – Nur muss man dabei eines klar sehen: Auch Kontrollen müssen weiterentwickelt werden.

(Abg. Teßmer SPD: Natürlich!)

Wie beim HQZ müssen auch da die Kontrollen weiterentwickelt werden.

Tatsache ist, dass das Thema BSE totales Neuland auch im Laborbereich war. Die privaten Labors haben sich ja erst nach Einführung von BSE-Tests um diese beworben. Klar ist aber, dass man den Labors, die fehlerhaft gehandelt haben, nachgehen muss und sie aussortieren muss. Man muss bestätigen, dass dies so ist.

Das Ministerium hat sofort gehandelt. Es hat keine Verschleierungstaktik angewandt, sondern ist sofort in die Offensive gegangen. Wie gesagt, die Tests müssen verbessert werden, aber mit Blick auf das Vertrauen der Verbraucher sind in diesem Bereich klare Vorgaben wichtig. Auf der anderen Seite muss man doch einmal einsehen: Die Tests werden nach wie vor natürlich bei Tieren ab 18 Monaten gemacht

(Abg. Teßmer SPD: 24 Monate!)

– 24 Monate –, um das Gewissen zu beruhigen, obwohl man wissenschaftlich klar weiß, dass die heutigen Tests – dies wird Herr Professor Beyreuther bestätigen können – bei jüngeren Tieren nicht möglich sind. Er hatte schon damals gesagt, dass die Tests noch weiterentwickelt würden und sich die Testgenauigkeit verbessern werde. Dies muss man klar sehen.

Ich sage Ihnen auch noch eines: Es wird allem nachgegangen, Herr Walter, und die Weiterentwicklung der Tests wird stattfinden. Auf der anderen Seite wird auch die Kontrolle der Labors verbessert werden. Aber wenn in einem Bereich etwas total neu ist, muss erst einmal auch ganz klar sein, in welchen Bereichen die Labors anhand eines Testkatalogs getestet werden. Deshalb habe ich in der ersten Runde gesagt: Dieses Thema eignet sich nicht zur politischen Auseinandersetzung,

(Drautz)

(Abg. Teßmer SPD: Bringen Sie es nicht noch einmal hoch!)

sondern bei diesem Thema ist Besonnenheit angesagt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD:
Das war der schönste Satz!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Staatsrat Professor Dr. Beyreuther, Sie erhalten das Wort.

Staatsrat für Lebens- und Gesundheitsschutz Dr. Beyreuther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Staatsrat ist ein Wissenschaftler – kein Wahrsager und auch kein Sterndeuter.

(Abg. Teßmer SPD: Der Wissenschaftler ist auch nicht kritisiert worden!)

Ich sage das deshalb, weil die Dinge, die hier falsch liefen, aus meiner Sicht nicht voraussehbar waren. Das dürfen Sie mir gerne ankreiden. Ich denke, dann kreiden Sie das einem Wahrsager oder einem Sterndeuter an, der ich nicht sein kann und nicht sein darf.

Wo stehen wir heute in Baden-Württemberg in Bezug auf die BSE-Problematik? Wir haben vier Säulen, auf denen unsere Maßnahmen stehen.

Zur intensiven Futtermittelüberwachung kann ich Ihnen berichten, dass ich in Futtermühlen war, wo mir der Vorstand gesagt hat, sie hätten mit dem Handfeger die sechs oder acht Stockwerke der Fabrik vom Tiermehl zu befreien versucht.

(Abg. Teßmer SPD: Das haben die nur gemacht, weil Sie kamen!)

Wir haben durch Vor-Ort-Besuche im Land dafür gesorgt, dass die Futtermittelüberwachung auch wissenschaftlich so begleitet wurde, wie sie begleitet werden musste. Es wurden Techniken entwickelt und wissenschaftlich bewertet, die uns ab 1. Februar die Tiermehlverunreinigungsproblematik klären ließen.

Die zweite Säule, die wir im Land zu etablieren versuchen – da brauche ich Ihrer aller Mithilfe bei den Betroffenen vor Ort –, ist die so genannte Lebenschau beim Schlachtvieh. Wir wollen die Tiere von der Geburt bis zum Schlachten verfolgen. Ich denke, jeder von uns wird zustimmen, dass uns auch die besten Schlachttechniken nicht dazu bringen werden, kranke Tiere zu essen. Es ist selbstverständlich, dass man keine kranken Tiere isst. Sie wissen alle, dass zwei Drittel der 163 in Deutschland BSE-positiv getesteten Tiere als gefallene Tiere getestet wurden. Wir haben im ganzen Land eine hohe Aufmerksamkeit erzeugt, und auch für Baden-Württemberg gilt, dass zwei Drittel der 14 BSE-positiv getesteten Tiere gefallene Tiere waren. Wir müssen allerdings auf 100 % kommen und versuchen, eine Optimierung wie in der Schweiz zu erreichen. Aber Sie wissen, dass es sich um Menschen handelt und es deswegen keine Perfektion gibt.

Für mich als Staatsrat – und das hat der Bürger mitbekommen – war insbesondere die vollständige Entfernung des spezifischen Risikomaterials wichtig. Ich war in Schlachthöfen. Zum ersten Mal in meinem Leben habe ich dieses doch sehr Traurige, das zum Wohle von uns Menschen gemacht werden muss, vor Ort gesehen. Ich habe auch kleine Schlachter besucht, einen Demeter-Bauern – das freut sicherlich Herrn Abg. Walter. Ich habe mich bei einem Selbstschlächter davon überzeugt, wie sorgfältig gearbeitet wird. Man kann dem Bürger nur versichern, dass wir sehr viel an finanziellen Mitteln aufwenden, um diese Kontrolle zu perfektionieren – die wichtigste Kontrolle, die vollständige Entfernung des spezifischen Risikomaterials. Es geht kein Fleisch an irgendeinen Verbraucher ohne Fleischbeschauer. Da steht der Tierarzt daneben. Bei den Kleinen kommt er halt, und bei den Großen steht er permanent daneben, wenn geschlachtet wird.

Die vierte Säule, die obligatorische Durchführung des BSE-Tests bei allen Rindern, die älter als 24 Monate sind, betrifft etwas, dem wir zugestimmt haben. Bei dieser Säule haben wir Risse gesehen. Herr Abg. Kiefl hat schon richtig gesagt: 70 % der Proben wurden in Firmen analysiert, die nicht beanstandet wurden, 30 % wurden in Firmen durchgeführt, bei denen bestimmte Proben eine Beanstandung erfahren haben.

Als der BSE-Test im Lande etabliert wurde, habe ich mich mit den Wissenschaftlern in Aulendorf und in den Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern über den Test informiert und die Kollegen beraten, mit der Philosophie, dass es für mich das Wichtigste ist, dass die Kontrolleure der Kontrolle wirklich perfekt sind und auch die richtigen Kriterien anlegen. Wie Sie wissen, haben die Kontrolleure der Kontrolle auch diese Inkorrektheiten aufgedeckt, über die wir uns jetzt mit Recht aufregen müssen. Es waren Leute vor Ort und nicht Leute aus anderen Bereichen, die uns gezeigt haben, wo die Dinge schief liegen.

Ich möchte mit einem Ausblick schließen, wie es mit BSE weitergeht.

Meine Damen und Herren, Sie werden es erleben, dass dieses Land BSE-frei sein wird, und zwar aus dem einfachen Grund, dass in vier Jahren, wenn diese Legislaturperiode zu Ende sein wird, die Tiere, die BSE-infiziert sind, die sich vor dem 1. Februar 2001 mit BSE infiziert haben, nicht mehr leben – mit wenigen Ausnahmen, und die müssen wir vielleicht herauskaufen. Wir sehen also in eine Zukunft, die es uns durchaus erlaubt, andere Probleme im Verbraucherschutz anzugehen.

Es ist außerordentlich wichtig, dass wir uns nach dem, was wir heute hier erlebt haben – und ich bin außerordentlich dankbar für die Diskussion im Sinne des Verbrauchers –, dem Lebensmittel in dem Maße zuwenden können, wie dies notwendig ist. Es kann nicht sein, dass unsere Bauern heute bei der Produktion der landwirtschaftlichen Güter benachteiligt sind, dass das, was importiert wird – wenn wir jetzt an China denken –, von der EU nicht in der Weise kontrolliert wird, wie wir es verlangen.

Wir haben viel zu tun und sind als Land gut gerüstet. Mit 600 Angestellten in den Chemischen und Veterinäruntersu-

(Staatsrat Dr. Beyreuther)

chungsämtern haben wir auf 17 000 Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg einen Kontrolleur. Nur: Diese Kontrolleure können nicht auf allen Schlachtfeldern kämpfen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Nachhaltigkeit in den Testlabors – es geht ja um Arbeitsplätze, die gesichert werden müssen – nicht aus irgendwelchen mir nicht verständlichen Gründen gefährdet wird.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin dankbar für jede Gelegenheit, bei der man sachgerechte Informationen liefern kann. Herr Walter hat viele, viele Fragen gestellt. Manchmal habe ich den Wunsch, er würde die Fragen stellen, bevor er Presseerklärungen herausgibt.

(Abg. Fleischer CDU: Das wäre wichtig!)

Lieber Herr Walter: Wir haben nach den ersten Fällen von Beginn an informiert. Ich selbst habe unmittelbar, nachdem der erste Fall eines Freiburger Labors aufgetaucht ist, im ZDF ein Interview gegeben.

Ich war auch überrascht, dass von Ihnen nicht der Antrag gekommen ist, darüber in einer Sondersitzung des Ausschusses zu berichten. Als die Ausschusssitzung endlich stattfand, musste der Minister geradezu mit der Bitte an den Ausschuss herantreten, ihn informieren zu dürfen.

(Zuruf von der CDU: So war es! – Abg. Teßmer SPD: Das stimmt aber nicht für die SPD, Herr Minister; das wissen Sie auch!)

– Ich mache Ihnen keinen Vorwurf. Aber der immer wiederholte Vorwurf, wir würden eine falsche Informationspolitik betreiben, wird für Sie allmählich zum Bumerang.

Was macht denn nun die viel gepriesene Frau Künast in Bezug auf die Verbraucheraufklärung?

(Abg. Rüeck CDU: Nichts!)

Vor mittlerweile 13 Monaten hat sie ein Verbraucheraufklärungsgesetz angekündigt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Informationsgesetz!)

Inzwischen hat sie sich gesetzliche Regelungen aus Baden-Württemberg kommen lassen. Aber bis dato Fehlanzeige. Es liegt zwar ein Entwurf vor; aber er ist sehr verschlankt. Im Grunde ist er so abgemagert, dass man gar nicht mehr erkennen kann, was ursprünglich großmäulig angekündigt worden ist. Das muss man immer wieder sagen, wenn man sieht, wie sich die Dame vor dem Mikrofon bewegt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kübler CDU: Sehr gut! – Abg. Teßmer SPD: Herr Minister, jetzt kommen Sie einmal zum Thema!)

Wir haben informiert, und wir alle miteinander haben gemerkt: Die BSE-Krise beschäftigt uns noch auf lange Zeit.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Es ist das Mindeste, dass Sie informieren!)

Wir haben schmerzlich verspürt, dass es immer wieder Einbrüche gibt, und wir waren alle zornig auf die Labors, die ihre Testmittel fehlerhaft angewandt haben.

Umso mehr halte ich es für ganz wichtig, dass wir mit den Verbrauchern und den Erzeugern immer wieder sachlich, seriös und ruhig über diese Dinge reden. Ich habe den Eindruck, das ganze politische Kampfgeschrei bei diesem ersten Thema widert die Menschen wirklich an.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Aber dazu gehört, dass man auch in der Lage ist, sich mit dem auseinander zu setzen, was war, was ist und was werden muss.

Ich möchte zur Chronologie nur drei Sätze sagen. Das Hinwenden zum Dualismus im Testkontrollsystem hat im November/Dezember 2000 begonnen, als in Dänemark und dann in Schleswig-Holstein die ersten BSE-Fälle aufgetreten sind. Die Europäische Union hat gemeinschaftlich reagiert, und wir haben das bereits beschriebene Kontrollsystem mit seinen drei Säulen aufgebaut: Tiermehl raus, Risikomaterialien raus und schließlich zum Dritten: Tests.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist ja unbestritten!)

Zunächst gab es bundesweit Untersuchungen an 8 000 gefallenen Tieren. Aber auf einen Schlag musste aufgestockt und eine größere Kapazität geschaffen werden, weil 300 000 Tests im Jahr anstanden. Als dann Deutschland entschieden hat, auf 24 Monate herunterzugehen, wurde über Nacht die Kapazität für 400 000 Tests gebraucht.

Ich fand es richtig, dass das Kabinett damals entschieden hat – es gab auch im Parlament keinen Widerspruch –, zusätzlich zu den staatlichen Labors private Labors heranzuziehen.

(Abg. Teßmer SPD: D'accord!)

Meine Damen und Herren, das haben auch andere gemacht. Alle die, die eine große Menge testen mussten, waren auf private Labors geradezu angewiesen.

(Abg. Teßmer SPD: Das war aber nicht strittig!)

Bei aller Verurteilung der Labors, die fehlerhaft gehandelt haben, warne ich davor, jetzt alle privaten Labors in Bausch und Bogen zu verdammen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das hat aber niemand gemacht; das hat hier keiner gemacht!)

Man muss wissen, dass diese privaten Labors sowohl in der Lebensmittelindustrie als auch in der Humanmedizin tätig sind, und man tut gut daran, weiter mit diesen Labors zusammenzuarbeiten. Frau Höhn, die zunächst gesagt hat, in Nordrhein-Westfalen würden keine privaten Labors eingeschaltet, musste mittlerweile erkennen, dass verschiede-

(Minister Stächele)

ne Landkreise in Nordrhein-Westfalen ebenfalls mit privaten Labors arbeiten.

Kurzum, wir haben unsere Kapazität steigern müssen. Wir haben tatsächlich auch von Beginn an umfassende Überprüfungen eingeleitet. Sie wissen, dass solche Labors zugelassen werden. Die Zulassungen für die Untersuchungen werden von den Regierungspräsidien erteilt. Es wird überprüft, was dort räumlich und technisch vorhanden ist, und insbesondere wird bei der Zulassung eines Labors auch die Qualifikation des Personals überprüft.

Dann kommt ein ganz entscheidender Punkt, der schon mehrfach angesprochen wurde, aber bezeichnend ist für das, was von Berlin aus immer eingeführt wird. Bereits im März vergangenen Jahres – das Schreiben des MLR stammt vom 5. März – haben wir Berlin angemahnt, man möge doch endlich bundeseinheitliche Kriterien für die Überprüfung der Labors – sowohl der privaten wie der staatlichen – vorlegen.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

– Frau Kipfer, ich sage Ihnen ganz eindeutig Folgendes:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Bis Ende Juni, also bis 1. Juli letzten Jahres, war für Berlin die Bundesforschungsanstalt nationales Referenzlabor – nicht nur, wie jetzt übrig geblieben, für die Ringuntersuchungen, sondern auch für die Kriterien zur Anwendung der Tests. Also war der Brief, den wir im März an Frau Künast, an das Bundesministerium geschrieben haben, genau richtig platziert. Aber es war Fehlanzeige.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Es kam nichts. Ich komme darauf noch zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Weil von Berlin wie so oft nichts gekommen ist, haben wir in Baden-Württemberg selbst gehandelt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele: Wenn Sie mir gerade noch kurz diesen Passus gestatten. Danach sofort, Frau Kipfer.

Kurz nach meinem Amtsantritt habe ich eine umfassende Überprüfung der Laboratorien unter Einschluss aller Vorschriften – also Ausstattung, Personal, Testdurchführung, Arbeitsschutz, Entsorgung und anderes – anhand eines detaillierten elfseitigen Leitfadens angeordnet. Das ist auch wichtig, weil immer wieder gesagt wird: „Sie sind zu blöd gewesen, Fehler zu erkennen. Was haben die denn für Prüfungskriterien angelegt? Was sind das für Menschen in diesem MLR?“ Ich sage Ihnen: Dieser Leitfaden war von den Sachverständigen der staatlichen Untersuchungseinrichtungen ausgearbeitet worden, wurde über das staatliche Amt in Aulendorf mit der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten – früher Tübingen, jetzt Riems – abgestimmt.

Dieser Kriterienkatalog war letzten Endes dann Vorbild. Zum Beispiel wurde Anfang Oktober unser Testleitfaden aus Baden-Württemberg einem Kolloquium der Bundesforschungsanstalt mit privaten und staatlichen Labors aus ganz Deutschland in Göttingen vorgestellt. Das heißt, dieser 40-Kriterien-Katalog war goldrichtig. Es ging um das, was wichtig war: Personelle, technische, räumliche Ausstattung, Arbeitssicherheit, Abfallbehandlung, Reinigung und Desinfektion, Beurteilung der Untersuchungsfähigkeit der Probe, Entnahmetechnik für das zu untersuchende Gewebe, all das, was man damals fassen musste, zum Prüfungsgegenstand machen musste.

Deswegen bin ich dagegen, dass jetzt im Nachhinein so naseweis erklärt wird: „Alles Quatsch, ihr wart zu dumm dazu.“ Ringsum anerkannt, ringsum beraten, ringsum zum Beispiel geworden jener umfangreiche Prüfauftrag, der von Baden-Württemberg ausgegangen ist, nachdem von Berlin nichts gekommen ist! Das darf man auch sagen!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann kam in der Tat die neue Situation: Ein nicht zugelassenes Labor in Bayern wurde entdeckt. Die Freude, dass man jetzt Bayern in den Griff nehmen könnte, war schnell dahin; denn kurze Zeit später war es ein Labor in Rheinland-Pfalz.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Tatsächlich wurde offenkundig, dass der geradezu ideale Prüfkatalog, der auch unter Punkt soundso enthielt: „Wurden negative und positive Tests am Testmittel durchgeführt?“, noch eine Sicherheitsstufe weiter zulegen musste. Man muss in Einzelfällen auch prüfen, ob tatsächlich die vom Hersteller ausgegebene Anwendungsvorschrift eingehalten worden ist.

Ich habe den Herrn Staatsrat und viele andere immer wieder gefragt: „Hätte man das nicht früher erkennen müssen? Hätte man von Anfang an in diesem Punkt mit Einzelkontrollen noch etwas tiefer gehen müssen?“ Ringsum die Antwort: „Es ist eine selbstverständliche, pflichtgemäße Praxis, ein Testmittel entsprechend dem Herstellerauftrag anzuwenden.“

(Abg. Teßmer SPD: Okay, aber das hat man doch nicht gemacht!)

– Ich sage ja: Jetzt sind so viele unheimlich gescheit. Die, die jetzt darüber schwätzen, können aber vielleicht nicht einmal einen Prüfkatalog aufstellen.

(Abg. Teßmer SPD: Das war jetzt nicht gut, was Sie da sagen!)

– Nein, nicht zu Ihnen, sondern generell. Auch in der Fachwelt.

Was waren die Ergebnisse der Überprüfungen?

Nein, eines noch dazwischen: Ich habe meine Mitarbeiter ausdrücklich noch einmal befragt und dabei erfahren, dass das, was immer wieder im Raum steht, erst auf die Weisung Künasts hätten wir in Baden-Württemberg gehandelt, eben nicht stimmt. Wir hatten bereits für den Januar und

(Minister Stächele)

den Februar unsere zweite Kontrollreihe terminiert, bevor der Kontroll- oder Berichtsauftrag aus Berlin gekommen ist. Auch das ist Fakt!

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ja-wohl! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber Sie haben doch nichts gefunden!)

Was waren jetzt die Ergebnisse der Überprüfung? Ich will die Zahlen ganz langsam vorlesen, lieber Herr Teßmer. Ich habe es letzte Woche im Ausschuss gesagt, und trotzdem haben Sie heute hier wieder falsche Zahlen verwendet.

(Abg. Teßmer SPD: Ich habe überhaupt keine Zahlen verwendet!)

– Sie haben von 16 und 6 gesprochen.

Ich sage es jetzt einmal ganz langsam zum Mitschreiben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

17 Labors wurden überprüft, und zwar alle Labors, die in dem ganzen Zeitraum irgendwann einmal getestet haben.

(Abg. Teßmer SPD: Ja!)

Davon können nach heutigem Stand zwölf Labors weiterarbeiten. Bei fünf Labors haben wir Unregelmäßigkeiten gravierender Art oder – ich will es einmal so sagen – Unregelmäßigkeiten, denen wir weiter nachgehen müssen und die auch Folgen hatten, entdeckt. Darunter war ein Labor mit einem einzigen falsch bewerteten Testergebnis, bei dem man im Grunde sagen muss: Es war menschliches Versagen, es war eine grenzwertige Probe, die nicht noch ein zweites Mal überprüft worden ist. Das sind die Zahlen: 17, 5.

Was aber ganz wichtig ist und was man auch wissen muss, wenn man darüber redet, ist: Von den in den betroffenen Labors insgesamt durchgeführten 12 000 Tests erfolgten 90 % in einem Labor, und ich habe im Ausschuss berichtet, worin dort der vornehmliche Fehler bestand: Eben jene Testplatten aus der gleichen Charge wurden immer verwendet, und zwar mit dem Testmittel, das bei der Platte das erste Mal positiv getestet hatte. Das war auch der Überprüfungsauftrag nach Riems. Herr Walter: Wir haben die eine Antwort, die endgültige Antwort auf die Frage, ob dieser Test verwendbar ist oder ob wir ihn als fehlerhaft bezeichnen müssen und deswegen in der Folge Genussuntauglichkeit des Fleisches zu testieren ist, glaube ich, erst letzte Woche bekommen.

Ein anderes Labor – und diese Nachricht kam auch erst vor wenigen Tagen –, das ebenfalls das eine oder andere im Verfahren erkennen ließ, wurde jetzt im Nachhinein gewissermaßen freigestellt und kann wieder weitergetestet. Das heißt, es wurde komplett aus der Mängelliste herausgenommen.

Kurzum: Das war das Ergebnis.

Jetzt noch einmal dazu, wie das im Verhältnis zum Bund zu sehen ist. Zunächst einmal: Im zuständigen Agrarausschuss des Deutschen Bundestags – und das ist mir fast schon peinlich – sind wir von Frau Künast ausdrücklich

gelobt worden für die Art und Weise, wie in Baden-Württemberg mit diesen neuen Erkenntnissen und dieser neuen Fehlerhaftigkeit sofort umgegangen worden ist.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Oi!)

– Das ist ja in Ordnung so.

(Abg. Teßmer SPD: Sie müssen auch das Datum dazusagen! Das war am Schluss! Vorher hat man die Fehler machen müssen!)

Allerdings muss ich nach wie vor sagen: Bei all diesem Lob gibt es nach wie vor die dringende Aufforderung an Berlin – und seit gestern liegt uns ein Entwurf zur Stellungnahme vor –,

(Abg. Teßmer SPD: Sehen Sie!)

doch endlich für bundeseinheitliche Überwachungs- und Kontrollkriterien zu sorgen. Das ist noch nicht erledigt.

Kurzum: Ein Hineingrätschen, Herr Walter, in das, was in Berlin läuft, wäre gar nicht schlecht,

(Heiterkeit der Abg. Boris Palmer und Walter GRÜNE)

weil es uns hilfreich wäre und wir dann sicherlich um einiges weiterkämen.

Was gibt es nun zu tun?

Erstens: Die Kontrollen sind der neuen Situation und den neuen Erkenntnissen angepasst.

Zweitens: Wir werden wie bisher die Taskforce, die nicht alle gern sehen, in speziellen Fällen und auch in diesem Fall einsetzen. Wir werden auf ein bundeseinheitliches Kontrollsystem drängen und hoffen, dass man Sorge trägt, die dringendst notwendigen Ringversuche zur Kontrolle einzubringen.

Die aktuelle Frage lautet: Wie geht es hinsichtlich der Schäden weiter? Herr Teßmer, ich räume ein: Sie haben absolut Recht. Das Ganze war nicht dazu geeignet, das sich allmählich stabilisierende Vertrauen der Verbraucher weiterzubringen oder noch mehr zu stabilisieren – im Gegenteil: Es gab wieder neue Sorgen. Nach allem, was ich aber mittlerweile weiß, hat der Verbraucher auf die Geschehnisse und auf die Veröffentlichungen sehr nüchtern reagiert.

Ich habe in meinem Haus sofort sichergestellt, dass das Fleisch, um das es geht und das wegen der fehlerhaften Tests genussuntauglich geworden ist, sichergestellt, beschlagnahmt und aus dem Verkehr gezogen wird. Dabei haben wir den Ermessensspielraum zugunsten der Verbraucher auch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen genutzt.

Es ist gar keine Frage, dass für eine abschließende Bewertung der Frage des Schadenersatzes noch Tage notwendig sind. Dabei geht es um Schadenersatz dem Grunde nach, aber insbesondere um Schadenersatz der Höhe nach. Meine Damen und Herren, ich will deutlich sagen: Wo immer Schäden auftreten, werden wir dafür im Rahmen dessen, was uns anbelangt, geradestehen. Wir werden aber alles,

(Minister Stächele)

aber auch alles, was auf das Land zukommt, gleichzeitig als Schadenersatzanspruch gegenüber den Labors formulieren, die falsch getestet haben. Ich bin gerne bereit, Ihnen Näheres darüber zu sagen, was dieser Schaden pekuniär ausmachen kann, sobald er quantifiziert werden kann.

Kurzum: Das Wichtigste, insbesondere mit Blick auf die Erzeuger, die weiß Gott schon genug gebeutelt worden sind, und insbesondere mit Blick auf die Verbraucher, ist der seriöse, der sachliche, der besonnene Umgang mit den Themen, um die es hier geht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/746.

(Abg. Teßmer SPD: Ausschuss! Da kommt ja noch ein zweiter dazu!)

Es wird Überweisung an den zuständigen Ausschuss beantragt. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:23 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:31 Uhr)

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird mit **Punkt 9** der Tagesordnung fortgesetzt:

Fragestunde – Drucksache 13/810

Ich rufe die Mündliche Anfrage auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas SPD – Personalabbau der DB AG im Einsatzbereich der Zugbegleiter/-innen

Herr Abg. Haas, Sie haben das Wort zur Verlesung Ihrer Mündlichen Anfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

a) Ist der Landesregierung und der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg bekannt, dass die DB AG auch in Baden-Württemberg im Dienstbereich des SPNV in ihren Betriebsbereichen, zum Beispiel auf der Strecke zwischen Offenburg und Basel, beabsichtigt, die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter – mit Ausnahme des Prüfdienstes – generell, außer auf Steilstrecken, zum Beispiel im Bereich des Höllentals, nicht mehr einzusetzen?

b) Welche Auswirkungen sind im Hinblick auf diese beabsichtigte Personalausdünnung bei der Fahrgastsicherheit und der Sauberkeit des eingesetzten Wagenmaterials, insbesondere in Bezug auf drohende Vandalismusschäden, auf den Schienenpersonennahverkehrsstrecken, schwerpunktmäßig in den Abend- und Nachtstunden, zu erwarten?

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Herr Minister Müller, Sie erhalten das Wort zur Beantwortung dieser Mündlichen Anfrage.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Gustav-Adolf Haas wie folgt:

Zu a: Die DB Regio AG hat der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mitgeteilt, man wolle für die im Rheintal mit Doppelstockwagen verkehrenden Züge ein so genanntes technikbasiertes Abfertungsverfahren (TAV) einführen und dabei auf Zugbegleiter verzichten. Man will also technische Vorkehrungen treffen und kein Personal mehr einsetzen.

Aufgrund der erforderlichen technischen Ausrüstung verschiedener Fahrzeuge im Wagenbereich wurden an dieser Stelle nur Doppelstockwagen genannt. Mit TAV sei die betriebliche Abfertigung der entsprechenden Züge und Triebwagen an den einzelnen Haltepunkten und Bahnhöfen allein durch den Triebfahrzeugführer möglich. Auf weiteres Zugpersonal könnte unter diesem Gesichtspunkt verzichtet werden.

Dieses Vorgehen wird von der Landesregierung nur dann als akzeptabel erachtet, wenn ein mit dem Land abgestimmtes Konzept der DB Regio AG zur Sicherstellung des Kundendienstes vorgelegt wird. So müssten beispielsweise Reisende in öffentlichen Fahrplanunterlagen darüber informiert werden, dass der Erwerb von Fahrkarten im Zug nicht mehr möglich ist. Weiterhin wäre sicherzustellen, dass an allen Zugangsstellen Fahrscheine erworben werden können.

Die DB Regio AG hat bis heute weder das geforderte Gesamtkonzept zur Sicherstellung des Kundendienstes vorgelegt noch das Land über das weitere Vorgehen informiert.

Zu b: Die Landesregierung hat keine Erkenntnisse darüber, ob ein Zusammenhang – und wenn ja, welcher – zwischen der Anwesenheit von Zugbegleitern und dem Ausmaß an Vandalismusschäden oder der Sicherheit der Fahrgäste besteht. Aus dem Bereich der nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Land, die seit langem ausschließlich mit Triebwagen ohne Zugbegleitpersonal verkehren, sind diesbezüglich keine besonderen Schwierigkeiten bekannt. Gleiches ist für die DB AG dort festzustellen, wo seit langem Triebwagen ohne Zugbegleiter eingesetzt werden.

Stellv. Präsidentin Christa Vossuschulte: Gibt es weitere Fragen? – Herr Abg. Haas, Sie haben eine Zusatzfrage.

Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Frau Präsidentin, es wird befürchtet, dass durch diese Personalausdünnung und durch den Wegfall der Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter

(Gustav-Adolf Haas)

auch die Kontrolle in den Waggonen entfallen wird, und es werden Einnahmeverluste der Bahn befürchtet. Frage: Wer trägt diese Verluste, die Landesregierung, die Nahverkehrsgesellschaft, die Regionalverkehrseinrichtungen oder aber die DB selbst?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Die Frage kann man eindeutig beantworten: Die DB selber muss die Verluste tragen. Der Schwarzfahrer geht immer auf Kosten des Verkehrsunternehmens, bei dem schwarzgefahren wird. Die DB muss sich überlegen, ob sie dieses Risiko für so hoch ansieht, dass sie das entsprechende Begleitpersonal einsetzt.

Abgesehen davon: Es gibt a) keine Regelungen dafür, dass wir es bezahlen müssten; es wäre b) auch nicht sinnvoll – es wäre schon witzig, wenn der Steuerzahler den Schwarzfahrer finanzierte –, und c) wüssten wir ja noch nicht einmal, wie viele Schwarzfahrer es gibt. Es ist das Wesen des Schwarzfahrers, dass er schwarzfährt.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Danke schön!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Anfragen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe **Punkt 4** auf:

a) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Verhalten von Landesregierung und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbesondere bei der Firmengruppe FlowTex“ – Drucksache 13/808

b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Begründung des Antrags fünf Minuten und für die Aussprache zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der SPD und die Fraktion GRÜNE beantragen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, um zu klären, welche Rolle die baden-württembergische Landesregierung und Behörden des Landes Baden-Württemberg beim größten Fall von Wirtschaftskriminalität in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt haben.

Die Bedeutung dieses Falles, denke ich, muss man hier im Hause nicht erläutern. Der Schaden, über den geredet wird, liegt in der Größenordnung zwischen 2 und 3 Milliarden DM. Die Taten haben sich über einen sehr langen Zeitraum hingezogen. Die mittlerweile verurteilten Hauptangeklagten haben sich im Licht einflussreichster Persönlichkeiten des Landes gesont. Es hat diverse Ereignisse ge-

ben, bei denen öffentlich dokumentiert wurde, welche hohe Gunst die Herren Schmider und Kleiser genossen haben. Zu ihren Ehren haben ehemalige Ministerpräsidenten des Landes Reden gehalten und amtierende Ministerpräsidenten sich dort eingefunden.

Wir wählen diesen Weg der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, weil wir keine andere Möglichkeit mehr erkennen,

(Abg. Reichardt CDU: Mir kommen die Tränen!)

die Zusammenhänge und die Fülle von Indizien, die mittlerweile in der Öffentlichkeit im Raume stehen, aufzuklären. Wir wählen diese Möglichkeit des Untersuchungsausschusses, weil sich unsere ursprüngliche Hoffnung, dass im Rahmen der durchgeführten Strafverfahren die Rolle der öffentlichen Verwaltung geklärt werden könnte, nicht erfüllt hat. Man hat im Gegenteil in diesen Strafverfahren den größten Wert darauf gelegt, diese Frage nicht zu klären. Und wir wählen diesen Untersuchungsausschuss als Möglichkeit, weil die Landesregierung von Baden-Württemberg offensichtlich selbst kein aktives Interesse an der Aufklärung dieser Zusammenhänge hat.

(Abg. Reichardt CDU: Frechheit!)

– Da kann man erkennen, in welchen geistigen Abgründen Sie sich bewegen, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen eines sagen: Es gibt jede Menge Untersuchungsausschüsse in Deutschland über das leider – schlimm genug! – schon Übliche: über das Thema Parteispenden und anderes. Das wird uns vielleicht dann auch in diesem Zusammenhang beschäftigen.

(Abg. Reichardt CDU: ABB Mannheim! Köln! – Weitere Zurufe)

Sie begreifen nicht, dass es hier um eine ganz andere Dimension geht. Hier geht es um die Frage, ob die Bevölkerung unseres Landes überhaupt noch Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats haben kann, lieber Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

Darum geht es. – Maulen Sie doch jetzt nicht herum.

(Abg. Reichardt CDU: Ich sage schon das Richtige! Das müssen Sie alles anhören! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Sie sind doch schon aus dem Bundestag herausgewählt worden! – Weitere Zurufe von der CDU)

Bemühen Sie sich um einen der Sache angemessenen Ton.

Der Herr Justizminister hält es für die höchste Form der Aufklärung, Fragen im Parlament zu beantworten, und das oft noch mit Fristverlängerungen. Dabei wird immer genau das beantwortet, was gefragt wird, und das immer zögernd.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

(Maurer)

Herr Justizminister, meine Herren, wenn in Medien mit Zitaten etwa die Behauptung in den Raum gestellt wird – wir verdanken einen erheblichen Teil dessen, was bisher ans Licht gekommen ist, der Unabhängigkeit von Medien –, Behörden des Landes Baden-Württemberg hätten versucht, Behörden eines anderen Landes von aktiver Strafverfolgung abzubringen, und wenn in den Raum gestellt wird, in diesen Fall seien in erheblichem Umfang Korruptionsvorgänge verflochten – das ist ja wohl alles Fakt –, und dann die verantwortlichen Minister des Landes meinen, ihre Aufklärungspflicht reduziere sich darauf, Fragen der Opposition zu beantworten, dann frage ich mich in der Tat, in welchem Land wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer
GRÜNE)

Ich rate Ihnen, einmal einen kleinen Blick in die Vereinigten Staaten zu werfen. Da gibt es jetzt auch einen großen Fall eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs, den so genannten Enron-Skandal. In den Vereinigten Staaten sind in diesem Fall seitens der Regierung der Vereinigten Staaten und seitens des Parlaments insgesamt vier unabhängige Gremien eingesetzt worden, die nichts anderes tun, als akribisch die Ursachen und die Zusammenhänge, auch die Zusammenhänge mit Regierungshandeln, zu untersuchen. Die Landesregierung von Baden-Württemberg ist noch niemals auf die Idee gekommen, dass es ihre Aufgabe sein könnte, zu klären, welche Rolle ihre nachgeordneten Behörden in diesem Fall gespielt haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es ist eine Schande – das sage ich Ihnen –, dass es dann eine Aufgabe der Opposition wird,

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

mittels eines Untersuchungsausschusses das zu klären, was eine verantwortliche Regierung von sich aus klären müsste. Wenn ein Finanzminister, dessen nachgeordneten Behörden nachgesagt wird, sie seien in Teilen bestechlich oder hätten ihre Amtspflichten verletzt – das können Sie alles nachlesen –,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Billige Verleumdung! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD)

dann nicht von sich aus auf die Idee kommt, er müsse aufklären, was da eigentlich los gewesen ist, dann hat er sein Amt verfehlt. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer
GRÜNE)

Nichts ist so bezeichnend wie die Einlassungen, die daraufhin gemacht worden sind. Ich will Ihnen das in Erinnerung rufen. Herr Finanzminister Stratthaus verkündete am 19. Oktober 2001 volltönend, letztlich sei es allein der Initiative der Finanzbehörden zu verdanken, dass der derzeit vor dem Landgericht verhandelte größte Betrugsfall der Wirtschaftsgeschichte aufgedeckt und weiterer Schaden verhindert worden sei.

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Keine Ahnung!)

Herr Stratthaus, wissen Sie, wie viele Ermittlungsverfahren mittlerweile laufen, nachdem Sie diese Ehrenerklärung abgegeben haben?

Und um das noch zu toppen, verkündete die Sprecherin des Herrn Finanzministers, der Vorwurf der Opposition bezüglich Korruption im Fall FlowTex sei wie eine Luftblase zerplatzt.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Jetzt kommt es: Das umfassende Geständnis von Manfred Schmider am zweiten Prozesstag vor dem Landgericht Mannheim nehme jeden Zweifel an der Rechtschaffenheit der Finanzverwaltung. – Manfred Schmider ist der Kronzeuge des Finanzministeriums zur Entlastung der eigenen Verwaltung! Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir werden in einer sehr umfangreichen Tätigkeit einen sehr langen Zeitraum zu untersuchen haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Viel Spaß! – Abg. Hauk CDU: Spätestens bis zur Europawahl! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: In welchen Niederungen befinden Sie sich eigentlich? – Abg. Fischer SPD: Das ist doch unmöglich!)

– Mir verrät das nur etwas über die geistigen Kategorien, in denen Sie sich bewegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Herr Kollege Maurer, wer sich so offenbart!)

Ich verrate Ihnen einmal: Ich hätte mir die nächsten anderthalb Jahre meines Lebens schöner vorstellen können, als mich mit der Trockenlegung von Sümpfen zu beschäftigen. Das darf ich Ihnen verraten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer
GRÜNE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es beginnt im Jahr 1986 mit dem angeblichen Raubüberfall auf Manfred Schmider, einem Fall, bei dem die ermittelnden Polizeibeamten – das will ich einmal deutlich sagen – Die Einzigen, die nach bisherigen Erkenntnissen eine rühmliche Rolle für sich beanspruchen können, sind die ermittelnden Polizeibeamten. Nur hat man sie in der Regel – das gehört zu den Besonderheiten dieses Falls – nicht eingeschaltet.

(Abg. Schmiedel SPD: Ausgebremst!)

– Nicht eingeschaltet, sondern ausgegrenzt.

Durch eine Summe von Zufälligkeiten wird die baden-württembergische Polizei mit diesen Machenschaften in der Regel nie befasst. Wenn sie denn befasst wurde, hat sie eine rühmliche Rolle gespielt. Die Polizei hatte von Anfang an den Verdacht, dass es bei diesem Raubüberfall, der im Ergebnis via Versicherung zum Startkapital für das FlowTex-Unternehmen geführt hat, nicht mit rechten Dingen zugegangen ist.

Das Ganze landet bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe. Dort verweilt es insgesamt sieben Jahre – sieben Jahre! –,

(Maurer)

und nach sieben Jahren wird das Verfahren eingestellt. Man muss in diesem Fall – das zieht sich durch – den Behörden des Landes die Zeugen immer geradezu aufdrängen. Nach sieben Jahren wird das Verfahren also eingestellt. Dann drängt man Zeugen für die tatsächlichen Abläufe geradezu auf. Es melden sich zwei – geständig. Das Verfahren wird wieder aufgenommen. Es wird merkwürdigerweise wieder eingestellt. Jetzt – unter dem Druck der Öffentlichkeit geschieht in den letzten Wochen und Monaten ja vieles – wird es wieder aufgenommen, und es läuft.

Es schließt sich die Tatsache an – bemerkenswerterweise im gleichen Zeitraum –, dass die Brüder Manfred und Mathias Schmider etwas machen, was eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem hat, was schließlich Gegenstand der Großbetrügereien im Kontext von FlowTex ist. Im Zusammenhang mit einer Firma namens Fibertex Export/Import werden in großem Stil Scheingeschäfte deklariert. Unter beteiligten Firmen werden Scheingeschäfte deklariert. Dafür wird sogar Umsatzsteuer gezahlt, die im Wege des Vorsteuerabzugs natürlich wieder zurückgeholt wird.

Es kommt dann zu Ermittlungen der Finanzbehörden. Im Zuge dieser Ermittlungen zeigt sich, dass dies alles gemacht wird, um die Kreditlinien bei den Banken zu behaupten. Dies ist der klassische Betrugstatbestand – der klassische! Ich kann Ihnen das deklinieren: Täuschungshandlung, Irrtumserregung, Vermögensverfügung der Banken, Vermögensschaden.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Kausalität nicht vergessen! – Heiterkeit – Abg. Dr. Reinhart CDU: Subjektive Absicht! Das ist nie ganz vollständig!)

– Vielen Dank für die Einwände der Verteidigung von Herrn Schmider.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD zur CDU: Jetzt tappt ihr wieder hinein!)

Dies führt im Ergebnis interessanterweise zu einer Abschlussverfügung der Finanzbehörden mit dem Inhalt, man möge doch – angesichts einer Steuerhinterziehung in zweistelliger Millionenhöhe; so stand es im Raum – das Verfahren wegen geringfügiger Schuld einstellen. Das führt auch dazu, dass die Steuerschulden gar nicht eingetrieben werden, übrigens interessanterweise mit der Begründung,

(Abg. Drexler SPD: Das ist das Tollste!)

man würde sonst die Wirtschaftsunternehmen des Herrn Schmider gefährden.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Etwas Besseres hätte uns und den Geschädigten gar nicht passieren können, als dass die Wirtschaftsunternehmen des Herrn Schmider damals durch rechtsstaatliches Verhalten gefährdet worden wären.

Was ich noch viel toller finde – das liegt ja alles zutage; das beschäftigt Sie aber offensichtlich nicht –: Das Ganze führt dann bei der Staatsanwaltschaft Baden-Baden tatsächlich zur willfährigen Einstellung dieses Verfahrens –

interessanterweise auch im Jahr 1993, in dem auch die Untersuchungen in Sachen Raubüberfall eingestellt werden. Welch ein Zufall und welch göttliche Fügung! Das Verfahren wird eingestellt. Leibhaftige Staatsanwälte kommen noch nicht einmal auf die Idee, diesen Betrugstatbestand, der offensichtlich ist, auch nur zu prüfen. Es wird als reines Steuerstrafverfahren beendet, und etwas, was auf der Hand liegt, ist nicht einmal Gegenstand von Ermittlungen. Auch da hält man die Polizei draußen.

Ich sage Ihnen – das wissen Sie, wenn Sie Juristen sind –: Ein Erstsemester würde in jeder strafrechtlichen Klausur durchfallen, wenn er einen solchen Sachverhalt, den Betrugstatbestand, nicht prüfen und nicht positiv beantworten würde. Aber in Baden-Württemberg ist es möglich, das zu unterlassen, es nicht einmal zu prüfen und nicht zu entsprechenden Konsequenzen zu kommen.

Im Jahr 1994 kommt es zu einer Anzeige wegen Geldwäsche. Auch da funktioniert am Anfang der Rechtsstaat gegen einen beschuldigten Anwalt. Es stellt sich heraus, dass insgesamt mehr als 50 Millionen DM abgehoben und in Koffern transportiert werden, um woanders abgegeben zu werden. Auch das ist natürlich etwas, was überhaupt nicht alarmierend ist. Das muss einen gar nicht beeindrucken. Das ist ja geradezu ein sozialübliches Verhalten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das führt dann im Ergebnis wunderbarerweise auch wieder zur Einstellung des Verfahrens nach § 170 Abs. 2 StPO. Die nächste göttliche Fügung, der nächste ungeheure Zufall, der sich in dieser Kette von Zufällen und Fügungen ereignet hat!

Aufgrund dieses Sachverhalts kommt es dann – das ist eine Flucht nach vorn – zu einer Selbstanzeige der Frau Neumann, und anlässlich dieser Selbstanzeige werden die Behörden des Landes Thüringen eingeschaltet. Die Behörden des Landes Thüringen, die ja den Rechtsstaat gerade frisch gelernt haben, versuchen diesen also umzusetzen und fangen an zu ermitteln. Ich lese, Herr Finanzminister, in der Zeitung, dass die Behörden des Landes Thüringen dann von Beamten der Oberfinanzdirektion Karlsruhe heimgesucht werden und man ihnen bedeutet – so lese ich es, bis heute nicht widerlegt, in der Presse –, dies sei ein Fall von größter politischer Tragweite – wie wahr –, und man ihnen sagt – ich zitiere nur aus dem „Spiegel“ –, in Baden-Württemberg sei es üblich, dass solche Fälle an das Finanzministerium berichtet werden – eine erstaunliche Einlassung, weil das ja bestritten wird –, und dass die Herrschaften doch gefälligst zurückhaltend sein und die Finger davon lassen sollen. Das ist die Quintessenz. Im Ergebnis funktioniert das dann auch. Die Thüringer geben am Ende an die Staatsanwaltschaft Mannheim ab.

Herr Finanzminister, wir haben dann gefragt – das jetzt zu dem „überragenden“ Aufklärungsinteresse der Landesregierung –, ob das denn zutreffe. Darauf hat man uns gesagt – wie weise! –, aus den Akten ergebe sich dazu nichts.

(Heiterkeit des Abg. Drexler SPD)

Wir sollen also offensichtlich erwarten, dass, wenn man bei solchen Besprechungen solche Hinweise macht, diese

(Maurer)

dann auch noch zum Zweck der Erleichterung der Tätigkeit von Organen der Rechtspflege und Untersuchungsausschüssen protokolliert werden.

Dann haben wir uns die sehr schlichte Frage erlaubt, ob Sie denn einmal auf die Idee gekommen seien, die Beamten, denen das vorgeworfen wird, dienstlich einzuvernehmen. Antwort darauf: Die wollten das aber nicht;

(Heiterkeit bei der SPD)

die wollten dazu nichts sagen; aber vielleicht würden sie zu gegebener Zeit ja noch einmal wollen. Ja wo sind wir denn eigentlich,

(Abg. Drexler SPD: Parlamentsantwort!)

wenn den nachgeordneten Behörden – eine Oberfinanzdirektion ist ja eine hohe Behörde – öffentlich in den Medien vorgeworfen wird, sie hätten Pressionen auf Behörden eines anderen Landes ausgeübt, und dann ein Finanzminister sagt: „Das interessiert mich nicht; wenn die mir dazu nichts sagen wollen, dann sollen sie halt nichts sagen“? Das ist das „überragende“ Aufklärungsinteresse der Landesregierung in diesem Fall.

(Abg. Drexler SPD: Parlamentsantwort! – Abg. Capezzuto SPD: Bananenrepublik!)

Dieses Muster hält bis heute an. Das interessiert Sie nicht. Sie wollen nichts davon wissen. Sie wollen es auch nicht geklärt haben.

(Zuruf von der CDU: Quatsch!)

– Anders kann man es ja nicht erklären, werter Meister.

Auch die Selbstanzeige der Frau Neumann endet dann mit dem üblichen Ergebnis, nämlich mit der Einstellung. Es wird stereotyp eingestellt.

Es kommt dann 1996 zu einer anonymen Anzeige, in der interessanterweise das gesamte Muster, offensichtlich von einem Insider oder einer Insiderin, des FlowTex-Betrugs en détail offen gelegt wird. Sie geht bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe ein und wird dort bearbeitet. Dies führt dann zu merkwürdigsten Verhaltensweisen. Auch da wird die Polizei nicht eingeschaltet, weil das ein Steuerproblem ist. Man verlässt sich auf die Auskunft einer Treuhandgesellschaft, um das angeblich zu klären. Sogar das Naheliegendste wird nicht gemacht, nämlich einmal bei den Herstellern solcher Geräte nachzufragen, ob sie die Geräte geliefert haben. Das wird zwar erwogen, aber es wird nicht gemacht. Welch eine absonderliche „Zuverlässigkeit“.

(Zuruf von der CDU)

– Gott sei Dank ist es nicht so. Wenn unsere Polizei und unsere Justiz ansonsten bei schweren Straftaten auch nach dem Muster dieses Falles operieren würde, wäre dieses Land Baden-Württemberg ein Paradies für Gangster.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, u. a.
Abg. Kübler: Unerträglich! – Abg. Dr. Scheffold
CDU: Höchste Aufklärungsquote! – Gegenruf des
Abg. Drexler SPD: Aber nicht bei FlowTex!)

– Wir haben die höchste Aufklärungsquote, weil es offensichtlich in anderen Fällen Gott sei Dank anders läuft. Aber das macht ja die Besonderheit dieses Falles aus.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist verbraucht.

Abg. Maurer SPD: Ja, liebe Frau Präsidentin.

Das setzt sich bis in die letzten Wochen und Monate fort. Wir haben es mit Zeugenaussagen zu tun, wir haben es damit zu tun, dass Herr Schmider während des Prozesses davon redet, dass seine „Stuttgarter Vereinbarung“ platzen würde, wenn es zu bestimmten Aussagen käme. Wir haben die Merkwürdigkeit, dass Untersuchungshäftlinge zusammengeführt werden, damit man sich gegenseitig auch vernünftig absprechen kann. Wir haben die Behauptung, dass ungeschützt telefoniert werden kann. Wir haben seltsamste Besuche bei der Polizei, die wir hier schon erörtert haben, und –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, darf ich Sie noch einmal bitten, zum Schluss zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit erheblich überschritten.

(Abg. Kübler CDU: Unerträglich! Unerträglich!)

Abg. Maurer SPD: Ja, um eine Minute und acht Sekunden, Frau Präsidentin.

Wer sich dies alles vor Augen hält – aufgrund der Kürze der Redezeit war es bestenfalls möglich, ein Drittel der Besonderlichkeiten dieses Falls offen zu legen –,

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Hätten Sie schneller gesprochen!)

der muss zu dem Ergebnis kommen, dass es sich um eine Orgie von Untätigkeit und Schlamperei gehandelt haben muss und um geradezu unglaubliche Zufälligkeiten. Wer sich beispielsweise vor Augen hält, dass 50 Leute von diesem ersten Muster FlowTex bei Fibertex Kenntnis hatten – 50 Leute! –, und uns dann mitgeteilt wird, 1996 hätten aber die, die damals ermittelt haben, davon nichts gewusst, als ob es üblich wäre, dass in den Akten von Staatsanwaltschaften andere Ermittlungsverfahren nicht mehr erwähnt werden –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, würden Sie bitte zum Ende kommen!

(Abg. Kübler CDU: Jetzt ist es aber Zeit! Time out!)

Abg. Maurer SPD: Ja, Frau Präsidentin.

Wer sich das alles vor Augen hält, muss entweder zu dem Ergebnis kommen,

(Abg. Kübler CDU: Time out!)

dass dies durch eine Orgie von Untätigkeit und Schlamperei in diesem Land möglich war, oder er muss zu dem Er-

(Maurer)

gebnis kommen, dass andere Dinge möglich waren. Wir werden sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir werden sehen!

Aber eines sage ich Ihnen: Es gibt im Volksmund den Satz – leider –: Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen hängt man.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Wenn Sie nicht mit uns dafür sorgen, dass dieser Eindruck in diesem Land beseitigt wird, und wenn Sie nicht dafür sorgen, dass geklärt wird, warum solche Leute zehn Jahre lang ihre Machenschaften unter den Augen der Behörden entwickeln konnten, ohne dass eingegriffen wurde, dann versäumen Sie Ihre Pflichten gegenüber dem Rechtsstaat.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Maurer hat gerade schon ausführlich dargestellt, dass man nicht grundlos einen Untersuchungsausschuss beantragt, und man beantragt einen Untersuchungsausschuss auch sicher nicht zum Vergnügen und einfach so.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Das sollte man meinen!)

Ich kann von uns sagen, dass wir uns redlich bemüht haben, die ganzen Vorkommnisse ohne einen Untersuchungsausschuss zu klären. Wir haben uns in den letzten Monaten intensiv mit FlowTex beschäftigt. Wir haben zahlreiche Anfragen gestellt, und die Antworten, meine Damen und Herren, brachten schockierende Erkenntnisse. Ich möchte Ihnen einige in Erinnerung rufen; Kollege Maurer hat schon auf ein paar hingewiesen. Ich möchte Ihnen einiges in Erinnerung rufen, was vorgefallen ist. Es gibt ja fast wöchentlich Schlagzeilen zum Thema FlowTex, und da vergisst man das eine oder andere, das schon etwas weiter zurückliegt.

Beispielsweise hat Manfred Schmider seinen Insolvenzverwalter besucht und mit ihm – natürlich außerhalb der Haftanstalt – fürstlich diniert. Sein Anwalt hat sich Zugang zu Räumen der Sonderkommission verschafft; auch das blieb juristisch ohne Folgen. Es gab 1997 zwei eingestellte Ermittlungsverfahren. Da wurde genau wegen der Tatbestände ermittelt, wegen der die Schmider-Brüder gerade in Haft sitzen. Damals wurden die Verfahren eingestellt.

Es gibt bei der Staatsanwaltschaft in Mannheim noch laufende Ermittlungen wegen Aktenmanipulation. Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat 1997 nicht wegen Urkundenfälschung und Betrugs ermittelt – Kollege Maurer hat es schon gesagt –, obwohl Anzeigen vorlagen, die auch den Schaden beziffert haben. Er hat 700 Millionen DM betragen.

Durchsuchungsanträge sind auf dem Weg von der Staatsanwaltschaft Mühlhausen zur Staatsanwaltschaft Mannheim verschwunden. Die Staatsanwaltschaft Mannheim, so

haben wir kürzlich auf eine Anfrage hin erfahren, hat gar versucht, Verfahren gegen Manfred Schmider einzustellen.

Bei den aktuellen Verurteilungen – das sehen wir in den laufenden Verfahren – spielt die kriminelle Vergangenheit der Schmider-Brüder keine Rolle, obwohl es sich juristisch – Kollege Reinhart, Sie als Jurist müssen das wissen – um Rückfalltäter handelt.

Gegen Finanzbeamte wird wegen Bestechlichkeit ermittelt, und aktuell gibt es einen Prozess gegen Matthias Schmider. Er erklärt mit Pauken und Trompeten, sein Bruder Manfred habe Kumpanei mit den Behörden betrieben. Dann oh Wunder: plötzlich Schweigen. Man vernimmt, dass Matthias Schmider nur wegen Beihilfe angeklagt werden soll, und schon ist von einer Kumpanei mit den Behörden keine Rede mehr.

Der Generalstaatsanwalt war jahrelang CDU-Stadtrat in Baden-Baden und hat da natürlich auch Projekten von Manfred Schmider zugestimmt.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist aber übel!)

Wir wissen ganz aktuell, dass es in unserem Land Minister mit Black-out gibt; aber bei der Anzahl der Flüge kann das ja auch einmal vorkommen.

(Unmutsäußerungen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie können noch so viel „oh, oh“ sagen; jede Woche sind wir hier auf etwas Neues gestoßen, oder es wurde uns präsentiert. Sie haben es nicht kommentiert.

Wie geht denn die Landesregierung mit der ganzen Liste um? Minister Stratthaus hat in der letzten Plenardebatte nichts gesagt; er ist einfach in Deckung gegangen. Herr Minister Goll erweckt nun wenigstens den Anschein, dass er von dem einen oder anderen Vorkommnis informiert ist.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Aber er tut nichts!)

Aber wir müssen Ihnen alles aus der Nase ziehen. Kollege Maurer hat schon gesagt: Uns wird nur das beantwortet, was wir fragen. Informationen wie beispielsweise zu den anonymen Anzeigen gegen Morlok oder zu den Betrügereien der Schmider-Brüder Anfang der Neunzigerjahre mit ihren Fibertex-Firmen kamen bekanntlich nicht durch das Bemühen der beiden Minister heraus, sondern sie wurden durch die Presse oder durch sonstige Informanten ans Tageslicht gebracht. Weiter gehende Information des Parlaments: Fehlanzeige. Wir wollen das nicht länger hinnehmen und beantragen deswegen den Untersuchungsausschuss.

Wir haben auch die teilweise ausweichenden und unbefriedigenden Antworten auf unsere Anfragen satt. Ich möchte Ihnen hier nur ein paar Beispiele nennen. Auf die Frage nach Interessenkollisionen bei Staatsanwälten wurde lapidar geantwortet: nicht erkennbar. Zu den Aktenmanipulationen heißt es, es stünden weitere Ermittlungen an.

Das Interessanteste: Auf eine Anfrage, die sich gerade auf Thüringen bezieht, ob denn baden-württembergische Be-

(Heike Dederer)

hören Thüringer von Durchsuchungen bei FlowTex abgehalten hätten, finden Sie in einer Antwort die Aussage, das sei nicht der Fall. Fünf Zeilen weiter unten wird eingeräumt, ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Mannheim habe gesagt, wegen der Größe des Geländes seien Durchsuchungen nicht geboten. Ja, was denn nun? Sie können sich aussuchen, welcher Zeile Sie Glauben schenken wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, zu den Vorgängen Anfang der Neunzigerjahre mit den Firmen von Fibertex und zu den Betrügereien bekommen wir die Antwort, keiner der Angehörigen des Finanzministeriums könne sich mehr daran erinnern.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Sie glauben doch wohl nicht im Ernst, dass wir uns mit solchen Antworten hier zufrieden geben. Wir haben auch die Salamtaktik satt, dass man immer nur häppchenweise etwas erfährt. Wir wundern uns auch schon darüber, dass die Landesregierung so zögerlich agiert. Haben Sie Angst, oder haben Sie ein schlechtes Gewissen? Wenn beides nicht der Fall sein sollte, müssten Sie hier anders agieren.

Meine Damen und Herren, wenn man sich die Summe der Vorkommnisse und Schlampereien anschaut, kommt man zu dem Ergebnis, dass ein unglaublicher und unvorstellbarer Skandal in unserem Land passiert ist. Seit 1992 sind diese betrügerischen Machenschaften den Behörden bekannt. Bekannt war auch die enorme kriminelle Energie der Schmider-Brüder. Es gab ja auch Unregelmäßigkeiten, die beispielsweise bei den Betriebsprüfungen 1996 und 1997 bekannt wurden. Trotzdem konnte bis zum Jahr 2000 weiter betrogen werden.

Ich denke, es ist in unser aller Interesse, Licht in diese Vorgänge hineinzubringen und zu klären, wie dies über einen so langen Zeitraum geschehen konnte. Wenn dieses Parlament sich und seine Kontrollfunktion ernst nimmt, dann beschließt es heute diesen Untersuchungsausschuss, und zwar einstimmig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist jetzt an der Zeit, hier systematische Aufklärung zu leisten. Fragen für diesen Untersuchungsausschuss gibt es letztlich genug – nicht nur, wie es überhaupt zu diesem gigantischen Betrug kommen konnte. Wir fordern eine wirklich schonungslose Offenlegung und Analyse der Rolle der Finanz- und Justizbehörden.

Wir wollen natürlich auch wissen – und wir fragen Sie, Herr Minister Goll, Herr Minister Stratthaus, heute –, warum nicht schon längst in Ihren beiden Ressorts Aufklärungsarbeit geleistet wird, warum hier nicht ermittelt wird, was denn eigentlich schief lief, dass man sich so betrügen lassen konnte.

Wir hinterfragen die Funktionsfähigkeit der staatlichen Kontrollorgane nicht nur bei großen Unternehmen, sondern auch bei Unternehmen, die eine besondere Nähe zur Politik haben. FlowTex war ein solches Unternehmen. Vielleicht

ist darin auch die Nachlässigkeit der Landesregierung bei der Aufklärung dieser ganzen Schlampereien begründet.

Eine Frage, die sich der Untersuchungsausschuss auch stellen wird, lautet natürlich, ob Politikerinnen und Politiker Einfluss genommen haben. Richter Meyer hat kürzlich öffentlich gesagt, er habe den Eindruck gewonnen, dass eine Außensteuerung stattfindet. Wenn ja, durch wen? Diese Frage hat dieser Untersuchungsausschuss natürlich auch zu klären. Die Nähe Schmiders zur Politik ist kein Geheimnis. Es gibt ja ein paar Leute, die gelegentlich mit ihm gefeiert haben. Auch dies wird Thema dieses Untersuchungsausschusses werden.

Wir stellen aber auch die Frage nach der Mitverantwortung der Regierung an dem wirtschaftlichen Schaden, der durch diesen jahrelangen Betrug in unserem Land entstehen konnte, nachdem bereits 1994 im Finanzministerium über diesen Sachverhalt diskutiert wurde.

Es stellt sich auch die Frage, ob generell in der Verwaltung etwas geändert werden muss. Wenn Sie sich die Antworten auf die jüngste Anfrage der SPD einmal ansehen, stellen Sie fest, dass da oft auch das Wort „Korruption“ auftaucht. Auch hierzu gab es von der Fraktion GRÜNE schon Initiativen. In Anbetracht von FlowTex sind diese natürlich wieder hochaktuell.

Dies gilt auch für die Rolle, die die Oberfinanzdirektion Karlsruhe gespielt hat – schon bei den ersten Scheingeschäften. Von vornherein waren hier auch Beamte der Oberfinanzdirektion informiert.

Meine Damen und Herren, wir versprechen uns von diesem Untersuchungsausschuss eine weiter gehende Aufklärung. Wir wollen die Unterlagen selber sichten und hier auch eine unmittelbare Beweisaufnahme vornehmen, und wir wollen auch die Beteiligten und das Umfeld direkt befragen. Wir denken, es ist wichtig, hier jetzt keine Zeit zu verlieren. Wir wollen Licht in die Arbeit der Behörden bringen und auch die Verbindungen –

(Unruhe – Abg. Wieser CDU unterhält sich mit Staatssekretär Rech. – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

(Fortgesetzte Unruhe)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Kollege Wieser, wenn Sie nicht zuhören, machen wir Sie gleich zum Gegenstand des ersten Beweisantrags bei FlowTex.

(Heiterkeit – Abg. Wieser CDU: Wir werden dann fragen, ob Ihr Ehemann geflogen ist!)

– Ach, Herr Wieser. Die alten Geschichten.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir werden uns genau merken, wer jetzt hier auch laut schreit.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Wieser CDU und Brigitte Lösch GRÜNE)

(Heike Dederer)

Meine Damen und Herren, ich denke, Ziel auch dieses Untersuchungsausschusses muss es sein, dass weitere Betrugsfälle verhindert werden. Ganoven – und das hat auch Kollege Maurer richtig gesagt – dürfen sich in Baden-Württemberg nicht sicher fühlen.

(Zuruf von der CDU: Auch nicht in Köln!)

Dazu soll dieser Untersuchungsausschuss beitragen.

Wir finden es natürlich schön – und auch ich habe ein Zitat der Sprecherin des Finanzministeriums gelesen –, dass das Finanzministerium beim größten Wirtschafts- und Steuerbetrug in der deutschen Geschichte dem Untersuchungsausschuss gelassen entgegensieht. Wissen Sie, wie das draußen ankommt? Das kommt an mit so einem Ton: Na ja, das ist halt passiert. Als ob es keine 63 Ermittlungsverfahren gäbe, vor allem gegen Staatsbedienstete! Herr Minister Stratthaus, ich frage mich hier schon, wie Sie draußen den Bürgerinnen und Bürgern, denen Ihre Verwaltung 100 € aus der Steuererklärung streicht, erklären, dass Sie bei FlowTex gelassen sind. Das können Sie nicht erklären. Wie wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern erklären, was Recht und Ordnung ist in unserem Staat, wenn sich unsere Verwaltung nicht daran hält?

Meine Damen und Herren, wir sind in dieser Sache alles andere als gelassen, und das werden Sie auch in diesem Untersuchungsausschuss merken.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Reinhart CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Dederer – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Herr Kollege Reinhart! – Abg. Nagel SPD: Tief getroffen, der Kollege Reinhart! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Wissen Sie, Herr Kollege Nagel: „tief getroffen“. Wenn hier Ihr Kollege Maurer über Parteispendenuntersuchungsausschüsse spricht, empfehle ich ihm, erst einmal nach Köln zu gehen und dort aufzuräumen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das ist unter Ihrem Niveau! Damit machen Sie doch nichts gut! – Unruhe)

– Herr Fischer, ich will Ihnen, weil Sie hier so leidenschaftlich für Niveau plädieren, gerade sagen, wer etwas gut oder nicht richtig macht, wenn man über Rechtsstaat spricht und in der Art von Herrn Maurer agiert.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Zur Sache!)

Denn ich kann verstehen, Herr Fischer, dass die Debatte für Sie schmerzhaft ist: Die Bilder von Karlsruhe, wo Sie sich auf die Bilder von FlowTex gedrängt haben und haben ablichten lassen, sind sehr deutlich zu sehen gewesen und gezeigt worden, was man deshalb hinterher bedauert.

(Abg. Fischer SPD: Oh! So ein Blödsinn! – Weitere Zurufe von der SPD)

Nur: Man sollte hier nicht, wie es Kollege Maurer gerade getan hat, meine Damen, meine Herren, den Eindruck erwecken, als würden sich die Gangster in diesem Lande sonnen, als würden sich die Beamten, wie Frau Dederer sagte, nicht mehr an Recht und Ordnung halten, als seien wir ein sonniges Paradies für Straftäter und eine Bananenrepublik. Das bringt alle Bediensteten des Landes von vornherein undifferenziert in Misskredit. Wenn Sie vom Rechtsstaat sprechen, dann sollten Sie als legislatives Verfassungsorgan dieser Autorität auch gerecht werden und nicht Spekulationen, Mutmaßungen, Unterstellungen hier in den Raum stellen, als wären es Fakten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Blenke CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

– Frau Kollegin Dederer – –

(Abg. Junginger SPD: Die Antworten sind Fakten!)

– Sehr richtig. Das ist genau der Punkt, Herr Kollege Junginger. Es kommt nämlich auf Fakten an. Wer das Wesen des Untersuchungsausschusses versteht und nicht nur wie Sie Fensterreden mit Unterstellungen hält, der stellt zunächst einmal Fakten fest, und wenn er Fakten festgestellt hat, zieht er danach Folgeschlüsse und nimmt Bewertungen vor. Sie machen es umgekehrt.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Sie wollen vom Ergebnis her argumentieren. Das ist das, was ich kritisiere.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Und damit wird die Absicht erkennbar!)

Ich habe eben zweimal, zum einen vom Kollegen Maurer und zum anderen von Ihnen, Frau Kollegin Dederer, den Fall Thüringen gehört und vorgehalten bekommen. Sie haben ja seitens der Grünen Presseerklärungen abgegeben, wie es ihrerseits auch die SPD am 27. Februar getan hat. Ich will wörtlich zitieren, damit man weiß, was da erklärt worden ist, nämlich:

Es war die Darstellung, dass seitens der Behörden Druck gemacht worden sei auf die Beamten und vor allen Dingen auf die Behörden in Thüringen.

Wörtliches Zitat aus der Pressemitteilung der SPD:

Bisher hatte die Landesregierung stets behauptet, für eine solche Einflussnahme gebe es keinerlei Anhaltspunkte. Nun aber würden die Zeugenaussagen thüringischer Beamter vor der Staatsanwaltschaft Mannheim am 22.11. zitiert, die ein ganz anderes Bild vermitteln.

Wenn man sich dann einmal damit befasst, liest man:

Beide Zeugen . . . bestätigten bei ihrer Vernehmung, die Beamten aus Thüringen hätten versucht, mit Druck sozusagen die Ermittlungen gegen FlowTex zu bremsen.

(Dr. Reinhart)

(Abg. Schmiedel SPD: So stand es im „Spiegel“! –
Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: So stand
es in Ihrer Pressemitteilung!)

– Herr Kollege Schmiedel, ich will Ihnen sagen, was in der
Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag Ihrer
Fraktion, Drucksache 13/316, tatsächlich zitiert worden ist,
nämlich:

Der Zeuge C. bestätigte dabei auf eine entsprechende
Frage, dass von den Karlsruher Beamten keine Beden-
ken gegen die Durchsuchungsmaßnahmen angemeldet
worden seien.

Und ein weiteres Zitat:

Der Zeuge bestätigte ausdrücklich, dass Presseberichte,
wonach die baden-württembergischen Behörden die
thüringischen Kollegen beknielt hätten, „die Finger von
dem Vorzeigeunternehmen zu lassen“, nicht zutreffend
seien.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Dann lesen Sie ein-
mal fünf Zeilen weiter!)

– Ich habe auch weitergelesen und habe Ihren Vorhalt sehr
wohl zur Kenntnis genommen. Was ich Ihnen sagen will,
ist doch gar nicht – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Lesen Sie es vor! –
Abg. Maurer SPD: Lesen Sie weiter! – Gegenruf
von der CDU: Ausreden lassen!)

– Das kann ich Ihnen sagen. Die SPD hat dargelegt, es sei
jeder so zu verstehen, als hätten zwei vernommene Thürin-
ger Beamte übereinstimmende Aussagen zu einer versuch-
ten Einflussnahme von Beamten aus Karlsruhe gemacht.
Was will ich damit sagen? Die halbe Wahrheit ist schlim-
mer als die volle Lüge. Das trifft die Art dieser Pressemit-
teilungen, wenn unrichtige bzw. unvollständige Angaben
gemacht werden und nicht auch entlastende Aussagen zi-
tiert werden, um den Eindruck zu erwecken, es gebe nur
belastende Aussagen.

(Beifall bei der CDU)

Sie gehen nämlich her und zitieren zusammenhanglos, und
das geht nicht.

(Abg. Maurer SPD: Zitieren Sie doch einmal voll-
ständig!)

– Jawohl, ich habe die Presseerklärung da; ich kann die 13
Minuten dafür verwenden, Herr Maurer. – Zitieren Sie
richtig und vor allem vollständig!

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf
von der SPD: Lesen Sie es einmal vollständig vor!)

– Jawohl, ich will Ihnen dazu etwas sagen. Ich biete Ihnen
doch etwas an:

(Oh-Rufe von der SPD)

Wir als Abgeordnete der CDU werden in diesem Untersu-
chungsausschuss konstruktiv mitarbeiten, und wir werden

entlang des Untersuchungsausschussgesetzes allen Fragen
nachgehen, die gestellt worden sind. Eines halte ich aller-
dings für nicht redlich: wenn Sie zuerst Bewertungen vor-
nehmen, bevor Sie überhaupt gefragt haben, nach dem
Motto „Wir antworten, bevor eine Frage überhaupt gestellt
ist“. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Alte
SPD-Masche!)

Ein Untersuchungsausschuss ist gerechtfertigt, wenn politi-
sche Missstände nicht auf andere Weise aufgeklärt und be-
hoben werden können. Zu politischen Missständen haben
Sie bisher überhaupt nichts Konkretes, Substanzielles vor-
getragen. Sie haben lediglich die Behauptung aufgestellt,
es hätte den Verdacht von „schützenden Händen“ gegeben.

(Abg. Schmiedel SPD: 2 Milliarden!)

Dieser Verdacht der schützenden Hände wurde in den Me-
dien monatelang verbreitet. Übrig geblieben ist davon bis-
lang nichts. Jetzt sind Sie von den schützenden Händen
weggekommen und haben gesagt: Jetzt muss geprüft wer-
den, ob es sich um einen Fall von „geschickter verdeckter
Intervention auf politischer Seite“ gehandelt hat. Das ist
die neue Sprachregelung – so die „Stuttgarter Zeitung“
vom 27. Februar 2002. Deshalb rate ich uns in aller Gelas-
senheit, dass wir gemäß unserem Auftrag vorgehen.

Wir als CDU hätten, nachdem Sie bereits zehn parlamenta-
rische Anfragen beantwortet bekommen haben, sehr wohl
die Möglichkeit gesehen, dass Sie die Fragen, die Sie noch
haben – größtenteils sind es Wiederholungen –, genauso
stellen, denn bislang habe ich nicht erkannt, dass die Be-
hörden blockiert hätten. Ganz im Gegenteil: Es waren die
Beamten dieses Landes, die den Fall 1999 ins Rollen ge-
bracht haben.

(Lachen bei der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜ-
NE: Das BKA hat die Betriebsprüfer darauf hinge-
wiesen! – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Entschuldigung, wer hat den Fall denn 1999 innerhalb
von einer Woche ins Rollen gebracht? Herr Schmiedel, be-
fassen Sie sich doch einmal mit den Fakten, den Daten, den
Tatsachen und den Zeitabläufen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜ-
NE: Aber nicht erst seit 1999! Vorher!)

– Liebe Frau Dederer, ich kann Ihnen versichern: Wir wer-
den in diesen Fragen – auch in der Frage, was die Justizbe-
hörden zur Einstellung bewogen hat – zu Ergebnissen
kommen. Nur eines dürfen wir nicht verkennen: Wir haben
in diesem Staat eine Gewaltenteilung, und jedes Rechts-
pflegeorgan hat zu seinem Zeitpunkt nach Recht und Ge-
setz zu prüfen.

Jetzt halte ich Ihnen einfach eine Frage entgegen, die wir
bis heute auch nicht beantwortet bekommen haben: Warum
haben denn die Wirtschaftsprüfer diese Dinge nicht festge-
stellt? Warum haben Leasinggesellschaften das nicht fest-
gestellt?

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Dr. Reinhart)

Warum haben all diejenigen, die mit diesen Fällen betraut waren, auch die Banken oder

(Abg. Alfred Haas CDU: Finanzbeamte wie die Frau Dederer!)

zum Beispiel die Finanzbehörden – zur Zeit, als Sie Finanzbeamtin waren, Frau Dederer – diese Punkte nicht festgestellt?

(Beifall bei der CDU – Abg. Alfred Haas CDU: So ist es! Da haben Sie was zurückgehalten, habe ich den Eindruck, Frau Dederer!)

Herr Kollege Maurer nennt in Fragmenten die Erstsemestervoraussetzungen für den Tatbestand des § 263 StGB.

(Zuruf von der CDU: Strafrecht gibts erst im zweiten Semester!)

Ich denke, wir können die Voraussetzungen objektiv nachlesen. Dazu gehört aber noch Weiteres, nämlich dass man erstens die subjektive Absicht erkennt und nachweisen kann und dass zweitens – das ist ja der Folgeschluss – die Justizbehörden, wie Sie es annehmen, Kenntnis gehabt hätten, aber dennoch nicht ermittelten. Dem widerspricht schon die Tatsache, dass sie das Verfahren eingestellt haben. Nach meiner Kenntnis als Angehöriger eines Rechtspflegeorgans kommt es dann zu einer Einstellung, wenn der Nachweis nicht geführt werden kann oder wenn andere Probleme im Raum stehen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Schmiedel: Andere Probleme, genau!)

Deshalb würde ich sagen: Bevor wir den Justizminister hier nach dem Motto der Verantwortlichkeit geißeln, sollten wir erst prüfen, welche Fakten es gibt und warum ein Sachverhalt zur Einstellung geführt hat. Dann können wir die Bewertungen vornehmen. Das ist mein Rat an alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Dann werden wir auch dem hohen Verfassungsorgan gerecht, denn wir sind ein Unterhilfeausschuss des Parlaments. Dieser Würde sollten Sie auch gerecht werden und hier nicht solche Storys von der „schützenden Hand“ und dem „Paradies für Gangster“ erzählen,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

denn das ist etwas, was das Vertrauen in den Rechtsstaat viel mehr erschüttert, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird hier von vornherein festgestellt, die Landesregierung hätte kein Aufklärungsinteresse. Das ist auch heute wiederholt worden.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Den Eindruck erwecken Sie wieder!)

– Frau Dederer, ich bin der Meinung, wir sollten anhand des Verfahrens und auch auf der Basis des Untersuchungsausschussgesetzes sehr wohl aufklären, was es noch aufzuklären gibt. Nur darf ich Ihnen vorhalten, und das sollten wir nicht unterschlagen, dass die Behörden in ihren Stel-

lungnahmen zu zehn Anfragen sehr ausführlich auf Ihre bisherigen Fragen geantwortet haben. Dann stellt sich schon die Frage, ob ein Untersuchungsausschuss der einzige Weg ist, weitere Fragen zu beantworten. Ich sage es noch einmal: Wir haben bisher zehn parlamentarische Anträge mit Dutzenden Fragen gehabt. Diese sind nach meiner Kenntnis und dem, was wir bisher vorliegen haben, sehr ausführlich beantwortet worden.

Darüber hinaus will ich noch kurz auf Ihre Vorhaltungen eingehen. Es wurde vom Kollegen Maurer die Behauptung in den Raum gestellt – sinngemäß –, man habe bei über 60 Ermittlungen, die laufen, keine weitere Aufklärung betrieben. Für uns stellt sich vielmehr die Frage, warum wir nicht abwarten, was aus den Ermittlungsverfahren wird. Denn es ist auf der Basis des Legalitätsprinzips in einem Rechtsstaat sinnvoll, dass man das Endergebnis der Strafverfahren abwartet und dieses dann bewertet – übrigens auch für einen Untersuchungsausschuss. Aber soll ich Ihnen sagen, warum Sie jetzt, bevor die Ermittlungen abgeschlossen sind, den Untersuchungsausschuss einsetzen wollen?

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der Kollege Teßmer weiß wahrscheinlich schon, warum: weil in fünf Monaten Bundestagswahl ist. Das ist der einzige Grund, warum Sie jetzt den Beginn dieses Untersuchungsausschusses haben wollen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Herr Kollege Zeller, ich empfehle Ihnen, heute einen Blick in die „Welt“ zu werfen. Da müssen Sie mit Erschütterung zur Kenntnis nehmen, dass die SPD in den Umfragen auf 34 % abgesackt

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

und die CDU auf über 41 % gestiegen ist. Da müssen Sie sich schon fragen, wer Angst vor dieser Bundestagswahl hat –

(Abg. Kübler CDU: Jawohl!)

wenn ich zu diesem Einwand etwas sagen darf.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Herr Drexler, ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie den Zeitpunkt gerne verschieben würden.

(Abg. Drexler SPD: Ich will überhaupt nichts verschieben!)

– Dann ist es gut.

Richtig ist: Wir haben es hier mit dem größten Betrugsfall der Geschichte zu tun.

(Abg. Drexler SPD: Seit wann?)

Aber, Herr Kollege Drexler, als Anwalt müssten Sie auch wissen, dass für die Frage des Schadens, für die Frage des Verfahrens und auch für die Frage der Sanktion immer noch die Justiz zuständig ist.

(Abg. Drexler SPD: Das ist auch nicht unser Problem!)

(Dr. Reinhart)

Ich glaube, Sie müssen sich schon die Frage stellen: Sind eigentlich diese Taten mit dem Strafmaß von zwölf einhalb Jahren oder jetzt acht Jahren nicht geahndet? Ist Ihnen das Strafmaß zu niedrig?

(Abg. Drexler SPD: Das ist nicht unser Thema gewesen! – Abg. Kaufmann SPD: Der hat noch nicht verstanden, um was es geht!)

– Das ist nicht Ihr Thema. Ich wollte Ihnen nur sagen: Wir müssen uns immer vor Augen halten, wer für ein Ermittlungsverfahren zuständig ist, und wir müssen auch sehen, wer zunächst ein Ermittlungsverfahren durchzuführen und zum rechtskräftigen Abschluss zu bringen hat.

(Abg. Drexler SPD: Und wer das Ermittlungsverfahren nicht durchführt und warum nicht!)

Wenn ein Ermittlungsverfahren nicht durchgeführt wurde, werden wir dieser Frage sauber nachgehen

(Abg. Drexler SPD: Dann ist es gut!)

und werden auch sicherlich die Zeugen vernehmen, die Sachverständigen hören und die Akten beiziehen und Urkunden heranziehen.

(Abg. Drexler SPD: Richtig!)

Nur: Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn gerade Sie, Herr Drexler, als Fraktionsvorsitzender,

(Abg. Wieser CDU: Als Rechtsanwalt!)

als der Sie ja eine wirklich wichtige Aufgabe in diesem Staat haben, nicht wie in den letzten Wochen schon zuvor Interviews geben und Vorverurteilungen aussprechen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Wer ist verurteilt worden? Wer?)

– Gerade Sie haben bei FlowTex Vorverurteilungen vorgenommen. Ich kann Ihnen die Interviews von Ihnen – übrigens sogar mit Bild – zeigen.

(Abg. Drexler SPD: Ja, Gott sei Dank! Ich sehe da gut aus!)

– Das ist sicherlich eine Geschmackssache. Aber es ist wichtig, dass Sie das so empfinden.

(Abg. Blenke CDU: Drexler von seiner besten Seite!)

Herr Drexler, ich kann Ihnen nur empfehlen: Warten Sie die Untersuchungen ab. Schauen Sie sich die Fakten an.

(Abg. Schmiedel SPD: Wo sind die Fakten?)

Lassen Sie uns, wenn wir die Fakten auf dem Tisch haben, die Schlussfolgerungen ziehen. Ich glaube, dann werden wir dem Rechtsstaat gerecht. Dann werden wir auch dem Auftrag eines Untersuchungsausschusses gerecht.

Wir hätten diesen nicht für notwendig erachtet. Wir werden uns ihm aber auch nicht verschließen. Deshalb werden wir nicht dagegen stimmen, sondern wir werden uns der Stimme enthalten. Ich bitte Sie deshalb, in Zukunft auch bei

diesem Instrument entsprechend moderat und verantwortungsbewusst – auch gegenüber den Landesbeamten – mitzumachen. Wir sagen die konstruktive Zusammenarbeit ausdrücklich zu und werden an einer schonungslosen, zügigen Aufklärung mitwirken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sehr schön! Aber die Verurteilung war nicht unser Problem! – Zurufe der Abg. Kaufmann und Schmiedel SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, ich werde die mir zur Verfügung stehende Zeit nicht voll ausschöpfen müssen.

(Lachen des Abg. Kaufmann SPD)

– Warten Sie ab! – Denn das, was ich zu dem Antrag auf Einsetzung und zum Auftrag des Untersuchungsausschusses FlowTex für unsere Fraktion zu sagen habe, bedarf gar nicht so vieler Worte, wie wir gerade von allen Seiten gehört haben.

Deshalb stelle ich zunächst einmal kurz und bündig fest: Die FDP/DVP-Fraktion stimmt der Einsetzung des von der Fraktion der SPD und der Fraktion GRÜNE beantragten Untersuchungsausschusses zu.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Zwar ist dieser Antrag – er mag formuliert sein, wie er will – neben einer ganzen Reihe von wichtigen und berechtigten Fragestellungen, wie wir alle gehört und gespürt haben, dem Grunde nach politisch natürlich eindeutig gegen die amtierende Landesregierung gerichtet. Niemand bestreitet das. Warum auch? In dem Antrag wird auch die Legislaturperiode ab 1992 beleuchtet, und zwar mit den gleichen Fragestellungen: Wie haben Sie sich damals verhalten, als Sie an der Regierung waren?

(Zuruf von der SPD: Logisch!)

Diese Fragestellung richten Sie fairerweise auch an sich selbst. In wesentlichen Punkten stimme ich Ihnen zu. Meine juristischen Erfahrungen liegen allerdings schon eine Weile zurück. Aber ein bisschen verstehe ich auch noch. Man versteht nicht, warum damals ein Betrugsfall, den ich zunächst einmal auch als Betrug eingruppiieren würde – er hat zwar nicht vom Schaden her, aber zumindest in seiner verbrecherischen Energie eine Millionenhöhe umfasst –, im Jahre 1993 oder 1994 eingestellt worden ist. Im Untersuchungsausschuss werden wir uns damit so ausführlich beschäftigen, dass ich das dann so auswendig sagen kann, wie Sie es schon können.

Niemand wird ernstlich bestreiten wollen, dass die Oppositionsfractionen einen solchen Untersuchungsausschuss fordern können und auch durchsetzen können. Zu unserem Koalitionspartner sage ich: Für die die Regierung tragenden Fraktionen wäre es in der Tat üblich und angemessen,

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

(Hofer)

dass sie sich, wenn gewissermaßen ihre Regierung hier angegriffen wird, einem solchen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses nicht entgegenstellen, sondern sich der Stimme enthalten, wie das ja auch von der CDU-Fraktion begründet worden ist.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommen wir auf den Punkt! Sehr gut!)

Wenn wir dennoch ausdrücklich zustimmen, dann deshalb, weil es im Vorfeld dieses Antrags – das haben wir alle ja jetzt augenscheinlich erfahren können – wilde und ungeheuerliche Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der Landesregierung gegeben hat, die in der Öffentlichkeit verbreitet wurden, wie üblich in der Öffentlichkeit stehen und, wie wir auch wissen, meist hängen bleiben. Wenn man überhaupt einen Ansatz haben will, um dem erfolgreich entgegenzutreten, dann bedarf es in der Tat dieses Untersuchungsausschusses.

Unsere Fraktion hat mich für diesen Ausschuss in der Erwartung vorgeschlagen, dass ich mich dort um eine umfassende Aufklärung der Vorgänge, die ich nicht alle wiederholen will, kümmern werde. Das ist ja in einer Tatbestandszusammenfassung – „Ihr Auftritt, Al Mundy!“ – wunderbar vorgeführt worden. Ich will mich aber mit aller Kraft und nach bestem Wissen und Gewissen für diese Aufklärung einsetzen. Dazu habe ich den Auftrag meiner Fraktion.

Als Teil dieser Verpflichtung – hoffentlich nicht nur für mich – sehe ich es aber an, dass vor diesem Untersuchungsausschuss und außerhalb dieses Untersuchungsausschusses Wertungen, Kommentare oder gar Spekulationen zurückzuhalten sind. Ein anderweitiges Verhalten, meine Damen und Herren, steht in aller Regel in einem umgekehrten Verhältnis zur Glaubhaftigkeit eines angeblich unvoreingenommenen Aufklärungswillens.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Eines hat mich doch ein bisschen amüsiert, Herr Maurer. Ich habe in der „Stuttgarter Zeitung“ vom 15. Februar dieses Jahres unter der Überschrift „Im Vorfeld will sich jeder profilieren“ gelesen, Herr Maurer, dass Sie ausgeführt haben, für diesen Ausschuss stünden seitens der SPD-Fraktion „erfahrene Haudegen“ bereit.

(Abg. Reichardt CDU: Sein letztes Gefecht!)

Nun ist es kein Fehler, wenn man in einen solchen Untersuchungsausschuss Erfahrung einbringt.

(Abg. Schmiedel SPD: Was sind Sie denn für einer? – Abg. Drexler SPD: Sie sind doch ein liberaler Haudegen, oder nicht?)

– Ich sage: Es ist kein Fehler, wenn in einen solchen Untersuchungsausschuss eine gewisse Erfahrung einzieht. Furchtlose und unerschrockene Aufklärung ist kein Schaden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Deshalb schicken wir unsere Besten!)

Ich möchte aber doch darauf hinweisen – damit uns allen das geläufig bleibt –, dass zwischen Hauen und Aufklären-Wollen zumindest manchmal eine unüberbrückbare Unvereinbarkeit besteht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dies sollte man sich bei dem Wort Haudegen immer vor Augen halten.

Im Übrigen frage ich auch: Warum sollte man sich nicht auch in einem solchen Ausschuss durch gute Arbeit profilieren wollen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

zumal wenn man die eigene Karriere noch nicht ganz zu Ende wähnt?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Was wollen Sie denn noch werden, Herr Hofer? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Sie wissen, wen ich gemeint habe.

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Nein!)

– Dann sage ich es Ihnen nachher bei einer Tasse Kaffee.

Diese Profilierung sollte aber bitte – das unterstelle ich – durch eine gute, unvoreingenommene Arbeit erfolgen.

Wir werden in diesem Untersuchungsausschuss – das wurde vorhin gesagt – viel Zeit und viel Kraft aufbringen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist wahr!)

Dazu gehört, dass man ökonomisch und nach Prioritäten vorgeht. Das möchte ich schon gern sagen.

Es mag möglicherweise – dafür spricht einiges – gravierendes Fehlverhalten gegeben haben. Ich habe überhaupt keine Probleme damit, es auch zu sagen, wenn eine Behörde nicht nur geschlampt hat, sondern erkennbar Fehlverhalten gezeigt hat. Es wäre doch lächerlich, wenn wir das nicht sagen könnten. Aber es gehören Prioritäten zur Arbeit im Ausschuss. So wichtig es ist, Fehlverhalten bei den Behörden aufzudecken – die Aufdeckung von etwaigem fehlerhaftem Verhalten von Mitgliedern der Landesregierung hat ganz sicherlich Vorrang.

Deshalb werde ich in diesem Ausschuss meine ganze Kraft dafür einsetzen, dass dort solche Vorwürfe nicht irgendwann einmal behandelt werden, sondern, wie es der Priorität entspricht, an allererster Stelle. Darauf haben die Betroffenen und die interessierte Öffentlichkeit einen Anspruch.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Blenke CDU: Es ist doch schon alles gesagt! – Weitere Zurufe von der CDU)

Abg. Heike Dederer GRÜNE: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem verehrter Kollege Reinhart!

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Reinhart CDU: Es freut mich, dass Sie mich verehren!)

Sie werfen uns vor, wir würden die Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit einem Verdacht begründen. Verehrter Kollege Reinhart,

(Abg. Wieser CDU: Professor! So viel Zeit muss sein!)

wenn wir alles wüssten, bräuchten wir keinen Untersuchungsausschuss.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist doch das Normalste von der Welt: Man hat einen Verdacht und setzt einen Untersuchungsausschuss ein.

(Abg. Zimmermann CDU: Ich habe auch einen Verdacht! – Heiterkeit)

– Ja. Unser Verdacht, verehrter Herr Kollege, wird aber durch 63 laufende Ermittlungsverfahren begründet.

Meine Damen und Herren, man hatte bei Ihrer Rede den Eindruck, als wäre hier gar nichts passiert. Das stimmt einfach nicht.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Entweder ignorieren Sie die Vorkommnisse der letzten 14 Jahre – so viele sind es seit 1988 –, oder Sie haben kein Interesse an einer Aufklärung. Wenn ich mich richtig erinnere, gab es vonseiten der CDU nie einen diesbezüglichen Antrag. Sie hatten nie irgendetwas zu hinterfragen. Ich bin einmal gespannt, wie Sie sich in diesem Untersuchungsausschuss beteiligen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Wir verstehen die Abläufe!)

Sie können Ihr Angebot zur Zusammenarbeit in der Tat unter Beweis stellen.

Es geht nicht um die Ermittlungen, verehrter Kollege Reinhart. Sie haben uns geraten, die Ermittlungsverfahren abzuwarten. Das ist doch völliger Blödsinn! Wer weiß denn, wie lange diese 63 Ermittlungsverfahren laufen?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Werfen Sie einmal einen Blick ins Untersuchungsausschussgesetz! Dort können Sie es nachlesen!)

– Verehrter Kollege, ich weiß, dass wir bei laufenden Ermittlungsverfahren teilweise geschwärzte Akten erhalten. Trotzdem erhoffen wir uns auch aus diesen Akten und natürlich aus der Anhörung Beteiligter entsprechende Erkenntnisse. Dennoch rate ich Ihnen auch hier noch einmal, die Fragen in unserem Untersuchungsauftrag zu lesen.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Von euren sind nicht mehr viele übrig geblieben! Nur noch zwei!)

Diese haben beispielsweise nichts zu tun mit irgendwelchen Schuldfragen der Herren Schmider, sondern da geht es eben ganz konkret um die Frage, ob die Politik Einfluss genommen hat und ob unsere Justiz und unsere Steuerverwaltung funktionieren. Hier hat dieses Parlament schon die Aufgabe, auch seine Kontrollfunktion wahrzunehmen und zu überprüfen, ob die Justiz in unserem Land und die Steuerverwaltung funktionieren. Ich verwahre mich dagegen, dass mir hier pauschale Verurteilungen unterstellt werden. Das ist nicht der Fall. Aber es ist unsere Aufgabe, herauszufinden, ob in unserer Verwaltung Versagen festzustellen ist. Ich bekomme Zuschriften von Steuerbeamten, die darum bitten, hier Aufklärung zu betreiben, weil sie Angst haben, dass auch sie in einem schlechten Licht stehen bleiben, wenn solche Betrugsfälle nicht aufgeklärt werden. Das ist auch unsere Intention für diesen Untersuchungsausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

(Abg. Drexler SPD: Das ist doch ganz und gar ungewöhnlich, dass die Regierung bei der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses redet! Wo sind wir denn?)

– Aber korrekt, Herr Kollege Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Herr Mayer-Vorfelder hat das einmal gemacht! – Weiterer Zuruf von der SPD: Will er auch mitmachen?)

Finanzminister Stratthaus: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu den Anträgen der SPD und der Grünen muss ich einige Unrichtigkeiten klarstellen

(Abg. Drexler SPD: Das ist überhaupt nicht Aufgabe der Regierung!)

und auch einiges, was verdreht und falsch gesagt worden ist, richtig stellen.

Die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist dann angebracht, wenn politische Missstände auf andere Art und Weise – so ist es festgelegt – nicht aufgeklärt und behoben werden können.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Beurteilt jetzt die Regierung, ob es gerechtfertigt ist, dass das Parlament einen Untersuchungsausschuss einsetzt? Das steht der Regierung wirklich nicht zu!)

Von politischen Missständen irgendwelcher Art, die der Aufklärung bedürfen oder behoben werden müssen, kann im Fall FlowTex aber auch nicht ansatzweise die Rede sein. Insofern hat der Kollege Maurer ja bereits den Rückzug angetreten.

(Abg. Drexler SPD: Was hat er?)

Er hat wiederholt – ich konkretisiere es – von „schützenden Händen der Politik“ im Fall FlowTex gesprochen. Er konnte diesen Vorwurf nicht aufrechterhalten.

(Minister Stratthaus)

(Abg. Drexler SPD: Das wird erst der Untersuchungsausschuss erbringen!)

Er hat dann in einer bereits erheblich abgeschwächten Form die Frage in den Raum gestellt, ob es sich im Fall FlowTex um einen Fall von „geschickt verdeckter Intervention auf politischer Seite“ gehandelt habe. Sie sehen, ein ganz klarer Rückzug, nachdem man sich zu weit aus dem Fenster gelehnt hatte.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maurer, nach allen mir vorliegenden Informationen im Fall FlowTex bin ich der festen Überzeugung, dass Sie auch diesen Vorwurf werden zurücknehmen müssen.

(Abg. Drexler SPD: Dass eine Regierung die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses qualifiziert beurteilt, ist ein einmaliger Vorgang!)

Wie bei dem von Ihnen erhobenen Vorwurf der „schützenden Hände“ wird sich auch diese Behauptung mangels entsprechender Fakten in Luft auflösen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist Aufgabe des Untersuchungsausschusses!)

Keine der Beamtinnen und keiner der Beamten, die mit dem Fall FlowTex zu tun hatten, hat jemals die Behauptung aufgestellt, im Fall FlowTex sei politischer Einfluss auf die Arbeit der Landesbehörden ausgeübt worden.

Nachdem der Versuch, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Fall FlowTex mit „schützenden Händen in der Politik“ zu begründen, von vornherein zum Scheitern verurteilt war, wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses seitens der SPD nun damit begründet – ich zitiere –, dass „die Landesregierung ganz offenkundig kein eigenes Aufklärungsinteresse hat und bis zur Stunde nicht bereit ist, von sich aus die Rolle von Justiz- und Finanzbehörden in der FlowTex-Affäre vollständig aufzuklären“.

Meine Damen und Herren, dies ist nicht wahr. Es ist nicht wahr, dass die Regierung nicht alles unternommen habe, um diesen sehr komplexen Fall aufzuklären. Zunächst einmal hat das Finanzministerium von sich aus, ohne dass es irgendeines politischen Drucks von den Grünen oder der SPD bedurft hätte, die Insolvenzverwalter der FlowTex-Gruppe um Befreiung vom Steuergeheimnis gebeten – solche rechtsstaatlichen Fragen scheinen Sie aber nicht zu interessieren –, um die zahlreichen parlamentarischen Anträge, die aus Ihren Reihen gestellt worden sind, überhaupt beantworten zu können. Finanzministerium und Justizministerium haben zwischenzeitlich mehr als zehn parlamentarische Anträge,

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir!)

die Dutzende von Fragen enthielten, ausführlich und gründlich beantwortet. Dabei wurden von der Regierung auch über die Fragestellung hinausgehende Zusammenhänge dargestellt.

Nachdem nun alle Fragen, die Sie der Regierung bislang gestellt haben, beantwortet wurden, sehe ich für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses keinerlei Bedarf.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Finanzminister Stratthaus: Nein, ich gestatte keine Zwischenfragen. Ich will hier unseren Standpunkt darlegen.

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Drexler SPD)

Falls Ihnen zum Fall FlowTex noch weitere Fragen eingefallen wären – –

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Minister.

(Abg. Drexler SPD: Unglaublich!)

Finanzminister Stratthaus: Falls Ihnen zum Fall FlowTex noch weitere Fragen eingefallen wären, hätte die Regierung diese selbstverständlich beantwortet.

Die im Untersuchungsauftrag enthaltenen Fragestellungen zeigen auch ganz deutlich, dass Ihr Vorrat an Fragen offensichtlich aufgebraucht ist, nachdem die Regierung zu allen

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber das zu beurteilen steht Ihnen nicht zu!)

– regen Sie sich doch nicht so auf –

(Unruhe)

relevanten Sachverhalten in diesem komplexen Fall Stellung genommen hat.

(Abg. Schmid SPD: Vielleicht für Sie!)

Die von Ihnen formulierten Fragen – –

(Unruhe)

Frau Präsidentin, könnten Sie einmal für mehr Ruhe sorgen, damit man hier auch etwas vortragen kann.

(Große Unruhe und Zu- und Gegenrufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Sie machen hier einen Stil, der unmöglich ist! Ihr Lachen nützt Ihnen da auch nichts!
– Abg. Kretschmann GRÜNE: Wir sind doch kein Anhängsel der Regierung! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Minister!

Finanzminister Stratthaus: Diese von Ihnen formulierten Fragen sind deshalb nur eine Wiederholung von Fragen, die Sie bereits im Rahmen der parlamentarischen Anträge gestellt haben

(Abg. Drexler SPD: Sie sitzen auf der Anklagebank!)

(Minister Stratthaus)

und die Ihnen alle miteinander bereits beantwortet worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Lesen Sie doch mal Ihre parlamentarischen Antworten! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Wenn SPD und Grüne der Regierung dennoch mangelhafte Aufklärung vorwerfen,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

stellt sich mir die Frage, ob sich die Opposition überhaupt der Mühe unterzogen hat, die umfangreichen Antworten zu lesen.

(Abg. Drexler SPD: Das ist eine Unverschämtheit!
– Abg. Dr. Caroli SPD: Ein Skandal! – Weitere Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang lässt sich das Phänomen der „selektiven Wahrnehmung“ feststellen. Vorhin ist schon gesagt worden, dass wir im Fall Thüringen zwei Aussagen haben. Herrn Maurer hat es aber beliebt, nur eine der Aussagen heranzuziehen. Die andere hat er überhaupt nicht genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, hier wird klar, dass es der SPD im Fall FlowTex nicht um seriöse Aufklärung, sondern um politische Stimmungsmache geht.

Nur nebenbei möchte ich erwähnen, dass die Regierung die Aussagen der beiden Erfurter Steuerfahnder unaufgefordert mitgeteilt hat und nicht etwa auf Druck der SPD-Landtagsfraktion, wie verschiedentlich behauptet worden ist.

Die Aufklärungsarbeit meines Hauses hat sich aber nicht nur auf eine schriftliche Beantwortung der zahlreichen parlamentarischen Anträge beschränkt.

(Abg. Drexler SPD: Seit wann haben Sie ein Haus? Das ist das Finanzministerium Baden-Württemberg und nicht Ihr Haus! – Abg. Fleischer CDU: Das heißt so, Herr Drexler! – Abg. Dr. Steim CDU: Ein Schloss! – Abg. Drexler SPD: Wenn überhaupt, dann ist es unser Haus, aber nie Ihr Haus! – Anhaltende Unruhe)

– Es ist eine übliche Redewendung, die in aller Welt benutzt wird, dass ein Minister, wenn er sein Ressort meint, von „seinem Haus“ spricht.

(Abg. Drexler SPD: Ach so!)

Selbstverständlich wurden zu den vielschichtigen und verzweigten – Sie scheinen sehr nervös zu sein –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Ich bin überhaupt nicht nervös!)

Sachverhalten auch die jeweiligen Beamten gefragt, soweit dies möglich gewesen ist. Ohne die Auskünfte und Erläuterungen der handelnden Beamten und Beamtinnen wäre eine sinnvolle und zusammenhängende Darstellung nicht möglich gewesen.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu einer weiteren Ungeheuerlichkeit, die vorhin angesprochen worden ist und die zeigt, wie Sie mit dem Rechtsstaat umgehen.

(Abg. Teßmer SPD: Die Exekutive hat überhaupt nichts zu sagen! Es wird erst ermittelt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe bitten. Der Herr Minister hat das Wort.

Finanzminister Stratthaus: Eine förmliche – –
(Anhaltende Unruhe)

Vorhin hat mir Frau Dederer vorgeworfen, ich hätte bei der letzten Diskussion geschwiegen. Aber jetzt, wenn ich unseren Standpunkt darstelle, habe ich nichts zu sagen. Was soll ich denn jetzt eigentlich machen?

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Finanzminister Stratthaus: Nein, ich gestatte keine Zwischenfragen.

(Lebhafte Unruhe)

Die Damen und Herren sollen zuhören.

(Abg. Drexler SPD: Er kann ja auch nicht auf Fragen antworten, weil er alles abliest, was ihm seine Schreiberlinge aufgeschrieben haben!)

Die Damen und Herren sollen zuhören, damit sie erfahren, wie die Dinge liegen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das können Sie alles im Untersuchungsausschuss sagen!)

Herr Drexler, Sie können hier jeden Unsinn sagen ohne jede Folge. Ich muss mich aber an die Fakten halten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Werden Sie nicht unverschämt! Sprechen Sie doch über die Kreissparkasse Schwetzingen! Da waren Sie doch Verwaltungsratsvorsitzender!)

Eine förmliche Befragung der im Fall FlowTex als Hauptakteure handelnden Betriebsprüfer und Steuerfahnder zu den in den Landtagsanfragen angesprochenen Vorgängen kann allerdings nicht in Betracht kommen.

(Abg. Drexler SPD: Eine unmögliche Rede! Er liest schon alles vor! – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Denn wegen der gegen diese Beamten laufenden strafrechtlichen – –

(Abg. Drexler SPD: Das soll doch der Ausschuss machen!)

– Jetzt hören Sie einmal genau zu.

(Abg. Drexler SPD: Wir hören genau zu!)

(Minister Stratthaus)

Herr Maurer hat hier locker gesagt, wir hätten diese Beamten befragen sollen, und die hätten gesagt, sie wollten nichts sagen. Dann wären wir zufrieden gewesen.

(Abg. Drexler SPD: Das war die Antwort!)

Das ist ein schlimmer Umgang mit dem Rechtsstaat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Denn wegen der laufenden strafrechtlichen Ermittlungsverfahren gegen diese Beamten, die im Wesentlichen die gleichen Sachverhalte betreffen wie die Landtagsanfragen, haben diese Beamten ein umfassendes Auskunftsverweigerungsrecht. Das haben sie natürlich auch in Anspruch genommen. Das ist ein rechtsstaatlicher Grundsatz; damit müssen Sie sich abfinden.

(Abg. Drexler SPD: Sie können aber schreiben, ob sie überhaupt dort waren!)

Ich möchte an dieser Stelle auch nachdrücklich in Erinnerung rufen, dass es nach Artikel 20 Abs. 2 des Grundgesetzes allein Aufgabe der Staatsanwaltschaft und der Gerichte – nicht aber der Regierung – ist, die gegen einzelne Betriebsprüfer und Steuerfahnder erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe zu klären. Solange die Verfahren nicht abgeschlossen sind, gilt auch für diese Personen die Unschuldsvermutung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Richtig! – Abg. Blenke CDU: So ist es!)

Aus den Reihen der SPD ist noch der Vorwurf erhoben worden, die Landesregierung habe bei der Beantwortung der parlamentarischen Anträge zum Fall FlowTex auf Zeit gespielt. Zum einen möchte ich hier festhalten, dass alle Anträge rechtzeitig – rechtzeitig! – beantwortet worden sind.

(Abg. Drexler SPD: Mit Zeitverlängerung! Jede mit Verlängerung!)

Zum anderen möchte ich darauf hinweisen, dass ich und meine Fachabteilung den Fall nicht aus eigener Anschauung kennen, sodass mein Haus zur Beantwortung der in den Anfragen gestellten Fragen vollständig auf die umfangreiche Berichterstattung der Oberfinanzdirektion Karlsruhe und der Staatsanwaltschaften angewiesen ist. Eine schnellere Beantwortung Ihrer zahlreichen Fragen, die einen Sachverhaltskomplex betreffen, der sich über einen Zeitraum von zehn Jahren erstreckt, war deswegen schlicht und einfach unmöglich.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht erkennen, was die Regierung noch hätte unternehmen können, um den Fall weiter aufzuklären.

(Abg. Teßmer SPD: Das sagen Sie dann im Ausschuss!)

– Ja, im Ausschuss wird das geklärt werden.

(Zurufe von der SPD)

Wir sehen der Sache mit Ruhe entgegen. Ich werde Ihnen nachher noch sagen, warum Sie den Ausschuss wollen. Sie wollen ihn doch nicht wegen der Aufklärung.

(Abg. Drexler SPD: Ja, natürlich!)

Denn die Aufklärung ist seitens der Regierung durch die Antworten auf die zahlreichen Anträge schon erfolgt,

(Abg. Drexler SPD: Das stimmt ja nicht! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Natürlich!)

und die Staatsanwaltschaft und die Gerichte sind derzeit damit befasst.

Wie ist nun meine Auffassung zur Arbeit der Steuerbehörden in diesem Fall? Es ist übrigens interessant: Am Anfang war immer von der Politik die Rede, heute nur noch von den Behörden. Das ist ganz interessant.

Eine Bewertung der Arbeit der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung kann weder von der Regierung noch vom Untersuchungsausschuss vorgenommen werden, solange die anhängigen Strafverfahren nicht abgeschlossen sind.

(Abg. Drexler SPD: Das werden wir sehen!)

Ich möchte aber betonen, dass es letztlich die Karlsruher Betriebsprüfer waren – das muss ich im Interesse dieser Leute sagen –, die bei der dritten Prüfung der FlowTex-Gruppe in den Jahren 1999 und 2000 aus eigener Initiative den größten Betrugsfall der deutschen Wirtschaftsgeschichte aufgeklärt haben. Sie haben ihn aufgedeckt und haben damit weiteren Schaden verhindert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Und was war mit den vorhergehenden Prüfungen? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Das waren SPD-Leute!)

Nur den gründlichen Recherchen dieser Prüfer ist es zu verdanken, dass eine bereits vollständig gezeichnete Anleihe der Firma FlowTex – auch das ist ganz wichtig – in dreistelliger Millionenhöhe nicht zur Auszahlung gelangte und damit in letzter Minute verhindert wurde, dass viele Bürger dieses Landes und der Bundesrepublik Deutschland geschädigt worden sind.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Nun geht es weiter. Bei der Bewertung der Arbeit der Steuerbehörden und der Staatsanwaltschaften des Landes sollte man in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen – Sie schreien immer, wenn man das sagt; es muss aber gesagt werden –, dass sich zahlreiche Großbanken, um deren Geld es ging, zahlreiche Leasinggesellschaften, eine der renommiertesten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt, viele andere Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Ratingagenturen über viele Jahre von der kriminellen Energie dieser Herren täuschen lassen. Es war ein ganz raffiniert angelegtes Netz. Viele höchst bezahlte Leute, die eigentlich für ihr eigenes Geld kämpfen sollten, haben sich betrügen lassen.

Natürlich kann bei einer Ex-post-Betrachtung nicht ausgeschlossen werden, dass in einem so komplexen Fall, bei

(Minister Stratthaus)

dem auch zahlreiche Spuren ins Ausland führen, Ungeschicklichkeiten oder auch Fehler vorgekommen sind. Dies wird nach allem menschlichen Ermessen in vergleichbaren Fällen dieser Größenordnung auch in Zukunft nicht auszuschließen sein.

(Abg. Wintruff SPD: Jetzt hören Sie doch einmal auf!)

Meine Damen und Herren, Sie sollten aber nicht vergessen, dass es die Finanz- und Justizbehörden waren, die den Fall aufgedeckt haben. Vor diesem Hintergrund ist eine pauschale Verurteilung aller Beamtinnen und Beamten dieser Behörden einfach unmöglich, zum Beispiel die, „dass es im Fall FlowTex eine unglaubliche Schlaperei gegeben habe“, wie ich gelesen habe. Liebe Frau Dederer, wenn die Grünen nicht einmal in der Lage sind, bei ihrem Landesparteitag die einfachsten Rechenoperationen durchzuführen,

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den Grünen)

um die Anzahl der Delegierten festzustellen, dann müssen Sie doch zugestehen, dass in einem Fall dieser Dimension auch einzelne Fehler vorkommen können.

(Zurufe von den Grünen)

Sofern sich einzelne Beamte, meine Damen und Herren – jetzt hören Sie ganz genau zu –, . . .

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Ihr habt ja schon drei Positionen gewählt gehabt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, ich darf um mehr Ruhe bitten.

Finanzminister Stratthaus: . . . im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Falles strafbar gemacht haben sollten, werden die entsprechenden strafrechtlichen und disziplinarrechtlichen Konsequenzen gezogen werden. Ich selbst habe als oberster Dienstherr der Steuerverwaltung das größte Interesse daran,

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

dass die gegen einzelne Prüfer und Steuerfahnder erhobenen Vorwürfe vor allem auch im Interesse dieser Menschen lückenlos aufgeklärt werden.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wenn man das schon abliest!)

Auch wenn es für mich und für die Steuerverwaltung sehr ärgerlich und bedauerlich wäre, kann ein Fehlverhalten eines einzelnen Bediensteten leider nie völlig ausgeschlossen werden. Hier würde es sich dann aber um einen Fall von individueller Schuld handeln, die außer dem Beteiligten selbst niemandem anderen angelastet werden kann.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal zusammenfassen:

(Abg. Schmiedel SPD: Das langt! – Unruhe)

Sie wollen die Politik in den Fall hineinziehen.

(Abg. Drexler SPD: Die ist drin! Nach dieser Rede ist sie drin!)

Das wird nicht gelingen, weil die Politik mit diesem Fall nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Nach dieser Rede ist sie drin!)

Sie verbrauchen Kraft, Arbeitszeit und Geld. Das wäre nicht schlimm.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber es ist ganz schlimm, was Sie mit unseren Beamtinnen und unseren Beamten machen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was? – Unruhe)

Ich darf hier das Organ der Deutschen Steuer-Gewerkschaft zitieren.

(Unruhe)

– Ich muss zitieren, wie die Deutsche Steuer-Gewerkschaft die ganze Sache sieht.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Zuhören!)

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft schreibt:

Seit vielen Wochen stehen die Betriebsprüfer im FlowTex-Betrugsskandal im Kreuzfeuer der Medien, aber auch mancher voreiliger Politiker. Ausgelöst durch die (Schutz-)Behauptungen so ehrenwerter Mitglieder unserer Gesellschaft wie der verurteilten Betrüger Manfred Schmider und Klaus Kleiser müssen die direkt betroffenen Kollegen, darüber hinaus aber auch die Finanzverwaltung allgemein immer und immer wieder die einseitigen Vorwürfe über sich ergehen lassen.

Sie haben die Herren Schmider und Kleiser zu Ihren Kronzeugen erhoben.

(Abg. Drexler SPD: Wer? Was haben wir?)

Mehr ist dazu nicht zu sagen.

(Lebhafte Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nach dieser Rede ist die Politik voll drin im Ausschuss! Peinlich!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 13/808.

Hierbei handelt es sich um den Antrag einer qualifizierten Minderheit. Der Antrag ist von zwei Fraktionen unterzeichnet. Der Landtag ist deshalb nach Artikel 35 Abs. 1 der Landesverfassung rechtlich zur Annahme des Antrags verpflichtet.

Wer dem Antrag Drucksache 13/808 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

(Abg. Wieser CDU: Warum muss man darüber überhaupt noch abstimmen, wenn man zur Annahme verpflichtet ist?)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Wir wählen zunächst die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses. Es ist vorgeschlagen, dass dem Untersuchungsausschuss zwölf ordentliche und zwölf stellvertretende Mitglieder angehören sollen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen liegt Ihnen vor (*Anlage*).

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich fest, dass das Haus die vorgeschlagenen Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern gewählt hat. – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Wahl des Vorsitzenden. Nach § 6 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der SPD-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr trickreich gemacht!)

Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Frieder Birzele vor.

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Wer Herrn Abg. Birzele zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Wieser CDU: Der Multifunktionär!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? –

(Abg. Drexler SPD: Habt ihr wieder Angst? – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Trickser sind Sie!)

Herr Abg. Birzele wurde mehrheitlich zum Vorsitzenden gewählt.

Herr Abg. Birzele, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Birzele SPD: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Wir haben nun den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht dafür steht der CDU-Fraktion zu. Sie schlägt Herrn Abg. Dr. Stefan Scheffold vor. Wer Herrn Abg. Dr. Scheffold zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Herr Dr. Scheffold ist damit einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Ich frage Sie, Herr Abg. Dr. Scheffold, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Dr. Scheffold CDU: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Ich danke Ihnen.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz – Drucksache 13/805

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Die SPD-Fraktion wünscht fünf Minuten Redezeit zur Begründung.

(Abg. Fischer SPD: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte sehr, Herr Abg. Fischer.

Abg. Fischer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen unserer Fraktion darf ich beantragen, dass zu diesem Tagesordnungspunkt der Herr Ministerpräsident herbeigerufen wird. Da wir die Zuwanderungsdebatte für wichtig halten und der Bundesrat am 22. März über das Zuwanderungsgesetz abstimmt, ist es notwendig, dass der Herr Ministerpräsident an dieser Debatte teilnimmt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Abstimmen!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Können wir bitte einmal feststellen, ob der Herr Ministerpräsident im Hause ist?

(Unruhe – Abg. Drexler SPD: Das ist doch nicht die Frage! Sag einmal! – Zurufe von der SPD: Abstimmen!)

– Es ist Abstimmung gewünscht. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Heiterkeit und Unruhe bei der SPD – Beifall bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Das Erstere war die Mehrheit! Eindeutig! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass die Mehrheit nicht eindeutig war.

(Lebhafte Unruhe bei der SPD und den Grünen – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist eine Frechheit! – Abg. Drexler SPD: Unglaublich! Hier wird manipuliert, dass es nur so raucht! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, wir werden diese Abstimmung wiederholen.

(Anhaltende lebhafte Unruhe – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist unwürdig! Wo sind wir eigentlich? – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf zunächst einmal um Ruhe bitten.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Wir werden diese Abstimmung wiederholen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Fischer SPD zur SPD und zu den Grünen:
Stimmen, stimmen, stimmen!)

Wer stimmt dagegen? –

(Ministerpräsident Teufel betritt den Plenarsaal. –
Lebhafte Heiterkeit bei der CDU – Große Unruhe
– Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, der Antrag hat sich erledigt.

(Heiterkeit – Abg. Drexler SPD: Ohne Trickserie!
– Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich darf um Ruhe bitten, damit wir in der Sitzung fortfahren könnten.

Die SPD wünscht fünf Minuten Redezeit für die Begründung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darüber hinaus ist abzuklären, ob von den Fraktionen Redezeiten für eine Aussprache gewünscht werden. Wenn ja, schlage ich fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache vor. Sind Sie damit einverstanden? – Dies scheint der Fall zu sein.

(Abg. Drexler SPD: Der Ministerpräsident soll wieder gehen! Die Mehrheit hat dagegen gestimmt!)

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass der Herr Ministerpräsident zu dieser wichtigen Debatte gekommen ist. Trotzdem möchte ich zu der heute Morgen erfolgten Abstimmung zur Geschäftsordnung eine Vorbemerkung machen. Sie haben dem parlamentarischen Ablauf leider einen schlechten Dienst erwiesen, als Sie es abgelehnt haben, Punkt 1 und den jetzt aufgerufenen Punkt 5 der Tagesordnung zusammenzunehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, Sie haben dadurch einen sonst doch sehr besonnenen Menschen wie mich zu vielen Zwischenrufen herausgefordert

(Abg. Pfister FDP/DVP: Weittragende!)

und den Kollegen Pfister in der Folge zu einer etwas brüskten Antwort.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich bitte um Entschuldigung!)

Aber nun zum Inhalt. Die Regierungskoalition von SPD und Grünen in Berlin hat mit dem im Bundestag in der letzten Woche verabschiedeten Gesetz das Ziel erreicht, die Interessen der Wirtschaft zu verfolgen, unseren humanitären Verpflichtungen gerecht zu werden und die neue Migrationspolitik gemeinsam mit den Menschen, den Einheimi-

schen und den Zuwanderinnen und Zuwanderern, zu gestalten. Dieser Entwurf wurde von der Wirtschaft auch im Land Baden-Württemberg, beispielsweise vom Präsidenten der IHK Stuttgart, Dr. Baumann, und von den Gewerkschaften begrüßt, und zwar gerade auch aufgrund der realisierten Zielsetzung, dass die Beschäftigung und die Qualifizierung der hier lebenden Deutschen und bevorrechtigten Arbeitnehmer Vorrang vor einer Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte haben.

Ich habe Verständnis dafür, dass zwischen Bund, Ländern und Kommunen darüber gestritten wird, wer die Kosten notwendiger Integrationsmaßnahmen zu tragen hat. Ich bitte Sie aber, sich zu erinnern, dass die Regierung Kohl die Förderung der Integrationsmaßnahmen für Aussiedler drastisch reduziert hat. Die jetzige Bundesregierung hat die zur Verfügung gestellten Mittel um über 60 % erhöht, bei einer gleichzeitig gesunkenen Zahl an Aussiedlern, pro Kopf also mehr als verdoppelt. Die frühere Bundesregierung hat es abgelehnt, bei anderen Zuwanderern Kosten von Integrationskursen oder Ähnlichem zu übernehmen. Nehmen Sie deshalb bitte zur Kenntnis, dass der Bund jetzt bei den vorgesehenen Orientierungs-, Basis- und Aufbaukursen die Kosten für die Orientierungs- und Basiskurse und damit mehr als die Hälfte der Kosten solcher Integrationsmaßnahmen übernimmt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aufgrund eines Änderungsantrags heißt es jetzt zusätzlich: „Für die Teilnahme am Integrationskurs kann unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit ein angemessener Kostenbeitrag erhoben werden.“ Der Entwurf eines Integrationsgesetzes der Landesregierung hingegen führte zu den Kosten aus – ich zitiere –:

Die Kosten für die Belegung des Integrationskurses sollen grundsätzlich vom Kursteilnehmer getragen werden.

Meine Damen und Herren, die Kosten sind jedoch nicht der eigentliche Grund für die Kontroverse, was schon daran ersichtlich wird, dass die CDU/CSU vor den abschließenden Beratungen im Deutschen Bundestag die Konsensgespräche abgelehnt hat und dass Innenminister Schönbohm aus Brandenburg eine Zustimmung zum Gesetzentwurf offensichtlich ausschließt – obwohl die Forderungen Brandenburgs erfüllt wurden –, weil sonst die CDU gespalten würde.

Ich kann nicht auf alle Kritikpunkte eingehen, will aber zu drei von Ministerpräsident Teufel als sehr wesentlich angeführten Stellung nehmen. Vorweg will ich jedoch darauf verweisen, dass Ministerpräsident Teufel im Bundesrat behauptet hat, dass das Gesetz die Zuwanderung nach Deutschland massiv erhöhen werde, während es – ich zitiere – „die genau gegenläufige Tendenz in den meisten anderen EU-Staaten“ gebe. Diese Aussage ist in doppeltem Sinn falsch. Ich frage mich nur, warum die Landesregierung, wenn dies richtig wäre, den Bundesinnenminister so entschieden aufgefordert hat, hinsichtlich dieser Frage die Einführung des Mehrheitsprinzips in der Europäischen Union zu verhindern.

(Birzele)

Nun im Einzelnen zu den von Herrn Teufel kritisierten Punkten. Ich zitiere:

Besonders das Aufenthaltsrecht bei nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung hebt das Grundgefüge des deutschen Asylrechts aus den Angeln und wird die Bleiberechtsquote massiv erhöhen.

Abgesehen davon, dass auch diese Behauptung falsch ist, zitiere ich hierzu die Stellungnahme des Kommissariats der Deutschen Bischöfe:

Insbesondere die Berücksichtigung nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung . . . (kommt) den kirchlichen Forderungen entgegen.

(Zuruf von der CDU: Das mag schon so sein, ist aber trotzdem nicht richtig!)

Ich zitiere zusätzlich aus der heutigen Presseerklärung des Bischofs der Evangelischen Landeskirche in Baden, Dr. Fischer:

Die Anerkennung der so genannten nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgung sei ein längst überfälliger Schritt Deutschlands zur Anpassung seiner Rechtslage an die übliche Praxis in den anderen EU-Staaten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Zweiter Punkt: Ministerpräsident Teufel kritisiert scharf die Aufnahme einer Härtefallklausel. Auch hierzu die Stellungnahme des Kommissariats der Deutschen Bischöfe:

Insbesondere . . . die Aufnahme einer Härtefallklausel – § 25 Abs. 4 a – (kommt) den kirchlichen Forderungen entgegen.

Dritter Kritikpunkt: Nachzugsalter. Hierzu Ministerpräsident Teufel bei der damaligen Debatte im Bundesrat:

Die Reduzierung des Nachzugsalters auf 14 Jahre beim Kindernachzug . . . ist leider auch nur Theorie. In Wahrheit verbirgt sich dahinter eine Lockerung. Im Ermessensweg bleibt der Nachzug bis zum 18. Lebensjahr möglich. Außerdem werden bedeutende Gruppen von der Herabsetzung des Nachzugsalters von vornherein ausgenommen: Kinder, die zusammen mit ihren Eltern einreisen,

– überlegen Sie sich einmal, dies wird kritisiert: „Kinder, die zusammen mit ihren Eltern einreisen“! –

(Abg. Drexler SPD: Schönes Familienbild! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Kinder von Höchstqualifizierten und von Zuwanderern nach dem Punktesystem, Kinder von Asylberechtigten und von Inhabern des kleinen Asyls.

Ministerpräsident Teufel fordert ein Nachzugsalter von drei Jahren.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Lassen Sie mich dazu sarkastisch bemerken: Es ist erfreulich, dass er wenigstens nicht den pränatalen Zuzug fordert.

(Beifall bei der SPD)

Es ist festzustellen, dass Ministerpräsident Teufel mit dieser Forderung allein auf weiter Flur steht. Selbstverständlich ist es positiv, wenn die Kinder möglichst frühzeitig in die Bundesrepublik Deutschland kommen, den Kindergarten besuchen und möglichst früh deutsche Sprachkenntnisse erwerben. Aber, Herr Ministerpräsident – heute Morgen wurde das angesprochen –: Dann müssten Sie eine Kindergartenpflicht fordern.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja!)

Im Übrigen soll nicht verkannt werden – auch das bitte ich zu berücksichtigen –, dass es teilweise sehr nachvollziehbare Gründe gibt, warum Eltern ihre Kinder zunächst in der ausländischen Heimat lassen. Wir haben das heute Morgen debattiert: fehlende Ganztagsbetreuungsangebote, verlässliche Halbtagschule und Ähnliches.

(Zurufe der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch und Heinz CDU)

Aber so, wie das Problem von der CDU/CSU geschildert wird, gewinnt man einen völlig falschen Eindruck über die Größe des Problems.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nach der Kindergeldstatistik betrifft diese Frage – das konnten Sie letzthin in einer Sendung des SWR von Herrn Meier-Braun erfahren – maximal 12 000 Kinder und Jugendliche im gesamten Deutschland und nur 3 000 in Baden-Württemberg. Dabei muss man noch berücksichtigen, dass alle Kindergeldbezugsberechtigten inbegriffen sind, auch wenn sie über dem Nachzugsalter sind – wenn sie zum Beispiel dort eine Ausbildung absolvieren.

Demgegenüber haben die Kirchen ursprünglich eine Erhöhung des Nachzugsalters auf 18 Jahre eingefordert. Zu der jetzt getroffenen Regelung zitiere ich die Stellungnahme des Kommissariats der Deutschen Bischöfe:

(Abg. Seimetz CDU: Der kommt noch ins Domkapitel!)

Allerdings ist das Gesetz auch aus kirchlicher Sicht nicht frei von Mängeln, und es lässt sich nicht leugnen, dass es im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens einige Rückschritte gegeben hat. Besonders bedauerlich ist die Absenkung des Nachzugsalters für Kinder von 14 auf 12 Jahre. Es ist zu hoffen, dass in der Praxis die Möglichkeiten, die der zugleich geschaffene Ausnahmetatbestand bietet, familien- und kinderfreundlich genutzt werden.

Auch dazu Landesbischof Fischer heute:

Eltern und ihre noch nicht volljährigen Kinder

– ihre noch nicht volljährigen Kinder! –

sollten unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit das Recht zum Zusammenleben haben.

(Birzele)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, ich stelle zu diesen Beispielen fest: Die Regierungskoalition in Berlin bemüht sich, den Forderungen der Kirchen nachzukommen, und wird genau dafür von Ministerpräsident Teufel massiv kritisiert.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das nennen Sie christlich! – Abg. Seimetz CDU: Zu Recht!)

Ich kann nicht nachvollziehen, wie Sie, Herr Ministerpräsident, als gläubiger Katholik und als Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union die aus kirchlicher Verantwortung gestellten Forderungen so brüsk zurückweisen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Heuchlerisch! Familienfeindlich!)

Mein Appell ist deshalb: Nutzen Sie die Chance, in der Bundsratsitzung am 22. März 2002 den Forderungen der Kirchen gerecht zu werden. Stimmen Sie dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zu.

Sollten Sie das jedoch nach wie vor ablehnen, fordere ich Sie auf, bei all Ihren Angriffen gegen die Bundesregierung in diesen Punkten auch deutlich zu machen, dass Sie damit die Deutsche Bischofskonferenz, die Evangelische Kirche in Deutschland und die Bischöfe in unserem Lande, die Bischöfe Saier, Fischer, Maier und Fürst, angreifen.

Das ist dann ein Gebot der Wahrhaftigkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Dafür redet Herr Birzele!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Heinz.

Abg. Heinz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für meinen Geschmack stehen beim Zuwanderungsgesetz zu viele taktische Fragen im Vordergrund, statt dass man nach einem Weg sucht, der die Zuwanderung in unser Land zukunftsfähig regelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Demonstrativer Beifall des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr schön gesagt! Bundestagswahl!)

Die Strategie von Rot-Grün ist relativ einfach zu durchschauen: Man kommt den Forderungen der Union in einigen Punkten, die in der Öffentlichkeit leicht nachvollziehbar sind, nach; aber im Gegenzug wird über Ausnahmegenehmigungen der Zuzug von Ausländern tatsächlich ausgeweitet, um den grünen Koalitionspartner zufrieden zu stellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Genau so ist es! – Abg. Drexler SPD: Das stimmt doch gar nicht! Nicht gelesen! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Nicht verstanden!)

Niemand wird verstehen, weshalb wir uns einerseits Zuwanderung von Fachleuten wünschen, andererseits jedoch im aktuellen, mit der Mehrheit von Rot-Grün im Bundestag

beschlossenen Zuwanderungsgesetz die Tür für Zuwanderung in die Sozialsysteme weiter öffnen. Bereits heute haben wir das Problem, dass die Arbeitslosigkeit unter den 7,3 Millionen in Deutschland lebenden Ausländern – Stichtag Januar 2002: 20,2 % – rund doppelt so hoch ist wie ihr Anteil an der Bevölkerung. Die generelle Aufhebung des Anwerbestopps ist vor diesem Hintergrund für mich nicht nachvollziehbar.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sie machen mit falschen Zahlen übelste Polemik!)

Ich will einige Beispiele nennen. Das Absenken des Nachzugsalters auf zwölf Jahre, das Herr Birzele gerade angesprochen hat, ist im Prinzip eine Entscheidung, die wir mittragen könnten. Aber was passiert tatsächlich? Im vom Bundestag mehrheitlich beschlossenen Zuwanderungsgesetz wird über Ausnahmeregelungen der Nachzug von Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 18 Jahren zur Regel werden. Damit kommt die SPD eher den Vorstellungen der PDS und der Grünen näher, nicht aber denen der Union.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Jetzt will ich einmal einige Details herausgreifen. Schauen wir uns einmal an, wie die Spracherfordernisse geregelt sind. Bisher heißt es im Gesetz, im geltenden Recht: „Beherrschen der deutschen Sprache“. Im Koalitionsentwurf steht: „ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache“. Dann hat Rot-Grün im Bundestag noch einen Änderungsantrag eingebracht. Darin heißt es: „beispielsweise Kenntnisse der deutschen Sprache“. Daran mögen Sie erkennen, wie die Anforderungen stückweise reduziert werden.

Im Übrigen geht es nicht um das Zuzugsalter; es geht um das Nachzugsalter. Es geht also um das Lebensschicksal derjenigen ausländischen Kinder, die von ihren Eltern, in der Regel zur Vermeidung von Verwestlichung oder damit sie ihre Schulbildung in der Türkei oder in einem anderen Herkunftsland abschließen, zurückgeschickt werden, die danach wieder zu uns zurückkommen. Das ist aber nicht die Vorstellung, die wir von der CDU vom Wohl des Kindes und der Familie haben.

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Ich persönlich habe nie verstanden, weshalb man vor einer endgültigen Entscheidung über einen Asylantrag nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland wie bei deutschen Mitbürgern erhöhte Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz gewähren muss. Ich bin fest davon überzeugt, dass damit weitere Zuwanderungsanreize geschaffen werden, und zwar nicht für Menschen, die unsere Wirtschaft vielleicht benötigen würden,

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

sondern für solche, die gezielt in unsere Sozialsysteme einwandern.

(Beifall bei der CDU)

Ein drittes Beispiel. Es gibt – wir haben heute Morgen darüber gesprochen – keine Sanktionen, wenn sich Zuwanderer weigern, an Integrations- oder Sprachkursen teilzunehmen. Offen bleibt, wer die hohen Integrationskosten tragen soll.

(Heinz)

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Birzele SPD: Über die Hälfte der Bund! Das steht im Gesetz!)

– Ich habe Ihnen heute Morgen erzählt, Herr Birzele, wie das läuft. Sie sparen woanders ein, um diese Kosten herauszuholen. Es wird alles schlechter.

Der Kanzler setzt darauf, dass sich diese Details für die Union nur schwer zur Profilierung eignen. Wenn er sich da nur nicht täuscht! Die Menschen erkennen sehr wohl, ob ein Zuwanderungsgesetz wirklich steuert und begrenzt

(Abg. Inge Utzt SPD: Wie Sie es ihnen einreden!)

oder über Hintertüren und Ausnahmestimmungen Anreize zur Zuwanderung schafft, die unserem Land nur Probleme bringen und Kosten verursachen.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ach du liebe Güte!)

Schon anhand dieser wenigen Punkte, die sich noch beliebig ergänzen ließen, können Sie unschwer erkennen, dass die Behauptung der Bundesregierung,

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Das ist bodenlos!)

der Gesetzentwurf sei von den politischen Vorstellungen und Forderungen der Union nicht weit entfernt, falsch ist. Ganz im Gegenteil gibt es nicht nur marginale, sondern fundamentale Unterschiede zwischen diesem Gesetzentwurf und der Politik der Union, wie wir sie im Zuwanderungskonzept von Ministerpräsident Peter Müller festgelegt haben.

Vor diesem Hintergrund sagen wir Nein nicht um des Neinsagens willen,

(Lachen der Abg. Inge Utzt SPD – Abg. Carla Breggenzer SPD: Rein aus Polemik, sonst gar nichts!)

sondern weil dieses Zuwanderungsgesetz die Probleme unseres Landes nicht lösen, sondern eher verschärfen wird.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal vergisst man bei der differenzierten Argumentation, die wichtigsten Aussagen gleich am Anfang zu machen. Die wichtigste Aussage ist: Wir Liberalen wollen ein modernes, sachgerechtes Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz.

(Zurufe von der CDU: Das wollen wir auch! – Abg. Carla Breggenzer SPD: Da haben Sie den falschen Partner!)

Als die FDP-Fraktion im Bundestag als erste Fraktion schon 1998 ein Konzept vorgelegt hat, das sie dann im Jahr 2001 nach den Empfehlungen der Süßmuth-Kommission – man höre – noch einmal modifiziert und erneut eingebracht hat, war uns klar, dass man einen Gesetzentwurf der Oppo-

sition wohl nicht annehmen wird. Aber ich sage einmal: Der jetzt vorliegende, von der rot-grünen Bundesregierung mehrfach veränderte Gesetzentwurf ist substanziell nicht so weit von dem entfernt, was wir wollen. Wir wollen nämlich vom Prinzip her, dass jetzt die historische Chance ergriffen wird, ein modernes Zuwanderungsbegrenzungs- und -steuerungsgesetz hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Abg. Capezzuto SPD: Dann stimmen Sie doch endlich zu! – Abg. Birzele SPD: Die SPD klatscht, die FDP/DVP nicht!)

– Dazu komme ich jetzt.

Wozu brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz? Wir dürfen nicht verkennen, dass in der Bevölkerung teilweise Ängste im Bereich der Zuwanderung geschürt worden und auch vorhanden sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wer schürt denn die Ängste? Das müssen Sie einmal sagen! – Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Schauen Sie dabei einmal Ihren Regierungspartner an!)

– Ich stelle das doch nur fest. – Die Hauptbegründung dafür, dass ich sage, wir brauchen ein Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz, ist doch, dass ohne dieses Gesetz in der Vergangenheit all das passiert ist, was wir beklagen: eine mangelhafte Integration, weil wir nicht dafür gesorgt haben und teilweise ein Stück weit auch die Augen davor verschlossen haben. Schon allein das wäre Begründung genug.

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Also stimmen Sie zu, auf!)

Aber, Herr Birzele, auch wenn Sie und ich noch viele gute Argumente bringen könnten, fürchte ich, dass wir in diesem hohen Haus heute niemanden mehr wesentlich umstimmen werden.

(Abg. Scheuermann CDU: So ist es! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wir wollen auch abstimmen und nicht umstimmen!)

Wenn es die Kirchen, die Gewerkschaften und die Wirtschaftsverbände nicht geschafft haben, einen wichtigen Teil des Koalitionspartners umzustimmen, dann werden wir es wohl auch nicht schaffen.

(Abg. Teßmer SPD: Aber man sollte es versuchen! – Abg. Schmiedel SPD: Das ist doch mutlos!)

Wenn wir wollen, dass dieses Zuwanderungsgesetz Realität wird, dann müssen wir leider – so sage ich jetzt einmal – taktisch überlegen: Wie können wir das erreichen?

Wir respektieren, dass ein Teil – jedenfalls ein wichtiger Teil – des Koalitionspartners nicht bereit ist, dem Zuwanderungsgesetz in dieser Form zuzustimmen. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass auch die FDP an der einen oder anderen Stelle noch deutliche Verbesserungswünsche hat.

(Beifall des Minister Dr. Döring – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr! So ist es!)

(Dr. Noll)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo anders als in einem Verfassungsorgan wie dem Bundesrat wäre denn sonst die Gelegenheit, noch einmal auf diese Änderungswünsche einzugehen? Was wäre das klassische Instrument hierfür? Im Vermittlungsausschuss versuchen, diese Argumente noch einmal aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Da gibt es von der FDP das Argument, es gebe sehr bürokratische Regelungen im Bereich der Arbeitsmigration. Da könnte man noch einiges vereinfachen. Es gibt das Argument, es gebe keine klare Kostendefinition in Sachen Integration. Von der CDU gibt es 16 Punkte. Diese liegen ja auf dem Tisch. Viele davon teile ich nicht. Das sage ich ganz ehrlich. Aber wenn man Kompromisse sucht, dann muss man zumindest die Bereitschaft zeigen, darüber zu reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Ich muss schon auch sagen: Gerade die Argumente zum Nachzugsalter teile ich am allerwenigsten, weil ich ein anderes Bild von Familie habe, und zwar egal, ob deutsche Familien oder ausländische Familien.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Capuzzuto SPD: Bravo!)

Wie ist jetzt die Gemengelage? Wie können wir hier vor Ort dazu kommen, dass es zu diesem Verfahren im Vermittlungsausschuss kommt?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja! Das ist die Frage!)

Die eine Möglichkeit, dass wir uns mit unserem Koalitionspartner auf eine Ablehnung dieses Gesetzes einigen, scheidet aus. Nach meinen Ausführungen ist, glaube ich, klar geworden, dass wir dieses Gesetz wollen, wenngleich wir im Vermittlungsverfahren noch Änderungen einbringen wollen.

Wenn wir heute Ihrem Antrag zustimmen würden, würden wir den Weg des Vermittlungsverfahrens ablehnen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Denn damit würden wir sagen: Wir wollen das Gesetz so, wie es die Bundesregierung vorgelegt hat. Das wollen wir natürlich auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Was bleibt für uns also übrig? Wir können nur eines tun, nämlich die Koalitionskarte ziehen und sagen: Wir enthalten uns im Bundesrat wohlwollend der Stimme und weisen darauf hin: Wir wünschen uns, dass die Themen, die den einzelnen Beteiligten am Herzen liegen, in einem regulären Vermittlungsverfahren noch einmal angesprochen werden, damit wir vielleicht doch noch im Konsens eine Lösung erzielen, mit der eine breite Mehrheit der Bevölkerung und mit der die Wirtschaft leben kann. Denn das ist ja ein Thema.

Herr Kollege Behringer ist gerade nicht mehr da. Was ist denn die Krux? Wir werden derzeit von mittelständischen Betrieben immer wieder darauf hingewiesen: „Es kann nicht angehen, dass wir über das leidige Asyl- und Flüchtlingsverfahren versuchen müssen, Arbeitsmarktprobleme hier zu lösen.“ Wir müssen zu einer Regelung kommen, die genau da Abhilfe schafft.

Abschließend darf ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn Sie nicht verstanden haben, dass wir Ihrem Antrag so nicht zustimmen können, sagen: Damit wäre der Weg in den Vermittlungsausschuss ein Stück weit verbaut.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann und Drexler SPD)

Ich hätte Ihnen empfohlen, das zu tun, was Ihre Kollegen im hessischen Landtag getan haben. Sie haben nämlich – ganz aktuell, auch dringlich – einen Antrag eingebracht, der da lautet:

Die Landesregierung

– also die hessische –

wird aufgefordert, sich konstruktiv auf der Basis des von der Bundesregierung erarbeiteten Gesetzentwurfs für ein Zuwanderungsgesetz im Bundesrat zu beteiligen.

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn das?)

Also keine Entscheidung zwischen Schwarz und Weiß oder zwischen Ja und Nein. Vielmehr soll eine konstruktive Beteiligung erfolgen.

(Zurufe von der SPD)

Genau dies will die FDP/DVP. Deswegen müssen wir den Antrag ablehnen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Wir wollen durch eine Enthaltung im Bundesrat aber erreichen, dass die Tür nicht zugeschlagen wird, um die historische Chance ergreifen zu können, in Deutschland – auch im Interesse von Baden-Württemberg – ein modernes Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz zu realisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bauer.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute Morgen hat die Regierung eingeräumt, dass in Bezug auf Integration viel mehr Anstrengungen als bisher unternommen werden müssen. Die bisherige passive Haltung der Politik in Sachen Integration muss aufgegeben werden, um den Versäumnissen der Vergangenheit entgegenzutreten. Diese Kurskorrektur ist gut,

(Theresia Bauer)

denn sie markiert den Abschied von der Illusion, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Sie machen sich selbst und der Bevölkerung umgekehrt aber erneut Illusionen, wenn Sie jetzt auseinander dividieren, was eigentlich wie zwei Seiten einer Medaille zusammengehört.

Sie behaupten, Integration gehe vor Zuwanderung – zuerst das eine und dann das andere.

(Abg. Heinz CDU: Das steht in der Begründung des Antrags der SPD drin!)

Eines würde mich wirklich interessieren. Erklären Sie uns bitte einmal, was Sie damit meinen. Können Sie uns vielleicht eine Schuhgröße angeben, wie viele Jahre Sie mehr oder weniger veranschlagen dafür, wann die Integration weit genug vorangeschritten ist und wann wir uns einen Zuwanderungsprozess leisten können? Oder an welchen anderen Indikatoren möchten Sie es eigentlich festmachen, wann weitere Zuwanderung erlaubt sein soll? Sie wissen sehr gut, dass das nicht geht.

Ein zeitliches Nacheinander von Integration und Zuwanderung gibt es nicht. Nur wenn beides zusammen gedacht wird, wird ein Schuh daraus.

Wir brauchen Zuwanderung. Das hat der Landesregierung schon ihre eigene Zukunftskommission 1998 ins Stammbuch geschrieben. 25 000 qualifizierte Arbeitskräfte zusätzlich für jedes Jahr, allein in Baden-Württemberg: Das war ihr Resümee, und zwar, weil das zur Sicherung unseres Wohlstands und zur Sicherung unserer sozialen Systeme unverzichtbar ist.

Das Bild vom Ausländer, das Sie so gern zeichnen – so, wie Sie es vorhin auch getan haben –, der in unsere Sozialsysteme einwandert und sie belastet, ist eine Verdrehung der Tatsachen.

(Abg. Heinz CDU: Sie müssen sich nur einmal die Zahlen anschauen!)

Wir brauchen Zuwanderung, weil sie unser Sozialversicherungssystem zukunftsfähig macht. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Nur so werden wir unsere Sozialversicherungssysteme auch in Zukunft halten können.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Rahmen, der es erlaubt, diesen Prozess der Zuwanderung zu steuern und zu gestalten. Das heißt, wir brauchen ein Instrumentarium, um die Türe einmal weiter und einmal weniger weit zu öffnen – aber sie zu öffnen – und das in Abhängigkeit von vielen Faktoren selbst zu entscheiden, zum Beispiel in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage.

Das vorliegende Einwanderungsgesetz ermöglicht die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften, es schafft ein Recht auf Integration und verbessert in zentralen Punkten den Schutz für Flüchtlinge. Genau in dieser Kombination ist es ein gutes Gesetz. Das bestätigen auch die vielen, vielen Stellungnahmen vonseiten der Wirtschaftsverbände, ob von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite, von den Kirchen, wie es eben auch ausführlich zitiert wurde, oder von

den Hochschulen. Wen immer Sie fragen, alle drängen darauf, dass mit diesem Gesetz jetzt endlich der Durchbruch geschafft wird, und sie bitten CDU und FDP, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben.

(Beifall bei den Grünen)

Die Regierung im Bund ist Anfang März noch einmal auf die Wünsche der CDU zugegangen, und sie hat einen weiteren Kompromiss vorgelegt, auch an die Adresse der FDP. Es ist ja nicht so, dass wir hier einen puren rot-grünen Gesetzentwurf Ihnen sozusagen zum Schlucken vorlegen. Vorausgegangen ist ein monatelanger Prozess der Verhandlungen. Wir sind mehrmals auf Wünsche und Anforderungen der Opposition eingegangen. Auch die FDP konnte in einer Diskussion, die jetzt über ein Jahr anhält, ihre Ideen ausgiebig einbringen. Es ist ja nicht so, als gäbe es demnächst im Vermittlungsausschuss zum ersten Mal die Gelegenheit für Verhandlungen. Wir haben also Anfang März einen neuen Schritt auf die Opposition und auf die Union zu gemacht, um insbesondere den großen Koalitionen in Brandenburg und Bremen eine Zustimmung zu ermöglichen.

Die Reaktion der CDU, besonders seit ihr Kanzlerkandidat Stoiber heißt, ist eindeutig.

(Abg. Zimmermann CDU: Die war schon immer so!)

Für Sie geht kein Entgegenkommen weit genug, weil Sie aus Prinzip gegen jede Form von Zuwanderung sind.

(Beifall bei den Grünen)

Ich sage Ihnen: Sie leugnen die Realität und die Erfordernisse dieses Landes und schaden damit seiner Zukunft und insbesondere der jungen Generation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt noch eine Bemerkung zur FDP/DVP. Die Haltung der CDU überrascht uns ja nicht wirklich, weil wir wissen, dass sie in der Sache nicht nachvollzieht, wohin die Entwicklung geht, und sich mit diesen Zukunftsthemen schwer tut. Aber was ist mit der FDP/DVP, die seit Monaten und auch heute wieder für eine moderne Zuwanderungsregelung eintritt? Jetzt, wo Sie die Chance ergreifen können, wo es konkret wird, wollen Sie von der inhaltlich gebotenen Zustimmung wieder nichts mehr wissen. Sie fallen um, liebe FDP/DVP. Auch das überrascht uns nicht. So kennen wir Sie, und das erwarten wir von Ihnen. Ihr Bestreben, ein Vermittlungsverfahren einzuleiten, bedeutet doch de facto, dass Sie in der Landesregierung nicht mehr für die Zustimmung Baden-Württembergs kämpfen. Auch eine Enthaltung Baden-Württembergs ist in der Substanz nichts anderes als ein Nein.

Das bedeutet zum Zweiten, dass ein Vermittlungsverfahren jetzt in der Vorwahlkampfphase – das kann man sich an fünf Fingern abzählen – zur großen Stunde der Verschlepper und Verzögerer würde.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Ich komme gleich zum Ende. – Der Vermittlungsausschuss würde nicht zu einem Gremium der Vermittlung. Kurz vor der Bundestagswahl wäre damit nur garantiert, dass das Thema für den Wahlkampf am Kochen gehalten wird. Das nenne ich Instrumentalisierung des Vermittlungsausschusses für Wahlkampfzwecke

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

und eine Politik, die auf Kosten der Zuwanderer und des Klimas in diesem Lande geht.

Die FDP/DVP macht das Spiel der Blockierer mit und kocht ihr parteipolitisches Süsschen mit dem Thema Zuwanderung. Mit den einstmals liberalen Ideen ihrer Partei hat das wenig zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Schäuble.

(Zuruf von der SPD: Frau Präsidentin!)

Innenminister Dr. Schäuble: Vielen Dank. – Frau Präsidentin!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin lernfähig.

(Abg. Birzele SPD: Das war der erste Lernerfolg, der zweite kommt jetzt! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Auch auf anderen Gebieten!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bittet, den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen. Ich will, wie immer, mit offenen Karten spielen.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben seitens der CDU in der Landesregierung von Anfang an die Position vertreten: Es geht darum, die Zuwanderung zu steuern und vor allem auch zu begrenzen. Ich sage genauso: Die FDP/DVP hat immer insbesondere aus arbeitsmarktpolitischen Gründen eine wohlwollende Haltung gegenüber der Zuwanderung aus diesem Gesichtspunkt heraus gehabt.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die FDP war auch, wenn ich es richtig sehe, in Deutschland die erste Kraft, die ein Zuwanderungssteuergesetz – so hieß es damals noch – vorgelegt hat. Das war noch in der letzten Legislaturperiode des Bundestags, vor 1998.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

So ist die Ausgangslage.

Richtig ist auch, dass wir in die Koalitionsvereinbarung eine Passage zum Thema Zuwanderung aufgenommen haben.

Nun kommt Folgendes hinzu – und das wissen Sie auch –: Bundesinnenminister Schily hat vor geraumer Zeit gesagt: „Das Boot ist voll“. Dazu kann man, glaube ich, nur die Interpretation wagen, dass man sagt: Schily ist der Auffassung, es geht in allererster Linie auch um Begrenzung der Zuwanderung und daneben natürlich auch im Sinne derer, die wir haben wollen, um Steuerung der Zuwanderung.

Unsere Sorge ist – das ist, wie Herr Kollege Noll vorhin gesagt hat, bei einigen Punkten auch die Sorge der FDP –, dass die Bundesregierung das, was sie vollmundig erklärt, in Wirklichkeit nicht so meint.

Verehrte Frau Kollegin Bauer, ich nehme jetzt einmal die Grünen, die ja nun schon einiges getan haben, um Grundsätze aufzugeben, um sich in Berlin weiterhin in der Regierungsverantwortung zu halten.

(Beifall des Abg. Hillebrand CDU – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

– Sie, Herr Kollege Palmer, werden im Laufe der Zeit Ihr Temperament zügeln müssen und sich vor allem angewöhnen müssen, auch unangenehme Wahrheiten zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme gleich darauf zurück.

Die Grünen haben sich, seit in Berlin Rot-Grün regiert, oftmals dem größeren Koalitionspartner untergeordnet. Manchmal waren sie geradezu willfährig. Ich erinnere an den Afghanistaneinsatz und an die Quotierung des Gewissens.

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Wenn Schily mit seinem Zuwanderungsgesetzentwurf wirklich die Zuwanderung erheblich und drastisch begrenzen wollte im Sinne von „Das Boot ist voll“, dann könnten die Grünen einen solchen Gesetzentwurf überhaupt nicht mittragen, ohne sich erneut aus Gründen des Machterhalts willfährig zu zeigen.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Umgekehrt: Das ist der beste Beweis dafür, dass Rot-Grün einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, mit dem man im Grunde genommen ein erneutes Mal die Öffentlichkeit täuschen will, zwar auf raffinierte Weise, aber im Ergebnis doch.

(Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Birzele SPD)

– Ja, aber Herr Kollege Birzele – –

(Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

– Sie sind überhaupt nicht dumm, sondern Sie geben mir – und dafür bedanke ich mich ganz herzlich – eine Steilvorlage.

(Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Wenn es so wäre, dass das Gesetz die Zuwanderung wirklich so begrenzen würde, wie die Bundesregierung in Gestalt des „Placeboministers“ Schily glauben machen will, könnten insbesondere die Wirtschaft und in Teilen auch die Kirchen einem solchen Gesetz gar nicht zustimmen, weil

(Minister Dr. Schäuble)

sie, jedenfalls teilweise, ja eine Ausweitung der Zuwanderung wollen. Das ist der beste Beweis dafür, dass die Regierung etwas Falsches vorgibt. Das, meine Damen und Herren, ist im Grunde genommen der gravierende Vorwurf, den man an die Adresse der Bundesregierung machen muss: Sie täuschen und tarnen bei diesem Gesetz.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Sie geben jetzt in der Überschrift und auch in § 1 als Leitlinie die Begrenzung vor. In Wirklichkeit finden sich bei der Konzeption der einzelnen Paragraphen dieser Grundgedanke und dieses Leitziel nirgendwo wieder. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen. Deshalb sage ich noch einmal: Das Gesetz hat Placebocharakter.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Innenminister Dr. Schäuble: Natürlich.

Frau Präsidentin, könnten Sie mir in Ihrer unendlichen Fürsorge ein Glas Wasser besorgen lassen?

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Selbstverständlich, Herr Minister.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Minister, Sie haben versucht, uns als Umfaller darzustellen, . . .

Innenminister Dr. Schäuble: Nein, nicht als Umfaller.

Abg. Kretschmann GRÜNE: . . . als Leute, die ihre Prinzipien aufgeben.

Innenminister Dr. Schäuble: Als jemand, der seine Prinzipien aufgibt, um an der Macht zu bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Abg. Kretschmann GRÜNE: Aber nach Ihren jetzigen Ausführungen sind wir dagegen besonders raffiniert und haben ein Gesetz vorgelegt, das etwas ganz anderes meint, als in ihm steht, wobei Sie mir als Jurist einmal erklären müssten, wie so etwas funktionieren soll.

Nun habe ich aber doch ernsthaft die Frage: Halten Sie es für eine Regierungspartei, die die Absicht hat, einem Einwanderungsgesetz zur Mehrheit zu verhelfen, wobei sie weiß, dass sie dazu im Bundesrat eine Mehrheit braucht, für unadäquat, dass sie, wie in der Demokratie üblich, zu Kompromissen bereit ist, um so ihr Ziel zu erreichen? Halten Sie das wirklich ernsthaft für prinzipienlos?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich halte einiges, was die Grünen in letzter Zeit getan haben, wirklich für prinzipienlos. In diesem Fall ist aber die Betonung, wie ich vorhin ausgeführt habe, anders. Ich sage: Bundesinnenminister Schily und damit die Bundesregierung – die Verantwortung tragen natürlich auch die Grünen; denn jetzt liegt uns der Regierungsentwurf in der durch die Änderungsanträge der beiden Regierungsfractionen von Rot und Grün geänderten Form vor – geben mit dem Gesetz etwas anderes vor, als in dem Gesetz wirklich steht.

Das Problem ist: Das Gesetz ist in der Überschrift und in der Signalwirkung sehr plakativ angelegt. Sie müssen sich die Mühe machen, in einer unglaublichen Arbeit anhand der Einzelschriften herauszudestillieren, was wirklich gemeint ist. Das allerdings ist unsere Aufgabe, und wir versuchen, ihr als Landesregierung gerecht zu werden.

Deshalb komme ich auf die weiteren Punkte. Ich will kurz den Kollegen Schönbohm erwähnen, der – da braucht man gar nicht darum herumzureden; ich sagte ja, ich spiele mit offenen Karten – in keiner einfachen Situation ist. Die Brandenburger – das wird vermutlich auch Herrn Stolpe etwas tangieren; aber ich kann es expressis verbis gemünzt auf den Kollegen Schönbohm sagen – sehen bei dem Thema Zuzug natürlich auch, dass wir inzwischen, wenn ich es richtig im Kopf habe, bei einer Arbeitslosenzahl von 4,3 Millionen angelangt sind und dass deshalb das Argument, man brauche Zuzug, im Grunde genommen von Woche zu Woche dramatisch in sich zusammenfällt.

Ich will eines hinzufügen, und das räume ich sowohl in der Öffentlichkeit als auch in bilateralen Gesprächen gerne ein: Wenn wir sagen, Herr Kollege Pfister – ich glaube, da sind wir uns innerhalb der Koalition und der beiden Fraktionen, die sie tragen, auch wieder einig –, wir müssten zunächst einmal die vorhandenen Arbeitsplätze mit Einheimischen, insbesondere mit Arbeitslosen, ausfüllen, müssen wir auch hinzufügen – das gehört einfach als Kehrseite der Medaille dazu –: Wir müssen endlich unser Sozialsystem so umbauen, dass wir, was die Arbeitslosen angeht, zum Arbeiten motivieren und nicht zum Nichtarbeiten verführen. Das sieht man auch anhand dieses Beispiels.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Für uns ist auch das Nachzugsalter ein wesentliches Thema, Herr Kollege Noll. Ich persönlich könnte mit einem Nachzugsalter von zehn Jahren leben.

(Abg. Birzele SPD: 16 ist die gegenwärtige Regel!)

– Wir wollen ja eine Verbesserung. Ich persönlich könnte das Gesetz auch so akzeptieren, dass es nicht an zwölf Jahren scheitern würde, obwohl natürlich der Ministerpräsident völlig Recht hat. Eigentlich, Herr Kollege Birzele, haben Sie das vorher ja mittelbar auch so ausgedrückt.

Niemand kann bestreiten, dass es für die Integration gut ist, wenn die jungen Menschen so früh wie möglich nach Deutschland kommen. Das kann man ja nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Das bestreitet niemand! – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE – Abg. Theresia Bauer GRÜNE meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Vielleicht warten Sie, Frau Kollegin Bauer, noch einen Augenblick mit Ihrer Zwischenfrage. Ich will auf ein weiteres Beispiel hinaus, mit dem erneut der Placebocharakter des Gesetzentwurfs deutlich wird, und zwar auch beim Nachzugsalter.

Jetzt sind wir, glaube ich, bei zwölf Jahren – vorher waren es 14 –, wenn ich das richtig im Kopf habe.

(Minister Dr. Schäuble)

(Abg. Birzele SPD: Um der CDU entgegenzukommen!)

– Ja. Aber ist es denn ein Entgegenkommen – Herr Birzele, wenn ich Sie einfach wieder dankend als Stichwortgeber aufgreifen darf –, wenn letztendlich so viele Hintertüren offen bleiben, dass beim Nachzugsalter künftig auch die jungen Leute bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs kommen können, wenn es ausreicht, dass sie ausreichende Sprachkenntnisse nachweisen? Das ist doch Rosstäuschelei, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da kann man doch nicht von zwölf Jahren reden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Jetzt, bitte, Frau Bauer, nehmen Sie zur Kenntnis: Ausreichende Sprachkenntnisse reichen bereits aus. Ich nenne ein Beispiel:

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ich habe gerade erlebt, wie ein junger Mensch für eine Auswanderung nach Australien und für die Möglichkeit, in Amerika zu studieren, bei der Carl Duisberg Gesellschaft einen Sprachtest auf Englisch machen musste. Was da verlangt wird! Und hier reichen ausreichende Sprachkenntnisse aus. Das kann es nicht sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es gerade beim Familiennachzug nicht darum geht, ob die Menschen an einer Universität – –

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Bauer, ich bitte Sie, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, zunächst abzuwarten, ob ich Ihnen das Wort erteile.

(Abg. Kiefl CDU: Man versteht ohnehin überhaupt nichts!)

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Entschuldigung! Ich habe gedacht, er hätte mir vorher das Wort erteilt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister Dr. Schäuble, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Innenminister Dr. Schäuble: Ich möchte mich bei der Frau Präsidentin entschuldigen.

Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass es bei der Frage des Nachzugsalters nicht darum geht, ob die jungen Menschen mit ihren Deutschkenntnissen studierfähig sind, sondern um das Recht, zusammen mit ihren Eltern zu leben?

(Zurufe von der CDU)

Sind Sie zweitens bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Personengruppe, um die es da geht, bundesweit um die 3 000 Fälle umfasst und nicht mehr?

Und sind Sie wirklich der Überzeugung, dass das ein Grund sein kann, an einem solchen Punkt eine Einigung scheitern zu lassen?

(Abg. Fleischer CDU: Das gilt aber auch für unsere Argumentation, diese 3 000!)

Innenminister Dr. Schäuble: Und sind Sie – –

(Abg. Theresia Bauer GRÜNE: Wir sind Ihnen ja schon entgegengekommen, Stückchen für Stückchen! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Drexler SPD: Die Mehrheit im Bundesrat haben Sie nicht, Herr Fleischer! – Weitere lebhaftes Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort hat der Herr Minister.

(Unruhe)

Innenminister Dr. Schäuble: Und sind Sie, wenn ich bereit bin, dies alles zur Kenntnis zu nehmen, bereit, umgekehrt zur Kenntnis zu nehmen, dass ich vorhin nicht nur von der Frage der Studienberechtigung gesprochen habe, sondern zum Beispiel auch genannt habe, was notwendig ist, wenn jemand nicht nach Australien geht, um dort zu studieren, sondern nach Australien auswandern will? Sind Sie außerdem bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich dieses Beispiel zum Thema des Familiennachzugs – abgesehen davon, dass wir aus einer Vielzahl von Gründen das Gesetz für problematisch halten – gegriffen habe, um ein weiteres Mal deutlich zu machen, dass der Regierungsentwurf, wie er uns jetzt nach den Änderungsanträgen von Rot-Grün vorliegt, einfach nicht ehrlich gemeint ist, sondern Placebocharakter hat? Deshalb habe ich dieses Beispiel gebracht.

(Zuruf der Abg. Inge Utzt SPD)

Man täuscht, man redet den Leuten in Deutschland ein, die Familienangehörigen dürften maximal bis zum Alter von zwölf Jahren nachziehen. In Wirklichkeit wird natürlich der Löwenanteil bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres kommen. Das ist die Unredlichkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Täuschung! Tricksen und täuschen! – Abg. Birzele SPD: Falsch! Sie werfen den Kirchen Unredlichkeit vor! Sie sind eindeutig im Widerspruch zur Bischofskonferenz und zur EKD! Die haben das gefordert! – Abg. Seimetz CDU: Der Birzele kommt jetzt ins Domkapitel! – Abg. Fleischer CDU: Fragen Sie einmal Ihren Pfarrer, Herr Birzele! – Unruhe)

– Ich habe die herzliche Bitte an Ihre Adresse, Herr Birzele, meine Liebeshuld Ihnen gegenüber nicht mit einem so harten, fanatischen Blick zu vergelten.

Ich komme zur Härtefallklausel. Eine gewisse Gnadenlosigkeit zeichnet Ihr Wesen aus.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! Das war schon immer so! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Mit dem „Richter Gnadenlos“ koalieren Sie!)

(Minister Dr. Schäuble)

– Herr Kollege Palmer, was halten Sie eigentlich von dem Bundesverfassungsrichter Hoffmann-Riem? Ich habe keinen Grund, mit Herrn Schill irgendwie zu sympathisieren. Aber er ist ein Mensch, der die gleichen Rechte wie jeder andere auch hat. Finden Sie es eigentlich richtig, dass ein Bundesverfassungsrichter entgegen elementarer Grundsätze an der Unschuldsumutung rüttelt und im Grunde dem Mann die Beweislast aufs Auge gedrückt hat? Finden Sie das richtig?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: Jetzt sagt der nichts mehr!)

Dagegen schreien Sie Ihrerseits wie am Spieß, wenn Ihnen nur ein Nanogramm Leid angetan wird. Finden Sie es dann richtig, dass ein Bundesverfassungsrichter so die elementaren Grundsätze des Rechts verletzt? Das will ich in diesem Zusammenhang nur einmal zu bedenken geben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜ-NE: Was hat das mit dem Koalieren zu tun?)

Zur Härtefallklausel: Das ist allerdings ein Punkt, der gravierend ist. Ich will auch wiederum ganz offen sagen: Es wäre vielen von uns – auch dem Kollegen Goll und auch mir; denn ich bekomme noch mehr Briefe, glaube ich, als er; ich weiß es nicht genau – natürlich angenehm und würde uns und auch den nachgeordneten Behörden das Leben im Alltag erleichtern, wenn wir in bestimmten Fällen, die manchmal menschlich schlimm und menschlich hart sind, helfen könnten. Das alles spräche für eine Härtefallklausel.

Nun will ich aber auch ganz ehrlich sagen – und das wissen Sie ja auch –, dass in der Müller-Kommission, der anzugehören ich die Ehre hatte, eine Härtefallklausel in den Abschlussbericht aufgenommen worden ist. Allerdings hat auch die Müller-Kommission – und auch Ministerpräsident Müller aus dem Saarland – bei dem Thema Härtefallklausel immer das Problem gesehen, dass wir damit in die Gefahr geraten, eine weitere Rechtswegschiene aufzustellen und aufzubauen. Denn wenn eine solche Klausel in das Gesetz aufgenommen würde, würden sich natürlich sehr viele Menschen, die hier bleiben wollen, als Härtefall verstehen und einen Härtefallantrag stellen, Menschen, bei denen es sich in Wirklichkeit nicht um einen Härtefall handelt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dann passiert uns – Frau Kollegin, wir sind ja gebrannte Kinder – genau das Gleiche wie beim Asyl: Aufgrund der Instanzenseligkeit in Deutschland würde über einen Härtefall, eine Härtefallklausel, über die Möglichkeit, das Anliegen mit einem Härtefallantrag zu verfolgen und, wenn dieser abgelehnt wird, dagegen zu klagen und dagegen Berufung und Revision einzulegen, eine Tür für die Betroffenen geöffnet, viele weitere Jahre in Deutschland zu bleiben.

Herr Kollege Noll, nicht die menschliche Situation – die würde dafür sprechen –, sondern die Tatsache, dass wir einen neuen Instanzenweg aufmachen würden, war der Grund, dass wir gesagt haben: Wir können bedauerlicherweise eine Härtefallklausel nicht akzeptieren.

Der saarländische Ministerpräsident Müller hat sich in seiner Kommission mit einer Deus-ex-Machina-Lösung von

dem Problem im Grunde elegant entfernt, indem er gesagt hat: Wir machen eine nicht justiziable, also eine nicht einklagbare Härtefallklausel. Aber alle Verfassungsrechtler sagen – auch Herr Kollege Birzele wird mich hier sicher wieder unterstützen; denn er rühmt sich ja auch, ein guter Verfassungsrechtler zu sein –: Eine nicht justiziable Härtefallklausel ist mit Artikel 19 Abs. 4 unserer Verfassung schlicht und ergreifend nicht vereinbar. Das ist das Problem in diesem Zusammenhang.

Nun komme ich auf den anderen Punkt zu sprechen, der auch vorhin gestreift worden ist: geschlechtsspezifische Verfolgung. Noch einmal: Ich bitte einfach um Ehrlichkeit. Sie wissen ganz genau – Ich muss Sie jetzt einfach anschauen, Herr Birzele; seien Sie mir nicht böse.

(Abg. Birzele SPD: Aber lassen Sie sich durch meinen Blick nicht irritieren!)

– Das ist ja furchtbar, wie Sie einen angucken können. Ich habe ja gar nichts getan.

(Beifall bei der CDU – Abg. Birzele SPD: Gerade deshalb, weil Sie es nicht getan haben!)

Aber ich darf Sie einfach noch einmal ansprechen. Sie wissen ganz genau: Kollege Schily, der ja nun bestimmt kein Dummkopf ist, hat im letzten Sommer, als die Diskussion beim Thema geschlechtsspezifische und nichtstaatliche Verfolgung aufkam, gesagt – übrigens damals an die Adresse der Grünen; denn deren Forderung war es ja schon immer –: Das brauchen wir ja nicht, weil dieser Personenkreis schon nach geltendem Recht ausreichend geschützt ist.

Dann darf ich doch einfach festhalten – auch an die Adresse der Kirchen in diesem Fall –: Es ist doch eigentlich legitim und verantwortungsvoll, dass wir uns auf diese klare und übrigens auch richtige Äußerung des Bundesinnenministers vom Sommer 2001, von der er heute nichts mehr wissen will, stützen.

Ich will etwas anderes hinzufügen: Das große Problem sehen wir darin: Bisher erhält jemand zum Beispiel aus Gründen der geschlechtsspezifischen Verfolgung Abschiebungsschutz; aber künftig soll er ein Aufenthaltserlaubnisrecht erhalten, das sich unter gewissen Voraussetzungen zu einem dauerhaften Niederlassungsrecht ausweiten kann und ausweiten würde.

(Abg. Inge Utzt SPD: Aber nicht muss!)

Sosehr wir dies allen betreffenden Persönlichkeiten, die hier sind, gönnen, muss ich aber auf etwas anderes aufmerksam machen: Wenn wir diesen Weg gingen, würden wir ein fatales falsches Signal an diejenigen, die jetzt noch im Ausland sind, senden.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Denn sie würden natürlich begreifen, dass es ihr Ziel sein muss, über Schleuserbanden oder auf andere Weise nach Deutschland zu kommen

(Zurufe von der SPD: Das ist unglaublich!)

(Minister Dr. Schäuble)

– das ist die Wahrheit –, und dann hätten sie ab sofort einen bombensicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland. Wegen dieser Sogwirkung, wegen dieser falschen Signalwirkung müssen wir davon Abstand nehmen, dass aus Gründen der geschlechtsspezifischen oder nichtstaatlichen Verfolgung von der Duldung auf eine Aufenthaltserlaubnis ausgewichen wird. Das ist der Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen noch einen weiteren Punkt mitgeben, der von mir schon heute Morgen angesprochen worden ist. Ich darf auch den Kollegen Pfister zitieren. Beide Fraktionen in der Koalition bemängeln natürlich schon – Frau Utzt, ich darf anschließend noch kurz auf Sie zurückkommen –, dass bei der Integration zwar die Verpflichtung ausgesprochen wird, solche Kurse zu besuchen, dass aber keine ausreichenden Sanktionen bei Nichterfüllung der Verpflichtung ausgesprochen werden. Aufgrund dessen, was Sie im Rahmen der Aussprache über die Regierungserklärung geäußert haben, darf ich die herzliche Bitte an Sie, Frau Kollegin Utzt, richten: Lesen Sie bitte die Regierungserklärung nach, die Ihnen ja vorliegt. Ich habe sehr wohl gesagt, dass in dem jetzt nach der Bundestagslesung vorliegenden Regierungsentwurf enthalten ist, dass die Tatsache, dass man einen solchen Integrationskurs aus Gründen, die man zu vertreten hat, nicht besucht, bei der weiteren Aufenthaltserlaubniserteilung Berücksichtigung findet. Ich habe aber auch klipp und klar gesagt, dass dies als Sanktion nicht ausreicht. Wer solche Angebote nicht annimmt, muss wirklich handfeste Sanktionen erfahren; er kann auf Dauer nicht in Deutschland bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Dies alles zusammengenommen führt dazu, dass wir zu dem Ergebnis kommen: Wir können mit Rücksicht auf die Interessen unserer Bevölkerung nur davon abraten, dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung zu akzeptieren. Bedenken Sie bitte auch: Kurzfristig werden Sie die Folgen nicht spüren, aber mittel- und langfristig hat ein falsches Gesetz auf dem wichtigen Gebiet der Zuwanderung, die ja die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland bestimmt, gravierendste Auswirkungen für Deutschland. Deshalb gilt hier schon allerhöchste Vorsicht und Seriosität. Diese vermissen wir bei diesem Gesetzentwurf aus den genannten Gründen.

Ich darf ganz offen ansprechen und habe dies schon eingangs getan: Die FDP/DVP, unser Koalitionspartner, sieht das Gesetz, wie Herr Noll vorhin auch gesagt hat, freundlicher. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber auch Sie haben gesagt, dass Sie Punkte haben, die für Sie so nicht akzeptabel sind.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Endlich sagt es einer!)

Es ist auch gesagt worden, und ich kann das nur unterstreichen: Wenn es nicht gelingt, innerhalb der Koalition zu einer einheitlichen Auffassung hinsichtlich der Ablehnung zu kommen, dann werden wir ganz ohne Dramatik im Unterschied zu Brandenburg, wo das merkwürdigerweise zur Schicksalsfrage der Nation hochgespielt wird, die Koalitionsklausel in Kraft setzen, und dann wird sich Baden-

Württemberg enthalten. Das sehe ich als absolut unproblematisch an. Wir üben da im Unterschied zu Brandenburg überhaupt keinen Druck auf unseren Koalitionspartner aus, weil wir dies undramatisch sehen.

Meine Damen und Herren, ich denke schon: Wenn wir verantwortungsbewusst sind, müssen wir erstens die Punkte offen und ehrlich ansprechen, was zweitens dazu führt, dass dieses Gesetz in der jetzt nach der zweiten und dritten Lesung im Bundestag vorliegenden Form so nicht akzeptabel ist. Wenn wir verantwortlich gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern handeln wollen, müssen wir sagen: So nicht!

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Döring.

(Abg. Schmiedel SPD: Also doch!)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Innenminister Schäuble hat gerade in aller Klarheit und, wie ich an dieser Stelle ausdrücklich feststellen möchte, auch mit großer Fairness die Positionen der beiden Regierungsfractionen dargestellt: Auf der einen Seite steht die Ablehnung des größeren Koalitionspartners, auf der anderen Seite hat er aber auch keinen Zweifel daran gelassen, dass die FDP/DVP, vor allem unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, eher zur Zustimmung neigt, als dies der größere Koalitionspartner tut. Ich halte es für absolut stilbildend, wenn in einer Koalitionsregierung die unterschiedlichen Positionen deutlich gemacht werden, ohne dass deswegen in der Koalition irgendein Streit entsteht oder man aufeinander zurast, woran außer der Opposition niemand Freude hätte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Auf ein paar Punkte, die vonseiten der Oppositionsrednerinnen und -redner gekommen sind, lege ich aber schon Wert. Es ist völlig unbestritten – das ist richtig zitiert worden –, dass alle Wirtschaftsverbände und Wirtschaftsorganisationen

(Abg. Birzele SPD: Und die Gewerkschaften!)

im Zusammenhang mit dem Zuwanderungsgesetz Wert darauf legen, dass es zu einer Lösung kommt. Es gibt aber kein undifferenziertes „Ja, es muss kommen“. Uns geht es darum – das nehmen Sie dem Kollegen Dr. Noll, der FDP/DVP-Fraktion und mir als Wirtschaftsminister bitte ab –, ein bestmögliches Zuwanderungssteuerungs- und -begrenzungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.

(Abg. Zeller SPD: Aber Ihre Enthaltung ist ein Nein! Das ist der Punkt!)

Das ist der entscheidende Punkt. Es sind klare inhaltliche Gründe genannt worden, warum wir der Vorlage der Bundesregierung nicht zustimmen können, und dabei bleibt es auch.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Zeller SPD: Aber das ist faktisch doch ein Nein!)

Diese Position wird nicht geändert, und deswegen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ist es einfach unsinnig, der FDP/DVP ein Umfallen vorzuwerfen. Gerade Sie sollten sich beim Thema Umfallen zurückhalten. Sie können in Berlin gar nicht mehr umfallen, meine Damen und Herren,

(Abg. Fleischer CDU: Ihr liegt schon!)

Sie liegen schon seit Jahren mit angelegten Ohren in der Ackerfurche. Ihr könnt gar nicht mehr umfallen nach dem, was in den letzten Jahren bei euch gewesen ist. Das muss einmal klar gemacht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Zeller SPD: Da sprecht ihr aus Erfahrung!)

Auch dann ist vollkommen klar, und auch dies weiß jeder, Herr Kollege Zeller: Die Koalitionsregierung hat ihren klaren Fahrplan, und der sieht bei all den Entscheidungen bezüglich des Bundesrats vor, dass in der der Bundesratssitzung unmittelbar vorausgehenden Kabinettsitzung das Abstimmungsverhalten der Regierung besprochen und beschlossen wird. Dies wird am 19. März 2002 hinsichtlich des 22. März 2002 der Fall sein. Somit halten wir den Fahrplan ein.

Wenn wir in den Vermittlungsausschuss gehen wollen und wenn wir mit den Ländern, was die FDP angeht, diese Marschrichtung vereinbaren konnten, auch mit Rheinland-Pfalz, um das sehr deutlich zu machen – was sowohl die jetzige Enthaltung angeht als auch das Bemühen um den Vermittlungsausschuss –, dann sind wir konsequent bei der Verfolgung des Ziels, die notwendigen und vom Kollegen Dr. Noll angesprochenen Verbesserungspunkte noch hineinzubringen. Das ist das Bemühen. Wer das Vermittlungsverfahren ablehnt, der zeigt doch in aller Deutlichkeit: Es geht ihm nicht mehr um eine Konsens- und Kompromissfindung, sondern es geht ihm jetzt, in diesen Wochen und Monaten, darum, dass man aufeinander zugeht, ohne zu einem Ergebnis zu kommen.

Wir wollen zu einem Ergebnis kommen. Wir springen auch nicht über jedes Stöckchen, das Sie uns heute mit Anträgen und nachgeschobenen Anträgen vorlegen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Feindbild! – Zurufe von der SPD: Oje!)

Wir bleiben bei der Ablehnung und halten am Fahrplan fest. Am 19. März 2002 entscheidet die Landesregierung über ihre Marschrichtung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Birzele?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nein, danke.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Nein, Herr Birzele.

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Zwischenzeitlich ist ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zum Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/805, eingegangen. Er liegt Ihnen schriftlich vor. Dieser Änderungsantrag der Fraktion der SPD trägt die Drucksachenummer 13/830. Diese Nummer ist auf der Ihnen vorliegenden Drucksache noch nicht angegeben.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/805, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/830.

(Abg. Fischer SPD: Wir möchten über den Änderungsantrag Drucksache 13/830 eine namentliche Abstimmung! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Das habe ich mir gedacht! – Unruhe)

Zu dem Änderungsantrag Drucksache 13/830 ist namentliche Abstimmung beantragt. – Die notwendige Unterstützung liegt vor.

Meine Damen und Herren, wer dem Antrag Drucksache 13/830 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer ihn ablehnen möchte, den bitte ich, mit Nein zu antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte den Schriftführer, Herrn Stickelberger, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben O.

Ich bitte um Ruhe während der Abstimmung.

(Namensaufruf)

Die namentliche Abstimmung ist beendet. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

Zuvor gebe ich Herrn Abg. Dr. Noll das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt Ruhe!)

Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich lege Wert darauf, dass mit diesem Ja – das habe ich ganz klar gesagt – keine Zustimmung zu der vorliegenden Form des Gesetzentwurfs verbunden ist. Ich lege Wert darauf, dass bei einem konstruktiven Prozess am Ende ein Ja und ein Nein stehen kann und somit keiner von uns hier präjudiziert ist. Ich lege drittens Wert auf die Feststellung, dass ich mit dem Aufruf zur konstruktiven Zusammenarbeit natürlich auch Innenminister Schily gemeint habe, der gesagt hat, das Gesetz habe den Bundesrat jetzt so zu passieren. Das ist keine konstruktive Zusammenarbeit, wie sie da möglich wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Das wird so akzeptiert! – Abg. Birzele SPD: Und warum hat ihm der Pfister nicht zugestimmt? – Auszählen der Stimmen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor:

(Stellv. Präsidentin Christa Vosseschulte)

An der Abstimmung haben sich 109 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 46 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 63 Abgeordnete gestimmt.

Der Antrag Drucksache 13/830 ist damit abgelehnt.

*

Mit J a haben gestimmt:

Katrin Altpeter, Theresia Bauer, Bayer, Birzele, Braun, Carla Brengener, Capezzuto, Dr. Caroli, Heike Dederer, Drexler, Fischer, Gaßmann, Rosa Grünstein, Gustav-Adolf Haas, Haller, Rita Haller-Haid, Rudolf Hausmann, Ursula Haußmann, Junginger, Käppeler, Birgit Kipfer, Knapp, Kretschmann, Brigitte Lösch, Maurer, Nagel, Dr. Noll, Boris Palmer, Margot Queitsch, Renate Rastätter, Rivoir, Christine Rudolf, Sakellariou, Schmid, Regina Schmidt-Kühner, Schmiedel, Staiger, Stickelberger, Teßmer, Inge Utzt, Walter, Wichmann, Wintruff, Dr. Witzel, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit N e i n haben gestimmt:

Behringer, Heiderose Berroth, Dr. Birk, Blenke, Dr. Carmina Brenner, Elke Brunnemer, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Beate Fauser, Fleischer, Dr. Glück, Dr. Inge Gräßle, Friedlinde Gurr-Hirsch, Alfred Haas, Hauk, Heinz, Herrmann, Hillebrand, Hofer, Hoffmann, Kiefl, Kleinmann, Klenk, Dr. Klunzinger, Köberle, Kurz, Dr. Lasotta, Johanna Lichy, Mack, Müller, Veronika Netzhammer, Oettinger, Dr. Christoph Palmer, Pauli, Pfister, Pfisterer, Rau, Rech, Reichardt, Dr. Reinhart, Dr. Repnik, Röhm, Rüeck, Dr. Schäuble, Dr. Annette Schavan, Schebesta, Dr. Scheffold, Scheuermann, Schuhmacher, Seimetz, Stächele, Dr. Monika Stolz, Straub, Teufel, Theurer, Traub, Dr. Vetter, Christa Vosseschulte, Wacker, Wieser, Winckler, Zimmermann.

*

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/805. Dieser Antrag ist für dringlich erklärt worden. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zuruf von der SPD: Mehrheit! – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Gegenstimmen waren eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Antrag Drucksache 13/805 abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE – Zustimmung des Landes Baden-Württemberg zur Lkw-Maut – Drucksache 13/812

– dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO

Ich rufe hierzu zusätzlich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/818, auf.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, dass für die Begründung des Antrags Drucksache

13/812 eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion gelten soll.

Wem darf ich das Wort zur Begründung erteilen? – Herr Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In den letzten Wochen konnte man in den Zeitungen eine etwas kryptische Äußerung des Herrn Ministers für Umwelt und Verkehr nachlesen. Er sagte nämlich: „Wir sind uns ausnahmsweise mit den Grünen einig.“ Das hat sich auf die Aufforderung der Fraktion GRÜNE an die Landesregierung bezogen, der Lkw-Maut im Bundesrat zuzustimmen. Wenn diese kryptische Pressemeldung besagen soll, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg der geplanten Lkw-Maut zustimmen wird, dann kann ich meine Rede in der Tat nach 30 Sekunden beenden. Bitte lassen Sie mich dies wissen. Dann stimmen wir ab, und alles ist erledigt.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Ich höre aber aus Berlin, dass die Ablehnungsfront der B-Länder, der unionsregierten Länder, steht, dass die Blockadepolitik fortgesetzt wird und dass derzeit nicht mit einer Zustimmung zur Lkw-Maut zu rechnen ist. Bitte belehren Sie mich eines Besseren.

Ich möchte hier ein Plädoyer für die Lkw-Maut halten. Die Lkw-Maut leistet dreierlei:

Sie bewirkt erstens einen Lenkungseffekt. 60 % Zuwachs – das ist heute von Frau Kollegin Berroth, die gerade abwesend ist, schon angesprochen worden – –

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sie sitzt da oben!)

– Ich nehme alles zurück. Ich habe Sie, Frau Berroth, schlicht und ergreifend nicht vor mir gesehen.

Sie haben korrekt zitiert, dass für den Lkw-Verkehr ein Zuwachs von 60 % prognostiziert ist. 60 % Zuwachs beim Brummi-Verkehr bedeuten, dass in Zukunft nicht mehr nur die rechte, sondern auch die mittlere und die linke Autobahnspur zugestaut werden. Das können wir alle nicht wollen. Wenn das verhindert werden soll, ist ein deutliches Preissignal erforderlich. Dann muss eben der Transport auf der Straße teurer werden.

(Beifall bei den Grünen)

Der zweite Vorteil der Lkw-Maut ist, dass das Prinzip der Kostenwahrheit realisiert wird. Lkws belasten unsere Straßen 165 000-mal stärker als Pkws. Der Pkw subventioniert den Lkw. Der Pkw deckt seine Wegekosten, der Lkw tut das nicht. Der große Vorteil der kilometerbezogenen Lkw-Maut gegenüber der Vignette, die ja einen Anreiz darstellt, möglichst viel zu fahren, besteht darin, dass derjenige zahlt, der verursacht. Übrigens werden auch ausländische Expeditionen, die bisher praktisch gar nichts zur Erhaltung unseres Straßennetzes beitragen, in gleichem Maß herangezogen.

(Beifall bei den Grünen)

(Boris Palmer)

Der dritte Vorteil der von der Bundesregierung gewählten Lösung einer Lkw-Maut ist, dass endlich faire Wettbewerbschancen für die Bahn geschaffen werden. Wir haben darüber heute Morgen schon ausführlich gesprochen. Solange es für die Bahn 100- bis 200-mal teurer ist, einen Kilometer Schienenstrecke zu benutzen, als einen Lkw die Benutzung der Autobahn kostet, so lange werden alle Appelle zur Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene ungehört verhallen. So lange, Herr Minister, haben Sie Recht, dass der Trend zu mehr Verkehr auf der Straße auch nicht zu brechen ist. Wir wollen ihn brechen. Dazu bedarf es dieser Lkw-Maut.

(Beifall bei den Grünen)

Ich fasse zusammen. Das alles betrifft die Einnahmeseite: Lenkungseffekt, Kostenwahrheit und faire Chancen für die Bahn. Allein deswegen müssten Sie zustimmen.

Es gibt aber auch noch die Ausgabenseite. Sie wissen, dass die Bundesregierung vorgesehen hat, ein Antistauprogramm aufzulegen: fünf Jahre jeweils 750 Millionen € zur Investition in die Infrastruktur. Wir als Grüne schreiben uns auf die Fahne, 50 % dieser Gelder für Schiene und Wasserstraße bereitzustellen und nur 50 % für die Autobahn. Im Falle Baden-Württembergs – Sie sollten zuhören, Sie wollen doch immer mehr Straßen im Land – ist aber dem Wunsch der Landesregierung entgegengekommen worden. Hier ist es so, dass 380 Millionen € in das Straßennetz gehen und leider nur 50 Millionen € in die Schiene. Das geht ganz einfach darauf zurück, dass rot-grüne Länder bereit sind, im Umkehrschluss mehr Geld in die Schiene und in die Wasserstraße zu stecken und auf Investitionen in das Straßennetz anteilig zu verzichten. So weit sind wir Ihnen schon entgegengekommen. Unsere Position wäre übrigens – die Schweiz macht es richtig –, alles in den Ausbau des Schienennetzes zu stecken. Dann kommt richtig Schwung in die Verlagerung auf die Schiene.

Wir hoffen, dass wir die Landesregierung beim Wort nehmen können. Denn beinahe täglich äußern sich Vertreter dieser Regierung, der Ministerpräsident, der jetzt nicht da ist, der Verkehrsminister, klagend über die fehlenden Investitionen ins Straßennetz in Baden-Württemberg. Sie haben jetzt die Möglichkeit, sich Einnahmen zu verschaffen, um ins Straßennetz zu investieren. Der Ausbau der A 6 – heute steht in der Zeitung, dass Sie ihn schon beginnen, obwohl Sie die Einnahmen ja noch gar nicht gesichert haben; die Lkw-Maut ist noch nicht beschlossen – sowie der Ausbau der A 8 und des Echterdinger Eis werden ohne eine Zustimmung zur Lkw-Maut nicht stattfinden. Sie stimmen heute auch darüber ab, ob diese Straßen ausgebaut werden sollen oder nicht.

(Abg. Hauk CDU: Das Echterdinger Ei wird doch schon umgebaut! Es sind doch schon die Bagger dort! – Abg. Schmiedel SPD: Die Bagger haben doch schon begonnen!)

Wenn Sie ablehnen, verschonen Sie uns bitte auch mit allen Klagen über fehlende Investitionen in die Infrastruktur des Landes. Handeln Sie heute im Interesse des Landes Baden-Württemberg, der Wirtschaft, der Bevölkerung. Handeln Sie im Interesse der Umwelt, einer Verlagerung des

Güterverkehrs auf die Schiene, und handeln Sie ausnahmsweise nicht ausschließlich im Interesse des Blockadekandidaten Stoiber.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Palmer, eigentlich können wir hier beschließen, was wir wollen; die Regierung ist im Bundesrat an unsere Beschlüsse nicht gebunden.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist der Fehler!)

Deswegen verändern wir weder mit der Debatte, die wir eben geführt haben, noch mit der nachfolgenden die Welt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das heißt, das Parlament ist überflüssig!)

– Nein, das habe ich nicht gesagt. Wir haben genügend Zuständigkeiten.

(Abg. Birzele SPD: Hören Sie einmal, hält sich die Regierung nicht an Beschlüsse des Parlaments, auch wenn sie rechtlich nicht daran gebunden ist? Das ist doch absurd!)

Aber jetzt zur Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir sind für die Maut, nur nicht bedingungslos. Bei den Gründen, warum wir für die Maut sind, berufe ich mich auf die, die Sie, Herr Palmer, genannt haben. Daran haben wir überhaupt nichts auszusetzen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gut!)

In Klammern darf ich vielleicht noch einen Satz dazu sagen. Ich persönlich hoffe, dass die weitgehend elektronische Erhebung der leistungsbezogenen Maut für den Schwerverkehr technisch funktioniert. Dann spricht nämlich nichts mehr dagegen, die Maut auch auf den Pkw auszuweiten, allerdings mit einem Kostenausgleich bei der Mineralölsteuer und bei der Kraftfahrzeugsteuer, weil es überhaupt kein gerechteres Prinzip gibt, Gebühren für die Straßenbenutzung zu erheben, als durch eine leistungsbezogene Maut

(Abg. Schmiedel SPD: Also Maut für alle!)

und weil wir überhaupt kein anderes Mittel haben, lenkend und entzerrend in den Verkehr einzugreifen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich nun ganz kurz erklären, warum ich gesagt habe, wir stimmten nicht bedingungslos zu. Das geht aus dem Antrag der Koalitionsfraktionen hervor.

Erstens sind wir dafür und verlangen, dass die Zweckbindung für die Mittel, die durch die Maut aufgebracht werden, in das Mautgesetz hineingeschrieben wird, und zwar ein für alle Mal und endgültig.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

(Scheuermann)

Das Aufkommen aus der Maut soll ausschließlich für Investitionen in Verkehrsanlagen verwandt werden, wobei wir sagen: Der Straßenbau muss Vorrang vor anderen Verkehrsinvestitionen haben.

Zweitens: Wir meinen, dass endlich die Versprechungen von verschiedensten Seiten erfüllt werden müssen und dass im Gesetz die Harmonisierung für das deutsche Transportgewerbe im Verhältnis zu Konkurrenten aus anderen EU-Staaten geregelt werden muss. Ganz klar ist: Die Harmonisierung muss derjenige tragen, dem das Aufkommen aus der Maut ausschließlich zusteht, nämlich der Bund. Etwa von Bundesseite darauf zu reflektieren, dass die Länder einen Teil dieser Harmonisierung über die Kraftfahrzeugsteuer bezahlen und der Bund ausschließlich das Aufkommen aus der Maut einnimmt, geht, wie ich meine, schlicht und einfach nicht. Deswegen wollen wir, dass das im Gesetz erscheint.

Drittens und letztens: In das Gesetz muss auch irgendeine Regelung über mögliche Verkehrsverlagerungen aufgenommen werden, und wenn es nur eine Ermächtigungsgrundlage ist. Um eine endgültige Regelung für Verkehrsverlagerungen überhaupt möglich zu machen, brauchen wir eine gewisse Zeit der Erfahrung. Und dann gibt es theoretisch zwei Möglichkeiten: indem ich die Autobahnabschnitte, bei denen am leichtesten eine Verkehrsverlagerung möglich ist, weil in der Nähe halbwegs adäquate Straßen verlaufen, von der Maut ausnehme oder indem ich umgekehrt Straßen, die sich für eine Verkehrsverlagerung anbieten, zusätzlich zu den Autobahnen mit einer Maut belege. Noch einmal: Dafür brauchen wir eine gewisse Zeit, während der Erfahrungen gesammelt werden. Deswegen sollte wenigstens eine Ermächtigungsgrundlage für eine solche Regelung in das Gesetz aufgenommen werden.

Abschließend noch einmal, Herr Kollege Palmer und meine Damen und Herren: Wir sind für die Maut, aber nicht für eine bedingungslose Maut.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Abg. Haller.

Abg. Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer wegweisenden Entscheidung für die Finanzierung der Straßen dieser Republik. Natürlich haben wir seit Mitte der Neunzigerjahre die Möglichkeit der Privatfinanzierung, aber nun wird das mit dieser Lkw-Maut, die erstmals streckenabhängig erhoben werden soll, auf andere Art und Weise reell.

Herr Scheuermann, mit Ihrer Aussage, wenn die Erhebung der Maut technisch funktionieren, könnten wir darüber nachdenken, die Maut auch für den Pkw-Verkehr einzuführen, haben wir von der SPD keinerlei Probleme, weil wir schon immer der Meinung waren, dass solche Kosten verursachergerecht und nicht über die Steuerzahlergemeinschaft zu erheben sind, weil letztendlich über diese Steuerzahlergemeinschaft ein hohes Maß an Subventionierung erfolgt – gerade für den Lkw-Verkehr. Wenn man die Kosten für die Bahn und den Lkw vergleicht, wird völlig klar, wo

die Subvention liegt. Dies wird nun durch die Lkw-Maut etwas ausgeglichen. Insoweit haben wir vom Grundsatz her offensichtlich keine Differenzen. Diese liegen im Detail, und darüber möge man streiten. Aber ich denke, dass es der Vermittlungsausschuss schon richten wird. Ich bin ganz optimistisch, dass der Vermittlungsausschuss, bei dem das Verfahren ja derzeit liegt, in ganz wesentlichen Punkten, die Sie, Herr Scheuermann, angesprochen haben, eine Einigung herbeiführen wird.

Eine offene Frage ist sicherlich, was Herr Eichel vorab bekommt. Aber ich denke, Herr Eichel wird nur das aufnehmen, was Herr Waigel schon begonnen hat. Also insofern ist auch dieser Punkt wohl legitim.

Hier sei noch einmal deutlich herausgestellt, warum wir für diese Lkw-Maut sind. Sie ist sinnvoll, gut, marktwirtschaftlich und ordnungspolitisch angemessen und verursachergerecht, denn gerade im Schwerlastverkehr – das habe ich wiederholt betont – werden die Kosten sozialisiert. Man bedenke auch, wie der Individualverkehr manchmal zu kalten Enteignungen führt, indem Wohngebäude unbewohnbar und damit wertlos werden.

Die Maut ist gerecht, weil sie endlich jenem Unfug ein Ende bereitet, dass ausländische Lkws deutsche Straßen zum Nulltarif benutzen. Sie tanken in Holland oder wo auch immer voll und fahren mit dem Rest von Diesel oder Benzin wieder aus Deutschland hinaus, aber es bleibt nichts hängen. Bislange gibt es null Ertrag für die deutschen Steuereinkassen. Diesem Unfug wird erfreulicherweise ein Ende bereitet.

Wir haben durch die Maut auch etwas Verteilungsgerechtigkeit, wie im Ausland auch. Man denke nur an die an Baden-Württemberg grenzenden Länder Schweiz, Österreich, Frankreich, die alle eine Vignette oder eine Maut haben. Hier führt die Maut zu einem kostengerechten Ausgleich.

Wir teilen auch, glaube ich, quer durch alle Fraktionen – Herr Minister Müller hat es mehrfach betont, und ich denke, er praktiziert es auch – die Zielvorstellung, Güter auf die Schiene zu bringen. Das geht nicht von alleine. Da brauchen wir Lenkungsinstrumente, und in diesem Sinne ist die Lkw-Maut sinnvoll.

Daher, meine Damen und Herren, sollten Sie sich überlegen, ob Sie nicht zustimmen. Denn ich bin eigentlich davon überzeugt, dass Sie von der CDU alle täglich beten, dass sie kommt, weil wir erst dann in der Lage sein werden, mit dem Antistauprogramm den dringenden Bedarf beim Ausbau von Bundesautobahnen und von Bundesstraßen in Baden-Württemberg zu decken. Es wäre fatal, wenn wir das nicht machen könnten. Gerade der ländliche Raum braucht gute Bundesstraßen, und wenn sich für die Bundesautobahnen eine Entlastung ergibt, haben wir weitere Finanzierungsspielräume.

Ich appelliere an Sie, meine Damen und Herren von der FDP/DVP und von der CDU: Stimmen Sie zu! Denn wir wollen mit der Lkw-Maut auch – Bodewig hat es gestern kundgetan – das 90-Milliarden-€-Investitionsprogramm auf den Weg bringen. Es sieht Privatfinanzierungen vor – darüber müssen wir uns noch unterhalten –, aber in ganz entscheidendem Maße auch die Lkw-Maut.

(Haller)

In diesem Sinne bitte ich Sie: Überwinden Sie sich, stimmen Sie dem Antrag zu! Die kleinen Problemchen, die Herr Scheuermann angesprochen hat, wird der Vermittlungsausschuss richten.

Besten Dank! Ich verzichte darauf, meine Redezeit auszuschöpfen, um Vorbild für andere zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir stimmen den ersten eineinhalb Sätzen der Begründung zu. Es handelt sich in der Tat um einen verkehrspolitischen Reformschritt. Auch wir fordern seit langer Zeit die streckenbezogene Gebühr, um eine verursachergerechte Anlastung der Instandhaltungskosten zu bekommen. Allerdings ist es nicht unsere Linie, damit prohibitiv gleich auch noch den Schienenverkehr zu beeinflussen.

Wenn Sie nur die überwiegende Verwendung der Einnahmen aus der Lkw-Maut für die Infrastruktur wollen, dann auch noch halbe-halbe für Straße und Schiene – die Wasserstraße ist Ihnen wohl erst aufgefallen, als Sie unseren Antrag, den wir heute Morgen beraten haben, in die Hand bekommen haben; bisher habe ich dazu von Ihnen noch nicht sehr viel gehört –,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 12,5 %, im Gesetz festgelegt, Frau Berroth, schon immer!)

stimmen wir dem nicht zu.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wieso denn? Sie wollen doch die Wasserstraße!)

Denn Sie haben oben selber geschrieben: Sie wollen eine verursachergerechte Anlastung. Diese braucht man deshalb, weil es – das wurde angesprochen – in der Tat vor allem ausländische Lkws sind, die unsere Autobahnen ruinieren. Deshalb muss man das Geld auch dafür verwenden, die Bundesfernstraßen instand zu setzen und das Netz gegebenenfalls so anzupassen, wie es notwendig ist.

Nun schreiben Sie, dass von unserer heutigen Entscheidung die fristgerechte Einführung der Lkw-Maut abhängt. Ich hoffe ja, dass wir, wenn das Gesetz den Vermittlungsausschuss passiert hat und irgendwann beschlossen ist, eine fristgerecht Einführung bekommen. Sie wissen selber, da stehen noch ein paar andere Dinge im Weg; denn mit der Ausschreibung war es ja nicht ganz einfach. Auch nach dreieinhalb Jahren Regierung scheint man in Berlin noch nicht so eingearbeitet zu sein, dass man weiß, wie so etwas stattzufinden hat. Deshalb, denke ich, müssen wir auch nichts überstürzen.

Sie meinen, die Südbahn hänge ausschließlich von Mitteln aus der Lkw-Maut ab. Das glaube ich nicht. Dafür gibt es sicher auch anderes Geld, und da muss kein direkter Zusammenhang bestehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das steht im Anti-stauprogramm!)

– Ja, natürlich.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Woher holen Sie das Geld?)

Aber hilfreich für eine zeitnahe Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur in Baden-Württemberg könnte auch ein entsprechender Wahlausgang im September sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Schmiedel SPD: Wunschdenken!)

Uns ist wichtig, dass im Gesetz die Zweckbindung festgeschrieben wird, dass die Mauteinnahmen schwerpunktmäßig wirklich dem Bundesfernstraßenbau und dem Straßenverkehr zugute kommen. Es muss nicht unbedingt der Straßenbau sein; es können auch Investitionen in die Telematik und in Ähnliches sein. Aber die Mittel müssen dem Straßenverkehr zugute kommen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Warum müssen sie das?)

– Das ist unsere Forderung. Sie nennen in Ihrem Antrag auch eine Voraussetzung. Da dürfen wir unterschiedlicher Meinung sein.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Davon haben wir heute Vormittag beim Güterverkehr nichts gehört, Frau Berroth!)

– Ich habe heute Vormittag auch nicht zur Maut gesprochen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das habe ich gemerkt!)

Sie holen Geld manchmal auch woanders her, als wir es uns vorstellen. Diese Freiheit nehme ich mir jetzt durchaus auch heraus.

Wichtig ist – und das hat Kollege Scheuermann schon angesprochen –, dass wir eine belastungsneutrale Regelung und eine europäische Harmonisierung hinkriegen. Es darf nicht sein, dass durch diese Regelung noch größere Wettbewerbsnachteile für die deutschen Lkws entstehen.

Das, was unter Ziffer 5 unseres Antrags genannt ist, ist mir besonders wichtig. Gleichzeitig muss auch eine verbesserte Vorkehrung dafür getroffen werden, dass durch diese Maut nicht eine Verkehrsverlagerung auf nachgeordnete Straßen stattfindet. Beispiel: An der Rheinschiene verlaufen die A 5 und die B 3 zum Teil direkt nebeneinander. Wenn die eine Strecke mautpflichtig ist, die andere aber nicht, können Sie sich vorstellen, welcher Verkehr dann zum Beispiel durch Bühl hindurchfahren wird. Das können wir den Anwohnern nicht zumuten. Deshalb muss auch hierfür eine Regelung gefunden werden.

Wir sind dafür, dass der derzeit vorliegende Entwurf verbessert und dazu der Vermittlungsausschuss angerufen wird. Deshalb können wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Boris Palmer.

Abg. Boris Palmer GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, Sie haben drei Gründe genannt, aus denen Sie unserem Antrag nicht zustimmen könnten.

Ich fange einmal mit dem Argument der Durchlöcherung, der Verlagerung an; eine Ermächtigung müsse schon ins Gesetz. Sie wissen sicher, dass derzeit die EU durch eine Richtlinie verbietet, jenseits der Autobahn eine Maut zu erheben. Ich sage Ihnen: Ich halte das für falsch. Ich bin der Meinung, das komplette Straßennetz und nicht nur die Autobahn müsste vermautet werden. Aber diese EU-Richtlinie hindert uns derzeit daran. Deswegen ist eine solche Ermächtigung nicht umzusetzen. Wenn, dann würde sie gegen EU-Recht verstoßen. Das können Sie nicht ernsthaft fordern.

(Abg. Pauli CDU: Wegelagerei!)

Zweitens: Sie sagen, nur eine Maut könne lenken. Da bin ich anderer Auffassung. Auch eine Verteuerung der Mineralölsteuer kann selbstverständlich Lenkungseffekte erzielen; tut sie übrigens auch. Wir haben seit der Verteuerung durch die Ökosteuer und natürlich aufgrund der Verteuerung des Rohöls einen Rückgang beim Mineralölverbrauch um 8 % gehabt. Das ist ein wesentliches Ergebnis.

Sie sagen – und da verteidige ich zum ersten Mal die Pkw-Fahrer vor Ihrer Raffgierigkeit; das ist eine interessante Position –, Sie wollten auch die Pkws bemaute. Dazu bin ich sehr skeptisch. Wir wollen doch Lkws deshalb bemaute, weil Lkws mit einem großen Tank durch Deutschland durchfahren können, ohne sich an den Wegekosten zu beteiligen. Der Pkw beteiligt sich über die Mineralölsteuer. Ich finde, dass das beim Pkw über die Mineralölsteuer auch effektiver ist, weil ich dann noch zusätzlich zum Anreiz, Kilometer zu sparen, den Anreiz gebe, Sprit zu sparen, also ein sparsames Auto zu kaufen. Das fiel bei einer kilometerbezogenen Maut völlig weg. Deswegen glaube ich, dass die Maut beim Pkw nicht das effiziente Instrument wäre.

Die angeführten Wettbewerbsnachteile, Frau Berroth, kann ich überhaupt nicht erkennen. Diese Maut zahlt ein inländischer wie ein ausländischer Lkw in exakt derselben Höhe. Es ist vielmehr genau umgekehrt. Bisher haben die ausländischen Lkws den Vorteil, dass sie sich nicht an den deutschen Wegekosten beteiligen müssen. Durch unsere Maut werden sie zum ersten Mal signifikant herangezogen – eine Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen für die deutschen Spediteure!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dann komme ich zum Punkt „Verwendung der Mittel“: Frau Berroth fordert „überwiegend für den Straßenbau“.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bundesfernstraßenbau!)

Also bei allem, was recht ist: Frau Berroth, Sie können nicht erwarten, dass wir Grünen als Teil der Regierung von Berlin mit Ihnen ein Gesetz verabschieden, nach dem die Einnahmen aus der Maut überwiegend für Straßenbau ausgegeben werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Warum nicht?)

Das können Sie einfach nicht erwarten. Unsere Position ist eigentlich wie die der Schweiz: 100 % in den Ausbau des Schienennetzes und des Wasserstraßennetzes. Wenn ich endlich den Güterverkehr auf der Straße bremsen will, darf ich doch nicht immer neue Straßen dafür bauen! Da muss ich doch anderswo investieren. Das ist doch die Logik des Ganzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Aber mir geht es um einen Kompromiss. Wenn wir als Grüne sagen: „Wir sind einverstanden: 50 % dieser Einnahmen gehen in den Straßenbau“, und wir sagen sogar noch: „Na gut, wir nehmen in unseren Ländern den Schienen- und den Wasserstraßeninvest, damit Sie hier in Baden-Württemberg fast alles, 80 % für die Straßen bekommen“, dann sagen Sie immer noch: „Uns ist es nicht genug.“ Also, wissen Sie, so kann man keine Kompromisse erzielen. Weiter gehen wir nicht. Keine müde Mark zusätzlich über 50 % für den Straßenbau!

Nun noch zur Harmonisierung. Also, bitte schön, das aktuelle Verhandlungsangebot des Bundes heißt: 260 Millionen € aus den Einnahmen der Maut stehen zur Verfügung, um den Kostenanstieg für die Speditionen zu bremsen. Das ist ein mehr als großzügiges Angebot. Denn worin steckt eigentlich die Logik, zu behaupten: „Ich will auf der einen Seite keine Belastung für die deutschen Spediteure, oder ich will für gar keinen Spediteur eine Belastung, und auf der anderen Seite will ich ohne zusätzliche Belastung Geld einnehmen, das wieder in den Straßenbau gesteckt werden soll“? Das kann nicht funktionieren. Da muss zwischendurch Manna vom Himmel geregnet sein. Wenn Geld übrig bleiben soll, dann muss es auch teurer werden, Güter auf der Straße zu transportieren. Daran führt kein Weg vorbei, und da sage ich Ihnen auch: Mehr als 260 Millionen € Entlastung für die Speditionen, Kompensation, ist mit den Grünen nicht zu machen. Das kommt nicht infrage.

Ich denke aber trotzdem: Wenn Sie sich die große Einigkeit vor Augen führen, die wir in der Grundsatzfrage haben, nämlich den Systemwechsel hin zur Nutzerfinanzierung, hin zur Kilometerfinanzierung zu verwirklichen, wenn Sie diese große Einigkeit beachten, dann kann es doch nicht sein, dass wir aufgrund der Marginalien, die Sie jetzt vorgetragen haben und die zum Teil sogar mit EU-Recht nicht vereinbar sind, überhaupt keine Maut bekommen und den jetzigen Zustand, der doch in jeder Hinsicht viel schlechter ist, festschreiben und zementieren.

Deswegen nochmals mein Appell: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und sorgen Sie dafür, dass die Landesregierung nicht aus wahltaktischen Gründen im Bundesrat eine vernünftige Lösung der Verkehrsprobleme blockiert.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vorhin aus kollegialem Interesse versucht, es kurz zu machen, bin aber offensichtlich missverstanden worden. Deswegen bin ich noch einmal hier.

(Scheuermann)

Erstens: Wir stimmen nicht Ihrem Antrag zu, sondern die Koalition stimmt ihrem eigenen Antrag zu.

Zweitens, Herr Kollege Palmer: Ich kann mir schlecht vorstellen, dass die Landesregierung dem Gesetzentwurf nicht zustimmen würde, wenn darin stünde, dass 50 % des Aufkommens aus der Maut für den Straßenbau verwendet würden. Allerdings gehöre ich der Landesregierung nicht an, und ich hoffe, dass der Minister hinterher nichts anderes sagt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber Sie stehen ihr nahe, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr nahe!)

Also, wenn da drinsteht: „50 % für den Straßenbau“, dann glaube ich nicht, dass man deswegen ablehnt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kretschmann?

Abg. Scheuermann CDU: Ja, sicher.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Herr Kollege Scheuermann, Sie wissen doch, dass die Lkw-Maut im rechtlichen Sinne eine Steuer ist, und Steuern dienen der Auffüllung der Staatskasse und werden durch die Parlamente verteilt. Man kann doch außer bei Abgaben im rechtlichen Sinne nicht in Gesetze hineinschreiben, wofür das Aufkommen verwendet wird. Sie müssten als „alter Parlamentshase“ doch wirklich wissen, dass das nicht geht.

(Heiterkeit)

Abg. Scheuermann CDU: Lieber Herr Kollege Kretschmann, ich bin im Moment nicht in der Lage, diese Frage aus der Lamäng zu beantworten. Aber eines ist klar: Eine Maut ist keine Steuer. Ich überlasse es dem Minister – er hat noch die Fachleute hinter sich –, nachher zu klären, was es ist. Nach meinem Dafürhalten ist die Maut keine Steuer, sondern eine Art Abgabe, und was mit einer Abgabe erfolgen soll, kann man regeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Scheffold CDU: Sehr gut!)

Herr Kollege Palmer, ich stimme Ihnen ja im Prinzip zu, dass eine Verlagerung des Güterverkehrs nur dann erreicht werden kann, wenn man die Disparität der Kosten zwischen Straßenbau und Bahn nivelliert, angleicht. Bloß noch ein Satz zum Straßenbau: Das, was Sie gesagt haben, setzt natürlich voraus, dass es einigermaßen vernünftige Verhältnisse gibt. Aber im Fernstraßenbau gibt es in Baden-Württemberg keine vernünftigen Verhältnisse, sondern einen gewaltigen Nachholbedarf.

Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel – mehr will ich gar nicht sagen –: Baden-Württemberg hat nicht eine einzige Ost-West-Verbindung mit jeweils drei Fahrspuren in eine Richtung, und ich glaube nicht, dass man ohne alle ideologischen Debatten einem Land wie Baden-Württemberg we-

nigstens eine ordnungsgemäße Ost-West-Verbindung absprechen kann.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie wissen, der sechsspurige Ausbau der A 6 ist Bestandteil des Antistauprogramms!)

Frau Präsidentin, zum Schluss: Meine Ausführungen zur Lenkungswirkung, Herr Kollege Palmer, haben Sie, glaube ich, falsch verstanden. Vielleicht habe ich mich auch verkürzt ausgedrückt. Ich habe mit Lenkungswirkung nicht gemeint, dass damit nur Verlagerungen gewollt wären, sondern ich habe mit Lenkungswirkung auch gemeint, dass man mit unterschiedlich hohen Mautgebühren auch zur Entzerrung des Verkehrs beitragen kann, indem man zum Beispiel zur Rushhour eine Maut in einer ganz anderen Höhe erhebt als in verkehrsärmeren Zeiten. Darin liegt für mich so ein Geheimnis, die Maut auch für den Pkw zu wollen. Aber, bitte, das ist meine persönliche Meinung und nicht eine mit der CDU-Fraktion abgestimmte Meinung.

Vielen Dank. Unserem Antrag stimmen wir zu.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit des Abg. Fischer SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Palmer, noch kurz zwei Antworten auf Ihre Fragen, die Sie gestellt haben, bzw. auf Ihre Behauptungen, die Sie aufgestellt haben. Sie haben behauptet, durch eine Regelung, nach der für ausländische und für deutsche Lkws die gleiche Maut bezahlt werden müsste, würden die Deutschen besser gestellt. Nach Adam Riese sind die Deutschen nach wie vor gleich schlecht gestellt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bisher zahlen nur die Deutschen, die Ausländer nicht, und künftig ist das eine Besserstellung, relativer Fortschritt! Das ist doch logisch!)

– Ja, sehr relativ; denn das ist ein „Riesenbetrag“.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: 3,4 Milliarden €!)

Zum anderen meinten Sie, wir könnten doch nicht erwarten, dass das gesamte Aufkommen für den Straßenbau verwendet werde. Ich muss Ihnen eines sagen: Wenn unser Straßensystem hervorragend in Ordnung wäre, würde ich Ihnen sogar zustimmen. So desolat, so hinderlich, umweltschädigend und stauerzeugend es aber im Moment ist,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie ist der Zustand der Schiene?)

müssen wir das Geld jetzt in den Fernstraßenbau stecken, damit die Situation wieder in Ordnung kommt. Wenn das einmal alles in Ordnung ist, können wir uns über eine neue Geldverteilung unterhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Minister Müller.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt hören wir, was der Minister sagt! Er wird uns aufklären!)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich muss sagen, dass der Antrag der Grünen schon etwas merkwürdig ist. Wir haben immerhin ein laufendes Vermittlungsverfahren. Während dieses Vermittlungsverfahren läuft, plädieren die Grünen dafür, dass wir aus diesem laufenden Vermittlungsverfahren aussteigen und uns dem Vorschlag der Bundesregierung stante pede unterwerfen sollen. Ich muss sagen, so etwas geschieht eigentlich relativ selten. Es ist deswegen besonders erstaunlich, weil dieses laufende Vermittlungsverfahren von 16 Bundesländern beantragt worden ist.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wo steht denn das?
– Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie sollen nach den Verhandlungen zustimmen, nicht vor den Verhandlungen!)

– Nach den Verhandlungen?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Bei der Abstimmung im Bundesrat sollen Sie zustimmen! – Glocke der Präsidentin)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Herr Palmer, lauschen Sie den Ausführungen des Herrn Ministers.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Mich interessiert jetzt einfach, was Sie denn meinen: „Dürfen“ wir denn verhandeln?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie dürfen verhandeln, natürlich!)

– Das ist ja prima.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber am Ende sollen Sie zustimmen, nicht blockieren! Nur darum geht es!)

– Erst jetzt kapiere ich langsam, worum es geht; ich habe mich nämlich die ganze Zeit nach der Logik gefragt, und ich glaube, dass es dem Kollegen Haller von der SPD genauso gegangen ist. Er hat nämlich auf der einen Seite gesagt, das Vermittlungsverfahren werde es schon richten, und auf der anderen Seite hat er dafür plädiert, Ihrem Antrag zuzustimmen. Wenn Ihr Antrag meint, dass wir im Vermittlungsverfahren bleiben sollen, sind wir damit einverstanden, aber dann müssen Sie natürlich die Möglichkeit offen halten, im Vermittlungsverfahren etwas zu erreichen. Wenn wir nichts erreichen, werden wir möglicherweise ablehnen; denn sonst brauche ich nämlich nicht zu verhandeln.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das sollt ihr eben unterlassen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht ablehnen! – Weitere Zurufe)

– Gut, dann brauche ich eben nicht zu verhandeln; das ist doch klar.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Gegenruf von der CDU: Remstal-Rebell!)

Stellen Sie sich bitte einmal vor, Herr Palmer, wir würden jetzt genau das machen, was Sie sagen, und das würde im Vermittlungsausschuss bekannt werden. So etwas wird ja

bekannt; darauf ist es ja angelegt. Man würde uns doch als Nonvaleurs ansehen und sagen: Wieso sitzt ihr überhaupt noch da; eure Stimmen haben wir im Sack.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und dann sagt der andere: Sie machen sowieso, was Sie wollen, egal was wir beschließen! Das ist auch sehr konsistent!
– Gegenrufe von der CDU)

– Vielleicht kriegen Sie irgendwie die Kurve, aber das hörte sich alles ganz anders an. Sie haben ein flammendes Plädoyer für die Lkw-Maut gehalten. Vielleicht war dies der einzige Zweck Ihres Antrags – das kann ja sein –, das alles loswerden zu können. Sie haben gesagt, es gab die Stoiber'sche Blockadepolitik. Stoiber hat in der Union wirklich Einfluss, aber dass er 16 Bundesländer beeinflusst, in ein Vermittlungsverfahren zu gehen, das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht.

Kurz und gut: Wir sind in dem Verfahren. Dieses Verfahren hat sich schon jetzt gelohnt; das muss man sagen. Wir haben jetzt schon Fortschritte erzielt, und wir wollen noch ein paar weitere Fortschritte erzielen.

Wir haben zum Ersten bereits erreicht, dass die Kfz-Steuer nicht mehr herangezogen werden soll, um das Gewerbe in irgendeiner Weise zu befriedigen. Das war für alle Bundesländer ganz wichtig, denn das war eine Absicht, die die Bundesregierung gehabt hat.

Wir haben zum Zweiten erreicht, dass es für verdrängten Verkehr, wofür die Bundesregierung ursprünglich nichts tun wollte – das ist der Verkehr, der sich aufgrund der Maut von der Autobahn auf andere Straßen verlagert –, eine Regelung geben wird. Das ist bereits ein weiteres Ziel, das wir im Vermittlungsverfahren erreicht haben.

Wir haben zum Dritten erreicht – das ist zwar noch nicht in einem Text niedergelegt, aber man hat sich in den Vorverfahren darauf verständigt –, dass die Zweckbindung Verkehr in das Gesetz hineingeschrieben werden soll. Wir können uns jetzt also darüber streiten, ob das richtig oder falsch ist. Aber diese Einigung haben wir mit der Bundesregierung schon erreicht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Warum wollen Sie uns dann nicht zustimmen?)

– Wir sind noch nicht ganz am Ende. Ich sage noch einmal: Das Vermittlungsverfahren hat sich bereits jetzt gelohnt. Es war sehr, sehr sinnvoll. Übrigens sind dies alles Punkte, die von dieser Landesregierung in das Konzert der Stimmen im Bundesrat mit eingebracht worden sind. Wir sind da – das darf ich in aller Bescheidenheit sagen – vielleicht schon führend tätig.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Und wir sind Ihnen entgegengekommen!)

– Jetzt lassen Sie mich einmal ein bisschen etwas sagen. – Insofern ist auch der Streit, ob das jetzt eine Steuer oder eine Abgabe ist – Um es einmal ganz konkret zu sagen: Die Abgabe ist der Oberbegriff, und es gibt Steuern, Gebühren und Beiträge. Hier handelt es sich natürlich um eine Gebühr; das ist eine Benutzungsgebühr, völlig klar. Bei einer Benutzungsgebühr muss ich, nicht nur von Rechts we-

(Minister Müller)

gen, sondern auch hinsichtlich der Logik für den Bürger, schon sagen: Wenn ich eine Straße gegen Geld benutze, dann ist der Zusammenhang, dass das Geld, das aus der Straßenbenutzungsgebühr erzielt wird, im Wesentlichen wieder in den Straßenbau fließen soll, schon relativ nahe liegend. Das heißt, die Akzeptanz – –

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser betätigt versehentlich mehrfach den Gong, mit dem die Abgeordneten zur Abstimmung gerufen werden.)

– Soll ich aufhören?

(Heiterkeit – Abg. Döpfer CDU: Frau Präsidentin, Sie dürfen nicht überall draufdrücken! – Abg. Fischer SPD: Jetzt hat sie den falschen Knopf gedrückt! – Anhaltende Heiterkeit)

– Ich habe erst 4 Minuten und 48 Sekunden gesprochen.

Es ist schon sehr sinnvoll für die Akzeptanz der ganzen Veranstaltung, wenn man sagen kann: Was aus der Straße in die Staatskasse kommt, soll im Kern auch an die Straße zurückfließen, wobei wir uns gar nicht dagegen ausgesprochen haben, dass es auch für die Schiene Geld geben soll.

Insofern kann man sagen: Es lohnt sich zu verhandeln, und wir verhandeln weiter.

Ich will Ihnen jetzt einfach einmal schildern, was im Moment die Diskussionspunkte sind, sodass man sehen kann, dass es Länderinteressen sind, über die wir reden. Es gibt auch ein paar Dinge, bei denen man einfach sagen muss: Wir müssen aufpassen, dass der Bund hier nicht trickst. Es sind auch ein paar andere Ziele dabei als diejenigen, die die Bundesregierung bisher eingebracht hat.

(Zahlreiche Abgeordnete betreten den Plenarsaal. – Unruhe – Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Pfister FDP/DVP: Willkommen im Klub! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt kommen sie alle! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Fauser, Sie haben Erfolg gehabt! – Große Heiterkeit – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe.

(Anhaltende Heiterkeit – Glocke der Präsidentin)

Die Heiterkeit ist sicher ganz positiv, aber ich denke, Sie wollen heute noch zum Ende kommen. Herr Minister, ich bitte Sie, fortzufahren.

(Unruhe – Heiterkeit)

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Ich begrüße die neu hinzugekommenen Kollegen und bitte um Entschuldigung,

(Heiterkeit – Abg. Pfister FDP/DVP: Schon gut so! Sie brauchen sich nicht zu entschuldigen! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie haben viele Fans in Ihrer Partei!)

dass es im Moment noch keine namentliche Abstimmung gibt.

(Anhaltende Heiterkeit – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Theurer?

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Das mit dem Knopf machen wir jetzt noch öfter.

(Heiterkeit – Beifall)

Nachdem die Reihen jetzt gefüllt sind, lohnt es sich ja, noch etwas zu sagen.

(Abg. Hauk CDU: Genau! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut! – Abg. Fleischer CDU: Das müssen Sie ausnutzen!)

Ich schildere Ihnen jetzt einmal, was zwischen dem Bund und den Ländern jetzt noch strittig ist. Es geht – ich drücke es einmal in Mark aus, das haben wir alle noch besser im Kopf – zunächst einmal darum, dass wir 6,6 Milliarden DM zu verteilen haben. Dabei steckt schon eine Geschichte drin, bei der wir Entgegenkommen gezeigt haben. Diese 6,6 Milliarden DM kommen nämlich dadurch zustande, dass wir im Durchschnitt 15 Cent pro Kilometer akzeptiert haben. Wir waren ursprünglich einmal der Auffassung, es sollte weniger sein, aber die B-Länder akzeptieren das mittlerweile. Das ergibt insgesamt 6,6 Milliarden DM.

Jetzt geht es um die Frage, wie wir das verteilen. Stellen Sie sich bitte einen Kuchen vor, der aus sechs Stücken besteht. Da gibt es einen Teil – –

(Zurufe – Unruhe – Abg. Pfister FDP/DVP zur CDU: Jetzt seid mal ruhig! Hört mal zu! – Gegenruf des Abg. Fischer SPD: Wären die lieber draußen geblieben! Dann würde es schneller gehen, Herr Minister!)

– Das sind relativ dicke Stücke; das ist wahr.

(Unruhe)

Es lohnt sich zuzuhören. Man kriegt etwas mit.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hochinteressant! – Vereinzelt Beifall)

Da gibt es einen Teil des Kuchens, der Dinge betrifft, die nicht in den Verkehr fließen, und einen anderen Kuchenteil, der in den Verkehr fließen soll. Wir sind natürlich daran interessiert, dass der Teil, der in den Verkehr fließt, möglichst groß ist.

Jetzt befassen wir uns einmal mit den Dingen, die nicht in den Verkehr fließen sollen. Das ist erstens das, was zur Erhebung der Gebühr erforderlich ist. Da wird jeder sagen: Das muss man natürlich abziehen. Einverstanden! Diese Summe ist uns aber verächtlich hoch; die ist uns zu hoch. Im Moment ist davon die Rede, dass allein für die Erhebung der Gebühr pro Jahr 1,2 Milliarden anfallen sollen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: D-Mark! – Abg. Pfister FDP/DVP: D-Mark oder Euro?)

(Minister Müller)

– D-Mark. – Mittlerweile ist sogar davon die Rede, dass das noch einmal um die Größenordnung von 150 Millionen DM steigen soll. Das ist mir, ehrlich gesagt, schlicht zu viel. Da wäre uns eine Schicksalsgemeinschaft zwischen dem, was in den Bundeshaushalt, an Herrn Eichel, fließt, ohne in den Verkehr zu gehen – das ist der zweite Punkt, auf den ich sofort zu sprechen komme –, und dem, was man als Kosten der Erhebung hat, ganz lieb – so nach dem Motto: Die zwei Summen sind zusammen fix, und wie die untereinander aufgeteilt werden, ist uns Wurst. Es ist schon verdammt hoch, wenn man sagen muss: 1,2 oder gar noch mehr Milliarden DM fallen pro Jahr für die Erhebung der Gebühr an.

Das Zweite ist: Was soll der Bundesfinanzminister kriegen? Da kann man natürlich sagen: Er soll gar nichts kriegen.

(Beifall des Abg. Sieber CDU – Abg. Sieber CDU:
Sehr gut!)

– Wir wollen anständig sein, Herr Kollege Sieber. Das fällt uns zwar schwer, aber wir bemühen uns darum.

(Abg. Haller SPD: Anständig zu sein fällt Ihnen schwer? – Weitere Zurufe)

– Das war eine selbstironische Bemerkung. Es freut mich, dass Sie das wahrgenommen haben.

Früher hat Herr Waigel – und heute gilt das auch für Herrn Eichel – aus der bisherigen Lkw-Gebühr Geld bekommen. Wir akzeptieren, dass er das Geld, das er aus der bisherigen Lkw-Gebühr – das ist die Eurovignette – bekommt, auch weiterhin bekommen soll. Sonst würde der Bund ein schlechtes Geschäft machen, und weil wir ja die Bundesregierung übernehmen wollen, wollen wir erreichen, dass der Bund kein schlechtes Geschäft macht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Akzeptieren Sie auch, dass Waigel das eingeplant hatte?)

Also soll er das bekommen, was bisher erzielt worden ist, und das sind 900 Millionen DM. Aber wissen Sie, was der Bund will? Das finde ich unfair: Der will das Geld bekommen, mit dem er gerechnet hat, nicht das, was er wirklich bekommt, sondern das, mit dem er gerechnet hat. Und er hat die ganzen Jahre über mit 1,6 Milliarden DM gerechnet.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Der Waigel auch schon! Das ist Waigel'sche Planung!)

– Ja, aber das war in einer Zeit, in der man das Aufkommen noch nicht gekannt hat. Mittlerweile kennt man es. Wenn jetzt gefordert wird, der Bundeshaushalt solle Geld bekommen, das er nie bekommen hat, kann ich nicht sagen, das sei der Ausgleich für einen Einnahmeausfall. Das ist vielmehr schlicht der Versuch, bei dieser Gelegenheit Kasse zu machen, und das lehnen wir wirklich ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wer eine Luftbuchung macht, dem soll man das nicht anschließend auch noch honorieren, sondern der muss halt seine Luftbuchung korrigieren.

(Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Jetzt kommt der dritte Punkt: Was soll das Kfz-Gewerbe bekommen? Das Kfz-Gewerbe – das sind diejenigen, die das bezahlen sollen – steht ja im internationalen Wettbewerb. Alle politischen Kräfte sagen: Wir brauchen Harmonisierung. Deswegen bietet die Bundesregierung hier 500 Millionen DM an. Jetzt sagen wir: In dem Maße, in dem bei Eichel etwas weggeht, in dem Maße, in dem etwas bei der Erhebung heruntergeht, kann man dem Gewerbe noch etwas mehr geben. Wir sind daran interessiert, etwas mehr Harmonisierung im europäischen Maßstab zu erreichen. Ich glaube, dass man dafür insgesamt eine Lösung findet.

Insgesamt wollen wir diesen Teil – Gewerbe, Erhebungskosten und Bundeshaushalt – möglichst gering halten. Das ist unser Interesse, damit für den anderen Teil, der in den Verkehr fließen soll, möglichst viel übrig bleibt. Dabei haben wir ja die Zweckbindung schon erreicht. Jetzt wollen wir erreichen, dass erstens diese Mittel möglichst hoch sind und dass sie zweitens überwiegend in den Straßenbau fließen.

Jetzt gibt es auch da drei Teile. Zwei sind unstrittig. Das ist einerseits das Antistauprogramm. Einverstanden! Davon profitiert übrigens auch das Land Baden-Württemberg überproportional. Das ist gut so.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ich finde es gut, dass Sie das zur Kenntnis nehmen!)

Ich finde es witzig, dass die Grünen unter anderem deswegen dafür plädieren, dass wir der Lkw-Maut zustimmen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sie sollen unser Entgegenkommen honorieren! Das ist das Petikum!)

– Lassen Sie mich nur den Satz zu Ende sagen. Schwätzen Sie nicht immer so wahnsinnig laut und so viel dazwischen, Herr Palmer.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wenn Sie die Grünen zitieren und sie witzig finden!)

– Ich finde es witzig, dass die Grünen mit der Begründung, wir würden ja besonders viel für den Autobahnbau bekommen, dafür plädieren, dass wir diese Maut so, wie sie die Bundesregierung vorgelegt hat, annehmen sollen. Für mich ist das eine Begründung, aber dass es für die Grünen eine Begründung ist, ist mir neu. Aber schön!

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat niemand behauptet!)

Also das Antistauprogramm ist unumstritten. Einverstanden!

Das Zweite ist das Sechsstreifenprogramm, offiziell als „Betreibermodell“ bezeichnet. Das ist auch unumstritten. Das sind 0,5 Milliarden DM.

Schließlich gibt es noch einen letzten Infrastrukturteil. Wenn der eine Teil möglichst gering wird, dann kann dieser Teil möglichst groß werden. Darum kämpfen wir. Wir kämpfen im Übrigen darum, dass innerhalb dieses Teils auch der Straßenbau einen überwiegenden Teil bekommt. Das sind die Streitfragen.

(Minister Müller)

Jetzt sage ich einmal ganz einfach: Es lohnt sich, darüber zu diskutieren, dafür zu kämpfen und darüber zu streiten. Wir machen keine Blockadepolitik à la Lafontaine, und zwar erstens aus Überzeugung, zweitens weil wir hinter der Lkw-Maut stehen und drittens weil wir an den Einnahmen interessiert sind.

Ich bin mir ziemlich sicher: Wir können auch eine Einigung bekommen. Ich glaube, dass wir sie bekommen. An uns soll es nicht liegen. Aber wir wollen im Rahmen des Vermittlungsverfahrens noch möglichst viele Punkte für das Land Baden-Württemberg herausholen. Wenn Sie uns darin unterstützen, dann brauchen wir Ihren Antrag eigentlich nicht. Wenn Sie ihn so verstehen sollten, dass Sie uns darin bekräftigen, noch ein bisschen zu verhandeln und zu einem vernünftigen Abschluss zu kommen, dann bin ich damit einverstanden.

Ich bedanke mich vielmals.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Abstimmen! – Abg. Fischer SPD: Abstimmen!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, Herr Haller hat sich überraschend noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Schmiedel SPD: Was heißt hier „überraschend“? Er hat jederzeit das Recht dazu!)

Abg. Haller SPD: Überraschend? Ich wollte mir die Chance nicht entgehen lassen, noch vor einem so großen Publikum, das dankenswerterweise eingetroffen ist, zu reden.

(Abg. Scheuermann CDU: Aber nicht zu lange, sonst gehen sie wieder!)

Ich wollte nur noch einmal unsere Position deutlich machen.

Herr Minister, Sie haben Recht: Der Antrag, den die Grünen stellen, bedeutet eigentlich einen Eingriff in das Vermittlungsverfahren, das auch von rot-grünen Landesregierungen befürwortet wird. Aber auch CDU und FDP/DVP haben diesen Eingriff in ihrem Antrag, zumindest graduell in Ziffer 3, vorgesehen. Man kann nun darüber streiten, ob das richtig ist oder nicht. Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Aber ich appelliere nochmals an die Landesregierung, mit aller Vehemenz dafür zu sorgen, dass die Lkw-Maut kommt. Denn Sie haben ja auch dankenswerterweise – das muss ich mir wirklich auf der Zunge zergehen lassen – zu Recht und richtig festgestellt, dass das Land Baden-Württemberg

(Abg. Fischer SPD: Profitiert!)

hiervon überproportional profitieren wird.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch recht so! – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Deswegen sage ich: Stimmen Sie, vielleicht mit graduellen Änderungen, dieser Lkw-Maut zu.

Besten Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 13/812 und den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/818.

Ich lasse zunächst über den Antrag Drucksache 13/818 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Ich nehme an, dass sich damit der Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/812, erledigt hat. Oder wünschen Sie Abstimmung, Herr Palmer?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ja sicher!)

– Gut.

Wer stimmt dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/812, zu? – Gegenprobe! – Wer enthält sich der Stimme? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Novellierung der Verpackungsverordnung – Stopp des dramatischen Absinkens der Mehrwegquote durch Einführung einer Pfandpflicht – Drucksache 13/813

– **dringlich gemäß § 57 Abs. 3 GeschO**

Zusätzlich rufe ich den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/819, auf.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, für die Begründung des Antrags Drucksache 13/813 fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion festzulegen.

(Abg. Fischer SPD: Ohne gestaffelte Redezeiten!)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Staiger.

Abg. Staiger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist ja sehr erfreulich, dass bei diesem Thema jetzt so viele Abgeordnete anwesend sind. Frau Präsidentin, noch einmal herzlichen Dank für den richtigen Tastendruck.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, den Grünen und des Abg. Theurer FDP/DVP)

Herr Kollege Scheuermann, wir wollen mit diesem Antrag natürlich nicht die Welt verändern, sondern einen Beitrag zur Verbesserung unserer Umwelt leisten. Wir haben über dieses Thema – ich kann mich noch sehr gut daran erinnern – in Ausschüssen und im Plenum schon mehrere Male debattiert. Wir waren uns über alle Fraktionsgrenzen hinweg eigentlich immer in der Zielsetzung einig, die Mehrwegsysteme zu stützen und die ökologisch schädlichen Einweggetränkeverpackungen einzuschränken.

(Staiger)

Das Ziel war klar, nur die Wege waren verschieden. Deshalb ist alles so geblieben, wie es ist, und das ist ganz bestimmt nicht gut so. Deshalb haben Sie, Herr Minister, wahrscheinlich auch gedacht: Lassen wir es einmal so laufen. In der Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/325 haben Sie ja auch formuliert – das war im November 2001 –: „Eine Umsetzung der geltenden Verpackungsverordnung steht nicht unmittelbar bevor.“

Tatsache ist, dass sich die Situation dramatisch verändert hat. Das Töpfer'sche Pflichtpfand kommt, und zwar schneller als von vielen erwartet. Es kommt auch deswegen, weil das Land gegen eine Novellierung der Verpackungsverordnung gestimmt hat, wohl wissend, dass dann die alte Töpfer'sche Regelung greift, die auf jeden Fall schlechter ist und nicht unbedingt zur Problemlösung beiträgt. Ich verweise hierzu auf das Beispiel der Pfandpflicht für Weinflaschen, die ja immer noch kommen kann.

Was ist in dieser Zeit passiert, in der nichts getan wurde? Die Mehrwegquote ist drastisch zurückgegangen, die Dosenflut hat rasant zugenommen,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wer hat nichts getan?)

die baden-württembergischen mittelständischen Brauereien und Getränkehersteller werden massiv benachteiligt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Die Vermüllung der Städte und der Landschaften nimmt drastische Ausmaße an, sodass manche Kommune schon überlegt, ob sie Bußgelder für Müllsünder erheben muss.

Was macht die Landesregierung jetzt?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wieder nichts!)

Nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ kündigt sie eine Bundesratsinitiative an, in der zum wiederholten Mal eine Selbstverpflichtung eingefordert wird und für den Fall von Zuwiderhandlungen finanzielle Sanktionen angedroht werden. Das kennen wir schon. Das führt nicht weiter. Die Getränkeindustrie und die Lebensmittelketten sind tief beeindruckt – und lachen sich ins Fäustchen.

Der Anteil der ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen hat stetig in großem Ausmaß zugenommen – trotz des Damoklesschwerds der Töpfer'schen Pfandpflicht.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ja!)

Bei mir entsteht inzwischen der Eindruck, dass sie damit rechnen, dass sie die Politik am Nasenring durch die Manege führen können. Weil Sie, Herr Minister Müller, das wohl auch erkannt haben und Ihnen nach eigenen Worten ja auch nichts anderes mehr einfällt, setzen Sie jetzt auf das Pflichtpfand à la Töpfer.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh!)

Dabei haben Sie aber Ihren Wirtschaftsminister nicht gefragt. Der hält nämlich gar nichts davon.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ich auch nicht!)

Es ist wie so oft: Herr Minister Müller sagt hü, und Herr Minister Döring – er ist nicht mehr da – sagt hott.

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Genau das ist der „geradlinige und entschlossene Kurs“ der Landesregierung, den wir so sehr schätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber es kommt noch besser: Sie setzen auf das Töpfer'sche Pflichtpfand als Grundlage Ihrer Politik und erwarten vom Bundesumweltminister eine elegante Lösung im harmonischen Miteinander mit der Wirtschaft, die für die dramatisch ansteigende Dosenflut und den Verfall des Mehrweganteils in den letzten Jahren verantwortlich ist.

Es geht hier aber nicht um elegante Lösungen, meine Damen und Herren. Wir sind nicht auf einer Modenschau. Vielmehr geht es um konsequente Lösungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die konsequente Lösung ist die vom Bundesumweltministerium vorgeschlagene Novellierung der Verpackungsverordnung. Springen Sie jetzt über Ihren Schatten! Sie waren nämlich schon einmal ganz nahe dran, als die Entscheidung anstand.

Sie wollten ja im Zweifelsfall, nachdem Sie lange geprüft haben, wie die Verhältnisse bei der Abstimmung im Bundesrat aussehen, für die Novellierung der Verpackungsverordnung stimmen. Sie haben dies dann leider aus politisch-taktischen Gründen nicht getan. Aber jetzt haben Sie die Gelegenheit dazu. Werden Sie im Bundesrat initiativ, um eine Verpflichtung zur Erhebung von Pfandgeld auf alle ökologisch nachteiligen Getränkeverpackungen zu erreichen, und zwar im Sinne der Novellierung der Verpackungsverordnung, und sorgen Sie somit dafür, dass das weitere Absinken der Mehrwegquote zum Schaden der mittelständischen Brauereien und Getränkehersteller in Baden-Württemberg verhindert wird, dass den Winzern kein Schaden entsteht und die Vermüllung der Städte und der Landschaften aufhört.

Es ist ein Zeichen von Vernunft und Souveränität, meine Damen und Herren, wenn man in der Lage ist, vor dem Hintergrund neuester Erkenntnisse und Entwicklungen seine Meinung zu ändern. Bedenken Sie bitte: Sie haben die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter sich. Stimmen Sie also unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Scheuermann.

Abg. Scheuermann CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch hier, Herr Kollege Staiger, stimmen wir dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu und nicht Ihrem. Im Ziel sind wir uns aber einig. Das Ziel heißt: Einweg zurückdämmen und Mehrweg stärken. Über den Weg sind wir offensichtlich ein bisschen unterschiedlicher Meinung.

(Scheuermann)

Wenn ich Ihren Antrag richtig verstehe – wobei ich zugebe, dass beide Anträge sehr verklausuliert formuliert sind, sodass wir bei der Bevölkerung mit beiden Anträgen keinen großen Eindruck erwecken können –, so sind Sie für die Trittin-Verordnung, die im letzten Jahr im Bundesrat keine Mehrheit bekommen hat. Gut, so weit sind wir uns einig. Im Bundesrat hat eine Regelung eine Mehrheit bekommen, die zunächst auf eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft setzt. Ich darf einmal sagen, dass damals nicht nur die B-Länder für diese Lösung gestimmt haben, sondern auch das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen.

(Abg. Walter GRÜNE: Das war Clement!)

Nun stelle ich ganz einfach fest, was niemand bestreiten kann: Herr Trittin hat nicht das Schwarze unter dem Fingernagel unternommen, um über diese Lösung, die eine Mehrheit im Bundesrat gefunden hat, wenigstens einmal mit der Wirtschaft zu verhandeln. Wir haben schon damals gesagt: Wenn wir diese Lösung nicht bekommen, sind wir für das Dosenpfand – beinahe bin ich versucht, dazu zu sagen: egal, auf welchem Weg und mit welcher Lösung.

Nun, die Lösung der Selbstverpflichtung haben wir bis heute nicht bekommen, und es spricht auch wenig dafür, dass wir sie in Zukunft bekommen.

(Abg. Schmiedel SPD: So ist es!)

Sie stimmen mir sicherlich zu, wenn ich feststelle: Bei vielem, worin wir uns nicht einig sind, ist sich die Wirtschaft am wenigsten einig. Deswegen werden wir eine Selbstverpflichtung, bei der wir der Wirtschaft sogar auferlegen wollten, wenigstens 250 Millionen DM im Jahr zu bezahlen, wenn die Selbstverpflichtung nicht eingehalten wird, am wenigsten bekommen.

Nun haben Sie Recht, Herr Staiger, dass jetzt das Töpfer-Pfand kommt. Nur ist jetzt im Hinblick auf die Bundesratsentscheidung von vor einem Jahr eine wichtige Änderung eingetreten. Die Wirtschaft oder wenigstens Teile der einschlägigen Wirtschaft haben gegen das Töpfer-Pfand geklagt, indem sie die Veröffentlichung der Mehrwegquote verhindern wollten, und die Veröffentlichung der Mehrwegquote im „Bundesanzeiger“ ist die letzte Voraussetzung für die Inkraftsetzung des Töpfer-Pfands. Die Sache ist ausgeklagt. Bundesumweltminister Trittin kann die entsprechende Veröffentlichung vornehmen und damit die Töpfer-Verordnung in Kraft setzen. Das ist jetzt unsere Lösung, mit der wir einverstanden sind.

In Ziffer 2 unseres Antrags haben wir nur noch einmal für die Teile der Wirtschaft, die stark gegen das Pfand rebellieren, geschrieben: Das Pfand könnt ihr noch verhindern, indem ihr euch auf eine andere, aber ähnlich wirksame Lösung einigt.

Der letzte Punkt, der in unserem Antrag steht: Wir sind dafür, dass der Wein nicht mit einem Pfand belastet wird,

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der Grünen)

wobei wir das erreichen können, indem der Wein ausdrücklich aus der Töpfer-Verordnung ausgenommen wird,

oder mit dem minderschweren Mittel, dass Herr Trittin Veröffentlichungen über die Mehrwegquote für den Wein im Hinblick auf das Pfand unterlässt.

Zum Schluss, Herr Kollege Staiger: Ganz so, wie Sie das zum Schluss dargestellt haben, ist es leider nicht, sonst wären wir sicherlich schon weiter. Wenn es so eindeutig wäre, dass bei einer Pfanderhebung die Einwegquote zurückgeht und die Mehrwegquote zunimmt, gäbe es überhaupt keinen Streit. Aber die Ansichten, was passiert, wenn wir das Pfand einführen, sind sehr unterschiedlich. Es gibt genug Leute, die sagen: Wenn wir das Pfand einführen, werden wir eine Infrastruktur schaffen, und die Infrastruktur, dass ich also die Dose nicht mehr wegwerfe, sondern schön abgebe, mein Geld zurückbekomme und in jedem Geschäft irgendein Apparat steht, der die Dose annimmt und zerklüffert, wird dann dazu führen, dass Dosen nicht zurückgehen werden, sondern sich die Dosen erst recht etablieren. Das heißt, was aus den verschiedensten Regelungen folgt, ob sich tatsächlich eine höhere Mehrwegquote ergibt oder ob das Gegenteil eintritt, wissen wir nicht.

Deswegen wird jetzt – damit höre ich auf – nichts anderes passieren, als dass mit größter Wahrscheinlichkeit – das wird wohl nachher auch der Minister sagen – das Töpfer-Pfand kommt. Ich sage: Das Töpfer-Pfand ist besser als gar keine Regelung. Denn eines darf nach meinem Dafürhalten nicht passieren: dass die Wirtschaft, nachdem sie zehn Jahre lang wusste, was geschehen soll, wenn eine Mehrwegquote von 72 % unterschritten wird, nun, da dieser Prozentsatz zwei oder drei Jahre lang unterschritten wurde, zum Schluss noch triumphiert und sagt: „Die blöde Politik müssen wir nur lange genug am Nasenring durch die Manege führen, dann macht sie, was wir wollen.“ Das darf nicht passieren. Noch bestimmen wir,

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

wenn wir ein Gesetz erlassen, was gemacht wird, und nicht der, der das Gesetz einhalten soll.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Frau Abg. Berroth das Wort.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was uns die SPD als Antrag vorlegt, ist schon erstaunlich. Sie verlangt, dass wir einen Antrag, den dieser Landtag im letzten Jahr beschlossen hat – nach dem Motto „Ätsch, ätsch, es war ja nicht so gemeint“ –, zurücknehmen und auch noch den Bundesrat auffordern, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir uns da ein bisschen getäuscht haben. Aber wir haben uns nicht getäuscht. Wir haben diesen Antrag sehr bewusst gestellt und formuliert.

Im Ziel sind wir uns sehr wohl einig. Aber, Herr Staiger, wer hat denn die ganze Zeit nichts getan?

(Zuruf von der SPD: Sie!)

(Heiderose Berroth)

Das war doch der Bundesumweltminister. Als er festgestellt hat, dass der Bundesrat seinem Gesetzentwurf nicht zustimmt, hat er sich wie ein trotziges Kind hingehockt und gesagt: Dann kriegt ihr halt das, was überhaupt nichts taugt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir sind uns ja einig, dass die Töpfer-Lösung zwar seinerzeit gestimmt hat, als sie beschlossen wurde, aber heute eben nicht mehr sachgerecht ist.

Ich will Ihnen noch etwas sagen – Herr Kollege Scheuermann hat es gerade schon angedeutet –: Ich bin der felsenfesten Überzeugung, die Pfandpflicht wird nicht den gewünschten Effekt haben, dass die Mehrwegquote steigt.

Warum hat denn die Mehrwegquote so stark abgenommen? Weil sich die Verbraucher entsprechend entscheiden.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das ist doch klar, wenn es nichts kostet!)

Die Vermüllung der Landschaft wird mit einer Pfandpflicht mitnichten stark zurückgehen. Die Dosen sind zwar der lauteste, aber beileibe nicht der unangenehmste Teil des Mülls in der Landschaft. Ich glaube nicht daran, dass Schulklassen Mittag für Mittag durch die Gegend ziehen, nur um wegen einiger Cent Dosen einzusammeln.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist ein Plädoyer für Dosenmüll!)

Was wird mit dem Mittelstand passieren, der als Argument angeführt wird? Auch die Brauereien machen sich nicht klar, dass die Bürger, die deshalb Bier in der Dose kaufen, weil Dosenbier billiger ist, die Dosen zurückbringen werden; denn sie sind doch preisbewusst. Also wird weiterhin Dosenbier gekauft werden, wenn es billiger ist. Wenn Sie das ändern wollten, müssten Sie klipp und klar eine Abgabe auf Dosen einführen und der Industrie einen Anteil für die Dosen geben, die zurückgebracht wurden. Das wäre effizient. Das werden Sie aber gegen diese Lobby leider nicht durchsetzen können.

Es ist so: Die Industrie, die Dosen produziert, hat es gut. Sie wird beim Rating künftig besser dastehen. Sie bekommt nämlich vom Handel einen zinslosen Kredit. Ich weiß nicht, ob Sie sich das schon einmal überlegt haben. Das ist betriebswirtschaftlich hochinteressant.

Das Problem wird der mittelständische Einzelhandel haben. Er soll nämlich plötzlich neben der Rücknahme auf Mehrweg, die er wirklich gut betreibt, ein zweites Rücknahmesystem installieren. Ich habe mit vielen kleineren Händlern und vor allem auch mit Tankstellenpächtern gesprochen. Sie haben mir gesagt: „Schauen Sie einmal, wir haben keinen Platz für zwei Rücknahmesysteme.“ Deshalb ist doch auch ganz klar, wofür sie sich entscheiden:

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann müssen die Dosen aus dem Sortiment heraus!)

für das, was sie unbedingt brauchen. Das Rücknahmesystem für die Dosen wird teuer sein, und wenn man es erst

einmal installiert hat, lässt man das Unbequeme, nämlich die Rücknahme und das Verstauen von Flaschen, weg.

(Zuruf von der SPD: Was will jetzt die FDP/DVP?)

Schauen Sie nach Schweden! Schweden hat es uns vorge-macht, und es hat nichts genützt. Im Interesse der Umwelt sollte sich die Bundesregierung schleunigst daranmachen, eine sinnvolle Regelung auf den Weg zu bringen. Von dieser sinnvollen Regelung sollen wir nach Ihrem Antrag hier gerade Abstand nehmen. Das Angebot der Industrie, das einer Abgabe sehr nahe kommt – sie will nämlich Geld bezahlen –, sollte man endlich annehmen und dann eine vernünftige Lösung suchen. Die Bundesratsinitiative, die wir im letzten Jahr beschlossen haben, weist den richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Dann gehen die Manager Dosen sammeln!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Walter.

Abg. Walter GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist sehr bedauerlich, dass Frau Berroth das auch von der FDP beschlossene Gesetz von Töpfer jetzt so vehement als schlechteste Lösung darstellt. Ich weiß nicht, warum ihr es damals beschlossen habt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Weil es damals gestimmt hat; heute stimmt es nicht mehr! Die Welt bewegt sich weiter!)

– Das ist klar; aber die Welt bewegt sich bei euch immer mehr hin zur Zerstörung der Umwelt.

Jetzt will ich sagen, dass wir doch überrascht waren, dass der Minister plötzlich eine Kehrtwende macht. Noch im letzten Sommer reiste er als der Schutzpatron der Dose durch die Lande und verkündete: „Das Töpfer-Pfand wollen wir überhaupt nicht. Wir müssen es ablehnen; es ist die schlechteste Lösung.“

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wollen wir ja auch nicht!)

Damals, meine Damen und Herren, war es wieder einmal die Südschiene mit guter Unterstützung durch Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen – sie haben sich meines Wissens enthalten; aber das war natürlich auch schädlich –, die das Pfand verhindert hat. Jetzt argumentiert Frau Berroth – Herr Scheuermann hat es zum Teil auch gemacht –, Trittin sei schuld, er hätte ja damals das alte Töpfer-Pfand einführen können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein, nein! – Abg. Fleischer CDU: Er hätte verhandeln sollen!)

Selbst Herr Müller hat damals gesagt: „Das ist die schlechteste Lösung.“ Wie wollen Sie denn den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass sie auf Bier und Mineralwasser ein Pfand haben, aber nicht auf kohlen-säurehaltige Getränke?

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Berroth?

Abg. Walter GRÜNE: Gleich, wenn ich das zu Ende gebracht habe. Dann darf sie gern eine Zwischenfrage stellen.

Auf kohlenensäurehaltige Getränke wollen Sie kein Pfand. Das ist doch wirklich Irrsinn. Da müssen die Leute praktisch auswendig lernen: Da ist ein Pfand drauf, und da ist kein Pfand drauf.

Deswegen hat Trittin zu Recht – wirklich zu Recht – gesagt: Wir warten das Urteil ab – jetzt ist es ergangen –, und danach schauen wir, wie sich die Mehrwegquoten entwickeln.

Die Mehrwegquoten – das ist das Problem – entwickeln sich aber katastrophal. Sie lagen im Jahr 2001 noch bei 60 %. Ja, wo fängt denn bei Ihnen die Selbstverpflichtung an? Das müssen Sie mir sagen. Bei 10 % Mehrweg oder bei 20 %? Oder wohin soll die Reise noch gehen?

Das ist ja auch die Krux des Vorschlags, den der Minister schon damals gemacht hat. Seine 63 % – das hätte sein Vorschlag nach dem damaligen Umsatz umgerechnet bedeutet – sind schon unterschritten.

Kohlenensäurehaltige Getränke wie Cola usw. erfüllen mittlerweile die Kriterien, sodass man auch dafür ein Pfand einführen kann. Das heißt, man wartet jetzt noch die Zahlen ab – sie kommen in den nächsten Wochen –, und dann wird alles getan, damit das Pfand spätestens im Oktober greifen kann.

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Walter GRÜNE: Ja, jetzt können Sie die Zwischenfrage stellen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Walter, erinnern Sie sich an das, was der Bundesrat beschlossen hat? Er hat eben nicht das Töpfer-Pfand beschlossen, sondern er hat beschlossen, dass man verhandeln solle. Können Sie mir bitte sagen, warum der Bundesumweltminister seither die Hände in den Schoß gelegt hat? Gibt es einen anderen Grund als Bequemlichkeit oder Trotz?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das hat er doch gerade gesagt!)

Abg. Walter GRÜNE: Ich habe gerade versucht, das zu erklären. Dafür gab es gute sachliche Gründe. Er wollte das Pfand für alle Segmente. Es ist doch irrsinnig, immer noch an die Selbstverpflichtung zu glauben. Die 72 % waren doch praktisch eine Art Selbstverpflichtung: Darunter dürft ihr nicht gehen! Was ist passiert? Im Jahre 2001 sind wir bei 60 %.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Der Vertrag ist noch nicht abgeschlossen; daran braucht sich keiner zu halten!)

Da können Sie doch nicht verlangen, dass man immer noch an diesen Unsinn glaubt. Wir glauben daran nicht, und Trittin hat sich in dieser Sache sehr gut verhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Elf Jahre hatte die Industrie Zeit, den Mehrweg zu stabilisieren. Dann glauben Sie doch nicht an das Ammenmärchen, wenn man eine Selbstverpflichtung abschliesse, würde daran irgendetwas glauben.

(Abg. Scheuermann CDU: Ein bisschen mehr Selbstkritik gäbe 1 oder 2 % mehr bei der Bundestagswahl! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Ja, aber man sollte ihn nicht darauf aufmerksam machen!)

Das ist wirklich ein ganz dreister Versuch, jetzt Trittin die Schuld in die Schuhe zu schieben. Diejenigen, die damals im Sommer hätten verantwortlich handeln wollen, hätten dem Entwurf von Trittin, der vorsah, Pfand für alle Getränke- und Einwegverpackungen einzuführen, zustimmen müssen. Dann wäre etwas für die Umwelt herausgekommen. Alles andere ist wirklich sehr dreist, und das kann ich nur ablehnen.

(Lachen des Abg. Fleischer CDU)

Trittin hat damals zu Recht auch noch darauf hingewiesen: Der Vorschlag, den Sie, der Sie ja immer vom Mittelstand reden, gemacht haben, würde den großen Handelsketten, den großen Brauereien dienen. Jetzt schauen Sie doch einmal an: Die Crème de la Crème des deutschen „Mittelstands“ hat da doch geklagt: Aldi, Rewe, DAB, Lidl. Ist das der Mittelstand? Also ich habe eine andere Vorstellung von Mittelstand. Die haben nicht umsonst geklagt; sie versprechen sich, wenn es kein Pfand gibt, dass man weiterhin einen Preiskrieg führen kann.

Sie sprachen es an: Die Dose ist billig. Wenn Sie bei Aldi für 38 oder selbst für 42 Pfennig einen halben Liter oder einen Liter – meistens sind es Halbliterdosen – Bier kaufen können, ist doch klar, dass die Leute das kaufen. Das wird ja unter dem Herstellungspreis verkauft, um andere im Preiskrieg kaputtzumachen, um mit einem Preiskrieg nicht nur anderen Handelsketten, sondern auch den Brauereien zu schaden. Das ist wirklich irrsinnig.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird doch durch das Dosenpfand nicht besser!)

– Doch, das wird dadurch besser.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie sind halt ein Träumer!)

Natürlich wird das besser, weil sich der Preis etwas erhöht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das verteuert sich nicht! Die kriegen das Pfand doch zurück!)

Schauen Sie einmal in unsere Nachbarländer, wo man den Mehrweg nicht gestärkt hat. Was ist dort passiert? In Österreich ist der Mehrweg praktisch zusammengebrochen. In Belgien ist er mehr oder weniger zusammengebrochen, und in der Schweiz gibt es jetzt dieselbe Entwicklung. Wollen Sie das bei uns auch? Dann müssen Sie das wirklich sagen.

Herr Scheuermann hat das zu Recht gesagt: Jetzt muss etwas passieren. Sie glauben immer noch an diese komische Selbstverpflichtung. Die hat doch noch nie funktioniert.

(Walter)

Das Umweltbundesamt hat einmal eine Untersuchung durchgeführt, was Selbstverpflichtungen gebracht haben. Ergebnis: Unter dem Strich gar nichts. Deswegen kann auch ich daran einfach nicht glauben. Die Industrie hat kein Interesse daran gezeigt, eine Mehrwegquote von 72 % zu halten. Deswegen ist es ganz logisch, dass jetzt das Pfand greifen muss.

Ich möchte zum Schluss noch Herrn Troge – Herr Minister, das ist ja ein Parteifreund von Ihnen – zitieren, den Präsidenten des Umweltbundesamts . . .

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Herr Abg. Walter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Walter GRÜNE: . . . – ja, ich komme zum Ende –:

Wir brauchen das Einwegpfand so rasch, wie es rechtlich möglich ist, um den Besorgnis erregenden Abwärtstrend beim Mehrweg zu stoppen.

Deshalb kann ich nur sagen: Unterstützen Sie jetzt Trittin bei seinem Vorhaben. Dann wird dieser Trend zum Einweg gestoppt, und wir bekommen wieder mehr Mehrweg. Das ist im Interesse unserer Umwelt und auch unseres Mittelstands.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

(Abg. Fischer SPD: Hat die noch Redezeit?)

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Kollege Walter, offensichtlich ist Ihnen nicht klar gewesen, was dieses Angebot der Industrie bedeutete. Das war nicht einfach eine lockere Selbstverpflichtung, sondern die war für den Fall, dass sie nicht eingehalten wird, mit Strafzahlungen beehrt. Solche Verträge, die Geld kosten, werden in der Regel sehr wohl eingehalten.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Dass sich bisher niemand danach richten musste, ist auch klar. Der Vertrag wurde ja nicht abgeschlossen. An einen Vertrag, den ich nicht unterschrieben habe, halte ich mich normalerweise auch nicht. Wozu auch?

Genau das werfen wir dem Bundesumweltminister vor: Er hat sich nicht darum gekümmert, eine vernünftige Lösung zu finden. Und jetzt lässt er zu – ja, er fordert dies gerade –, dass durch ganz Deutschland hindurch eine Mordsbürokratie aufgebaut wird, dass wir Installationen und Investitionen vom Mittelstand verlangen. Die Großen – da haben Sie völlig Recht – werden das locker wegstecken, aber die Kleinen werden daran eingehen. Und daran sind Sie mit schuldig.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Kretschmann GRÜNE: Die ganzen mittelständischen Brauereien waren völlig auf unserer Seite!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, das Wort erteile ich Herrn Minister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Müller: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist mein sechster Auftritt in zwei Tagen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das eint uns!
– Unruhe)

Aber es ist für heute mein letzter.

Ich muss zunächst einmal sagen: Es fällt schwer, über das Thema Dosenpfand keine Satire zu schreiben.

(Heiterkeit des Abg. Scheuermann CDU)

Es ist schon Wahnsinn – das sage ich kritisch und selbstkritisch, ironisch und selbstironisch –: Es herrscht eine unheimlich verworrene Diskussionslage, immerhin bei einem Thema, das die Menschen schon berührt,

(Minister Dr. Schäuble: Tag und Nacht!)

es gibt unterschiedliche Ziele. Schon die Frage, wie wichtig eigentlich das ganze Thema ist, wird unterschiedlich beurteilt. Es bestehen unterschiedliche ökonomische Interessen, es herrscht Ungewissheit in der Problembewertung, Ungewissheit in der Frage, welche Instrumente tauglich sind, und das quer durch alle politischen Lager.

Viel verwirrender kann die Situation eigentlich nicht mehr sein. Ich will das einmal ganz zugespitzt formulieren. Die meisten, die an der Diskussion teilnehmen, argumentieren aus ökonomischen Betroffenheiten und Interessen heraus, aber formal mit ökologischen Argumenten, und das passt nicht zusammen. Hier wird die Ökologie für ökonomische Diskussionen instrumentalisiert.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Von wem?)

– Von allen Beteiligten. Soll ich ein ganz konkretes Beispiel nennen?

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Ja, bitte!)

– Nehmen Sie die Mineralbrunnen. Seit sie auf PET umgestiegen sind, hören Sie von ihnen nichts mehr. Die standen vorher Seite an Seite mit den mittelständischen Brauereien. Jetzt sind sie auf PET umgestiegen, und seitdem interessiert sie eine ökologisch orientierte Diskussion über Verpackungen überhaupt nicht mehr. Das ist so. Das müssen wir ganz nüchtern feststellen. Deswegen fällt es schwer, in einer solchen Diskussion eine saubere ökologisch orientierte Argumentation durchzuhalten. Die Pressionen, die Erwartungen, die Hoffnungen und Befürchtungen aller Beteiligten aus der Wirtschaft sind nur ökonomisch zu erklären. Sie werden die Ökologie als Vorwand finden, aber nie als wirkliche Begründung.

Ich will den ganzen Wust an Aspekten gar nicht mehr schildern, sondern nur einmal in aller Kürze auf die Ereignisse der letzten zwölf Monate eingehen:

Zuerst gab es das Töpfer-Pfand, das im Prinzip besagt: Es muss sichergestellt sein, dass eine bestimmte Quote eingehalten wird, und wird sie unterschritten, müssen diejenigen, die zum Unterschreiten der Quote beigetragen haben, mit einem Pfand belegt werden. Dieses Töpfer-Pfand stand bis vor kurzem nicht zur Verfügung.

(Minister Müller)

Auf der Basis des Töpfer-Pfandes hat Trittin ein eigenes Pfandmodell entwickelt, das im Prinzip beinhaltet: Man orientiert sich nicht an einer Quote, sondern legt fest, dass alle Einwegverpackungen und alle ökologisch gleich schlecht bewerteten Verpackungen mit einem Pfand belegt werden, und zwar unabhängig davon, ob eine bestimmte Quote erfüllt ist oder nicht.

Das hat einige Vorteile, zum Beispiel den der Klarheit, der Eindeutigkeit, der Einfachheit. Aber alle Probleme, die mit dem Pfand verbunden sind, werden dann natürlich eine entsprechend massive Rolle spielen, beispielsweise die Kosten, der Handlungsaufwand und dergleichen mehr.

Übrigens: Trittin sagt, das Pfand würde keinen Bürger etwas kosten.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Es gibt doch kein politisches Problem auf der Welt, das nicht auch negative Seiten hat!)

– Okay. Einverstanden. Also sind wir schon einmal so weit. – Aber was mir zum Beispiel an Trittin nicht gefällt, ist die Argumentation, den Bürger würde das Pfand nichts kosten; denn wenn er das Ding zurückgibt, bekomme er das Geld zurück. Für das Pfand selbst gilt das,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

aber den ganzen Aufwand, den man betreiben muss, um ein Pfandsystem einzuführen, den bezahlt der Bürger natürlich – das ist ja klar –, und das sind einige Milliarden Euro.

(Abg. Walter GRÜNE: Er braucht ja keine Dosen zu kaufen! Das ist ja der Sinn der Sache!)

Die unionsregierten Bundesländer haben gesagt – Mehrwegsicherung wollen wir –: Das Beste wäre, wir könnten das Pfand vermeiden und die Mehrwegsicherung aufrechterhalten. Wir stellen von einer Quote auf eine bestimmte Literzahl um und sagen: Wir wollen einen Vertrag. Die Wirtschaft soll sich verpflichten, bei Unterschreitung dieser Menge entsprechend zu zahlen. Notfalls – wenn diese Lenkungswirkung nicht greift – steht das Pfand immer noch zur Verfügung. Das haben wir damals schon gesagt. Wir haben das Töpfer-Pfand nie abgelehnt, aber wir haben gesagt: Es steht in Reserve. Wir wollen es mit einem anderen Mittel versuchen.

Jetzt haben wir „erstaunlicherweise“ quer über die Parteien hinweg eine Mehrheit im Bundesrat gefunden, und damit hat man ein Patt. Das Töpfer-Pfand stand nicht zur Verfügung, wegen des Rechtsverfahrens. Trittin kam im Bundesrat nicht durch, und unsere Lösung kam im Bundestag nicht durch.

Was ist passiert? Mehrere Monate lang gar nichts, und genau in dieser Zeit ist die Quote massiv verfallen. Diesen Vorwurf muss man Trittin nun tatsächlich machen, dass gar nicht der Versuch einer Einigung unternommen worden ist. In genau der Phase, in der die Mehrwegquote am stärksten gesunken ist, nämlich in den letzten sechs, acht Monaten, ist nichts passiert, und das ist wirklich ein Problem.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Mittlerweile haben wir das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin, das gesagt hat, das Töpfer-Pfand kann angewandt werden.

Schauen Sie sich das einmal an: Jeder dreht in der Diskussion seine Pirouetten – dabei will ich gar nicht bestreiten: auch wir –, aber alle Beteiligten aus den unionsregierten Bundesländern sind sehr schnell, nämlich innerhalb von drei Tagen, zusammengekommen und haben gesagt: Wir setzen wieder an dem an, was wir gesagt haben: Notfalls Pfand, und wenn das Töpfer-Pfand zur Verfügung steht, dann sind wir einverstanden.

Jetzt wissen wir aber, dass Probleme mit dem Pfand bestehen, und bieten der Wirtschaft deswegen nach wie vor an und fordern auch Trittin dazu auf, das Pfand, was noch immer möglich ist, durch eine andere Regelung abzulösen, aber mit dem feinen Unterschied, dass die Messlatte mittlerweile durch das gesetzt wird, was als Recht zur Verfügung steht und was im Sommer nicht zur Verfügung stand.

Das heißt also, ob und inwieweit es zu einer vertraglichen Lösung kommt, wird man jetzt daran zu messen haben – daran wird man natürlich auch die Bundesregierung zu messen haben –, ob sie dem Töpfer-Pfand in der Wirkung gleichkommt. Das heißt, die Wirtschaft müsste jetzt mehr auf den Tisch des Hauses legen, als sie im Sommer auf den Tisch des Hauses zu legen gehabt hätte.

Man kann jetzt unsere Position als B-Länder und auch als Regierungsfraktion in diesem Hause ganz einfach beschreiben. Im Sommer sagten wir: Vertrag, und wenn das nicht funktioniert, dann Pfand. Jetzt sagen wir: Pfand, und wer das vermeiden will, Vertrag. Das ist eigentlich der einzige Unterschied. Wir sagen noch immer: Nichtstun ist falsch; das Töpfer-Pfand ist die zweitbeste Lösung, aber immerhin ist es eine. Also bekennen wir uns zu dieser Lösung, auch wenn sie nur die zweitbeste ist. Jeder hat jetzt die Chance, das Pfand noch zu vermeiden, aber wenn es nicht anders geht, bekennen wir uns zu ihm.

Ich verstehe den Antrag der SPD insofern nicht ganz. Herr Kollege Scheuermann hat ja danach gefragt, wie der Antrag zu verstehen ist. Er ist als Ja zum Trittin-Pfand zu verstehen. Trittin bringt diesen Vorschlag aber gar nicht mehr. Wir würden jetzt auf eine Position festgelegt werden, die in Berlin gar nicht vertreten wird. Denn Trittin geht jetzt auf das ein, was er als geltendes Recht zur Verfügung hat, nämlich das Töpfer-Pfand. Insofern, finde ich, kann man dem Antrag gar nicht zustimmen; er würde schlichtweg ins Leere laufen.

Was die Position in der Landesregierung angeht – heute war ja schon von Zick und Zack und von Hü und Hott die Rede –: Es gilt „hü!“, um es ganz kurz zu sagen. Das ist nicht meine persönliche Auffassung, sondern die Auffassung des Kabinetts, die in zwei Sitzungen bestätigt wurde. Die Einigkeit von CDU und FDP/DVP in dieser Frage findet ihren Niederschlag im gemeinsamen Antrag, der auf dem Tisch des Hauses liegt.

Schlussbemerkung, meine Damen und Herren – ich steigere mich immer mehr, was die Kürze der Redezeit angeht.

(Zuruf von der CDU: Schlussbemerkung!)

(Minister Müller)

– Schlussbemerkung, ja. Ich habe mir das Petitum des Herrn Innenministers zu Herzen genommen, der gemeint hat, ich solle einmal tief in die müden Augen aller Beteiligten schauen und mich zusammenreißen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Bei der Dose sind wir hellwach!)

Wer ist in diesem wirklich abenteuerlichen Streit um das Dosenpfand der Held und wer der Schurke? Ich würde da sehr vorsichtig sein. Die einfache Zurechnung, dass Trittin der Held ist, stimmt nun ganz bestimmt nicht. Ich will auch nicht sagen, dass er der Schurke ist

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das wäre ja noch schöner! – Heiterkeit des Ministers Dr. Schäuble)

– ausnahmsweise in dieser Frage –; wir haben mit diesem Thema alle unsere Probleme.

Was ich an Trittin wirklich kritisieren muss, ist Folgendes: Er verschweigt die unpopulären Aspekte seines eigenen Vorschlags. Es ist schon interessant, dass in dieser Bundesregierung vier Jahre lang nichts geschehen ist und die Last an Kosten und an Handling, die mit dem Pfand verbunden ist, in die Zeit nach der Bundestagswahl gelegt wird. Das ist schon sehr verdächtig. Vier Jahre lang ist nichts geschehen.

(Abg. Walter GRÜNE: Es ging ja nicht früher!)

– Nein, man hätte schon früher etwas tun können.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das Volk ist doch zu 80 % für das Dosenpfand! – Abg. Walter GRÜNE: Sie haben es verhindert!)

– Ich sage es einmal ganz konkret: Im Sommer 2000 – nicht im Sommer 2001, sondern im Sommer 2000 – hätte Trittin die Abgabe bekommen können. Alle beteiligten Wirtschaftskreise

(Abg. Walter GRÜNE: Das haben Sie schon einmal erzählt!)

– ja, es ist so; ich weiß, dass Ihnen das peinlich ist – mit Ausnahme der Industrie- und Handelskammern und des Bundesverbands der Industrie waren dafür. Das hätte man haben können. Trittin hätte sich nur durchsetzen müssen. Dann hätten wir vor zwei Jahren eine Lösung bekommen, von der alle Beteiligten bei allen unterschiedlichen ökonomischen Interessen gesagt hätten: Das ist immer noch die eleganteste Lösung, weil wir die Nachteile des Pfandes vermieden hätten. Jetzt hat man die Angelegenheit hingezogen; man hat nicht verhandelt usw. usf.

Ich muss sagen: Trittin hat schon ein gutes Stück Schuld auf sich geladen, indem er die Möglichkeit, die er gehabt hätte, nicht genutzt hat. Die Regierung war vier Jahre lang im Amt. Am Ende kehrt sie zu dem zurück, was 1992 in das Gesetz geschrieben worden ist. Insofern stimmt die Vorstellung nicht, dass wir es hier mit einem heldenhaften Bundesumweltminister zu tun hätten und die anderen die Versager gewesen wären.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Es geht nur um Dosenpfand, nicht um Schurken!)

Ich glaube, dass wir insgesamt zu einer Lösung kommen werden, die die zweitbeste ist, die aber besser ist als nichts. Dies drücken wir mit dem Beschlussantrag aus, der vonseiten der Regierungsfractionen auf den Tisch des Hauses gelegt wurde und der der Position der Landesregierung entspricht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Hervorragend!)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag Drucksache 13/813 und den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/819.

Ich lasse zunächst über den Antrag Drucksache 13/819 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf von der SPD: Aber knapp!)

Kann ich davon ausgehen, dass der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/813, damit erledigt ist?

(Abg. Birzele SPD: Nein, wir wollen abstimmen lassen!)

Wir stimmen über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/813, ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Gegenprobe! – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2002 – 13. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten – Drucksachen 13/710, 13/773

Berichterstatter: Abg. Kretschmann

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Beschlussempfehlung ohne Aussprache abzustimmen.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung Drucksache 13/773 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Dezember 2001 – Zweiundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 13/520, 13/780

Berichterstatter: Abg. Mack

(Stellv. Präsidentin Beate Fauser)

Das Präsidium hat für die Aussprache folgende Redezeit festgelegt: fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Minister Dr. Schäuble: Er will nicht! – Abg. Mack CDU: Nein!)

Wer wünscht das Wort? – Herr Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Lasotta CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schade, dass ein wichtiges landespolitisches Thema nun erst so spät am heutigen Tag behandelt wird. Aufgrund der Aktuellen Debatte und der Beratung der drei von der SPD gestellten Anträge ist die Befassung mit dem Thema Datenschutz jetzt in den Abend gerückt.

(Abg. Braun SPD: Sie hätten ja die Punkte Zuwanderung und Integration zusammenpacken können!)

Wir hoffen dennoch, dass wir in dieser spät stattfindenden Debatte dem Anliegen des Datenschutzes gerecht werden können.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Selbstverständlich. Warten Sie es doch ab; ich habe jetzt gerade einmal zehn Sekunden gesprochen. Ich bin immer offen für Kritik, aber dann bitte nach meiner Rede.

Wie wichtig der Datenschutz ist, zeigt erneut eine Veröffentlichung in der heutigen Ausgabe der „Welt“: Da kritisiert der Bundesdatenschutzbeauftragte, dass das Bundesamt für Finanzen unzulässig Daten und Dateien aus dem Bereich des Steuerrechts gesammelt hat.

Datenschutz ist ein wichtiges Thema, und wir finden es gut und wichtig, dass jetzt auch die entsprechenden bundes- und europarechtlichen Bestimmungen in das Landesdatenschutzgesetz eingegangen sind und der Schutz der Persönlichkeitsrechte entsprechend hoch geachtet wird.

Zum Glück führen wir nicht mehr die Debatten der Achtzigerjahre, bei denen der Datenschutz auf der einen Seite erst noch durchgesetzt werden musste und auf der anderen Seite oft auch politisch instrumentalisiert wurde, um entsprechende Zielrichtungen zu verfolgen.

Wie ist der Zweiundzwanzigste Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu bewerten? Zum einen denken wir, dass die festgestellten Verstöße nicht böswillig, vorsätzlich oder mutwillig herbeigeführt wurden, sondern dass es eben auch noch einen beachtlichen Anteil an Unachtsamkeit oder Nichtbefassung mit der Materie gibt. Letzten Endes konnten die beanstandeten Verstöße, die weder in gravierendem Ausmaß noch in großer Zahl vorliegen, auch entsprechend abgearbeitet werden.

Es wird eben stets einen Interessenkonflikt geben zwischen den Persönlichkeitsrechten des Einzelnen und anderen, gesellschaftspolitischen Weichenstellungen wie dem Schutz der Allgemeinheit oder dem Umgang mit den neuen Medien, mit dem Internet. Hier werden wir auch in der näheren

Zukunft immer wieder Diskussionen aushalten müssen. Ich denke, das ist auch ein Thema, mit dem wir uns intensiver beschäftigen sollten. Datenschutz darf kein Selbstzweck sein, sondern Datenschutz ist eine Möglichkeit, die politische Gestaltungskraft weiter auszuformen. Aber klar muss sein, dass wir zum Beispiel gerade nach den Ereignissen im vergangenen Jahr die Bestimmungen zur inneren Sicherheit entsprechend voranbringen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Datenschutz darf kein Täterschutz sein.

(Abg. Hauk CDU: Sehr gut!)

Es ist wichtig, hier die politische Gestaltungskraft gegenüberzustellen. Unsere Erfahrungen aus der Rasterfahndung, aus der Terrorismusbekämpfung bestätigen uns, denke ich, auch darin, dass wir auf der einen Seite den Datenschutz ernst nehmen, auf der anderen Seite aber auch Einschränkungen für Einzelne haben. Das ist im Übrigen wichtig. Ich möchte nicht in einem Staat leben, wo letzten Endes die garantierten Rechte nicht mehr ausgeübt werden können. Wir brauchen auch die entsprechende Überwachung.

(Beifall der Abg. Wieser und Hauk CDU)

Deswegen ist es wichtig, dass die Einbürgerungsbehörde auch weiterhin Auskunftsmöglichkeiten gegenüber den Asylantragsbehörden hat, dass es einen entsprechenden Datenaustausch zwischen Asylbehörden und Verfassungsschutz gibt und dass im Bereich der inneren Sicherheit mit unseren neuen Maßnahmen der Videoüberwachung oder der verlängerten Speicherung von Daten von Sexualstraftätern, die ja nach dem Polizeigesetz möglich ist, auch die Kriminalität bekämpft wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Bewertungen des Datenschutzbeauftragten sind interessant, müssen aber auch durchaus in einer politischen Sichtweise betrachtet werden. Wir nehmen die Anregungen im Datenschutzbericht ernst. Wir stellen aber auch klar, dass wir unsere politische Gestaltungskraft weiterhin aufrechterhalten wollen und dass wir im Sinne des Schutzes der Allgemeinheit unsere Politik ausgestalten wollen.

Da möchte ich gerade aus meinem Beruf als Arzt auf einen Punkt zu sprechen kommen, der im Datenschutzbericht sehr deutlich kritisiert wurde.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das ist die Patientenchipkarte. Wir denken, dass dadurch, dass durch eine Sammlung und Vernetzung der Informationen Behandlungstherapiedaten – mit welchen Arzneimitteln ein Patient behandelt wird, welche Allergien er hat – zentral erfasst werden und dann vom Arzt abgerufen werden können, eine hervorragende Möglichkeit besteht, die Patientensicherheit zu verbessern. Wir sind froh, dass sich der Datenschutzbeauftragte um dieses Thema kümmert und dass er auch versucht, uns vernünftige Ratschläge zu geben. Allerdings darf aufgrund der Bedenken eine solche

(Dr. Lasotta)

Möglichkeit nicht verhindert werden. Denn wir glauben, dass wir dadurch das Gesundheitswesen wirklich qualifiziert weiterentwickeln können und damit auch etwas für die Patientensicherheit tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Datenschutz darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss sich in den gesamten Kontext der politischen Überlegungen einfügen. Das Primat der Politik bleibt weiterhin bestehen.

Wir sind froh, dass mittlerweile zahlreiche behördliche Datenschutzbeauftragte eingestellt wurden bzw. geplant ist, dafür weitere Stellen zu schaffen. Wir glauben, dass die berechtigten Interessen des Datenschutzes in die Kommunen durchgedrungen sind und dort auch verantwortungsvoll mit dem Datenschutz umgegangen wird.

Wir möchten weiterhin in einen konstruktiven Dialog mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz eintreten. Wir danken ihm und auch seinen Mitarbeitern ausdrücklich für die geleistete Tätigkeit. Dies ist ja der letzte Bericht, den Herr Schneider vorlegt. Wir glauben, dass er einen sehr erheblichen Beitrag dazu geleistet hat, dass das Thema Datenschutz wesentlich unideologischer betrachtet wird, weniger politisch, ohne die großen Auseinandersetzungen der Vergangenheit, und dass er dadurch etwas ganz Wesentliches erreicht hat, nämlich dass man sich wirklich mit gutem Gefühl mit dem Datenschutz beschäftigen kann und versucht, ihn in die politischen Überlegungen mit einzubringen. Herzlichen Dank dafür!

Die CDU-Fraktion dankt dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und ist weiterhin für Diskussionen offen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Wichmann das Wort.

Abg. Wichmann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist auffallend – das ist meine zweite Rede zum Thema Datenschutz –, dass wir uns im Ausschuss eigentlich immer sehr einig sind. Wir danken immer dem Datenschutzbeauftragten, Herrn Schneider

(Abg. Alfred Haas CDU: Der sitzt da unten!)

– da ist er –, lassen es aber an den Konsequenzen mangeln. Denn die Regierungsfractionen sind auf dem einen Ohr taub.

Herr Schneider hatte dringend eine Ausweitung des Stellenplans seines Amtes um eine Stelle gefordert. Wie uns im Ständigen Ausschuss berichtet wurde, hat auch das Innenministerium versucht, dafür eine weitere Stelle zu bekommen. Das ist aber nicht gelungen. In der Begründung dafür hieß es, die Dienststelle des Landesbeauftragten für den Datenschutz sei von Stellenkürzungen ausgenommen worden.

Jetzt frage ich Sie aber: In welchem Bereich – da müssen Sie einfach nur in Ihr privates Umfeld zurückgehen – hat sich in den letzten zehn Jahren alles so verändert wie im

Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien? Wenn Sie zehn Jahre zurückdenken und Ihre damalige Arbeitsumgebung mit der heutigen vergleichen, wenn Sie sehen, dass wir in den öffentlichen Verwaltungen versuchen, betriebswirtschaftliche Strukturen einzuführen, dass wir einen Unterausschuss „Neue Steuerungsinstrumente“ haben, dass wir Begriffe wie „Benchmarking“ und „Balanced Scorecard“ benutzen, dass wir also zunehmend vernetzen und zunehmend unter Kostendruck effizient und effektiv arbeiten wollen, stellen Sie fest, dass dem Bereich des Datenschutzes eigentlich unsere größte Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, da hier eine ungeheure Ausweitung der Kapazitäten vonseiten der Investitionen und vonseiten der Strukturen stattfindet.

Wenn wir uns jetzt ansehen, wie das in den Stellenplänen im Vergleich zu den anderen Bundesländern aussieht, dann muss man sagen: Baden-Württemberg ist in diesem Bereich leider nicht Spitze. Das „leider nicht Spitze“ ist auch deshalb ein Problem, weil ein wirtschaftlich so starkes Land wie Baden-Württemberg ja auch eine Vorbildfunktion wahrzunehmen hat. Das bedeutet: Wenn wir im Bereich des behördlichen Datenschutzes keine Maßstäbe setzen, dann bekommen wir große Probleme, diese Maßstäbe auch im nichtöffentlichen Bereich einzuhalten. Diese Maßstäbe sind aber ganz wichtig. Denn Datenschutz ist in einer Dienstleistungsgesellschaft eines der stärksten Argumente zur Kundenbindung. Wir befinden uns in einer Gesellschaft, die sich immer mehr zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelt. Deshalb müssen wir auch darüber nachdenken – wir sollten das aktiv moderieren und nicht nur nachlaufend organisieren –, wie wir den Datenschutz effektiver und besser organisieren können.

Es gibt den Vorschlag von Herrn Schneider, im Bereich des Datenschutzes den öffentlichen Bereich und den nichtöffentlichen Bereich zusammenzulegen. Hier könnte man sinnstiftend Synergien schaffen. Denn in dem, was in der Privatwirtschaft draußen läuft – die neuen Entwicklungen, die wir nachlaufend in unsere Verwaltungen hineinzubringen versuchen –, steckt ein ganz großes Synergiepotenzial, dem wir uns widmen sollten. Wir könnten hier auch in solchen Bereichen neue Maßstäbe setzen.

Ich möchte das einmal so beschreiben, dass wir im Moment einen Datenschutz haben, der durch Kritik und Beanstandung nachlaufend ist. Sehr viel effektiver und effizienter wäre aber ein vorausschauend organisierter Datenschutz. Der Datenschutz braucht auch die Möglichkeiten dazu, sich vorausschauend organisieren zu können.

In anderen Bundesländern ist das Thema „Datenschutz-Audit für Behörden“ ein Thema. Da wird von zwei Seiten gearbeitet: Es wird von oben gearbeitet, indem vonseiten der Regierungsstellen Vorgaben gemacht werden. Es werden aber auch Angebote von unten geschaffen, um den Datenschutz zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen.

Mir ist sehr oft aufgefallen, dass es bei der Einführung von neuen Technologien auch im Bereich der Verwaltung, im Bereich des Wissenschaftsministeriums große Probleme gibt, diese Datensysteme in Betrieb zu nehmen. Im Datenschutzbericht steht auch öfter etwas darüber, welche Pro-

(Wichmann)

bleme dann letzten Endes nachlaufend behoben und welche Schäden repariert werden müssen. So gesehen, ist die Geschichte der Videoüberwachung in Mannheim weiß Gott kein Paradestück. Denn hier wurde quasi mit Learning by Doing ein Jahr lang gegen den Datenschutz verstoßen,

(Zuruf des Abg. Reichardt CDU)

allerdings mit einer Sache, bei der man mit ganz einfachen Schritten, eingebaut in ein Pflichtenheft für den Ablauf einer solchen Maßnahme, die Probleme, die hinterher entstanden sind, hätte lösen und die Kosten und die Zeit, die verloren gegangen sind, datenschutzrechtlich einwandfrei hätte sparen können.

Thema „11. September“: Es steht ja der Spruch im Raum: Datenschutz ist Täterschutz. Ich würde sagen: Kein Datenschutz ist Täterschutz, und Datenschutz ist Opferschutz. Wenn Sie den Datenschutzbericht gelesen haben, wissen Sie, dass Herr Schneider ja nicht die einzelnen Maßnahmen, sondern nur die Form, wie sie durchgeführt werden, kritisiert und beanstandet. Das heißt, wir sind da gefordert, eine Art Dialogorientierung zu schaffen. Deswegen plädiere ich noch einmal dafür, eine Konstruktion zu finden – der Innenminister wird gegebenenfalls sagen, dass dagegen verfassungsrechtliche Bedenken bestünden –, die den nichtöffentlichen und den öffentlichen Bereich zusammenbringt.

Der starke Staat, der die Kontrolle ausübt, öffentliche Sicherheit durch Maßnahmen des Staates und die Ausübung des Gewaltmonopols sind das eine. Aber ein wirklich starker Staat ist jener, hinter dem seine Bürger stehen und auf den sie vertrauen können. Wenn wir sehen, wie sich die Anforderungen an den Staat verändern und wie wichtig es ist, die Bürger immer mehr in die Verantwortung einzubeziehen, müssen wir sagen: Datenschutz ist ein ganz wichtiges Vehikel, diese vertrauensbildenden Maßnahmen zu schaffen und zu stützen.

Deshalb noch einmal der Appell von unserer Seite: Lassen Sie uns überlegen, wie wir mit den begrenzten Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, den Datenschutz optimieren können. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Stellenbesetzung beim Landesbeauftragten für den Datenschutz im Vergleich zu anderen Bundesländern schlecht ist. Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass der Datenschutz in anderen Bundesländern besser organisiert ist. Auch hat es das Engagement von Leuten wie Herrn Schneider verdient, dass wir dem Datenschutz ein Augenmerk widmen und auch Maßnahmen ergreifen, die nach vorn gerichtet sind.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Abg. Theurer das Wort.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt kommt der OB! Der Kaiser schickt seine Soldaten aus!)

Abg. Theurer FDP/DVP: Welchen Kaiser meinen Sie denn, Herr Wieser? – Frau Präsidentin, meine sehr verehr-

ten Damen und Herren! Wir sind heute zusammengekommen, um zu etwas späterer Stunde

(Heiterkeit)

den Zweiundzwanzigsten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zu diskutieren.

(Abg. Hauk CDU: Wir sind nicht bei einer städtischen Eröffnungsfeier! – Abg. Blenke CDU: Das ist die falsche Rede, Herr Kollege!)

Ich denke, dass das auch richtig und wichtig ist.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht, über den wir heute debattieren, enthält keine großen Skandale. Der Skandal, der in der Öffentlichkeit für Aufsehen gesorgt hat, lag außerhalb des Berichtszeitraums und hat sich in Stuttgart ereignet. Er zeigt beispielhaft, wie wichtig und wie erforderlich die Bestellung behördlicher Datenschutzbeauftragter ist. Sie sind frühzeitig in der Lage, datenschutzrelevante Sachverhalte zu erkennen. Auf diese Weise ist es möglich, Eingriffe in Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger von vornherein zu vermeiden. Darüber hinaus entlasten behördliche Datenschutzbeauftragte den Landesbeauftragten für den Datenschutz, sodass dieser seinen Aufgaben besser nachkommen kann, insbesondere bei der Beratung in Fragen des technischen und organisatorischen Datenschutzes, der dringend einer Intensivierung bedürfte.

Die FDP/DVP hat bei der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes im Jahr 2000 für die fakultative Bestellung behördlicher Datenschutzbeauftragter gestimmt – zu Recht, wie wir meinen, vor allem im Hinblick auf die Kommunen. Ich sage an dieser Stelle aber auch deutlich: Wenn sich aufgrund fehlender behördlicher Datenschutzbeauftragter ähnlich gravierende Fälle wie der oben erwähnte häufen, wird man über die Notwendigkeit gesetzlicher Regelungen nachdenken müssen.

Seit 1983 haben wir dank der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Anspruch auf informationelle Selbstbestimmung. Das Verfassungsgericht sieht ihn von den in Artikel 1 und 2 des Grundgesetzes beschriebenen Rechten umfasst. Es geht also beim Datenschutz um eines der Freiheitsrechte in unserer Verfassung.

Wir sind der Meinung, dass es sinnvoll ist, das Grundrecht auf Datenschutz in die Landesverfassung und in das Grundgesetz aufzunehmen. Wir denken, dass wir auch vor dem Hintergrund der schrecklichen Anschläge vom 11. September nicht den Fehler machen sollten, unsere Freiheits- und Grundrechte einzuschränken. Denn mit Benjamin Franklin, dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten, können wir sagen: „Wer die Freiheit aufgibt, um die Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, aufgreifen möchte ich in diesem Zusammenhang die Anregung des Landesdatenschutzbeauftragten, mehr Informatikerinnen und Informatiker in den Verwaltungen einzusetzen. Für mich ist ganz selbst-

(Theurer)

verständlich, dass neue Steuerungsinstrumente und Budgetierung mehr wirtschaftlichen Sachverstand erfordern. Genauso müsste es auch zu Zeiten der Informationsgesellschaft mit Informatikern sein. Leider aber sind die beamtenrechtlichen Regelungen zu sehr auf Juristen abgestellt. Dies ist jedenfalls mein Eindruck. Informatiker und Wirtschaftswissenschaftler sind in der Verwaltung noch immer Exoten. Hier besteht dringender Änderungsbedarf.

(Beifall der Abg. Drautz FDP/DVP und Kretschmann GRÜNE – Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich halte es auch für unverzichtbar, dem Datenschutz in unserer Verwaltungsbildung einen höheren Stellenwert zukommen zu lassen. Es ist allemal besser, den Datenschutz zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Verwaltungsentscheidungen zu berücksichtigen, ihn praktisch in das Verwaltungshandeln zu integrieren, statt ihn in einer End-of-Pipe-Lösung zum Schluss praktisch als Qualitätskontrolle aufzusetzen.

Datenschutz ist stärker zu einem Problem zwischen Datensammelnden Unternehmen und Bürgern geworden, also nicht nur ein Problem der Verwaltung. Aus diesem Grund sieht die europäische Datenschutzrichtlinie auch eine weitgehende Gleichwertigkeit des Datenschutzes im öffentlichen wie im privaten Bereich vor. Vor diesem Hintergrund hält es die FDP/DVP nach wie vor für erforderlich, dass der Landesbeauftragte für den Datenschutz zukünftig beide Bereiche kontrolliert.

Ein Punkt, der sich auch im diesjährigen Bericht wiederfindet, betrifft das Justizministerium. Zwischenzeitlich haben auch andere Datenschutzbeauftragte die Justiz als Kontrollobjekt ins Auge gefasst. Dies war bei der Besprechung des letzten Berichts noch anders. Insofern sind natürlich auch die Ausführungen des Justizministers verständlich, wonach die bundesweite Abstimmung die Vorlage des Berichts verzögert habe. Wir bleiben aber grundsätzlich dabei: Die Justiz kontrolliert die Verwaltung, nicht umgekehrt, meine Damen und Herren. Außer in Verwaltungsangelegenheiten kann dort, wo die dritte Gewalt angesprochen ist, eine Kontrolle nicht stattfinden.

Zum Schluss möchte ich Dank sagen, meine Damen und Herren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesbeauftragten für den Datenschutz, die angesichts der bekannten Personalknappheit eine ganz hervorragende Leistung für die Bürger in unserem Land erbringen. Ihnen, Herr Schneider – dies ist ja der letzte Tätigkeitsbericht, den Sie vorgelegt haben –, möchte ich ebenfalls ganz herzlich danken und Ihnen alles Gute für Ihre Zukunft wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Datenschutzbericht 2001 ist, wie in den letzten Jahren auch, ein anschauliches und reichhaltiges Kompendium über die Behördenpraxis quer durch alle

Verwaltungsbereiche zu der Frage, wie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung in Baden-Württemberg umgesetzt wird, aber leider eben auch öfter nicht umgesetzt wird.

Ich betone noch einmal, dass Datenschutz ein Grundrecht ist, Herr Kollege Lasotta. Deshalb muss ich mich über Ihre Formulierung schon sehr wundern. Sie haben ja gesagt, der Datenschutz sei kein Selbstzweck. Natürlich sind Grundrechte Selbstzweck. Sie sind nämlich aus der Menschenwürde, die ja nur als Selbstzweckhaftigkeit des Menschen begründet ist, abgeleitet.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP)

Insofern ist er selbstverständlich Selbstzweck.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Deshalb gibt es eine parlamentarische Kontrolle und die Gesetzgebung! Das steht doch nicht im Widerspruch!)

Ich muss mich auch wundern, dass Sie dann noch weiter gehen, Herr Kollege, und sagen, es gebe ein Primat der Politik vor diesem Grundrecht. Das kann schon überhaupt nicht sein. Grundrechte binden uns als Legislative und den Staat. Herr Kollege Theurer hat gerade gesagt, dass zwar das Gewaltmonopol, wie es sich Thomas Hobbes gedacht hat, eine geniale Idee war – das ist keine Frage –, aber sie hatte auch einen Konstruktionsfehler, nämlich: Wie schützt man den Bürger vor dem eigenen Staat? Deswegen sind von klugen Leuten und in einer Revolution die Grundrechte durchgesetzt worden. Sie gehen jeder Politik voraus und nicht hinterher.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Profunde Geschichtskennntnis, Herr Kollege!)

Deswegen ist die so wichtige Arbeit, die der Datenschutzbeauftragte für die Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger leistet, anerkennenswert. Leider konnten sich die Regierungsfractionen wieder nicht zu der wenigstens kleinen Geste durchringen, den Datenschutzbericht des Herrn Schneider zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Ich jedenfalls möchte mich im Namen meiner Fraktion bei Ihnen, Herr Schneider, und den Mitarbeitern Ihrer Dienststelle für Ihre akribische, mutige und bestimmt nicht immer vergnügungsteuerpflichtige Arbeit bedanken und Ihnen für die Zukunft ebenfalls alles Gute wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Man liest im Datenschutzbericht – das betrifft allerdings weniger Sie, Herr Innenminister, als Ihren Kollegen Justizminister Goll – zum wiederholten Mal, dass immer noch seitens der Regierung bezweifelt wird, dass die Arbeit der Staatsanwälte der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten unterliege. Zur Klärung dieser doch sehr überschaubaren Rechtsfrage, die aber von grundsätzlicher Bedeutung ist, sind jetzt Jahre verstrichen, und es wird endlich Zeit, dass eine Klärung vorgenommen wird. Die Koalitionsfraktionen haben dieser Kritik erfreulicherweise zugestimmt. Ich finde, wenn diese Klärung nicht endlich erfolgt, muss man das als eine Geringschätzung des Datenschutzes interpretieren.

(Kretschmann)

Des Weiteren steht in der Koalitionsvereinbarung, dass Sie das Amt des Datenschutzbeauftragten personell stärken wollen. Leider sind Sie bei den Haushaltsberatungen unserem Antrag wieder nicht gefolgt, diesen Bereich zu stärken,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Schweren Herzens!)

obwohl über die Stärkung in allen Fraktionen Einmütigkeit besteht, Sie dies in die Koalitionsvereinbarung geschrieben haben und schon ausgeführt wurde, dass die Aufgaben gewachsen sind. Wir haben zum Beispiel 15 neue Stellen beim Verfassungsschutz; aber insbesondere im ganzen Bereich der neuen Kommunikationstechnologien sind die Aufgaben gewachsen. Führen Sie sich nur einmal vor Augen, was es bedeutet, Datenschutz im Internet herzustellen, was für eine Herausforderung das ist. Sie, Herr Schneider, haben auch darauf hingewiesen, dass in Ihrer Dienststelle Informatiker notwendig sind, um das überhaupt umzusetzen. Es ist, wie ich meine, wirklich das Minimalste, dass man sich wenigstens zu einer zusätzlichen Stelle für den Datenschutzbeauftragten durchringt. Wenn das nicht nur Lippenbekenntnisse sein sollen, müssen Sie dem eigentlich folgen, sonst wird die Politik zum wiederholten Male unglaubwürdig.

Ich möchte abschließend noch einmal betonen: Es geht hier nicht um irgendetwas, sondern um den Grundrechtsschutz unserer Bürgerinnen und Bürger, und, wie es unsere Verfassung so schön formuliert, alle staatlichen Gewalten sind dazu aufzurufen, die Grundrechte auch zu gewährleisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Ich erteile Herrn Minister Dr. Schäuble das Wort.

Innenminister Dr. Schäuble: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch ich möchte, bevor ich auf den Datenschutz im öffentlichen Bereich zu sprechen komme, zunächst im Namen der Landesregierung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Schneider, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreiche und kompetente, mit großem Engagement geleistete Arbeit, die sich auch im Zweiundzwanzigsten Tätigkeitsbericht – aber nicht nur – widerspiegelt, Dank sagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zugleich möchte ich Herrn Landesdatenschutzbeauftragten Schneider, der im Laufe dieses Jahres in den Ruhestand treten wird, auch für seine in vielen Jahren im Bereich des öffentlichen Datenschutzes, zuletzt als Landesbeauftragter für den Datenschutz, hervorragend geleistete Arbeit danken.

Ich bin besonders dankbar, dass Herr Schneider es in seiner Amtszeit als Landesbeauftragter für den Datenschutz verstanden hat, das Thema Datenschutz einerseits mit Nachdruck, andererseits aber auch mit dem gebotenen Augenmaß voranzubringen. Auch dafür, Herr Schneider, vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Amtsführung von Herrn Schneider hat, bei aller Kritik, die er auch immer wieder uns gegenüber – ich komme noch darauf zurück – angebracht hat, dazu beigetragen, dass im Verhältnis zwischen Verwaltung und Datenschutz eine spürbare Entspannung eingetreten ist.

Im Verhältnis des Datenschutzbeauftragten zur öffentlichen Verwaltung steht die kooperative Zusammenarbeit im Vordergrund. Sie ist für den Datenschutz auch besonders wichtig. Sie bringt das Thema Datenschutz nicht nur in der Sache weiter; von ihr hängt auch die Akzeptanz des Datenschutzes in der Verwaltung, aber auch in der Bevölkerung insgesamt zu einem beträchtlichen Teil ab.

Ich freue mich darüber, dass es Herrn Schneider mit seiner Arbeit gelungen ist, der öffentlichen Verwaltung wie auch der Bevölkerung den Stellenwert und die Bedeutung des Datenschutzes zu vermitteln und ihn, meine Damen und Herren auch von der Opposition, auf das hohe Niveau zu bringen, das wir heute in Baden-Württemberg haben. Auch dafür will ich noch einmal ausdrücklich danken.

Nun einige Bemerkungen zum Inhalt des Zweiundzwanzigsten Tätigkeitsberichts und zu den bisherigen Beratungen im Ständigen Ausschuss. Ein wunder Punkt ist die fehlende zusätzliche Stelle im höheren Dienst für einen Informatiker. Da darf ich Sie, Herr Schneider, einfach noch einmal persönlich ansprechen. Wir waren bei den letzten Haushaltsplanberatungen sogar etwas näher dran als dieses Mal. Da war die Stelle eigentlich versprochen. Sie ist dann an einigen gescheitert, die ich heute nicht noch einmal besonders ansprechen möchte. Das ist schade, und ich sage nicht nur, dass ich mich dafür eingesetzt habe, sondern ich empfinde das auch für mich als einen wunden Punkt.

Strafmildernd, lieber Herr Schneider, kann ich nur eines vorbringen. Abgesehen von den üblichen finanziellen Zwängen und der Prioritätensetzung – aber darauf legt das Innenministerium, wie gesagt strafmildernd und nicht rechtfertigend, ein bisschen Wert – ist auch das Innenministerium sukzessive immer stärker den Spar- und Personaleinsparungspflichten unterworfen. Den Landesbeauftragten für den Datenschutz hat es jedenfalls von allen bisherigen Stelleneinsparungen – ich darf den Kollegen Birzele, der ja mein Vorgänger war, einbeziehen – seit 1993 ausgenommen.

(Unruhe)

Das ist keine Rechtfertigung für die fehlende Stelle, aber doch ein Punkt, den man in diesem Zusammenhang nennen darf. Daran zeigt sich, dass zumindest wir im Innenministerium dem Datenschutz und dem Datenschutzbeauftragten schon den ihm gebührenden Stellenwert einräumen.

Lassen Sie mich zu einigen Einzelfällen kommen.

Bei der Videoüberwachung in Mannheim gab es Anfangsprobleme, und zwar insbesondere mit der eingesetzten Software. Dabei sehe ich von dem Thema ab, dass der Datenschutzbeauftragte grundsätzlich gegen die Videoüberwachung ist. Aber es gab im Speziellen Einführungsprobleme mit der Software. Diese Softwareprobleme bei der Videoüberwachung in Mannheim konnten zwischenzeitlich behoben werden.

(Minister Dr. Schäuble)

Daran lässt sich exemplarisch ableiten, dass es im Einzelfall Probleme geben kann, dass aber keine gezielten Umgehungen des Datenschutzes durch die öffentliche Verwaltung bezweckt werden. Mit der Forderung, dass bei allen Projekten dem Datenschutz rechtzeitig die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen ist, hat der Landesdatenschutzbeauftragte auch Recht. Wir versuchen das jetzt eigentlich auch in den laufenden Vorhaben immer zu berücksichtigen, Herr Schneider.

Ein anderes Problem, Herr Schneider und meine Damen und Herren von der Opposition, ist die Frage, ob es bei der freiwilligen Bestellung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten bleiben soll. Von meiner Philosophie her tue ich mir mit einer Zwangsverpflichtung schwer, weil ich eigentlich immer auf Einsicht und damit auf Freiwilligkeit und auf Eigenverantwortung setze.

Der Denkansatz ist unterschiedlich; aber das ist eben in mir drin. Ich bin aus dem gleichen Grund dafür, dass in den Gemeinderäten, Herr Kollege Theurer, wohl zu bedenken ist, ob man eine Frauenbeauftragte einrichten soll und ob man einen Jugendgemeinderat installieren soll.

(Abg. Haller SPD: Bloß nicht!)

Dafür mag manches sprechen; aber das soll in der eigenverantwortlichen Entscheidung der Kommune liegen.

(Beifall bei der CDU)

Aus genau dem gleichen Grund – so wenig Zwang wie möglich – bin ich auch hier anderer Auffassung. Aber von der kommunalen Seite ist jetzt ja doch in vielen Fällen ein Datenschutzbeauftragter bestellt worden. Das ist ein erfreulicher Prozess. Ich denke, Herr Schneider, dass man, auch wenn man anderer Auffassung ist, wiederum sehen sollte, dass das Innenministerium – auch meine Wenigkeit – bei den kommunalen Landesverbänden dafür geworben hat, man solle doch einen solchen kommunalen Datenschutzbeauftragten einrichten.

Kurzum: Ich meine, wir sollten hier auf Freiwilligkeit und auf Überzeugungsarbeit setzen. Aber ich sehe natürlich auch, dass das zum Teil anders bewertet wird.

Ich will noch etwas anderes erwähnen, womit wir uns in der vergangenen Legislaturperiode beschäftigt haben.

(Abg. Hauk CDU unterhält sich laut mit mehreren Fraktionskollegen.)

Stelly. Präsidentin Beate Fauser: Meine Damen und Herren, bitte setzen Sie Ihre Unterhaltungen draußen fort. – Danke schön.

(Abg. Wieser CDU: Was, sind noch Leute da? –
Abg. Hauk CDU: Die Präsidentin ist heute aber rigoros!)

Innenminister Dr. Schäuble: Ich finde es ohnehin ein bisschen schade, dass das Thema Datenschutz um diese Zeit, nach 19 Uhr, behandelt wird. Aber ich fasse mich kurz, und noch ein klein wenig Konzentration, dann haben wir es ja für heute geschafft.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ja, Herr Lehrer!)

Ich will daran erinnern: Der Datenschutz hat durch die Novellierung, die der Landtag in der vergangenen Legislaturperiode beim Landesdatenschutzgesetz herbeigeführt hat – das war im Jahr 2000 –, eine spürbare und nachhaltige Verbesserung erfahren. Ich glaube schon, dass das Niveau des Datenschutzes in Baden-Württemberg dadurch auch in der öffentlichen Verwaltung in angemessener Weise erhöht und weiterentwickelt worden ist. Ich denke, dass diese gesetzlichen Verbesserungen bei der Beurteilung der Situation des Datenschutzes in Baden-Württemberg nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch noch daran erinnern, dass sowohl der Bund als auch andere Länder erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt ihre Datenschutzgesetze im Hinblick auf die EU-Datenschutzrichtlinie novelliert haben. Deshalb: Auch hier hat Baden-Württemberg dem Datenschutz schon den gebührenden Stellenwert eingeräumt.

Es hat sich – darauf will ich auch noch kurz zu sprechen kommen – bei den Beratungen im Ständigen Ausschuss, bei denen mich mein Kollege Staatssekretär Rech vertreten hat, herausgestellt – was allerdings nichts Neues ist –, dass der Datenschutz nicht völlig isoliert und losgelöst von allen anderen Belangen behandelt werden kann. So wurde zum Beispiel im Ständigen Ausschuss – meines Erachtens zu Recht – angemerkt, dass es ein Spannungsverhältnis gibt zwischen dem notwendigen Schutz von Patientendaten einerseits und einer möglichst optimalen und kostengünstigen medizinischen Versorgung von Patienten, die auf Informationsaustausch angewiesen ist, andererseits.

Daran wird nicht nur deutlich, dass es sich beim Datenschutz um eine Querschnittsaufgabe handelt, sondern man sieht daran auch, dass dieses Spannungsverhältnis immer wieder neu ausgetragen werden muss. Auch hier hoffe ich, dass uns dies im Großen und Ganzen gelungen ist und auch weiterhin gelingen wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

– Nicht übertreiben!

Ich will noch einige kurze Sätze zum Thema Justiz sagen, weil das angesprochen worden ist.

Ich glaube, eine wichtige Erkenntnis aus den Beratungen des Ständigen Ausschusses ist die Tatsache, dass sich durch den Gesprächsprozess zwischen dem Justizministerium und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz eine erkennbare Verbesserung im gegenseitigen Verhältnis – kann man das so sagen? – abzeichnet. Auch das bestärkt mich darin, dass Datenschutz, jedenfalls im Bereich der öffentlichen Verwaltung, vor allem durch Kooperation und nicht durch Konfrontation erreichbar ist.

Zum Schluss, verehrter Herr Schneider, Ihnen und Ihren Mitarbeitern, aber Ihnen ganz persönlich, noch einmal herzlichen Dank. Ich darf im Namen der Landesregierung sagen – und ich habe den Eindruck, dass sich dieser Auffassung jeder in diesem Hause anschließen kann –: Sie haben wertvolle und wichtige Arbeit für unser Land geleistet. Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Stellv. Präsidentin Beate Fauser: Sehr geehrte Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse über die Beschlussempfehlung Drucksache 13/780 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich stelle fest, der Beschlussempfehlung ist einstimmig zugestimmt.

Ich möchte Ihnen, Herr Schneider, auch im Namen aller Fraktionen, ganz herzlich für die verantwortungsvolle Wahrnehmung Ihrer wichtigen Aufgabe danken und wünsche Ihnen für den zukünftigen Unruhestand viel Erfolg.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Punkt 10 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Mittelstand und Beschäftigung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/77

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Antrag ohne Aussprache an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Ich denke, Sie stimmen einstimmig zu. – Das ist der Fall. Ich bedanke mich.

Damit ist Punkt 11 der Tagesordnung beendet.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 13/642, 13/749, 13/750, 13/792, 13/793, 13/794, 13/795, 13/796

Wer diesen Beschlussempfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Beschlussempfehlungen sind einstimmig angenommen.

(Abg. Birzele und Abg. Fischer SPD: Wie im Ausschuss!)

Damit ist Tagesordnungspunkt 12 erledigt.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 13/616

Wer den Beschlussempfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Birzele SPD: Frau Präsidentin, bitte wie im Ausschuss! Das Stimmenverhältnis jeweils wie im Ausschuss! Sonst müssten wir ja unterschiedlich abstimmen!)

Sie stimmen den Beschlussempfehlungen mit den gleichen Abstimmungsverhältnissen wie in den Ausschüssen zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Damit darf ich feststellen, dass Punkt 13 der Tagesordnung erledigt ist.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angelangt.

Meine Damen und Herren, die nächste Plenarsitzung findet am 17. April 2002 statt. Die Tagesordnung wird vom Präsidium aufgestellt und Ihnen rechtzeitig zugehen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 19:22 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion GRÜNE

**Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses
„Verhalten von Landesregierung und Landesbehörden im Zusammenhang mit kriminellen
Aktivitäten von Manfred Schmider und Matthias Schmider, insbesondere
bei der Firmengruppe FlowTex“**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
Mitglieder:			
Blenke Herrmann Pauli Reichardt Dr. Reinhart Dr. Scheffold	Bebber Birzele Maurer Sakellariou	Hofer	Heike Dederer
Stellvertreter:			
Behringer Döpfer Dr. Inge Gräßle Hillebrand Kurz Oettinger	Braun Junginger Kaufmann Ruth Weckenmann	Kleinmann	Oelmayer

07. 03. 2002

Günther H. Oettinger und Fraktion
Wolfgang Drexler und Fraktion
Ernst Pfister und Fraktion
Dr. Dieter Salomon und Fraktion